DEUTSCHLAND.

ALLES IST DRIN.

Programmentwurf zur Bundestagswahl 2021

EINE EINLADUNG

Liebe Wählerinnen und Wähler,

durch Wahlen entscheidet eine Gesellschaft, wer sie sein will. Das gilt erst recht für diese Bun-

destagswahl am 26. September. Mit ihr endet eine Ära, und eine neue kann beginnen. Zukunft

ist aber nichts, was uns einfach widerfährt. Sie, liebe Wählerinnen und Wähler, können mit Ihrer

Stimme selbst entscheiden, welche Richtung sie nimmt.

Wir, BÜNDNIS 90/Die Grünen, legen mit diesem Programm unser inhaltliches Angebot an Sie

vor. Wir tun dies in einer Zeit des globalen Ausnahmezustands. Die Pandemie hat uns alle bis

ins Mark getroffen. Sie hat im Guten gezeigt, zu welcher Gemeinsamkeit, Innovationskraft und

Widerstandsfähigkeit wir Menschen fähig sind. Sie hat aber auch die Schwachstellen unserer Ge-

sellschaft schonungslos offengelegt, und das in einer ohnehin verwundbaren Welt. Die globalen

Krisen dieser Zeit – zuallererst die Klimakrise als wahre Menschheitskrise – wirken in unser aller

Leben hinein und gefährden Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

Wir haben aber die Wahl: Wir können entscheiden, ob uns die Krisen über den Kopf wachsen oder

wir über sie hinaus. Die Erfahrungen in der Pandemie zeigen, dass wir Krisen in gemeinsamer

Kraftanstrengung bewältigen können. Durch die Solidarität, mit der unsere Gesellschaft den Ver-

letzlichsten den stärksten Schutz gegeben hat. Durch Rücksichtnahme, die so viele Menschen

an den Tag legen. Durch Forschung und Fortschritt. Täglich wachsen in der Pandemie Menschen

über sich hinaus – im Krankenhaus, im Altersheim, im Supermarkt, im Labor, Kinder und Eltern im

Homeschooling, Jugendliche allein zu Hause, Selbständige, die sich ständig neu erfinden müssen.

Jetzt ist es Zeit, dass die Politik über sich hinauswächst.

Wir können aus Fehlern lernen. Wir haben erlebt, wie fragil der Status quo ist, wie zerbrechlich

eine rein auf Profit ausgerichtete Wirtschaft, aber wie stark unsere Gesellschaft. Wir haben erfah-

ren, wie begrenzt nationale Antworten auf globale Fragen sind, gesehen, wie viel Unsicherheit

entsteht, wenn man nur auf Sicht fährt, und wie notwendig eine Politik mit Weitblick ist. Je bes-

ser wir vorsorgen, je widerstandsfähiger wir werden, je besser wir schützen, umso freier können

wir leben.

5Als Gesellschaft haben wir den Schlüssel für so vieles schon in der Hand. Wir wissen, wie man eine

Industriegesellschaft sicher ins Zeitalter der Klimaneutralität führt. Wie man dafür den Kohleaus-

stieg beschleunigt und Versorgungssicherheit gewährleistet, wie viel mehr Strom aus Wind und

Sonne gewonnen werden kann. Wir wissen, wie man eine sozial-ökologische Marktwirtschaft ent-

wickelt, die zukunftsfähige Jobs, sozialen Schutz und fairen Wettbewerb in Deutschland und Europa

zusammenbringt, wie man der Globalisierung klare Regeln setzt und Tech-Konzerne angemessen

besteuert. Wir wissen, wie wir in eine starke Gesundheitsversorgung und eine moderne Infrastruk-

tur, in gute Schulen und öffentliche Räume, in einen gut funktionierenden und bürger\*innennahen

Staat investieren können. Es ist möglich, Ungleichheit zu verringern, gleichwertige Lebensverhält-

nisse auf dem Dorf, in der Kleinstadt und in der Metropole herzustellen und Kinder ins Zentrum zu

rücken. Wir können volle Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern erreichen und eine viel-

fältige Einwanderungsgesellschaft gestalten. Wir sind in der Lage und fest entschlossen, Europa als

Wertegemeinschaft demokratisch zu stärken und im globalen Systemwettbewerb gerechter und

handlungsfähiger zu machen. Aber Worte allein reichen nicht, wir müssen es auch tun. Jetzt ist die

Zeit fürs Machen.

Reaktive Politik hat die letzten Jahre über das Schlimmste verhindert. Aber es geht darum, das

Beste zu ermöglichen. In weniger als 30 Jahren eine klimagerechte Gesellschaft zu werden, ist

eine epochale Aufgabe mit inspirierender Kraft. Wir wollen einen Aufschwung schaffen, der über

das rein Ökonomische hinausgeht. Einen Aufschwung, der das ganze gesellschaftliche Leben

in seiner Stärke und Vielfalt erfasst: Bildung und Kultur, Arbeit und Digitalisierung, Spitzenfor-

schung und Wissenschaft.

Dieses Programm ist dafür ein Anfang. Es schlägt konkrete und ehrgeizige Projekte für politi-

sches Handeln in einer Bundesregierung in den kommenden vier Jahren vor. Die Aufgaben sind

groß, die Widerstände ebenfalls. Aber die letzten Jahre haben gezeigt, dass viele Menschen in der

Gesellschaft der Politik weit voraus sind. Lassen Sie uns also gemeinsam die politische Arbeit auf

die Höhe der Zeit bringen. Wenn Sie, liebe Wählerinnen und Wähler, uns das Mandat dafür ertei-

len und wir diese Projekte mit Ihnen Schritt für Schritt umsetzen dürfen, schaffen wir zusammen

die Grundlagen für ein Jahrzehnt des mutigen Vorangehens, des Machens, des Gelingens. Macht

ist in einer Demokratie nur geliehen. Diese Leihgabe verpflichtet zu sauberer Politik – zu einer

Politik, die das Wohl der Bürgerinnen und Bürger über das persönliche Interesse stellt, die Re-

chenschaft ablegt und sich selbst Grenzen setzt. In diesem Sinne werden wir handeln.

Wir werden manch gute Tradition auf neue Weise zum Tragen bringen, manch Neues begründen,

manch Gewohntes ablösen, aber wir schaffen Sicherheit im Übergang. Nach einer Ära der politi-

schen Kurzfristigkeit bringen wir den langem Atem, den klaren Kompass und die Durchsetzungs-

fähigkeit mit, um unser Land – im Herzen Europas, der Welt zugewandt – in eine bessere Zukunft

zu führen. Ja, zu führen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik kämpfen wir, BÜNDNIS

90/Die Grünen, um die politische Führung in diesem Land, inhaltlich und personell. Wir stehen

auf einem festen Wertefundament und sind tief verwurzelt in der Gesellschaft. Wir haben ein kla-

res Ziel für dieses Jahrzehnt vor Augen: klimagerechten Wohlstand. Wir sind gewachsen und ge-

stärkt durchs Regieren in Kommunen, Ländern und im Bund. Mit Erfahrung und Kompetenz, mit

Herz und Weitblick, mit Zuversicht und Leidenschaft, offen und lernfähig, so gehen wir in dieses

Jahrzehnt, so ist unser Angebot und so werben wir um Mehrheiten für die kommenden vier Jahre.

Wir laden Sie ein, mit uns diesen Weg zu gehen.

6Kapitel 1

LEBENSGRUNDLAGEN

SCHÜTZEN

Die Klimakrise ist die Existenzfrage unserer Zeit. Daher ist Klimaschutz keine Zukunftsaufgabe,

sondern Klimaschutz ist jetzt. Wenn wir zu Beginn dieses Jahrzehnts konsequent handeln und die

sozial-ökologische Transformation einläuten, können wir die Krise noch stemmen. Klimaneutrali-

tät ist dabei eine große Chance für höhere Lebensqualität, mehr soziale Gerechtigkeit und einen

klimagerechten Wohlstand. Sie gilt es zu ergreifen.

Wir haben in den vergangenen Jahren mit Hitzesommern, Waldsterben und Dürren die Vorboten

der Krise gespürt. Sie haben dramatische Konsequenzen: etwa für die Gesundheit der Menschen

– und es sind vor allem die mit den geringsten Einkommen, die den Preis dafür zahlen, dass

der ökologische Fußabdruck der Reichsten am größten ist. Oder für die Bäuerinnen und Bauern,

denen zunehmend die Grundlage entzogen wird. Und für den Zusammenhalt in unserer Gesell-

schaft. Alle diese Folgen werden sich vervielfachen, wenn wir jetzt nicht umsteuern. Je entschie-

dener wir handeln, desto mehr Freiheiten und Alternativen sichern wir für jetzige und künftige

Generationen. Wir werden deshalb konsequent den Weg zur Klimaneutralität gehen.

Das verlangt Können, Mut und Machen. Wir stellen in einer künftigen Regierung das Pariser Kli-

maabkommen in den Mittelpunkt und richten das Handeln aller Ministerien danach aus. Wir len-

ken all unsere Kraft darauf, Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die uns auf den 1,5-Grad-Pfad

führen. Klimaschutz ist eine Frage des politischen Kanons. Wir begreifen es als unsere Aufgabe,

bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren Menschen. Solch klare politische Ordnungsrah-

men entlasten auch uns als Menschen im Alltag und schaffen Freiheit.

Natürlich bedeutet Klimaneutralität Veränderung, aber diese Veränderung schafft Halt in der

Zukunft. Wir bringen Energie, Wärme, Verkehr und Industrie zusammen und sorgen so für eine

effiziente Verzahnung dieser Bereiche. Statt auf Kohle, Öl und fossilem Gas wird das Energiesys-

tem auf Sonnen- und Windenergie basieren. Statt an fossilen Verbrennungsmotoren festzuhalten,

schaffen wir eine neue Mobilität mit E-Autos, der Bahn oder dem Rad. Statt Ölheizungen werden

Wärmepumpen, Power-to-Heat und Strom aus erneuerbaren Energien die Heizquellen der Zu-

kunft. Die Zukunft wird damit leiser, sauberer und gesünder. Weniger Autos in der Stadt bedeuten

mehr Platz für uns Menschen. Leisere Straßen und saubere Luft dienen besonders jenen, die

sich nicht die Villa am ruhigen Stadtrand leisten können. Mehr Angebote an klima- und umwelt-

freundlichen Verkehrsmitteln, zum Beispiel Rufbusse oder Carsharing, erleichtern zu pendeln und

befördern ein gutes Leben auf dem Land.

7Mit dieser großen Veränderung entstehen neue Geschäftsfelder, neue Industriezweige, neue Ar-

beitsplätze. Andere Bereiche werden sich wandeln, einige völlig neu entstehen, wieder andere

verschwinden. Für viele Menschen ist das auch eine große Herausforderung, ja Zumutung. Die

sozial-ökologische Transformation gelingt nur, wenn wir gemeinsam alles dafür tun, Verluste zu

verringern und Brücken zu bauen. So müssen diejenigen, die neue Chancen oder Weiterbildung

brauchen, sie auch bekommen. Und es ist unsere Aufgabe, Sorge dafür zu tragen, dass die Kosten

und Belastungen dieser Veränderung gerecht verteilt sind. Klimagerechter Wohlstand bedeutet

Ökologie und Soziales zusammenzudenken und den Übergang gut zu gestalten: für Menschen in

der Stadt und auf dem Land. Für die Handwerkerin wie für den Stahlarbeiter.

Wenn wir unsere Lebensgrundlagen schützen wollen, wenn wir auch die zweite große ökologi-

sche Krise, das Artensterben, eindämmen wollen, dann bedarf es mehr als einer Kurskorrektur,

dann brauchen wir einen neuen Kurs. Wir machen die planetaren Grenzen zum Leitprinzip unse-

rer Politik und verändern entsprechend die Wirtschaftsweise. Wir setzen Prioritäten. Von jetzt an

wird belohnt und gefördert, was Mensch und Tier, Klima und Natur schützt. Und was zerstöre-

risch wirkt, muss dafür auch die Kosten tragen und Schritt für Schritt überwunden werden. Indem

wir den Schutz der Meere und Gewässer, des Klimas und der Böden, der Tiere und der Pflanzen

zum Bestandteil unseres Wirtschaftssystems machen, kann es gelingen, die Stabilität der Öko-

systeme und unserer Lebensgrundlagen zu gewährleisten. Und damit auch unsere Grundlagen

für ein gutes und friedliches Zusammenleben.

Wir schaffen klimagerechten

Wohlstand

Mehr Lebensqualität durch Klimaneutralität

Der Weg in die Klimaneutralität bietet riesige Chancen auf mehr Lebensqualität: Städte mit

weniger Staus und Abgasen, mit Platz, um sicher Rad zu fahren und zu Fuß zu gehen, zu

spielen und zu leben. Dörfer, die endlich angebunden sind an den öffentlichen Nahverkehr.

Wälder, in denen auch unsere Kinder noch die Schönheit der Natur entdecken können. Ge-

sundes Essen, hergestellt unter Wahrung von Tier- und Umweltschutz. Klimaschutz ist so viel

mehr als reine Technik, er ist der Weg in eine bessere Zukunft. Überall in Deutschland haben

sich Kommunen, Unternehmen, Initiativen und Bewegungen längst auf diesen Weg begeben.

Sie brauchen endlich Rückenwind von der Politik. Wir wollen Kommunen befähigen, bei sich

die Mobilitätswende voranzubringen. Die Bahn und den ÖPNV machen wir fit für dieses Jahr-

hundert. Wir sorgen für den Erhalt unserer wertvollen Wälder, Moore und Flüsse. Und wir be-

gründen einen Gesellschaftsvertrag zwischen Politik, Landwirt\*innen und Verbraucher\*innen.

Die Energierevolution: erneuerbar heizen, wohnen,

wirtschaften

Klimaneutralität heißt: raus aus den fossilen Energien. Nicht nur der Strom, auch das Benzin in

unseren Autos, das Kerosin im Flugzeugtank, das Öl für die Heizung und das Gas im Industrie-

betrieb müssen auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Das ist nichts weniger als eine

Energierevolution. Dazu braucht es zuallererst eine massive Ausbauoffensive für die Erneuer-

baren. Daran hängt die Zukunft unseres Industriestandortes und unsere Versorgungssicherheit.

Mit einer umfassenden Steuer- und Abgabenreform wollen wir dafür sorgen, dass die Sekto-

renkoppelung vorankommt und Strom zu verlässlichen und wettbewerbsfähigen Preisen vor-

handen ist. Das Energiemarktdesign ändern wir, sodass erneuerbarer Strom nicht länger aus-

gebremst und doppelt belastet wird, sondern für Speicher und die Produktion von Wärme oder

Wasserstoff nutzbar gemacht wird – nach dem Prinzip „nutzen statt abschalten“. Verteilnetze

und Verbraucher\*innen statten wir mit intelligenter Technik aus, damit sie flexibel reagieren

können, wenn gerade viel erneuerbarer Strom produziert wird.

Ein Ordnungsrahmen für eine sozial-ökologische

Marktwirtschaft

Wir müssen unsere Wirtschaft auf die Ziele der Klimaneutralität ausrichten und eine Kreislauf-

wirtschaft etablieren. Den wirtschaftlichen Aufbruch nach der Corona-Krise und die ökologische

Modernisierung wollen wir zusammenbringen. Dazu braucht es eine sozial-ökologische Neu-

9

begründung unserer Marktwirtschaft. Wir wollen mit ehrgeizigen Vorgaben in Form von Grenz-

werten, CO 2 -Reduktionszielen und Produktstandards der deutschen und europäischen Wirtschaft

Planungssicherheit geben und Impulse für neue Investitionen setzen. Faire Preise sorgen dafür,

dass sich klimagerechtes Handeln lohnt. Forschung und Innovationen für klimagerechtes Wirt-

schaften wollen wir stärker fördern. Die öffentliche Beschaffung richten wir konsequent auf die

ressourcenschonendsten Produkte und Dienstleistungen aus. So machen wir unsere Wirtschaft

zum Spitzenreiter bei den modernsten Technologien und schützen unsere natürlichen Lebens-

grundlagen.

Grüne Digitalisierung

Ob vernetzte Fahrzeuge, effiziente Industrie, punktgenaue Verteilung regenerativer Energie

oder intelligente Bewässerung auf Feldern: Mit digitalen und datengetriebenen Innovatio-

nen können wir den Energie- und Ressourcenverbrauch besser reduzieren und bei Zukunfts-

technologien führend werden. Hierzu fördern und priorisieren wir digitale Anwendungen und

Lösungen, die einen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten oder nachhaltiger sind als ana-

loge. Rebound-Effekte gilt es zu vermeiden, Suffizienz zu unterstützen. Ausschreibungs- und

Beschaffungskriterien sind so anzupassen, dass möglichst ökologisch nachhaltige Technolo-

gien vorrangig zum Einsatz kommen. Bei IT-Beschaffungen des Bundes müssen Faktoren wie

Herstellerabhängigkeit, Folgebeschaffung, technische Offenheit, Reparaturfähigkeit und Nach-

haltigkeit zwingend in die Bewertungen einfließen und Zertifizierungen wie der Blaue Engel

für IT-Produkte zum Standard werden. Wir wollen alle Rechen- und Datencenter des Bundes

nachhaltig umstellen, mit erneuerbarer Energie betreiben und zertifizierte umweltfreundliche

Hardware einsetzen.

Neue Arbeitsplätze mit guten Bedingungen

Eine ambitionierte Klimaschutzpolitik und der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft sind die

beste Chance, um bestehende Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten und neue zu schaffen.

Die ökologische Modernisierung stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Unternehmen

und kann zur einer Renaissance von Industriearbeitsplätzen führen. Auf dem Weg zur Klima-

neutralität werden in den kommenden Jahren Hunderttausende neue Jobs entstehen – Green

Jobs. Sie entstehen im Handwerk und der Bauwirtschaft, in neuen Industriebereichen und der

Kreislaufwirtschaft, in der Batteriezellenproduktion und der Wasserstoffindustrie sowie in neu-

en Dienstleistungsfeldern. Unser Anspruch ist, dass die neuen Jobs gut bezahlt und tarifver-

traglich organisiert sind sowie der betrieblichen Mitbestimmung unterliegen. Darauf werden

wir auch bei der Förderung von neuen Wirtschaftsfeldern achten.

Sicher im Wandel mit einem Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld

Wir sehen es als unsere Verpflichtung, Unternehmen und ihre Beschäftigten auf dem Weg hin zu

einem klimaneutralen Wirtschaftssystem zu unterstützen. Gerade auch dort, wo sich Jobprofile

10

grundlegend verändern oder Arbeitsplätze verloren gehen. Es braucht in der ökologischen Trans-

formation ein noch viel besseres Angebot an Weiterbildung und Qualifizierung. Dazu wollen wir

ein Recht auf Weiterbildung einführen und mit einem Weiterbildungsgeld auch für Erwerbstäti-

ge in Qualifizierungsphasen eine soziale Absicherung schaffen. Mit einem Qualifizierungs-Kurz-

arbeitergeld ermöglichen wir Unternehmen, in Phasen der Transformation ihre Beschäftigten im

Betrieb zu halten und nachhaltig zu qualifizieren. Die Qualifizierungs-Kurzarbeit koppeln wir eng

an die Sozialpartnerschaft. Zudem wollen wir die betriebliche Mitbestimmung bei Entscheidun-

gen über die ökologische Transformation stärken. Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebs-

räte wissen gemeinsam am besten, wie die Transformation zu gestalten ist.

Transformationsfonds für die Regionen

Die ökologische Modernisierung ist gerade für viele industriell geprägte Regionen eine große

Herausforderung. Um Regionen und insbesondere die dort ansässigen kleinen und mittleren

Unternehmen zu unterstützen, wollen wir regionale Transformationsfonds auflegen. Die För-

derung richtet sich an Unternehmen, die aus eigener Kraft den ökologischen Strukturwandel

nicht bewältigen können, mit ihrem Standort aber fest in der Region verankert sind und dort

bleiben wollen. Regionale Akteure aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften

sollen eingebunden werden und gemeinsame Visionen erarbeiten, wo die Region sozial und

wirtschaftlich in Zukunft stehen sollte. Gleichzeitig wollen wir neue Formate wie Reallabo-

re und Experimentierräume fördern, in denen Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und

Kommunen gemeinsam an Lösungen für Herausforderungen vor Ort arbeiten und forschen.

Klimaschutz-Sofortprogramm auflegen

Zentrale Grundlagen unserer Politik sind das Klimaabkommen von Paris sowie der Bericht des

Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit, der verdeutlicht, dass jedes Zehntelgrad zählt, um das Über-

schreiten von relevanten Kipppunkten im Klimasystem zu verhindern. Es ist daher notwendig,

auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dafür ist unmittelbares und substanzielles Handeln in den

nächsten Jahren entscheidend. Doch aktuell lahmt der Ausbau der erneuerbaren Energien, der

Kohleausstieg kommt zu spät, im Verkehrs- und Gebäudesektor geht es kaum voran. Wir werden

ein Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringen, das in allen Sektoren sofort wirksame

Maßnahmen anstößt, bestehende Ausbauhindernisse beseitigt, naheliegende Einsparmöglich-

keiten umsetzt. Wir werden das ungenügende Klimaschutzgesetz und den Klimaschutzplan

überarbeiten und – im Einklang mit dem höheren neuen europäischen Klimaziel – das deutsche

Klimaziel 2030 auf -70 Prozent anheben. Nur so kann es gelingen, dass wir Europäer\*innen

deutlich vor Mitte des Jahrhunderts klimaneutral werden.

Klimagerechtes Wirtschaften belohnen

Effektiver und sozial gerechter Klimaschutz muss sich auch ökonomisch lohnen. Da derzeit die

Kosten der Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO 2 entstehen, nur sehr gering einge-

11

preist werden, sind klimafreundlichere Alternativen oftmals noch nicht wettbewerbsfähig. Das

wollen wir durch einen klugen Mix aus CO 2 -Preisen, Anreizen und Förderung sowie Ordnungs-

recht ändern. Wollte man die Klimaziele allein über die Bepreisung von CO 2 erreichen, müsste

der Preis 180 Euro betragen, was unweigerlich zu erheblichen sozialen Unwuchten führen wür-

de. Einige könnten sich rauskaufen, andere nicht mehr teilhaben. Wir sehen in der CO 2 -Beprei-

sung also ein Instrument von vielen, das wir wirksam und sozial gerecht einsetzen wollen. Das

Europäische Emissionshandelssystem (ETS) ist im Lichte des neuen EU-Klimaziels für 2030 zu

reformieren, um seine Lenkungswirkung endlich voll und ganz zu erfüllen. Mit einer deutlichen

Reduzierung von Emissionszertifikaten und der Löschung überschüssiger Zertifikate vom Markt

erreichen wir einen CO 2 -Preis im Bereich Strom und Industrie, der dafür sorgt, dass erneuerbare

Energie statt Kohlestrom zu Einsatz kommt. Sollte das auf europäischer Ebene nicht schnell ge-

nug gelingen, setzen wir auf einen nationalen CO 2 -Mindestpreis im ETS für Industrie und Strom.

Für die Bereiche Verkehr und Wärme wurde in Deutschland auf Druck der Klimabewegung und

von uns Grünen zudem ein CO 2 -Preis eingeführt, dessen Lenkungswirkung aber weiter verbes-

sert werden muss. Wir wollen die Erhöhung des CO2-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vor-

ziehen. Danach soll der CO 2 -Preis so ansteigen, dass er im Konzert mit den Fördermaßnahmen

und ordnungsrechtlichen Vorgaben die Erfüllung des neuen Klimaziels 2030 absichert.

Energiegeld einführen

Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem CO 2 -Preis direkt an

die Bürger\*innen zurückgeben. Dazu streben wir neben der Senkung der EEG-Umlage ein Ener-

giegeld an, das jede\*r Bürger\*in erhält. Über das Energiegeld geben wir alle zusätzlichen CO 2 -

Einnahmen an die Menschen zurück, und zwar fair aufgeteilt pro Kopf. So kann man mit Kli-

maschutz Geld verdienen und es findet ein sozialer Ausgleich im System statt. Unterm Strich

werden so Geringverdiener\*innen und Familien entlastet und vor allem Menschen mit hohen

Einkommen belastet. Bezieher\*innen von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder So-

zialhilfe profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die Grundsicherung angerechnet

werden soll. Um zum Beispiel Pendler\*innen mit niedrigen Einkommen bei der Anpassung zu

unterstützen, legen wir einen Fonds für Transformationszuschüsse auf, der mit großzügigen

Hilfen unterstützt, etwa beim Umstieg auf ein emissionsfreies Auto.

CO 2 -Bremse für alle Gesetze

Wir wollen Klimaschutz systematisch in unserer Rechtsordnung aufnehmen. Die Vorgaben des

Pariser Klimavertrages wollen wir im Grundgesetz verankern und dem Staat mehr Möglich-

keiten geben, durch eine intelligente Steuergesetzgebung klimaschonendes Verhalten zu be-

lohnen und die fossilen Energieträger den wahren Preis zahlen zu lassen. Für Genehmigungs-

prozesse führen wir eine Klimaverträglichkeitsprüfung ein. Mit einer CO 2 -Bremse machen wir

Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe, indem wir Gesetze an ihrer Vereinbarkeit mit den natio-

nalen Klimaschutzzielen messen und ihre Klimawirkung entsprechend prüfen.

12

Wir schaffen Versorgungssicherheit

mit Erneuerbaren

Schneller raus aus der Kohle

Nach dem Willen der Großen Koalition werden in Deutschland Kohlekraftwerke noch bis 2038

dem Klima und unserer Gesundheit schaden. Das ist mit den Klimazielen nicht vereinbar. Wir

setzen uns dafür ein, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollenden. Um nicht erneut den Kohle-

konzernen Milliarden an Steuergeldern zu schenken, wollen wir die massiven Klimaschäden der

Kohleverstromung einpreisen. Das ist am sinnvollsten über den EU-Emissionshandel zu regeln

– mit einem lenkenden CO 2 -Preis, der dem neuen EU-Klimaziel entspricht. Ein beschleunigter

Kohleausstieg bedarf im Sinne der Versorgungssicherheit eines massiven Ausbaus der erneu-

erbaren Energien. Zugleich wollen wir für den Gesundheitsschutz die Grenzwerte für Immis-

sionen, insbesondere Quecksilber, aus Großfeuerungsanlagen anheben. Niemand soll mehr für

einen Tagebau sein Zuhause verlassen müssen.

Auf jedes neue Dach eine Solaranlage

Wir wollen eine Energiewende, bei der alle mitmachen können – Mieter\*innen wie Hausbesit-

zer\*innen. Unsere Dächer können zu Kraftwerken werden – jedes Dach mit Solaranlage hilft

dem Klimaschutz. Die eigene Strom- und Wärmeenergie wird dezentral und vor Ort erzeugt

und genutzt. Unser Ziel sind 1 Million neue Solardächer in den kommenden vier Jahren. Des-

halb werden wir Solardächer fördern und zum Standard machen. Beginnend mit Neubauten,

öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie Dachsanierungen wollen wir diesen Standard per-

spektivisch auf den Bestand ausweiten. Leasing- und Pachtmodelle können hier unterstützend

wirken. Die Mieterstrom-Regeln werden wir deutlich vereinfachen. Mit allen diesen Maßnah-

men schaffen wir eine Verdoppelung der derzeitigen Photovoltaik-Zubaurate.

Photovoltaik in die Fläche bringen

Die Photovoltaik wollen wir nicht nur auf die Dächer, sondern auch in die Fläche bringen. Neue

Flächenkonkurrenzen wollen wir dabei vermeiden. Der Ausbau soll neben Autobahnen und

Schienen auf versiegelten Flächen, etwa über Parkplätzen und Brachen und auf Konversions-

oder Bergbauflächen, erfolgen und nicht auf wertvollem Ackerland. Agri-Photovoltaikanlagen,

d. h. Stromproduktion und landwirtschaftliche bzw. gartenbauliche Nutzung auf einer Fläche,

können einen wichtigen Beitrag für Klimaschutz und Ökologie leisten. Wenn man es richtig

anstellt, können Freiflächen-Anlagen zu kleinen Biotopen werden. Landwirtschaftsbetriebe

sollen für ökologische Leistungen Geld erhalten und so zusätzliche Erträge erzielen. Wichtig

zudem ist die Möglichkeit, direkte langfristige Stromlieferverträge abschließen zu können. Bei

13

der Planung gilt es die Bürger\*innen frühzeitig einzubeziehen und zu beteiligen, von den Er-

lösen müssen die Kommunen profitieren.

Mit Windenergieausbau den Wirtschaftsstandort

Deutschland sichern

Auch beim Ausbau der Windkraft müssen wir schneller vorankommen. Unser Ziel ist ein jährlicher

Zubau von 5 bis 6 GW Wind an Land, bei Wind auf See wollen wir 35 GW bis 2035 erreichen. Beim

Windausbau gilt es den Konflikt mit Natur- und Artenschutz zu minimieren, Anwohner\*innen zu

schützen und die Verfahren zur Genehmigung zu beschleunigen. In einem ersten Schritt wollen wir

die erneuerbaren Energien als zwingend für die Versorgungssicherheit definieren und dafür 2 Pro-

zent der Fläche bundesweit nutzen. Alle Bundesländer haben hierfür ihre entsprechenden Beiträge

zu leisten. Verhinderungsplanungen, etwa über exzessive Mindestabstände zu Siedlungen, müssen

der Vergangenheit angehören. Mit frühzeitiger Bürger\*innenbeteiligung, klaren Vorrang- bzw. Eig-

nungsgebieten für Wind sowie mit Ausschlussgebieten sorgen wir für eine anwohner\*innenfreund-

liche und naturverträgliche Standortwahl und stärken den Populationsschutz bei Vögeln. Wir wer-

den die Planungs- und Genehmigungsverfahren durch vereinfachte Verfahren, mehr Personal und

einheitliche Bewertungsmaßstäbe beschleunigen. Repowering wollen wir erleichtern, sodass alte

Windenergieanlagen am gleichen Standort zügig durch leistungsstärkere ersetzt werden können.

Wir bauen unsere Offshore-Parks weiter aus und verbinden sie in der Europäischen Energieunion

mit den Solarparks der Mittelmeerstaaten, mit der Wasserkraft Skandinaviens und der Alpen. Je ver-

netzter, desto stärker. Ein Kontinent ist für die Energiewende eine gute Größe.

Unsere Energieinfrastruktur klimaneutral machen

Klimaneutralität in weniger als 30 Jahren heißt, dass die eine fossile Infrastruktur nicht einfach

durch eine andere fossile Infrastruktur ersetzt werden darf. Die Planung unserer Infrastruktur für

Strom, Wärme und Wasserstoff braucht daher ein Update und muss Klimaneutralität in den Mit-

telpunkt stellen. Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen, die wir für den Kohleausstieg brau-

chen, darf es deshalb nur geben, wenn sie bereits Wasserstoff-ready geplant und gebaut werden.

Denn auch Erdgas ist ein klimaschädlicher Brennstoff, insbesondere wenn man die zusätzlichen

Emissionen bei seiner Förderung und dem Transport mit einrechnet. Öffentliche Gelder für neue

Import-Infrastruktur wollen wir daran binden, dass die fossilen Energieträger darüber nur noch

in einem begrenzten Zeitrahmen transportiert werden. Neue Erdgas-Pipelines wie Nord Stream 2

zementieren auf Jahrzehnte Abhängigkeiten von klimaschädlichen Ressourcen und konterkarie-

ren die Energiewende. Sie sollten daher – im konkreten Fall von Nord Stream 2 – auch aus geo-

politischen Gründen gestoppt werden. Damit stärken wir unsere energiepolitische Souveränität.

Eine grüne Wasserstoffstrategie

Wasserstoff aus erneuerbaren Energien ist zentral für eine klimaneutrale Welt. Deutschland

ist bei den Technologien zur Erzeugung von Wasserstoff vorne, diese Führungsrolle wollen wir

14

weiter ausbauen. Mit einer klaren Priorisierung und einem umfassenden Förderprogramm wer-

den wir die Kapazitäten zur Wasserstoffherstellung in Deutschland schaffen. Die Infrastruktur

für Wasserstoffimporte müssen wir jetzt etablieren. Wir werden faire Kooperationen mit wind-

und sonnenreichen Ländern anstoßen und ausbauen, um zusätzlich Wasserstoff zu importieren.

Für den Erfolg dieser Kooperationen ist es unabdingbar, die lokale Bevölkerung einzubeziehen,

Menschenrechte zu schützen und sich an den nachhaltigen Entwicklungszielen zu orientieren.

Damit Wasserstoff zur Klimaneutralität beiträgt, muss er aus erneuerbaren Energien herge-

stellt werden. Das gilt auch für Wasserstoffimporte. Die Vorstellung, alte fossile Technologien

wie Verbrennungsmotoren mit Wasserstoff oder synthetischen Kraftstoffen zu betreiben, ist

bestenfalls eine Illusion, schlimmstenfalls eine Verzögerungstaktik. Die Herstellung von Was-

serstoff und synthetischen Kraftstoffen ist extrem energieintensiv und teuer, die direkte Nut-

zung von Strom durch Batterien oder Wärmepumpen viel effizienter. Es gilt daher Wasserstoff

und synthetische Kraftstoffe dort zum Einsatz zu bringen, wo sie wirklich gebraucht werden:

etwa in der Industrie oder beim Flugverkehr.

Einen Markt für Ökostrom schaffen

Die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vor über 20 Jahren war der Start-

schuss für die Energiewende in Deutschland. Doch jetzt, bei einem Erneuerbaren-Anteil von

fast 50 Prozent im Strombereich, brauchen wir ein Energiemarktdesign, das Ökostrom in den

Mittelpunkt rückt und zugleich die Sektorenkopplung unterstützt. Unser Ziel ist, dass erneuer-

barer Strom künftig stärker marktgetrieben und systemdienlich vergütet wird. In einem ersten

Schritt werden wir dafür sorgen, dass auch außerhalb des EEG langfristige Lieferverträge zwi-

schen Ökostromerzeugern und Verbraucher\*innen geschlossen werden können. Zudem wollen

wir den Ökostrommarkt für neue EEG-Anlagen öffnen, sodass Endkund\*innen deren Strom di-

rekt kaufen können. In einem zweiten Schritt geht es darum, nicht die Arbeit, sondern die zur

Verfügung gestellte Leistung zu entlohnen. Damit stärken wir Sektorenkopplung und Versor-

gungssicherheit. Wenn bei fossilen Energien die CO 2 -Kosten stärker eingepreist und neue Ins-

trumente etwa für Refinanzierung und Mietermodelle geschaffen sind, kann in einem dritten

Schritt die EEG-Umlage für Neuanlagen auslaufen.

Die Bürger\*innen an der Energiewende beteiligen

Wir wollen, dass von der Energiewende möglichst viele profitieren. Deshalb werden wir Bür-

ger\*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks besonders fördern und die Kommunen verbindlich

an den Einnahmen aus den Erneuerbaren-Anlagen beteiligen. Gerade der ländliche Raum kann

so von den Gewinnen profitieren. Bürger\*innen-Energieprojekte wollen wir mit einer Ausnahme-

regelung bei den Ausschreibungen wieder stärken. Zudem wollen wir Mieterstrom fördern und

entbürokratisieren, damit Mieter\*innen stärker die Möglichkeit bekommen, vom Ausbau der Er-

neuerbaren zu profitieren.

15

Netzausbau beschleunigen

Um die Energiewende zum Erfolg führen zu können, müssen wir auch die Stromleitungen

schneller ausbauen. Sie sorgen dafür, dass der Strom von dort, wo er erzeugt wird, so schnell wie

möglich dorthin gelangt, wo er benötigt wird. Voraussetzung für einen weiteren Netzausbau ist,

dass er systemdienlich erfolgt und alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die bestehenden

Netze optimal auszunutzen. Zentral ist eine frühzeitige Bürger\*innenbeteiligung. Sie erhöht die

Qualität der Planung und trägt nachweislich dazu bei, dass potenzielle Klagegründe bereits zu

Beginn gemeinsam ausgeräumt statt am Ende vor Gericht geklärt werden. Klar ist auch: Die Er-

neuerbaren genießen Vorrang im Netz. Da Stromübertragungsnetze natürliche Monopole und

zugleich kritische Infrastruktur darstellen, wollen wir den öffentlichen Einfluss darauf stärken.

Dazu wollen wir nach Möglichkeit die staatlichen Anteile an den vier Übertragungsnetzbetrei-

bern in Deutschland erhöhen und sie in eine Bundesnetzgesellschaft in Bundeshand überführen.

Wir treiben außerdem eine Reform der Netzentgelte voran, um über einheitliche Verteilnetzent-

gelte zu mehr Fairness zwischen Stadt und Land und Nord und Süd beizutragen.

Klima-Sanierungsoffensive bei Gebäuden

Es ist höchste Zeit, dass alle Neubauten und umfassende Sanierungen klimaneutral erfolgen.

Dreh- und Angelpunkt sind hohe Baustandards: bei Neubauten KfW 40, was in etwa dem Passiv-

hausstandard entspricht, im Gebäudebestand nach Sanierung KfW 55 – mit Ausnahmen für denk-

malgeschützte Gebäude. Die Sanierungsquote muss deutlich gesteigert werden. Für den Bestand

muss gelten: Sobald ein Eigentümerwechsel erfolgt, wird ein Sanierungsfahrplan erstellt. Wenn

im Gebäudebestand ein Heizungsaustausch ansteht oder umfassend saniert wird, sollen Erneu-

erbare, wo immer möglich, verbindlich zum Einsatz kommen. Wir legen dazu ein Investitions-

programm für 2.000.000 Wärmepumpen bis 2025 auf. Auch die Fern- und Nahwärme wollen wir

dekarbonisieren. Dabei ist es für die Energieeffizienz maßgeblich, von der Einzelbefeuerung weg

und hin zu verknüpften Systemen zu kommen, in denen aus verschiedenen Erneuerbaren-Quel-

len wie Abwärme, Solarthermie oder Power-to-Heat Wärme eingespeist wird. Solche verbunde-

nen Energiesysteme werden wir fördern, besonders in städtischen Gebieten.

Wärmewende fair gestalten

Die Wärmewende muss mit wirksamem Mieter\*innenschutz und gezielter Förderung einher-

gehen. Wir wollen mit dem sogenannten Drittelmodell die Kosten für klimafreundliche Mo-

dernisierungen fair zwischen Vermieter\*innen, Staat und Mieter\*innen verteilen, sodass sie für

alle bezahlbar und für die Vermieter\*innen angemessen wirtschaftlich werden. Die Moderni-

sierungsumlage wollen wir strikt begrenzen, damit Kosten nicht einfach auf die Mieter\*innen

abgewälzt werden können. Mit einem Zuschuss zum Wohngeld, dem Klimawohngeld, ermög-

lichen wir auch Empfänger\*innen von Wohngeld, in klimafreundlichen Wohnungen zu leben.

Eigenheimbesitzer\*innen werden wir mit Steuervergünstigungen und zielgerichteten Förder-

programmen helfen.

16

Atomausstieg vollenden – Endlagersuche zum Erfolg führen

Wir werden Ende 2022 den Atomausstieg in Deutschland vollenden. Doch obwohl Atomkraft eine

Hochrisikotechnologie ist, wird bei uns immer noch Uran angereichert, werden Brennstäbe her-

gestellt und exportiert. Unser Ziel ist es, die Atomfabriken in Gronau und Lingen durch eine res-

triktivere Exportpolitik stark einzuschränken und perspektivisch zu schließen. Zum Atomausstieg

gehört auch, einen Endlagerstandort für den hochradioaktiven Atommüll zu finden. Wir beken-

nen uns zum verabredeten Pfad der Endlagersuche. Entscheidend für den Endlagerstandort sind

höchste Sicherheitsstandards bei bestmöglichen geologischen Bedingungen und Rückholbar-

keit; die Suche hat auf Basis von wissenschaftlichen Kriterien und mit größtmöglicher Transpa-

renz und Beteiligung der Bevölkerung zu erfolgen. Auch in der EU wollen wir den Einstieg in den

Ausstieg vorantreiben. Wir setzen uns dafür ein, den Euratom-Vertrag zu reformieren. Gemeinsam

mit anderen engagierten Mitgliedstaaten wollen wir dafür sorgen, dass nicht mehr die Atomkraft

privilegiert wird, sondern die erneuerbaren Energien stärker gefördert werden.

Wir sorgen für nachhaltige Mobilität

Investitionen für starke Bahnen in Stadt und Land

Die Bahn ist ein öffentliches, soziales Gut und das Rückgrat einer nachhaltigen Mobilitätswende. Wir

wollen den Bahnverkehr ausbauen, alle deutschen Großstädte mit regelmäßigen Verbindungen an

den Fernverkehr anschließen und in ländlichen Räumen in größerem Umfang Anschlüsse an das

Schienennetz reaktivieren. Entwidmung von Bahnstrecken soll es nicht mehr geben. Auch den grenz-

überschreitenden Zugverkehr gilt es im Rahmen eines Europatakts deutlich zu stärken, ein attraktives

europäisches Schnell- und Nachtzugnetz aufzubauen und die Lücken in regionalen, grenzüberschrei-

tenden Nahverkehrsverbindungen zu schließen. Bahnhöfe wollen wir zu modernen Mobilitätsstatio-

nen aufwerten und die Kombination von Fahrrad und öffentlichem Verkehr stark verbessern. Die In-

vestitionsmittel für die Bahn werden wir dafür massiv anheben. Den Deutsche-Bahn-Konzern wollen

wir transparenter und effizienter machen, die Strukturen für mehr Schienenverkehr neu ordnen und

in neuer staatlicher Verantwortung am Gemeinwohl ausrichten. Der Bund muss zudem mehr Verant-

wortung für das Schienennetz und die Koordinierung des Zugverkehrs im Deutschlandtakt überneh-

men. Wir setzen auf ein Wachstum der Schiene und sichere Arbeitsplätze im Bahnbereich.

ÖPNV ausbauen

Busse und Bahnen sind für alle da, bieten preiswerte Mobilität und verringern den Autoverkehr.

Wir wollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 verdoppeln. Dazu muss der öffentliche Perso-

17

nennahverkehr attraktiver und innovativer und mit dem Fernverkehr verknüpft werden. Zusam-

men mit den Ländern werden wir eine Zukunfts- und Ausbauoffensive starten, Investitionen in

Fahrzeuge und das ÖPNV-Netz erhöhen, die Mittel für den Betrieb von Regionalbahnen auswei-

ten und die Finanzierungsinstrumente an das Ausbauziel anpassen. Auch die Beschaffung von

emissionsfreien Bussen wollen wir durch attraktive Konditionen für die Kommunen vorantreiben.

In Modellprojekten sind Kommunen dabei zu unterstützen, auf einen umlagefinanzierten preis-

werten ÖPNV umzusteigen.

Fahrradnetz für ganz Deutschland

Das Fahrrad hat für die Mobilitätswende riesiges Potenzial. Um es auszuschöpfen, wollen wir

Deutschland zum Fahrradland machen. Radfahren muss sicher und attraktiv sein – überall.

Radwege in Städten, Pendelstrecken oder Verbindungen von Dorf zu Dorf wie auch touristische

Radwege sollen sich durch hohe Qualität und eine gute Beschilderung auszeichnen. Unsere

Vision ist ein lückenloses Fahrradnetz in ganz Deutschland. Wir richten die Verkehrspolitik an

den Zielen und Empfehlungen des Nationalen Radverkehrsplans aus, erhöhen die Förderpro-

gramme für Ausbau und Modernisierung der Radinfrastruktur und reformieren das Straßen-

verkehrsrecht, damit Radfahrer\*innen besser geschützt sind und mehr Platz im Straßenraum

bekommen.

Mobilpass einführen

Autonomes Fahren, vernetzte Mobilitätsangebote, nutzen statt besitzen – der digitale Fort-

schritt wird unseren Alltag in den nächsten Jahren grundlegend verändern. Wir wollen die

deutsche Mobilitätswirtschaft zum Vorreiter für neue Mobilitätslösungen machen und die

Chancen der Digitalisierung für eine Verkehrswende nutzen. Echtzeitinformationen und ein

einheitliches Ticketsystem müssen im ÖPNV Standard werden. Damit man problemlos überall

von A nach B kommt, wollen wir mit dem Mobilpass die Angebote von 120 Verkehrs- und Tarif-

verbünden in Deutschland verknüpfen und Sharing- und Ridepooling-Dienste so integrieren,

dass Sozial- und Umwelt-Dumping ausgeschlossen sind. Wir wollen den Wechsel zu Fahrrad,

Bus und Bahn für alle möglich machen und auch finanziell fördern. Deshalb wollen wir mit

dem Mobilpass auch attraktive Tarife und Sozialtarife fördern. Ein Haushalt, der sein Auto dau-

erhaft abmeldet, soll zudem für ein Jahr eine Mobilitätsprämie für die Nutzung umweltfreund-

licher Verkehrsmittel bekommen. Für autonomes Fahren schaffen wir einen Rechtsrahmen mit

Schwerpunkt auf dem öffentlichen Verkehr.

Mehr Sicherheit im Straßenverkehr

Alle Menschen sollen sich in ihrem Alltag angstfrei fortbewegen und unversehrt ihre Ziele

erreichen können. Damit mehr Menschen auf das Fahrrad steigen, öfter zu Fuß gehen – sei

es zur nächsten Haltestelle oder S-Bahn-Station – und auf diese Weise Städte vom Autover-

kehr entlasten, sind zeitgemäße Verkehrsregeln, die folgenschwere Verkehrsunfälle verhindern,

18

entscheidend. Unser Ziel ist die Vision Zero, d. h. keine Toten und Schwerverletzten mehr im

Straßenverkehr. Wir wollen Kommunen ermöglichen, in geschlossenen Ortschaften das Regel-

Ausnahme-Verhältnis beim Tempolimit umzukehren. Für die Autobahnen wollen wir ein Si-

cherheitstempo von 130 Stundenkilometern. Um die vielen Unfälle von Fahrradfahrer\*innen

und Fußgänger\*innen in Innenstädten durch abbiegende Schwerlasttransporter zu verhindern,

wollen wir verpflichtende Vorgaben für Lkw-Abbiegeassistenzsysteme einführen.

Autos der Zukunft bauen

Das Auto der Zukunft wird im Sinne der Lebensqualität aller leiser, digitaler und klimaneutral

sein. Der technologische Wettlauf ist in vollem Gange. Damit das Auto der Zukunft weiter in

Deutschland entwickelt und produziert wird, braucht es klare politische Leitplanken. Ab 2030

sollen deshalb nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden, zum Beispiel durch eine

ansteigende nationale Quote für emissionsfreie Autos. So sorgen wir für saubere Luft in In-

nenstädten, erfüllen unsere Klima- und Umweltziele, und die Automobilindustrie kann ihre

Entwicklungsarbeit verlässlich auf Elektromobilität ausrichten. Das sichert zukunftsfähige

Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle. Wir setzen uns für schärfere europäische CO 2 -Flot-

tengrenzwerte ein. Den Kauf emissionsfreier Autos wollen wir über ein Bonus-Malus-System in

der Kfz-Steuer fördern. Saubere Autos werden billiger, klimaschädliche teurer. Wir beenden die

Dieselsubvention und gestalten die Dienstwagenbesteuerung ökologisch um. Wir beschleu-

nigen den flächendeckenden Ausbau einer einheitlichen Ladeinfrastruktur, inklusive Schnell-

ladesäulen und öffentlicher Ladepunkte im ländlichen Raum. Laden muss flächendeckend in

Deutschland und Europa schnell und bequem möglich sein.

Moderne Verkehrsinfrastruktur

Die Verkehrspolitik hat jahrzehntelang einseitig Straßenbau und Pkw-Verkehr gefördert. Sie reißt

damit alle Klima- und Nachhaltigkeitsziele und führt doch tagtäglich zu Staus. Das hat keine Zu-

kunft – moderne Mobilität für dieses Jahrhundert verlangt neue Prioritäten. Deutschland braucht

eine Infrastrukturentwicklung, die an den Zielen der Mobilität für alle und an Klimaneutralität

ausgerichtet ist und den Fokus auf den Ausbau von Schienen, Radwegen und auf eine intelligen-

te Vernetzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel legt. Auch die Vermeidung von Verkehr, unter

anderem durch bessere Bedingungen für Homeoffice und die Wiederkehr der Nahversorgung

in Orte und Stadtviertel, werden wir unterstützen. Wir werden einen Bundesnetzplan 2050 er-

arbeiten, in dem der Neu- und Ausbau der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraßen im

Hinblick auf die Erreichung der Klimaziele neu bewertet wird. Die anstehende Überprüfung des

aktuellen Bundesverkehrswegeplans werden wir nutzen, um nicht planfestgestellte Straßenneu-

bauprojekte, insbesondere Autobahnabschnitte, noch einmal auf den Prüfstand zu stellen und

mit einem Klima- und Umweltcheck neu zu bewerten. Die Investitionen werden wir umschichten

zugunsten der Sanierung maroder Infrastruktur und des Ausbaus der Schienen- und Radwege-

infrastruktur.

19

Mobil auf dem Land durch eine Mobilitätsgarantie

Das Auto ist für viele Menschen im ländlichen Raum unverzichtbar und gerade für viele Fa-

milien im ländlichen Raum kaum wegzudenken. Dort setzen wir deshalb an erster Stelle auf

die Chancen der Antriebswende. Das E-Auto ist insbesondere im Paket mit Solaranlagen auf

dem Dach, einem Stromspeicher im Keller und einer Wallbox in der Garage eine zukunftsfä-

hige Lösung, die wir gerade im ländlichen Raum ausbauen wollen. Doch auch auf dem Land

muss Mobilität ohne Auto möglich sein, das Angebot muss wachsen, gerade für Pendler\*innen,

Jugendliche und ältere Menschen. Wir wollen die Länder dabei unterstützen, eine Mobilitäts-

garantie mit Standards für Erreichbarkeit und Erschließung einzuführen, erweiterte Angebote

an öffentlicher Mobilität in ländlichen Räumen zu entwickeln und Radwege auszubauen. Ge-

rade in strukturschwachen Regionen braucht es eine regelmäßige und verlässliche Anbindung

an den ÖPNV, an Mobilitätsdienstleistungen wie Ridepooling- und On-Demand-Verkehre sowie

öffentliche Stromtankstellen.

Mobilitätswende in der Stadt

Nirgendwo wird die Mobilitätswende sehnlicher erwartet als in den Innenstädten: Unfälle,

Staus, Abgase, Lärm, zu wenig Platz für Kinder zum Spielen – die autozentrierte Stadt ist nicht

nur klimaschädlich, sondern auch kein schöner Ort zum Leben. Wir wollen die Städte bei der

Mobilitätswende gezielt unterstützen, es ihnen erleichtern, sichere Radwege und attraktive

Fußwege anzulegen und verkehrsberuhigte oder autofreie Innenstädte und Stadtviertel zu

schaffen. Die Städte sollen mehr Möglichkeiten bekommen, regulierend in den Autoverkehr

einzugreifen und öffentlichen Raum neu aufzuteilen, zum Beispiel indem Autos nicht mehr

überall, sondern nur noch auf gekennzeichneten Plätzen parken dürfen. Die Ausweitung von

umweltfreundlichem Carsharing werden wir fördern, damit der Pkw-Bestand in den Städten

abnimmt.

Flugverkehr klimaneutral ausrichten

Fliegen hat unsere Welt näher zusammengebracht. Zugleich ist es wegen seines immensen

Kerosinverbrauchs die klimaschädlichste Fortbewegungsart. Nach der Pandemie wollen wir

kein Zurück zum blinden Wachstum des Luftverkehrs, sondern diesen am Ziel der Klimaneu-

tralität ausrichten. Kurzstreckenflüge wollen wir bis 2030 überflüssig machen, indem wir die

Bahn massiv ausbauen. Die Zahl von Langstreckenflügen gilt es zu vermindern und das Flie-

gen gleichzeitig zu dekarbonisieren. Um Kerosin durch klimaneutrale Treibstoffe zu ersetzen,

wollen wir die bestehende Beimischungsquote erhöhen und einen Anstiegspfad festschreiben.

Den Aufbau von Produktionsanlagen und moderner Flugzeugtechnologie fördern wir. Umwelt-

schädliche Subventionen im Flugverkehr sind abzubauen und Finanzhilfen für unwirtschaft-

liche Regionalflughäfen zu beenden. Neben einer Reduktion des Fluglärms durch weniger und

bessere Flugzeuge braucht es ein echtes Nachtflugverbot.

20

Zukunftsfähiger Güterverkehr

Jeden Tag werden durch Deutschland Millionen Tonnen an Gütern transportiert, heute zumeist

in Form endloser Lkw-Karawanen auf unseren Straßen. In einem klimaneutralen Deutschland

muss auch der Güterverkehr zukunftsfähig sein. Wir setzen auf regionale Wirtschaftskreisläufe,

die Chancen der Digitalisierung und Vernetzung bei der Organisation der Logistik und wollen

mehr Güter mit der Bahn transportieren. Dazu wollen wir die Kombination von Straße und

Schiene ertüchtigen und dafür sorgen, dass Industrie und Gewerbe wieder ans Bahnnetz ange-

schlossen werden. In der Schifffahrt heißt es: weg vom Schweröl und stattdessen den Einsatz

alternativer Kraftstoffe und Antriebe forcieren. Den ausufernden Lkw-Verkehr wollen wir durch

eine CO 2 -orientierte Maut regulieren. Zusammen mit ambitionierten CO 2 -Flottengrenzwerten

und der Förderung klimafreundlicher Antriebe werden auch Lkw absehbar emissionsfrei. Für

mehr Sicherheit im Lkw-Bereich braucht es eine bessere Durchsetzung von Arbeitszeitvor-

schriften. Auch die Arbeitsbedingungen der Lkw-Fahrer\*innen müssen erheblich verbessert

werden. In der städtischen Logistik wollen wir den Einsatz von Lastenrädern und neue Verteil-

konzepte wie Cityhubs oder Güterbeförderung auf Schienen fördern.

Wir schützen Natur und Umwelt für

ein gutes Leben

Artensterben stoppen

Biologische Vielfalt sichert das Leben auf der Erde. Ökologische Leitplanken müssen daher

unser Handeln definieren – als „Barometer des Lebens“. Um die Krise der Artenvielfalt zu über-

winden und das massenhafte Artensterben zu beenden, brauchen wir vor allem eine andere

Landnutzung. Wie beim Klimaschutz zählt beim Naturschutz jeder Tag. Deshalb werden wir

hier ein Sofortprogramm Artenschutz auflegen, mit dem wir den Pestizideinsatz verringern,

den Einsatz von Glyphosat untersagen, den Verkauf von naturwertvollen bundeseigenen Flä-

chen zur Bebauung und die Entwässerung von moorigen Standorten im Bundesbesitz stoppen.

Wir werden Naturschutzkorridore schaffen, Natura-2000-Gebiete gemeinsam mit den Ländern

verteidigen und verbessern sowie Schutzgebiete, wo möglich, vergrößern bzw. neue schaffen.

10 Prozent der Gelder aus dem Energie- und Klimafonds sollen für Klimaschutz durch Natur-

schutzmaßnahmen eingesetzt werden. Mit einem Wildnisfonds wollen wir dafür sorgen, dass

sich auf mindestens 2 Prozent der Landesfläche wieder echte Wildnis entwickeln kann. Um Na-

tur zu retten, gilt es bis 2030 den Flächenverbrauch zu halbieren. Bei neuer Straßenverkehrs-

infrastruktur sowie Siedlungs- und Industriegebieten muss mehr auf den Naturschutz geachtet

21

werden. Das werden wir bei Bundesinfrastrukturprojekten umsetzen und zugleich Landes- und

Kommunalverwaltungen dabei unterstützen, nicht mehr benötigte versiegelte Flächen der Na-

tur zurückzugeben oder im Innenbereich zu verdichten.

Unseren Wald retten

Unser Wald ist durch die Klimakrise stark bedroht. Wir erleben heute schon ein Waldsterben,

das weitaus größere Schäden anrichtet, als in den 80er Jahren durch den sauren Regen ent-

standen sind. Naturnahe, artenreiche und klimastabile Waldökosysteme sind widerstandsfä-

higer als Monokulturen. Wir wollen gesetzliche Mindeststandards für eine naturnahe Wald-

bewirtschaftung festlegen und den Umbau und die Wiederbewaldung nach ökologischen

Bewirtschaftungsvorgaben unterstützen. Das dient auch dem ökonomischen Mehrwert. Die

Bewirtschaftung von Flächen der öffentlichen Hand soll an ökologische Kriterien – im Wald

nach FSC, in der Landwirtschaft nach Ökolandbau zertifiziert – geknüpft werden. Wir wollen 5

Prozent unserer Wälder komplett aus der Nutzung nehmen. Dazu weisen wir Naturwälder aus

und machen sie zu Urwäldern von morgen. Weitere Dürrejahre vergrößern die Waldbrandge-

fahr. Gemeinsam mit Kommunen und Ländern wollen wir eine bundesweite Präventions- und

Bekämpfungsstrategie erarbeiten.

Biologische Vielfalt an Land und im Meer schützen

Der Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume schreiten auch global wei-

ter voran. Wir werden uns für ein ambitioniertes Abkommen der Vereinten Nationen zum Er-

halt der biologischen Vielfalt einsetzen. Es sollen entsprechend der Biodiversitätsstrategie

der Europäischen Union mindestens 30 Prozent der Landfläche und 30 Prozent der Meere ge-

schützt werden, davon 10 Prozent der EU-Landflächen und 10 Prozent der EU-Meeresgebiete

mit strengen Schutzvorgaben, nötig ist außerdem ein Entwaldungsstopp für die Schutzgebiete

an Land. Die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir in einem solchen Abkommen als

neue Leitprinzipien verankern und für eine kohärente Politik sorgen. Insbesondere im Meeres-

bereich verfolgen wir eine gemeinsame internationale Meeresstrategie. Wir werden uns dafür

einsetzen, den Schutz der Meere über verbindliche Abkommen zu schärfen, Vollzugsdefizite

und Regellücken zu schließen und damit den Schutz des Meeres in den Fokus zu rücken, damit

legale Verschmutzung, wie zum Beispiel Tankwäschen auf hoher See, verboten und Übernut-

zung verhindert wird.

Flüsse und Moore schützen

Die Renaturierung von Flüssen und Wäldern und die Wiedervernässung von Mooren – all das

schützt nicht nur seltene Lebensräume und die Biodiversität, sondern auch das Klima. Na-

turnahe Bäche und die letzten frei fließenden Flüsse wie die Elbe müssen erhalten bleiben,

einen Ausbau der Oder lehnen wir ab. Flüsse mit weiten Auen und Überschwemmungsgebieten

sind auch der beste Schutz gegen Hochwasser. Daher werden wir die Aufgaben der Bundes-

22

wasserstraßenverwaltungen stärker ökologisch ausrichten. Spezifische Programme für wilde

Bäche, naturnahe Flüsse, Seen, Auen und Feuchtgebiete wie das Blaue Band wollen wir stärken

und die EU-Wasserrahmen-Richtlinie konsequent umsetzen. Moorschutz ist Klimaschutz. Daher

wollen wir unsere Moore so schnell wie möglich wiedervernässen. Dazu legen wir gemeinsam

mit den Ländern ein großflächig wirksames Moor-Renaturierungsprogramm auf. Wiederver-

nässte Moore müssen zu einem Teil Schutzgebiete werden, ein anderer Teil sollte nachhaltig

genutzt werden. Daher wollen wir Paludikultur stärken, also die landwirtschaftliche Nutzung

von nassen Hoch- und Niedermooren.

Sauberes Wasser ist Leben

Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Nitrat, Waschmittelrückstände und Medikamenten-

reste, die Grundwasser, Seen und Flüsse belasten, gehören nicht ins Abwasser. Deshalb wollen

wir klare gesetzliche Vorgaben etwa zur Flächenbindung der Tierhaltung und des Pestizid-

einsatzes verankern. Ein Verursacherfonds und eine Reform der Abwasserabgabe sollen so zu

einer fairen Verteilung der Kosten von Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung führen. Durch

eine Stärkung der Produktverantwortung von Herstellern und genaue Genehmigungs- und

Entsorgungsvorschriften für Medikamente können wir die Gefahren von Arzneimittelrückstän-

den im Wasser und Resistenzen von Keimen verringern. Setzen wir das EU-Recht konsequent

um, reduzieren wir den Eintrag von hormonverändernden Stoffen und Mikroplastik im Wasser.

Den Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung gegenüber gewerblicher Nutzung gilt es si-

cherzustellen, Wiederverwendung von Abwässern und Speicherung von Regenwasser wollen

wir regeln und Anreize zum Wassersparen schaffen.

Meere schützen, Plastikmüllflut stoppen

Die Meere befinden sich in einem katastrophalen Zustand – und dieser droht sich durch wei-

tere Versauerung, Überdüngung, Verschmutzung und Plastikmüll noch zu verschlechtern. Um

die Plastikmüllflut zu stoppen, wollen wir ein Sofortprogramm mit verbindlichen Müllvermei-

dungszielen auflegen. Wir wollen Technik und Maschinen fördern, die eine Bergung der Mu-

nitionsaltlasten in Nord- und Ostsee ermöglichen. Um die Fischbestände zu stabilisieren und

Fischer\*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben, wollen wir eine regionale, umwelt- und

artenschonende Fischerei unterstützen und die Betriebe fördern, die Fangmengen und Netz-

längen reduzieren, die neue bzw. althergebrachte Fanggeräte erproben oder einsetzen und

sich für touristische Angebote öffnen. In Meeresschutzgebieten regulieren wir die Schlepp-

netz- und Stellnetzfischerei sowie die touristische Nutzung. Aus den Erdölförderanlagen in

der Nordsee treten durch Unfälle, ölhaltigen Bohrschlamm mit Bohrabfällen und auch durch

die Abfackelung von Gas giftige Stoffe aus. Wir setzen uns für ein Ende der Förderung fossiler

Energieträger ein. In der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) wollen wir einen

sofortigen Stopp neuer Öl- und Gasbohrungen umsetzen sowie ein Förderende bis 2025. Auf

europäischer und internationaler Ebene setzen wir uns für ein Ende der Öl- und Gasförde-

rung in der gesamten Nord- und Ostsee ein. Wir wollen auch den Ausstieg aus dem Kies- und

23

Sandabbau vorantreiben. Für lebendige Weltmeere sind die Umsetzung der EU-Meeresstrate-

gie-Rahmenrichtlinie und verbindliche Abkommen über Fangquoten, ein Ende der Fischerei-

subventionen, ein Tiefseebergbaumoratorium sowie die Ausweisung von großflächigen Mee-

resschutzgebieten überlebensnotwendig.

Das Ende des Mülls

Der Mehrweganteil bei Getränken sinkt seit Jahren. To-go-Becher werden nur für wenige

Minuten genutzt, bevor sie zu Müll werden. Ausgediente Handys und Tablets verstauben in

Schubladen, obwohl sie wiederverwendet oder recycelt werden könnten. Unser Ziel ist Zero

Waste. Es soll kein Müll mehr verursacht und die Ressourcenverschwendung gestoppt werden.

Dafür wollen wir das komplizierte Pfandsystem entwirren. Jede Flasche soll in jeden Pfand-

automaten passen, den To-go-Mehrwegbecher machen wir bis 2025 zum Standard. Auf euro-

päischer Ebene treten wir für ein EU-weites Pfandsystem ein. Damit Ressourcenschätze aus

alten Elektrogeräten zurück in den Kreislauf finden, schaffen wir ein Pfand auf Handys, Tablets

und energieintensive Akkus. Das Verpackungsgesetz entwickeln wir zu einem Wertstoffgesetz

weiter, das Mehrwegquoten und Pfand auf alle Einweg-Plastikflaschen vorsieht. Die Kreislauf-

wirtschaft wird das neue Normal. Im Kreislaufwirtschaftsgesetz räumen wir allen ökologisch

vorteilhaften Mehrwegprodukten Vorrang ein. Wir setzen uns für ein Verbot des Exports von

Plastikmüll in Länder außerhalb der EU ein.

Giftfreie Produkte im Alltag

Plastikrückstände befinden sich bereits in den Körpern von Kindern und Jugendlichen. Die

Weltgesundheitsorganisation sieht in hormonstörenden Chemikalien eine globale Gesund-

heitsbedrohung. Wir wollen giftige Chemikalien, die Erkrankungen wie Krebs, Diabetes oder

ungewollte Kinderlosigkeit auslösen können, aus allen Alltagsprodukten verbannen, indem

wir das EU-Recht im Chemikalienbereich schnell und konsequent umsetzen. Im Rahmen der

Chemikalienverordnung REACH wollen wir weitere Einschränkungen für gefährliche Stoffe

und werden entsprechende Vorschläge machen. Besonderes Augenmerk richten wir auf Spiel-

zeug, Kinderpflegeprodukte und andere Alltagsprodukte wie Textilien, Möbel oder Elektronik.

Deutschland sollte dem Beispiel Frankreichs folgen und nachgewiesen giftige Chemikalien

wie Bisphenol A in Kochgeschirr und Lebensmittelverpackungen oder per- und polyfluorierte

Kohlenwasserstoffe in Papier und Pappe verbieten. Unser Ziel ist, dass die Menschen gesund in

einer gesunden Umwelt leben können.

Saubere Luft zum Atmen

Wir alle brauchen saubere Luft zum Atmen. Doch Abgase aus dem Verkehr, aus Kohlekraftwer-

ken oder alten Ölheizungen machen krank. Schlimmer noch: Nach Berechnung der Europäi-

schen Umweltagentur sterben allein in Deutschland pro Jahr 70.000 Menschen vorzeitig durch

von Luftverschmutzung verursachte Krankheiten. Um die Luft zu verbessern, bietet die ökolo-

24

gische Modernisierung riesige Chancen. E-Autos, Solar- und Windenergie schützen unsere Luft.

Wir wollen diese Entwicklung beschleunigen und die Minderungsziele für Luftschadstoffe und

die Grenzwert-Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation schnellstmöglich umsetzen.

Klimaanpassung und mehr Natur in der Stadt

Schon heute hat sich die Erde um 1,2 Grad erhitzt. Die Folgen sind mit Hitzesommern, Wald-

sterben und Dürren längst auch in unserem Land spürbar und treffen oft die am härtesten,

die in schwierigeren Umständen leben. Während wir um jedes Zehntelgrad weniger an Erder-

hitzung kämpfen, müssen wir uns zugleich an diese Veränderungen anpassen. Unsere Städte

wollen wir besser gegen Hitzewellen wappnen – mit mehr Stadtgrün, Fassadenbegrünung und

Trinkbrunnen. Es gilt unsere Städte so umzugestalten, dass sie mehr Wasser aufnehmen und

speichern und im Sommer kühlend wirken. Öffentliche Trinkwasserversorgung muss Vorrang

vor einer Privatnutzung haben. Auch für Tiere und Pflanzen sind unsere Städte immer wich-

tigere Lebensräume. Wir wollen die Natur in der Stadt ausweiten und dafür zum Beispiel die

Lichtverschmutzung eindämmen, die sich negativ auf Menschen und Tiere auswirkt.

Wir stärken Bäuer\*innen, Tiere und Natur

Landwirtschaft fit für die Zukunft machen

Wir wollen Umwelt-, Tier-, Klima- und Gewässerschutz und landwirtschaftliche Erzeugung mit-

einander versöhnen. Die Landwirtschaft fit für die Zukunft zu machen – das begreifen wir als

Aufgabe für die nächsten Jahre. Das geht nur mit der Natur zusammen und mit einem Ver-

ständnis von Natur, das sich an Kreisläufen orientiert und sich dem Ressourcenschutz ver-

pflichtet sieht. Das bedeutet fruchtbare Böden, sauberes Wasser und intakte Ökosysteme, aber

auch faire Bezahlung von Landwirt\*innen und ein geändertes Ernährungssystem. Wir werden

vielfältige Fruchtfolgen und widerstandsfähige Anbausysteme wie Agroforst ebenso stärken

wie die Nutzung von robusten Pflanzensorten und Tierrassen. Digitale Anwendungen können

bei entsprechender Ausrichtung die Landwirtschaft umwelt- und klimafreundlicher machen,

müssen aber auch – zum Beispiel über Sharing-Konzepte – kleineren Betrieben offenstehen

und bezahlbar sein. Den Ökolandbau wollen wir umfangreich fördern und die Voraussetzungen

dafür schaffen, dass künftig immer mehr Bäuer\*innen und Lebensmittelhersteller umstellen.

Monokulturen und chemische Dünger führen auch im globalen Süden zu erheblichen Schäden

für Gesundheit und Umwelt, während Kleinbäuer\*innen durch europäische Dumpingexporte,

patentiertes Saatgut und Landraub weiter in die Abhängigkeit getrieben werden. Das Recht

auf Nahrung muss garantiert sein, kleinbäuerliche Strukturen sollten gestärkt werden. Dafür

25

unterstützen wir mit unserer Agrar- und Entwicklungspolitik eine globale sozial-ökologische

Agrarwende.

Öffentliches Geld für öffentliche Leistung

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU sollte zu einem Instrument für eine ökologische

Agrarpolitik werden – und nicht wie bisher für die Industrialisierung der Landwirtschaft. Das

muss der Ausgangspunkt für einen Gesellschaftsvertrag zwischen Bäuer\*innen, Verbraucher\*in-

nen und Politik für Klima- und Naturschutz sein. Wir wollen eine Reform, damit die Milliarden

an öffentlichen Geldern künftig für öffentliche Leistungen wie Klima-, Umwelt- und Tierschutz

eingesetzt werden. Um den nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft gemeinsam mit den Bäu-

er\*innen voranzutreiben, gilt es die nationalen Spielräume für die bevorstehende Förderpe-

riode bestmöglich zu nutzen. Dazu gehören ein Ökolandbau-Anteil von 30 Prozent sowie eine

Halbierung des Pestizid- und Antibiotika-Einsatzes bis 2030. Wir wollen das System der Direkt-

zahlungen schrittweise durch eine Gemeinwohlprämie ablösen, die konsequent gesellschaft-

liche Leistungen honoriert. Bis zum Jahr 2028 wollen wir für die Hälfte der Gelder eine öko-

logische Zweckbindung erreicht haben.

Pestizide reduzieren

Es gibt viele Gründe, den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft deutlich herunterzufah-

ren. Der Schutz der menschlichen Gesundheit gehört dazu. Vor allem sind weniger Pestizide

der wichtigste Hebel, um den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen. Wir wollen den Ausstieg

aus der Pestizidabhängigkeit unserer Landwirtschaft schnell und machbar gestalten: durch eine

systematische Pestizidreduktionsstrategie, ein Sofortverbot für besonders umwelttoxische Wirk-

stoffe und das besonders häufig eingesetzte Pestizid Glyphosat. Um den Einsatz von Pestiziden

insgesamt zu reduzieren, führen wir eine Pestizidabgabe ein. Um wirksamen Artenschutz zu be-

treiben und unser Trinkwasser zu schützen, wollen wir die Ausbringung von Pestiziden in Natur-

schutzgebieten und Trinkwasserschutzgebieten untersagen. Die Landwirt\*innen werden durch

Gelder der Pestizidabgabe dafür entschädigt. Wir werden außerdem den Export von Pestiziden

beenden, die in Deutschland oder der EU aufgrund von Umwelt- und Gesundheitsrisiken nicht

zugelassen oder verboten sind. Wir wollen die Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel

verbessern und so Transparenz und Unabhängigkeit stärken sowie ein kombiniertes Forschungs-,

Umsetzungs- und Beratungsprogramm für nicht synthetischen Pflanzenschutz auflegen.

Vielfältiges Saatgut ohne Patente

Eine vielfältige, gerechte und nachhaltige Landwirtschaft beginnt beim Saatgut. Es ist nötig,

die Zucht von robusten Sorten voranzutreiben. Angesichts der Klima- und Biodiversitätskri-

se wollen wir sowohl die Forschung für ökologisches Saatgut stärken als auch neue Ansätze

fördern. Gentechnikfreie Produktion muss durch vorsorgeorientierte Zulassungsverfahren und

Kennzeichnungspflicht geschützt bleiben. Die Opt-out-Richtlinie der EU setzen wir vollständig

26

in nationales Recht um. Die Risiko- und Nachweisforschung sowie innovative Ansätze, die auf

traditionelle und ökologische Züchtungsverfahren setzen, werden wir stärken. Wir wollen das

Patentrecht so ausrichten, dass es keine Patente auf Pflanzen und Tiere sowie deren geneti-

sche Anlagen mehr gibt.

Gerechte Einkommen und Arbeitsbedingungen für

Bäuer\*innen

Bäuerinnen und Bauern müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir werden daher mit Hilfe

des Wettbewerbsrechts gegen Dumpingpreise im Lebensmittelhandel vorgehen. Wir wollen

Junglandwirt\*innen und Neueinsteiger\*innen unterstützen und Maßnahmen gegen Bodenspe-

kulation und den Ausverkauf ländlicher Fläche ergreifen. Dazu gehört, dass wir die Flächen

der bundeseigenen BVVG in eine Bundesstiftung überführen, die die Flächen vorzugsweise an

kleinere Betriebe statt an große Investoren verpachtet. Auch in der Lebensmittelerzeugung

und verarbeitung müssen faire Bedingungen herrschen. Ein besserer Arbeits- und Gesundheits-

schutz für Beschäftigte in Landwirtschaft und Fleischindustrie ebenso wie mehr Rechte für die

Arbeitnehmer\*innen, tarifliche Löhne und starke Gewerkschaften sind notwendig.

Regionale Vermarktung stärken

Der Wunsch, wieder mehr regional und handwerklich erzeugte Lebensmittel zu kaufen, beim

Bäcker, in der Metzgerei, auf dem Bauernhof, wächst stetig. Wir wollen die regionale Erzeu-

gung und Vermarktung stärken und so dem Betriebssterben der letzten Jahre entgegentreten.

Wir unterstützen Regionalsiegel und Direktvermarktungen der Betriebe durch lokale Einkaufs-

Apps und Regionalwerbung und sorgen mit einer klaren Definition von regionalen Produkten

für Schutz vor Betrug. Öffentliche Fördergelder sollen vorrangig den kleinen und mittleren

bäuerlichen Betrieben und Handwerker\*innen zugutekommen. Forschung und Beratung zur

Regionalvermarktung, innovative und partizipative Ansätze wie solidarische Landwirtschaft

oder Ernährungsräte unterstützen wir.

Lebensmittel retten

Gesunde und ökologisch wertvolle Lebensmittel sollen allen Menschen in Deutschland leicht

zugänglich sein. Ernährungsbedingte Krankheiten aufgrund von Fehlernährung wollen wir

gezielt eindämmen. Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Mensen und Kantinen unter-

stützen wir dabei, mehr nachhaltiges, gesundes und regionales Essen anzubieten. Gutes Essen

scheitert allzu oft an mangelndem Angebot und Transparenz. Um das zu ändern, wollen wir

die Ernährungsindustrie in die Pflicht nehmen. Wir brauchen verbindliche Reduktionsstrate-

gien für Zucker, Salz und Fett. Für Lebensmittelwerbung, die sich an Kinder richtet, wollen wir

klare Regeln, die sich an den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation orientieren. Klima-

schutz heißt auch, dass wir als Gesellschaft weniger tierische Produkte produzieren und kon-

sumieren werden. Wir wollen vegetarische und vegane Ernährung attraktiver und zugänglich

27

für alle Menschen machen. Pflanzliche Milchalternativen sollen steuerlich mit Milchprodukten

gleichgestellt und mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz verkauft werden. Auch gegen die

Lebensmittelverschwendung gehen wir vor. Wir wollen mit einem Rettet-die-Lebensmittel-Ge-

setz verbindliche Reduktionsziele einführen, Lebensmittelhandel und -produzenten verpflich-

ten, genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben statt wegzuwerfen . Lebensmittel aus dem

Müll zu retten – das sogenannte Containern – muss entkriminalisiert werden.

Klare Lebensmittelkennzeichnung

Gutes, nachhaltiges und gesundes Essen soll leicht zu erkennen sein. Mit verständlichen Infor-

mationen über Zutaten, Herkunft und Herstellung wollen wir für die nötige Transparenz sor-

gen. Wir werden daher eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung für Fleisch und andere

tierische Produkte einführen. Die Nährwertkennzeichnung Nutriscore wollen wir ausbauen und

europaweit für alle Fertigprodukte anwenden. Außerdem wollen wir die Transparenz über die

Herkunft von Lebensmitteln verbessern. Transparenz muss auch bei der Lebensmittelhygiene

gelten, deshalb sollen die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen in Form eines Hygienebaro-

meters für alle erkennbar sein.

Wir ermöglichen Tieren ein besseres Leben

Tierhaltung mit mehr Platz für weniger Tiere

Das System des „Immer billiger, immer mehr“ hat die Landwirtschaft in einen Teufelskreis ge-

trieben: Bäuerinnen und Bauern werden von Dumpingpreisen erdrückt und müssen immer mehr

produzieren, um zu überleben, die Tiere werden immer mehr auf Leistung gezüchtet und leben

immer kürzer, die ökologischen und gesellschaftlichen Probleme wachsen. Es braucht einen Aus-

weg. Ein Teil der Lösung ist, dass deutlich weniger Tiere gehalten werden als bisher und diesen

Tieren ein wesentlich besseres Leben ermöglicht wird. Damit Tierschutz wirtschaftlich machbar

ist, wollen wir die Landwirt\*innen durch eine Umbauförderung, faire Preise für ihre Arbeit und

verpflichtende Haltungskennzeichnungen auf den Produkten für alle Tierarten unterstützen. Die

Tierhaltung soll an die Fläche – nicht mehr als zwei Großvieheinheiten pro Hektar – und Ober-

grenzen pro Stall gebunden werden. Den Umbau in tiergerechte Ställe werden wir durch einen

Tierschutz-Cent auf tierische Produkte ebenso gezielt fördern wie die Weidetierhaltung, die öko-

logisch wertvolles Grünland erhält und sinnvoll nutzt. Qualzucht, Amputationen, Eingriffe ohne

Betäubung und Anbindehaltung wollen wir beenden, den Einsatz von Antibiotika senken und

Tiertransporte auf vier Stunden begrenzen. Lebendtiertransporte in Drittstaaten außerhalb der

EU gehören ganz verboten.

28

Tiere schützen und respektieren

Tiere brauchen Schutz, deshalb werden wir die gesetzlichen Regelungen zur Tierhaltung ver-

bessern. Für alle Tiere, die wir Menschen halten, haben wir eine besondere Verantwortung. Wir

wollen ihnen ein würdevolles, gutes und gesundes Leben frei von Schmerzen, Angst und Stress

ermöglichen. Dafür gilt es gemeinsam mit den Ländern und Kommunen auf einen effektiveren

Vollzug hinzuwirken und wirkungsvollere Sanktionen bei Tierschutzvergehen im Tierschutzge-

setz zu verankern. Wir werden ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen

einführen. Die anerkannten Tierschutzorganisationen und ein\*e Bundestierschutzbeauftragte\*r

sollen Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte wahrnehmen, die für den Tierschutz zuständigen

Behörden kontrollieren und Rechtsverstöße beanstanden. Die Haltung von Wildtieren in Zir-

kussen gehört nicht mehr in unsere Zeit. Den Online-Handel mit Tieren wollen wir strikt regu-

lieren. Wir streben die weitere konsequente Reduktion von Tierversuchen in der Wissenschaft

an und wollen Tierversuche mit einer klaren Ausstiegsstrategie und innovativen Forschungs-

methoden schnellstmöglich überflüssig machen. Deswegen muss die zukunftsorientierte For-

schung sichergestellt sein, genauso wie auch tierfreie Modelle für verbesserte Medikamenten-

und Sicherheitsprüfungen weiterentwickelt und gefördert werden müssen.

Wildtierhandel an die Leine legen

Die Covid-19-Pandemie muss eine Lehre sein, die Gesundheit von Umwelt, Tier und Mensch

zusammenzudenken. Sie basiert auf einer Zoonose, einer vom Tier zum Menschen übertra-

genen Infektionskrankheit. Solche neuartigen Krankheiten werden durch die fortschreitende

Zerstörung der Natur und das Vordringen der Menschen in die letzten natürlichen Lebensräu-

me begünstigt. Dem gilt es entgegenzuwirken. Wildtiere gehören in die Wildnis, der Handel

mit ihnen muss strenger reguliert, Importe von Wildfängen, die Trophäenjagd, ihr Handel auf

Online-Portalen und Wildtierbörsen müssen ganz verboten werden. Auch die industrielle Tier-

haltung kann zu Pandemien beitragen, wie sich an coronainfizierten Nerzen gezeigt hat. Die

Tierhaltung ist deshalb auch an den Notwendigkeiten zur Eindämmung möglicher Zoonosen

auszurichten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Pelztierfarmen nicht mehr erlaubt sind.

29

Kapitel 2

IN DIE ZUKUNFT

WIRTSCHAFTEN

Klimaneutralität ist die große Chance für den Industriestandort Deutschland. Grüne Technolo-

gien aus Deutschland werden weltweit nachgefragt. Beim erneuerbaren Wasserstoff sind wir

Europäer\*innen noch führend. Für große Teile der deutschen Industrie ist das Pariser Klimaab-

kommen fester Bestandteil der Planungen geworden, unternehmerische Investitionsstrategien

sind auf Klimaschutz ausgerichtet. Die meisten wissen, dass die Märkte der Zukunft klimaneutral

sind. Und sie wissen: Deutschland kann so viel mehr. In den Unternehmen, den Köpfen und den

Strukturen stecken die Innovationskraft und der Wille, in die Zukunft zu wirtschaften. Wir sehen,

mit welcher Agilität Unternehmer\*innen neue Ideen und Geschäftsmodelle entwickeln. Und wir

sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln, die Dynamik eines fairen Wettbewerbs, die

Stärke von gesellschaftlicher Kooperation innovativ Probleme löst.

Allerdings steht die deutsche und europäische Wirtschaft unter großem Druck: Unser Industrie-

land muss sich im globalen Wettbewerb mit autoritärem Staatskapitalismus und weitgehend un-

regulierten Tech-Giganten behaupten. Die Pandemie hat viele Wirtschaftszweige hart getroffen,

einige Sektoren hatten schon zuvor die Transformation verschlafen. Die Klimakrise und die End-

lichkeit von Ressourcen verlangen ein Umsteuern. Zugleich ist unser Verständnis von dem, was

Wohlstand ist, im Wandel. Menschen bezweifeln zunehmend, dass ein blindes Wachstum, das zu

großen sozialen und ökologischen Problemen führt, richtig ist. Wenn wir es jetzt aber klug an-

stellen, können wir unser Wirtschafts- und Finanzsystem neu eichen. Wir können eine sozial-öko-

logische Marktwirtschaft in Europa begründen, die Wohlstand und Wachstum mit Nachhaltigkeit

und Gerechtigkeit versöhnt und den Menschen dient. Sie ist Ausgangspunkt für eine neue wirt-

schaftliche Dynamik, die zukunftsfähige Jobs schafft, Lebensqualität sichert und uns Menschen

freie Entfaltung ermöglicht und einen klimagerechten Wohlstand schaffen kann.

Dafür ist eine Politik nötig, die will, die nach vorne führt und verlässlich steuert. Nicht, weil der

Staat besser wirtschaften kann, sondern weil die Wirtschaft klare Verhältnisse, verlässliche poli-

tische Rahmenbedingungen und Anreize braucht. Nur dann haben Unternehmen Planungssicher-

heit und wissen, dass sich klimaneutrales, nachhaltiges Wirtschaften lohnt.

Ungeregelte Märkte können sehr viel zerstören. Wenn wir Märkte aber nachhaltig und sozial ge-

stalten, können sie mit ihrer Wucht Innovationen entfachen, die wir für die Transformation brau-

chen. Damit das gelingt, stellen wir die Weichen konsequent auf Klimaneutralität und ermög-

lichen der Wirtschaft neue Spielräume innerhalb der planetaren Grenzen. Wir schaffen Anreize,

streichen umweltschädliche Subventionen und setzen ordnungspolitische Regeln, um nachhaltig

zu produzieren, zu handeln und zu konsumieren. Wir geben dem Wachstum eine Richtung und

bemessen Wohlstand neu. Wir starten eine umfassende Investitionsoffensive, öffentlich wie pri-

vat, um dem immensen Investitionsstau in unserem Land zu begegnen und Klimaschutz, Digitali-

sierung und Bildung deutlich zu stärken. Dafür setzen wir auf eine vorsorgende Haushaltspolitik.

Wir gehen die Ungerechtigkeiten im Steuersystem entschlossen an und sorgen dafür, dass sich

sehr wohlhabende und reiche Menschen und große Konzerne ihrer Verantwortung stärker stel-

len. Globale Konzerne sollen nicht mächtiger sein als Staaten – es gilt das Primat der demo-

kratischen Politik zu behaupten. Hohe Einkommen und Vermögen sollen mehr zur Finanzierung

unseres Gemeinwesens beitragen, denn Gesellschaften, in denen die Ungleichheit gering ist, sind

zufriedenere Gesellschaften.

Wirtschafts- und Finanzpolitik muss europäisch gemacht werden. Als Europäer\*innen können wir

mit unserem starken gemeinsamen Binnenmarkt internationale Standards setzen und Innova-

tionen vorantreiben. Solange es Wettbewerbsverzerrung gibt, braucht es auch den Schutz des

europäischen Marktes und vor allem der kritischen Infrastruktur. Zugleich setzen wir uns für eine

gemeinsame strategische Außenwirtschaftspolitik ein, die Fairness zu einem Gebot des interna-

tionalen Wettbewerbs und des freien Welthandels macht und weltweit nachhaltiges Wirtschaf-

ten befördert. Als Europäer\*innen investieren wir gemeinsam in Klimaschutz, Forschung und den

Wohlstand der Zukunft, den Weg dahin bereit ein Green New Deal. In einer Bundesregierung

werden wir alles dafür tun, dass die Europäische Union der erste CO2-freie Wirtschaftsraum wird.

Mit all diesem legen wir die Grundlagen dafür, dass Deutschland und Europa erfolgreiche In-

dustriestandorte mit hoher Wertschöpfung, starkem Sozialstaat und guten Arbeitsplätzen blei-

ben. Dafür, dass notwendige Innovationen in Europa entwickelt und marktfähig werden, dass zu-

kunftsfähige neue Jobs im Handwerk, bei Start-ups und in der Dienstleistungsbranche entstehen

– in traditionsreichen und innovativen Industrieunternehmen, im Maschinenbau, in kleinen und

mittelständischen Betrieben. Wir wollen, dass Deutschland und Europa auch bei neuen Techno-

logien die Spitze beanspruchen – seien es E-Autos, saubere Batterien, Quantencomputer, Künstli-

che Intelligenz oder moderne Biotechnologie. Mit einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik

zeigen wir eine Richtung auf und bieten zukunftsfähigen Unternehmen gute Bedingungen. So

machen wir aus der Marke „Made in Germany“ ein Gütesiegel für zukunftsfähige Industrie in

einem klimaneutralen Europa.

31

Wir fördern Unternehmergeist,

Wettbewerb und Ideen

Ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen

Nach der Corona-Pandemie braucht unser Land einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch. Das

Beste, was die Politik dazu beitragen kann, ist, das zu tun, was sie die letzten zehn Jahre sträf-

lich versäumt hat: in unsere gemeinsame Zukunft zu investieren. Nur wenn auch der Staat

seinen Teil beiträgt, wenn öffentliche und private Investitionen gemeinsam auf ein Ziel aus-

gerichtet werden, wird Europa den Anschluss an moderne Zukunftstechnologien halten und

sich im Wettbewerb mit den USA und China behaupten können. Wir starten in der nächsten

Legislaturperiode eine Investitionsoffensive. In schnelles Internet, überall. In Spitzenforschung

vom Quantencomputer bis zur modernsten Biotechnologie. In klimaneutrale Infrastrukturen, in

Ladesäulen, einen Ausbau der Bahn, emissionsfreie Busse und moderne Stadtentwicklung. Wir

wollen, dass Deutschland bei den öffentlichen Investitionen im Vergleich der Industrieländer

vom Nachzügler zum Spitzenreiter wird, und in diesem Jahrzehnt pro Jahr 50 Milliarden Euro

zusätzlich investieren. So gelingt die sozial-ökologische Transformation, so schaffen wir nach-

haltigen Wohlstand und sichern die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes in einer handlungs-

fähigen Europäischen Union.

Neustart nach der Corona-Krise

Die Corona-Pandemie hat viele Unternehmen hart getroffen. Während die einen sich hoch ver-

schulden mussten, haben es andere nicht durch die Krise geschafft und mussten ihr Geschäft

aufgeben. Besonders hart hat es Restaurants, Hotels, die Tourismus- und Veranstaltungsbranche,

die Kulturwirtschaft, aber auch viele Einzelhändler\*innen getroffen. Ein Neustart nach der Co-

rona-Krise muss daher gezielt den besonders betroffenen Branchen helfen. Damit sichern wir

Existenzen, erhalten Arbeitsplätze und setzen zielgenaue konjunkturelle Impulse. Hierfür deh-

nen wir den steuerlichen Verlustrücktrag aus, führen attraktive und zeitlich begrenzte Abschrei-

bungsbedingungen ein und helfen kleinen und mittleren Unternehmen, sich mit vereinfachten

Restrukturierungsverfahren leichter neu aufzustellen, ohne Insolvenz anmelden zu müssen.

Falls Corona-Soforthilfen zurückgezahlt werden müssen, benötigen die Unternehmen großzügi-

ge Stundungen. Für Selbständige braucht es vor allem sichere Aufträge durch handlungsfähige

Kommunen, die wir unter anderem durch eine abgestimmte Kulturförderpolitik stärken wollen.

Klimaschutztechnologien made in Germany

Der globale Wettbewerb um die Technologien von morgen ist in vollem Gange. Made in Ger-

many soll zukünftig nicht nur für Qualität, sondern noch stärker für nachhaltige und innovative

32

Produkte und Prozesse stehen. Digitalisierung und Klimaneutralität müssen Staat und Unter-

nehmen gemeinsam in Angriff nehmen. Während der Staat mehr öffentliche Investitionen rea-

lisiert, wollen wir zugleich Anreize für mehr Investitionen durch Unternehmen setzen. Dafür

erweitern wir zielgerichtet die Spielräume für die Unternehmen: Investitionen sollen zeitlich

befristet degressiv mit mindestens 25 Prozent abgeschrieben werden können. Die steuerliche

Förderung von Forschung für KMU erhöhen wir. Öffentliche Investitionszuschüsse sollen gera-

de bei neuen Technologien eine Starthilfe geben; Klimaverträge helfen, dauerhafte Planungs-

sicherheit für langfristige Klimaschutzinvestitionen zu geben.

Ein Gründungskapital einführen

Um den Wohlstand von morgen zu sichern, brauchen wir eine neue Gründer\*innenwelle. Mit ei-

nem unbürokratischen Gründungskapital, das Gründer\*innen einen Einmalbetrag bis maximal

25.000 Euro sicherstellt, wollen wir dafür sorgen, dass keine gute Idee an zu wenig Eigenka-

pital scheitert. Gründer\*innen sollen es leicht haben: Statt sich durch ein Verwaltungsdickicht

zu quälen, sollen sie Information, Beratung und Anmeldung in einer zentralen Anlaufstelle er-

ledigen können – überall in Deutschland. In den ersten zwei Jahren sollen sie weitgehend von

Melde- und Berichtspflichten befreit werden. Frauen sind bei Gründungen noch unterrepräsen-

tiert, sie wollen wir gezielt fördern mit einem staatlichen Wagniskapitalfonds nur für Frauen.

Hürden sollten auch für Menschen mit Migrationsgeschichte abgebaut werden, hier lässt unser

Land ein riesiges Potenzial brachliegen. Bei der öffentlichen Vergabe beziehen wir Start-ups

besser ein und vereinfachen dafür Vergabeverfahren und Regeln zur Eignungsprüfung. Gerade

bei ausbleibender Finanzierung wollen wir die gemeinwohlorientierte Entwicklung von digita-

len Lösungen fördern.

Fairer Wettbewerb um klimaneutrale Industrietechnologien

Die energieintensiven Industrien – Stahl, Zement, Chemie – stehen für 15 Prozent des deut-

schen CO2-Ausstoßes. Zugleich bieten sie hunderttausende gute Arbeitsplätze und sind eben-

so Eckpfeiler unseres Wohlstandes. Wir wollen diese Industrien zum Technologievorreiter bei

der Entwicklung klimaneutraler Prozesse machen. Der Maschinenbau kann beim weltweiten

Einsatz grüner Technologien „made in Germany“ eine Schlüsselrolle einnehmen. So bekämpfen

wir die Klimakrise und tragen zur Sicherung des deutschen Industriestandorts bei. Mit Inves-

titionszuschüssen und einer degressiven Abschreibung fördern wir direkt die Transformation.

Mit dem Abbau von Hürden bei der grünen Eigenstromversorgung treiben wir die Dekarboni-

sierung der Prozesse voran. Klimaverträge (Carbon Contract for Difference), die die Differenz

zwischen dem aktuellen CO2-Preis und den tatsächlichen CO2-Vermeidungskosten erstatten,

sorgen für Investitionssicherheit. Und mit Quoten für den Anteil CO2-neutraler Grundstoffe

schaffen wir Leitmärkte für CO2-freie Produkte. In der Chemieindustrie wollen wir die Trans-

formation weg von Öl und Plastik hin zu nachwachsenden Rohstoffen voranbringen.

33

Automobilindustrie im Aufbruch

Die Automobilindustrie steht vor gewaltigen Umbrüchen. Weltweit läuft der Wettbewerb um

das emissionsfreie und digitale Auto der Zukunft. Nach Jahren des Stillstands hat sich auch die

Branche in Deutschland endlich auf den Weg gemacht. Jetzt braucht es Entschlossenheit und

Zusammenarbeit, damit unsere Autobauer in Zukunft wieder die Nase vorn haben. Klar ist: Der

fossile Verbrennungsmotor hat keine Zukunft. Wir wollen ab 2030 nur noch emissionsfreie Au-

tos neu zulassen. Wir unterstützen bei Forschung und Innovation und sichern einen schnellen

Aufbau der Ladesäuleninfrastruktur und eine weitere Förderung des Markthochlaufs von emis-

sionsfreien Fahrzeugen zu. Aktuell haben Deutschland und Europa den Anschluss bei der Bat-

teriezellenproduktion und damit viel Wertschöpfung verloren. Das darf sich bei den Batterien

der nächsten Generation, die günstiger und ressourcensparender sind, nicht wiederholen. Wir

wollen Europa zum Weltmarktführer einer ökologischen Batteriezellenproduktion machen, zu

der ein wirksames Recyclingsystem gehört sowie die Forschung und Entwicklung der nächsten

Batteriegeneration. Dazu setzen wir auf klare Vorgaben bei den Ökostandards und ein umfas-

sendes Forschungs- und Förderprogramm. Wir wollen zudem die besonders betroffenen Auto-

regionen mit regionalen Transformationsdialogen und -fonds unterstützen.

Europäische Halbleiterindustrie stärken

Eine erfolgreiche und weitsichtige Industriepolitik wird nur dann funktionieren, wenn auch

gesamteuropäisch gedacht wird. Gerade mit Blick auf eine nötige sektorale Strukturförderung,

wie den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur, der Batteriezellfertigung oder Förderung der

Halbleiterindustrie, ist eine europäische Ausrichtung entscheidend. Um kritische Abhängig-

keiten zu verringern, soll die EU-Kapazität im Bereich der Halbleitertechnologie wie von der

EU-Kommission vorgeschlagen auf 20 Prozent der weltweiten Produktion ausgebaut werden.

Das gilt vor allem für die Bereiche, in denen wir bei der Halbleitertechnologie für industrielle

Anwendungen bereits eine starke europäische Stellung haben oder in denen eine besonders

dynamische zukünftige Entwicklung zu erwarten ist. Hierzu müssen Investitionen entlang der

Halbleiter-Wertschöpfungskette erhöht werden.

Kreislaufwirtschaft mit einer Reparatur- und

Recyclingindustrie

Müll ist ein Designfehler und eine Verschwendung wichtiger Ressourcen und Rohstoffe – die

endlich sind und uns abhängig machen. Ob Verpackung, Auto oder Laptop – wir schaffen die

gesetzlichen Grundlagen dafür, um alle Produkte lange zu verwenden, reparieren und recy-

celn zu können. Im Ergebnis heißt das bis 2050: kein Müll mehr, dafür mehr grüne Jobs vor

Ort in einer neuen europäischen Reparatur- und Recyclingindustrie, die die Abhängigkeit von

Ressourcen und Rohstoffimporten verringert. Den Weg dorthin weisen wir mit stärkeren Her-

stellerverpflichtungen, ambitionierten Recyclingquoten und gezielten Förderprogrammen. Bis

2030 werden wir alle Güter und Materialien, die auf den Markt kommen, mit einem digita-

34

len Produktpass ausstatten, der alle wichtigen Informationen über Design, Reparierbarkeit und

Materialien enthält, die wir für die Kreislaufwirtschaft brauchen.

Forschungsergebnisse in die Praxis bringen, Gründungskul-

tur beleben

An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird nach höchsten Standards ge-

forscht. Vielversprechende Forschungsergebnisse – gerade auch aus der Grundlagenforschung

– müssen aber noch öfter in die Praxis gelangen. Die Impfstofferfolge machen dabei Mut: Aus

einer Zufallsentdeckung wurde eine völlig neue Technologie, die in Rekordzeit die Entwicklung

und Produktion gleich mehrerer Corona-Impfstoffe ermöglicht hat. Vielfach mangelt es in der

deutschen Wissenschaft an einer lebendigen Gründungskultur, strukturelle Hemmnisse ver-

hindern Ausgründungen. Die bestehenden Förderprogramme reichen nicht aus. Wir wollen den

Ausbau von Förderprogrammen für Hightech-Start-ups, Gründungszentren und Entrepreneur-

ship-Ausbildungen vorantreiben. Statt unattraktiver Lizenzregelungen wollen wir die stille Be-

teiligung der öffentlichen Institutionen zum neuen Ausgründungsstandard machen.

Frauen an die Spitze

Deutschland ist vielfältig, seine Führungsetagen sind es (noch) nicht. Dabei führen diverse

Teams Unternehmen erfolgreicher. Die Vielfalt der deutschen Gesellschaft muss sich deshalb

auch dringend in den Führungs- und Entscheidungsgremien und der Wirtschaft abbilden. Ob-

wohl Frauen mindestens gleich gut qualifiziert sind wie Männer, fehlen sie dort. Freiwillige

Regelungen haben nichts gebracht. Deshalb soll zukünftig mindestens ein Drittel der Vor-

standssitze größerer und börsennotierter Unternehmen bei einer Neubesetzung an eine Frau

gehen. Um das zu erleichtern, wollen wir auch Hindernisse wie fehlende Elternzeitregelungen

im Aktienrecht beseitigen. Die Aufsichtsräte dieser Unternehmen sollen bei Neubesetzungen

einen Frauenanteil von 40 Prozent anstreben. Unternehmen, die in der Hand des Bundes sind

oder an denen der Bund beteiligt ist, sollen mit klaren Plänen für paritätische Betriebsstruktu-

ren als gutes Beispiel vorangehen. Die Wirtschaftsförderung wollen wir geschlechtergerechter

ausgestalten und Frauen dort, wo sie unterrepräsentiert sind, mit gezielten Maßnahmen för-

dern, zum Beispiel durch einen staatlichen Wagniskapitalfonds nur für Gründerinnen.

Fachkräftemangel bekämpfen

Durch den demografischen Wandel wird in den kommenden 15 Jahren die Zahl der Menschen

im erwerbsfähigen Alter um 6 Millionen schrumpfen. Gleichzeitig erfordern die Berufe der Zu-

kunft ganz neue Fähigkeiten. Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird sich verstärken. Dem

wollen wir entgegenwirken. Dafür investieren wir mehr in berufliche und berufsbegleitende

Bildung. Der Meisterbrief soll wie ein Studium kostenfrei werden. Wir lassen keine Potenziale

mehr ungenutzt: Hürden, die Frauen, Älteren, Menschen mit Behinderungen, Jugendlichen aus

einkommensarmen Elternhäusern oder Menschen mit Migrationsgeschichte oft noch im Weg

35

stehen, bauen wir ab. Einwanderung in unser Land erleichtern wir mit der Einführung einer

Talentkarte und einer schnelleren Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse,

auch wechselseitig in der EU. Geflüchtete sollen die Möglichkeit zum Spurwechsel bekommen,

der ihnen während Ausbildung, Studium und Arbeit mehr Rechtssicherheit und damit eine be-

rufliche Perspektive in Deutschland ermöglicht. Wir unterstützen Betriebe, die Geflüchteten

und Einwander\*innen eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung geben, bei Bedarf durch

Qualifizierung, Beratung und Begleitung.

Mittelstandspolitik ist Innovationspolitik

Der deutsche Mittelstand ist vielfältig, innovativ und international wettbewerbsfähig. Hier ent-

stehen die Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft, er sichert Wertschöpfung in den

Regionen und für sie. Unsere Mittelstandspolitik setzt auf den Dreiklang aus Verringerung bü-

rokratischer Lasten, einer innovationsfreundlichen Steuerpolitik sowie einer breitenwirksamen

Forschungslandschaft. Mit schnelleren Planungen und Genehmigungen und einer effizienten,

digitalen Verwaltung unterstützen wir den Mittelstand bei Innovation und Transformation. Be-

richtspflichten sollen vereinfacht werden. Dafür sollten Vorhaben ausgetestet und mit Anwen-

der\*innen aus Verwaltung und Unternehmen aller Größen gemeinsam verbessert werden. Da-

für ist die konsequente Anwendung und Verbesserung sogenannter KMU-Tests auf nationaler

und europäischer Ebene erforderlich. Förderprogramme und Investitionszuschüsse wollen wir

so ausgestalten, dass sie vor allem KMU zugutekommen. Dafür sollen sie deutlich einfacher zu

beantragen und zu dokumentieren sein. Außerdem sollen passgenaue Beratungen für Digitali-

sierung und Klimaschutz gefördert werden, auch über längere Zeiträume.

Zukunftsfähigkeit eines starken Handwerks sichern

Das Handwerk ist in unserem Alltag überall präsent und unverzichtbar. Es zeichnet sich durch

eine große Heterogenität aus: vom Heizungsinstallateurbetrieb bis zur Bäckerei, vom mittel-

ständischen Unternehmen mit hunderten Beschäftigten bis zum Kleinstbetrieb. Das Handwerk

ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Deutschland. Es bietet gerade im ländlichen

Raum jungen Menschen eine Perspektive. Gerade für sie liegen in der ökologischen Trans-

formation riesige Chancen – von der Gebäudesanierung bis zum Heizungstausch. Durch die

Senkung der EEG-Umlage sorgen wir für bezahlbare Strompreise. Durch Bürokratieabbau, die

Unterstützung bei Nachfolgen und die gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen

wir die Rahmenbedingungen verbessern. Oberstes Ziel ist der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit

der Betriebe. Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf eine stärkere

Tarifbindung, branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr Gleichwertigkeit von beruf-

licher und akademischer Ausbildung. Die Durchlässigkeit vom Studium zum Handwerk und zu-

rück sollte selbstverständlich werden, genauso wie internationaler Austausch und Zugang zu

Stipendien.

36

Kultur schafft Wohlstand

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine der am meisten unterschätzten Branchen in Deutsch-

land. Vor Corona erzielten die über 1,2 Millionen Kreativen und Kulturschaffenden allein im

Jahr 2019 einen Umsatz von knapp 180 Milliarden Euro – mehr als beispielsweise die chemi-

sche Industrie oder Finanzdienstleister. Doch die Kultur- und Kreativwirtschaft ist durch die

Corona-Krise existenziell bedroht. Nur mit gezieltem Schutz und verbesserter Förderung wer-

den wir große Teile unseres kulturellen Lebens vor dem Wegbrechen retten können. Wir er-

weitern den Innovationsbegriff in den Programmen zur Existenzgründungsförderung, sodass

davon auch die Kultur- und Kreativwirtschaft profitiert. Förderprogramme schneiden wir spezi-

fisch auf die Bedürfnisse der Kultur- und Kreativwirtschaft zu und wir bauen die Gründungs-

förderung aus der Arbeitslosigkeit bedarfsgerecht aus.

Der Tourismuswirtschaft nachhaltig auf die Beine helfen

Die Reise- und Tourismuswirtschaft – ein zentraler Wirtschaftsfaktor und millionenfacher Ar-

beitgeber – ist durch die Corona-Krise schwer getroffen. Wir wollen ihr wieder auf die Beine

helfen und zugleich den Nach-Corona-Tourismus klimaschonender, ökologischer und sozial

nachhaltiger gestalten. Ein ökologischer und sozial blinder Massentourismus mit klimaschäd-

lichen Kreuzfahrtschiffen, endloser Müllproduktion und riesigem Ressourcenverbrauch hat

keine Zukunft. In einem nachhaltigen Tourismus liegen hingegen riesige Chancen. Nachhalti-

gen oder sanften Tourismus wollen wir gerade in ländlichen Regionen gezielt entwickeln, zum

Beispiel durch den Ausbau touristischer Rad- und Wasserwege. Mit einem Jedermannsrecht in

öffentlichen Gebieten, wie in Skandinavien üblich, wollen wir Natur für alle erlebbar machen.

Die Bahn soll zum Tourismus-Reisemittel Nr. 1 werden – durch ein europäisches Nachtzugnetz

und die gezielte Anbindung touristischer Regionen an das Bahnnetz. So kann der Tourismus

dabei mithelfen, eine Welt zu erhalten, die es sich auch in Zukunft noch zu bereisen lohnt.

Wir geben dem Markt einen

sozial-ökologischen Rahmen

Wohlstand neu bemessen

Wohlstand definiert sich nicht allein durch Wachstum des BIP, sondern lässt sich viel breiter

als Lebensqualität verstehen. Wir wollen den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands und der

Unternehmen nicht nur an Wachstum und Rendite, sondern auch anhand sozialer, ökologischer

37

und gesellschaftlicher Kriterien messen und die Wirtschaftsförderung entsprechend ausrich-

ten. Dafür soll in Zukunft neben dem Jahreswirtschaftsbericht ein Jahreswohlstandsbericht

veröffentlicht werden. Dieser berücksichtigt dann zum Beispiel auch den Beitrag des Natur-

schutzes, einer gerechten Einkommensverteilung oder auch guter Bildung zum Wohlstand un-

serer Gesellschaft.

Den europäischen Green Deal ambitioniert gestalten

Mit dem Europäischen Green Deal hat die EU-Kommission ein Programm vorgelegt, um die

Europäische Union zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Es umfasst Gesetzesvor-

schläge in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie für eine gestärkte Wettbewerbsfä-

higkeit, Energiesicherheit und Innovationsdynamik einer dekarbonisierten europäischen Wirt-

schaft. Wir setzen uns für eine ambitionierte Ausgestaltung und eine ehrgeizige Umsetzung

auf allen Ebenen ein. Wir machen weiter Druck, damit die ökologische Wende dazu beiträgt,

Ungleichheit zu verringern. In der Landwirtschaftspolitik kämpfen wir dafür, dass die Reform

der Gemeinsamen Agrarpolitik und ihre Umsetzung unter die Ziele des Green Deal gestellt

werden, da sie immense Auswirkungen auf Umwelt- und Artenschutz entfalten. In der Handels-

politik wollen wir Umwelt- und Sozialkapitel von zukünftigen Handelsverträgen rechtsverbind-

lich und sanktionierbar machen.

Die Macht des europäischen Binnenmarkts für die Transfor-

mation nutzen

Der europäische Binnenmarkt ist eine Erfolgsgeschichte, die gerade im globalen Wettbewerb

auf seinen hohen Standards beruht: im Verbraucher- und Datenschutz, im Umwelt- und Ge-

sundheitsschutz sowie für die soziale und Produktsicherheit. Diese hohen Standards wollen

wir im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation des Binnenmarkts erhalten und aus-

bauen, denn sie stärken die Innovationskraft der Unternehmen, ermöglichen die Ausnutzung

von Skaleneffekten und begünstigen den internationalen Handel. Um die Digitalisierung zu

gestalten, müssen wir Dienstleistungen von Plattformen und ihre Marktmacht regulieren. Die

globale Lenkungswirkung des Binnenmarkts wollen wir steigern, indem wir sicherstellen, dass

Unternehmen auf dem europäischen Markt auch international Verantwortung für ihre Produk-

tions- und Vertriebsweise entlang der gesamten Wertschöpfungskette übernehmen. Die Hand-

lungsspielräume von Kommunen in Europa wollen wir erhalten und die Daseinsvorsorge vor

Liberalisierungsdruck schützen.

Sozialunternehmen und Genossenschaften stärken

Wir wollen die Bereiche der Wirtschaft stärken, in denen langfristige Nachhaltigkeit mehr

zählt als kurzfristige Rendite. Wir unterstützen insbesondere Genossenschaften und Sozial-

unternehmen, weil sie gesellschaftliche Anliegen mit unternehmerischem Handeln verbinden.

Dafür schaffen wir zielgruppenspezifische Finanzierungsinstrumente und wollen die Program-

38

me der klassischen Gründungs- und Innovationsfinanzierung ausweiten. Unser Ziel ist eine

Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-ökologisch inspirierten Unterneh-

men. Dazu werden wir die Rahmenbedingungen für ihr Wirtschaften systematisch verbessern

und bestehende Benachteiligungen beseitigen. Den Gründungszuschuss der Arbeitsagenturen

wollen wir nicht allein vom wirtschaftlichen Gewinn, sondern auch von Erfolgskriterien von

Social Start-ups abhängig machen. Nicht genutzte Guthaben auf verwaisten Konten wollen

wir – sofern keine Erbansprüche vorhanden sind – für einen Fonds nutzen, der zielgerichtet in

nachhaltige und soziale Innovationen investiert.

Verantwortungseigentum stärken

Wir setzen uns für die Einführung einer Unternehmensform für Verantwortungseigentum

ein. Immer mehr Unternehmer\*innen verstehen ihr Unternehmen nicht als individuell konsu-

mierbares Vermögen. Sie wollen, dass der Zweck ihres Unternehmens nicht dem kurzfristigen

Shareholder-Value dient, sondern langfristig dem Sinn und Zweck des Unternehmens. Dafür

brauchen sie eine Rechtsform, die eine hundertprozentige Vermögensbindung an das Unter-

nehmen ermöglicht und ansonsten die Flexibilität der GmbH beibehält. Gewinne werden rein-

vestiert oder gespendet. Die Stimmrechte so einer „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“

können von den Beschäftigten im Kollektiv oder von Einzelnen treuhänderisch gehalten wer-

den – sie werden nicht meistbietend verkauft, sondern, ähnlich wie in anwaltlichen Partner-

schaften, immer an aktiv mit dem Unternehmen verbundene Personen weitergegeben.

Wir bringen die Digitalisierung voran

Eine europäische Cloud-Infrastruktur

Daten sind die Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere für Technologien wie die

Künstliche Intelligenz. Gerade im industriellen Bereich wollen wir neue Ansätze schaffen, um

eine gemeinsame, freiwillige Nutzung nicht personenbezogener Daten zum Beispiel aus Ent-

wicklungs- und Fertigungsprozessen zu verbessern und rechtssicher zu gestalten. Davon profi-

tiert vor allem der Mittelstand. Hierfür braucht es klare gesetzliche Spielregeln für kooperative

und dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle, die eine gemeinsame und durch Kar-

tellbehörden überprüfbare Nutzung dieser Daten ermöglichen. Wir wollen eigene europäische

Standards und Regeln setzen. Die eigene kritische Infrastruktur wollen wir schützen und eine

gemeinsame europäische Cloud-Infrastruktur verwirklichen.

39

Hightech-Standort ausbauen

Die rasante Entwicklung des Corona-Impfstoffs von Wissenschaftler\*innen und Unterneh-

mer\*innen aus Mainz hat gezeigt, welche Innovationskraft in unserer Forschungs- und Unter-

nehmenslandschaft steckt. Eine Innovationskraft, die der Staat mit Tempo und entschlossenen

Investitionen unterstützen muss. Vor allem die Bereiche Künstliche Intelligenz (KI), Quanten-

computing-, IT-Sicherheits-, Kommunikations- und Biotechnologie oder auch die weitere Ent-

wicklung von ökologischen Batteriezellen wollen wir besonders fördern, damit wir unsere

technologische Souveränität sichern können und in der weltweiten Konkurrenz vorne mitspie-

len. Dabei legen wir einen besonderen Fokus darauf, die ökologischen und sozialen Potenziale

der Technologien zu heben. So verbessern Innovationen die Lebensbedingungen der Mensch-

heit und sichern den Wohlstand von morgen. Um im internationalen Standort-Wettbewerb mit-

halten zu können, bedarf es einer starken europäischen Vernetzung von Spitzenforschung. Wir

investieren in Spitzenforschung und die Bildung von Clustern in diesen Bereichen. Den High-

tech-Standort auszubauen, heißt aber auch, die dringend benötigten Talente anzuziehen. In

der Forschung bedeutet das, für Spitzenwissenschaftler\*innen auch Spitzengehälter zu zahlen.

Start-up-Wagniskapital eine Richtung geben

Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende Technologien

auch in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.

Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Start-ups und junge Unternehmen auf nationaler und

europäischer Ebene können den Unterschied zwischen einer guten Idee auf dem Flipchart und

einem weltweit erfolgreichen Unternehmen ausmachen. Ein staatlicher Wagniskapitalfonds

kann helfen, unseren Gründer\*innen dauerhaft eine Heimat zu geben. Wir fordern, noch mehr

und noch schneller zu investieren. Es geht aber auch darum, Kapital eine Richtung zu geben.

Der Zukunftsfonds muss mehr nachhaltige Leuchtturm-Projekte finanzieren, dabei insbesonde-

re in Bereiche wie Greentech, Künstliche Intelligenz, nachhaltige Mobilität oder Life-Sciences,

deren hochkomplexe Geschäftsmodelle keine einfache Finanzierung am Markt bekommen.

Internetgiganten regulieren

Wir setzen uns für einen funktionierenden und fairen Wettbewerb auf digitalen Märkten ein.

Durch übermäßige Marktmacht einzelner Internetgiganten wird dieser eingeschränkt oder gar

aufgehoben. Relevante Erwerbsvorgänge von Tech-Konzernen sollten durch das Bundeskar-

tellamt geprüft werden, um den strategischen Aufkauf von aufkeimender Konkurrenz („Killer

Acquisitions“) zu verhindern. Dabei sollten Datenschutzbehörden eine Gelegenheit zur Stel-

lungnahme erhalten. Die Interoperabilität ihrer digitalen Dienste sowie Datenportabilität sind

wo immer möglich von bereits marktbeherrschenden Unternehmen verpflichtend zu gewähr-

leisten. Unter dem Dach eines eigenständigen europäischen Kartellamts wollen wir deshalb

eine europäische Digitalaufsicht etablieren, die als Frühwarnsystem fungiert und sanktions-

bewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten aussprechen kann. Unternehmen sollen

40

auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten werden können, wenn ihre Marktmacht

zu groß wird.

Mehr Frauen in der Digitalwirtschaft

Alle sollen an der Gestaltung der digitalen Transformation beteiligt sein und ihre Potenziale

einbringen können. Deshalb werden wir eine Strategie „Frauen in der Digitalisierung“ vorlegen

und umsetzen. Mädchen sollen schon in der Grundschule für Digitalthemen begeistert werden

und ohne Technikgenderstereotype aufwachsen. Wir brauchen an den Hochschulen eine ge-

schlechtersensible Lehre, die gezielte Ansprache von Frauen für Informatikstudiengänge sowie

mehr Frauen in den Hochschulgremien, wo diese Richtungsentscheidungen getroffen werden.

In der Digitalbranche ist ein Kulturwandel erforderlich, auch um unser volles Innovationspo-

tenzial auszuschöpfen. Freiwillige und verpflichtende Maßnahmen für die Unternehmen sind

notwendig, um diskriminierungsfreie Arbeitsplätze und einen gleichberechtigten Zugang zu

Gestaltungspositionen in der digitalen Transformation zu ermöglichen. Für staatliche Institu-

tionen soll Diversität ein Leitprinzip für alle Digitalstrategien sein.

Transparente Algorithmen

Datenverarbeitende und selbstlernende Systeme haben das Potenzial, neues Wissen zu ge-

nerieren und so nachhaltigeres Handeln zu ermöglichen. Autonom entscheidende Systeme

sind nicht neutral. Sie beruhen auf Daten und damit auch auf Werten und Vorurteilen aus der

analogen Welt. Wir wollen daher Transparenz, Überprüfbarkeit und Grenzen, damit algorith-

mische Entscheidungssysteme nicht diskriminierend wirken. Wir schaffen einen nach Risiken

abgestuften Ordnungsrahmen für den Einsatz automatischer Systeme, klare Regeln zur Nach-

vollziehbarkeit, zum Datenschutz und zur Datenqualität, um Kontrolle und Haftung zu ermög-

lichen. Das bedeutet auch eine Modernisierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes

sowie strenge Kriterien für den Einsatz von algorithmischen und automatischen Entscheidun-

gen, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung. Auch Plattformanbieter müssen ihre auto-

matisierten Entscheidungen, Vergleiche oder Preise transparent machen und erklären können.

IT-Sicherheit als Standortfaktor

Gute IT-Sicherheit und klare rechtsstaatliche Standards sichern Grundrechte und sind die Vor-

aussetzung, damit der digitale Wandel gelingt. Der Staat bleibt in der Pflicht, diese zu gewähren.

Gute IT-Sicherheit ist längst auch ein wichtiger Standortfaktor. Wer digital souverän sein will,

muss entsprechend handeln und darf die Sicherheit aller nicht unterlaufen. Wir setzen Anreize

für beste IT-Sicherheit durch unabhängige Auditierungen und Zertifizierungen und wollen vor

allem die KMUs sehr viel stärker durch ein dezentrales und unabhängiges IT-Beratungsnetzwerk

unterstützen. Wir stärken unabhängige Aufsichtsstrukturen und schaffen neue Sanktionsmecha-

nismen. Die IT-Sicherheit gefährdende Maßnahmen, wie den Handel und das staatliche Offen-

halten von Sicherheitslücken, wollen wir beenden und eine Meldepflicht schaffen.

41

Wir kämpfen für einen fairen und

nachhaltigen Handel

Neustart für gute Handelsverträge

Handel ist eine wichtige Grundlage unseres Wohlstandes: Fairer Handel trägt zur Vertiefung

internationaler Partnerschaften und damit auch zu einer sicheren Welt bei. Gerade in Zeiten,

die zunehmend unter den Vorzeichen eines Systemwettbewerbs zwischen demokratischen

Staaten und China stehen, setzten wir auf eine proaktive Handelspolitik. Wir wollen einen mul-

tilateralen Welthandel und Handelsabkommen, die dem Wohlstand aller Menschen dienen, die

Umwelt- und Klimaschutz einfordern und die Beziehungen mit unseren Partnern im Einsatz

für Demokratie und Freiheit stärken. Eine Zersplitterung von Handelsbeziehungen erschwert

ein internationales Miteinander. Die Chance, mit der neuen US-Administration die Handels-

konflikte beizulegen und einen transatlantischen Markt für klimaneutrale Produkte zu schaf-

fen, wollen wir ergreifen. Umweltschädliche Abkommen wie das EU-Mercosur-Abkommen mit

lateinamerikanischen Staaten lehnen wir ab. Europa kann aufgrund des großen gemeinsamen

Binnenmarktes selbstbewusst in Handelsverhandlungen gehen. Europäische Handelsverträge

müssen verbindliche und durchsetzbare Umwelt- und Sozialstandards enthalten. Dazu zählt,

das Pariser Klimaschutzabkommen sowie ILO-Kernarbeitsnormen zur Bedingung und einklag-

bar zu machen. Handelsabkommen sollten nicht nur Rechte für Unternehmen, sondern auch

ihre Pflichten regeln. Deshalb setzen wir uns für einen multilateralen Handelsgerichtshof bei

den Vereinten Nationen ein, der beides abdeckt. Internationale Konzerne dürfen durch Han-

dels- und Investitionsklagen nicht noch mächtiger werden, daher lehnen wir Klageprivilegien

für ausländische Investoren ab. Die EU sollte aus dem vollkommen aus der Zeit gefallenen

Energiecharta-Vertrag aussteigen. Am CETA-Abkommen haben wir erhebliche Kritik. Wir wol-

len daher das CETA-Abkommen in seiner derzeitigen Fassung nicht ratifizieren, sondern es bei

der Anwendung der derzeit geltenden Teile belassen.

Aktive Außenwirtschaftspolitik und fairer Wettbewerb

Damit gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer\*innen gelten, muss Europa

reagieren können, wenn aus Drittländern mit unfairen Mitteln auf dem europäischen Binnen-

markt agiert wird, sowie eine aktive Außenwirtschaftspolitik betreiben. Dafür müssen Anti-

Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente weiterentwickelt werden, um ein Level Playing

Field auf globalen Märkten zu erreichen. Die Anti-Dumping-Regeln müssen noch stärker als

bisher auch bei Dumping durch niedrige ökologische und soziale Standards anwendbar sein.

Durch eine Reform des EU-Beihilferechts können Wettbewerbsverzerrungen durch staatlich

geförderte Konzerne aus anderen Weltregionen verhindert werden. Die deutsche Exportför-

derung muss in Zukunft – anstelle von fossilen Anlagen und Kraftwerken – Hidden Champions

42

unterstützen, die Hightech für bessere Umwelt- und Lebensbedingungen herstellen. Mit der

EU-Kommission setzen wir uns für einen Grenzausgleich von CO2-Kosten ein, damit ambiti-

onierter Klimaschutz nicht zum Wettbewerbsnachteil wird. Fairer Wettbewerb braucht auch

neue rechtliche Instrumente gegen den wettbewerbsverzerrenden Charakter von Subventio-

nen ausländischer Regierungen für aufgekaufte europäische Unternehmen und deren Produk-

tionen in Europa.

Fairer Handel für eine nachhaltige Entwicklung im globalen

Süden

Die Entwicklungschancen der Länder des globalen Südens sind stark davon abhängig, wie fair

die Handelspolitik gestaltet wird. Fairer Handel muss zum Standard werden. Dieser muss sich

am Pariser Klimaabkommen sowie an der Agenda für nachhaltige Entwicklung orientieren. Es

braucht im Sinne einer nachhaltigen globalen Strukturpolitik dringend eine gerechte Handels-

politik mit den Ländern des globalen Südens, die regionale Wertschöpfung, regionalen Handel

und Integration fördert und ihnen genügend Raum lässt, durch Zölle und Quoten ihre Märkte

zu schützen sowie durch Exportsteuern die Ausfuhr heimischer Rohstoffe zu beschränken. So

wird der Aufbau heimischer Industrien gefördert. Zölle für Entwicklungsländer auf verarbeitete

Produkte sollen gesenkt bzw. abgeschafft werden.

Lieferkettengesetz europäisch umsetzen

Viel zu oft kaufen wir Dinge, deren Herstellung auf dem Raubbau an Mensch und Natur basiert,

obwohl wir das gar nicht wollen. Damit Unternehmen künftig Umwelt- und Sozialstandards

sowie Menschenrechte entlang der gesamten internationalen Produktions- und Lieferkette

durchsetzen, braucht es ein verbindliches und wirksames Lieferkettengesetz auf nationaler wie

europäischer Ebene. Kern einer solchen Regelung stellt eine zivilrechtliche Haftung dar, auf de-

ren Grundlage Unternehmen im Schadensfall zur Verantwortung gezogen werden können. Zu-

gleich ermöglicht ein verbindlicher Rahmen gleiche Wettbewerbsbedingungen am Markt und

schafft Rechtssicherheit. Auf EU-Ebene werden wir uns zudem für einen Importstopp für Agrar-

produkte einsetzen, die im Zusammenhang mit illegaler Entwaldung und Menschenrechtsver-

letzungen wie Vertreibung stehen. Weltweit wird Wald, insbesondere so wichtiger Tropen-, Ur-

und Mangrovenwald, mit fortschreitender Geschwindigkeit abgeholzt und abgebrannt – auch

für den Anbau von Soja und Palmöl oder zur Produktion von Leder, die in die EU importiert

werden. Die EU-Holzhandelsverordnung wollen wir stärken und Strategien zur Reduktion von

Palmöl und Soja in Deutschland voranbringen. Zur Kompensation gerodeter Wälder fördern wir

hier und weltweit Wiederbewaldung und Renaturierung ohne Monokulturen.

43

Wir machen die Finanzmärkte

stabiler und nachhaltiger

Grüne Finanzmärkte

Noch immer werden Milliarden in fossile Energien – und damit gegen unsere Zukunft – inves-

tiert. Wir werden durchsetzen, dass sich die öffentliche Hand vollständig aus diesen Investitio-

nen zurückzieht. Öffentlich-rechtliche Banken und Pensionsfonds müssen eine Vorreiterrolle

bei der grünen Finanzwende und dem Divestment einnehmen. Klimarisiken sollen offengelegt

und bei Banken und Versicherungen mit Eigenkapital unterlegt werden sowie bei Ratings be-

rücksichtigt werden. Alle Anlagen, nicht nur grüne, müssen eine Nachhaltigkeitsbewertung ha-

ben, die für alle Anleger\*innen transparent ist. Dabei sind neben den Klimazielen auch andere

Umweltwirkungen, Menschenrechte, Arbeitsnormen und Entwicklungsziele zu berücksichtigen.

In der Anlageberatung muss diese Bewertung einfließen. Für besonders nachhaltige Finanz-

produkte wollen wir ein EU-Label schaffen. So sorgen wir dafür, dass Kapital von schmutzigen

in grüne und nachhaltige Investitionen umgelenkt wird.

Saubere Bilanzen am deutschen Kapitalmarkt

Beim Bilanzskandal Wirecard sind die zuständigen Wirtschaftsprüfer\*innen und die staatliche

Aufsicht an ihrer Aufgabe gescheitert. Erst nachdem ein neues Unternehmen auf die Bilan-

zen blickte, wurde ordentlich geprüft, während man die Jahre davor immer wieder Bilanzen

durchwinkte, um die eigenen Versäumnisse der Vorjahre zu vertuschen. Wir wollen, dass Un-

ternehmen in der Regel nach sechs Jahren ihre Wirtschaftsprüfer\*in wechseln müssen. Wirt-

schaftsprüfungsgesellschaften dürfen nicht gleichzeitig Unternehmen beraten, die sie prüfen.

Wirtschaftsprüfer\*innen sollen nicht vom Unternehmen selbst, sondern von Unabhängigen

ausgewählt werden. Die Aufdeckung von Bilanzbetrug muss als Ziel gesetzlich verankert wer-

den. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften müssen wirksam staatlich beaufsichtigt werden. Die

persönliche Haftung von Entscheider\*innen in Unternehmen muss bei Rechtsverstößen tat-

sächlich wirksam werden. Auch Aufsichtsräte müssen gestärkt und kompetent besetzt werden.

Die Vergütung von Vorständen muss sich am langfristigen Unternehmenserfolg statt am kurz-

fristigen Börsenkurs orientieren.

Eine Finanzaufsicht mit Zähnen

Wir brauchen eine Finanzaufsicht mit Zähnen, die Missstände aufzeigt, statt sie zu ermögli-

chen. Bei Wirecard hat auch die deutsche Finanzaufsicht (BaFin), wie so häufig zuvor, kläglich

versagt. Als Aufseher verbot die BaFin Leerverkäufe gegen Wirecard und zeigte Journalist\*in-

nen an, die Unregelmäßigkeiten aufdeckten. Das kam einem Persilschein für Wirecard gleich.

44

Anleger\*innen haben im Ergebnis nicht nur ihr Geld, sondern zugleich auch das Vertrauen in

den Finanzplatz Deutschland und seine Aufsicht verloren. Für ehrliche Unternehmen wird die

Finanzierung so künftig schwieriger und teurer. Kultur und Selbstverständnis der BaFin müs-

sen sich deshalb komplett ändern. Es braucht eine Fehlerkultur innerhalb der Aufsicht und

eine Kultur der Skepsis und des Hinterfragens. Wir wollen eine Finanzpolizei mit umfassenden

Prüfungsrechten schaffen, die Informationen mit allen zuständigen Behörden im In- und Aus-

land austauscht.

Das Bankgeschäft muss wieder langweilig werden

Auch über zehn Jahre nach der Finanzkrise geht von Banken noch immer eine Gefahr für die

Wirtschaft aus. Noch immer ist nicht ausgeschlossen, dass im Falle einer Pleite die Steuer-

zahler\*innen haften. Wir wollen deshalb zurück zum „Boring Banking“. Banken sollen nicht spe-

kulieren, sondern die Realwirtschaft finanzieren. Statt der immer undurchsichtigeren Regulie-

rungsflut wollen wir einfache und harte Regeln. Die Regulierungslücken bei Schattenbanken,

Zahlungsdienstleistern und Fintechs schließen wir, jedes Produkt und jeder Akteur muss re-

guliert sein. Wir werden die Schuldenbremse (Leverage Ratio) für Banken verbindlich machen

und schrittweise erhöhen. Das riskante Investmentgeschäft muss vom Einlagen- und Kredit-

geschäft getrennt werden (Trennbankensystem). Es braucht eine starke Fusionskontrolle und

zu große Banken sollen entflochten werden. Für kleine Banken, von denen kein Risiko für das

Finanzsystem ausgeht, sollten hingegen einfachere Regeln gelten. Spekulation und Kurzfrist-

orientierung werden wir, unter anderem durch eine europäische Finanztransaktionssteuer mit

breiter Bemessungsgrundlage, unattraktiv machen.

Schmutziges Geld einziehen

Unser Land ist derzeit ein Paradies für Geldwäsche. Wir werden mit einer umfassenden Strate-

gie gegen Geldwäsche vorgehen. Bei allen Gesellschaften, Stiftungen und sonstigen Konstruk-

ten muss umfassende Transparenz über die wirtschaftlich Berechtigten bestehen. Lücken und

Umgehungsmöglichkeiten des Transparenzregisters werden geschlossen. Die Finanzaufsicht

muss in der Geldwäschebekämpfung eine aktive Rolle spielen, statt Verdachtsmeldungen nur

weiterzureichen. Im Nichtfinanzsektor, gerade bei Immobilien, bleibt Geldwäsche besonders

oft unentdeckt. Wir werden bundesweite Mindeststandards für Prüfungen, Ressourcen und Per-

sonal durchsetzen. Die Zuständigkeit für die Bekämpfung der Geldwäsche soll vollständig auf

den Bund übergehen. Illegale Gelder und Vermögenswerte werden wir umfassend abschöpfen.

Das Einfrieren von verdächtigen Finanztransaktionen wollen wir erleichtern und die Dauer von

Transaktionsverboten verlängern, um die Strafverfolgung zu sichern.

Digitalen Euro einführen

Digitales Bezahlen gewinnt in unserem Alltag stetig an Bedeutung. Es ist bequem, schnell und

kontaktlos und soll noch sicherer werden. Wir wollen, dass die Europäische Zentralbank (EZB)

45

einen digitalen Euro schafft. Sie gewährleistet dabei Daten- und Rechtssicherheit für Verbrau-

cher\*innen und Unternehmen. Sie wirkt ungerechtfertigten Kosten durch Oligopole entgegen.

Private Firmen können auf dieser Grundlage Produkte und Apps aufbauen. Ein digitaler Euro

löst klassisches Bargeld nicht ab, sondern ergänzt es. Eine Aushöhlung des Geld- und Wäh-

rungsmonopols durch private Währungen lehnen wir strikt ab. Bei allen digitalen Zahlungen

und Kryptowährungen müssen die tatsächlichen wirtschaftlich Berechtigten analog zu Rege-

lungen beim Bargeld ab einer gewissen Schwelle ermittelt werden. Zur Bekämpfung von Ver-

brechen wie Geldwäsche, Darstellung sexualisierter Gewalt gegen Kinder, Steuerhinterziehung

und Terror-Finanzierung braucht es auch für den Bereich des digitalen Bezahlens klare Regeln.

Wir vollenden die Europäische

Wirtschafts- und Währungsunion

In Europas Zukunft investieren

Europas Gesellschaften und Unternehmen leben von einer starken öffentlichen Infrastruktur.

Daher ist es umso gefährlicher, dass in den letzten Jahren so sehr auf Verschleiß gefahren und

nicht investiert wurde. In wichtigen Zukunftsfeldern wie der Digitalisierung oder der Batterie-

produktion droht Europa den Anschluss zu verlieren. Wir werden in der EU konsequent in Kli-

maschutz, Digitalisierung, Forschung und Bildung investieren. Dafür weiten wir den EU-Haus-

halt deutlich aus und statten ihn mit eigenen Einnahmen aus. Die EU soll die Einnahmen des

CO2-Grenzausgleichs erhalten. Auch die Besteuerung von Plastik und Digitalkonzernen und

möglichst auch der Finanztransaktionen soll den EU-Haushalt stärken. Den neu geschaffenen

Wiederaufbaufonds verstetigen wir, integrieren ihn fest in den EU-Haushalt, ermöglichen so

eine demokratische Kontrolle und nutzen ihn auch dauerhaft, um in wichtige Zukunftsberei-

che zu investieren, etwa gemeinsame europäische Energienetze oder ein Schnellbahnnetz. Wir

wollen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern den Stabilitäts- und Wachstumspakt so

reformieren, dass ein zu hoher Spardruck verhindert wird und Zukunftsinvestitionen in allen

Mitgliedsländern weiter erhöht werden können.

Währungsunion vollenden, Europa krisensicher aufstellen

Es war ein Fehler, dass die Konservativen jahrzehntelang eine eigene Fiskalpolitik Europas ver-

hindert haben. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die EU ein Instrument für eine dauerhafte,

eigene Fiskalpolitik erhält, dessen Einsatz im Krisenfall nicht durch einzelne Länder blockiert

werden kann, sondern das den gemeinsamen europäischen Institutionen untersteht. Der Euro-

46

päische Stabilitätsmechanismus wird zu einem europäischen Währungsfonds weiterentwickelt.

In ihm erhalten die Länder eine nicht konditionierte kurzfristige Kreditlinie. So wird Spekula-

tion gegen einzelne Staaten schon im Vorfeld abgewendet. Die Bankenunion wird durch eine

gemeinsame Einlagensicherung als Rückversicherung vollendet, damit ein Euro überall gleich

viel wert ist. Wir stehen zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und befürworten

ein breiteres Mandat, das ihr erlaubt, gleichberechtigt zur Preisstabilität auch Wohlstandsmeh-

rung und hohe Beschäftigung anzustreben. Durch eine gemeinsame Fiskalpolitik entlasten wir

die Zentralbank und sorgen dafür, dass sie künftige Brände nicht wieder alleine löschen muss.

Euro zur Leitwährung machen

Wir wollen, dass sich der Euro zu einer glaubwürdigen, internationalen Leitwährung entwi-

ckelt, damit Europa seine Souveränität bewahrt und ausbaut. Langfristig soll ein starker und

stabiler Euro seinen Platz in einem kooperativen globalen Weltwährungssystem finden. Der

Euro ist ein wesentlicher Baustein einer umfassenden Strategie, die europäische Werte auf der

globalen Ebene stärkt und durchsetzt. Wir werden sichere europäische Vermögenswerte schaf-

fen, in denen die Welt sparen kann. In Zukunftsmärkten wie Investitionen in Klimaschutz soll

der Euro das internationale Zahlungsmittel werden. Um die internationale Rolle des Euro zu

stärken, braucht es aber auch inner-europäische Solidarität: Wir wollen Ungleichgewichte ge-

meinsam in Überschuss- und Defizitländern reduzieren sowie wirtschafts- und finanzpolitische

Entscheidungen als Gemeinschaft treffen.

Wir haushalten solide, weitsichtig

und gerecht

Bundeshaushalt wird zukunftstauglich

Wir wollen den Bundeshaushalt nachhaltiger und gerechter machen. Nachhaltiger wird er,

wenn wir die umweltschädlichen Subventionen endlich beenden. Immer noch subventionieren

die öffentlichen Haushalte des Landes mit über 50 Milliarden Euro klimaschädliches Verhal-

ten, zum Beispiel mit der Subvention für Diesel oder schwere Dienstwagen. Wir werden diese

Subventionen schrittweise abbauen und den Bundeshaushalt klimagerecht machen. In einem

ersten Schritt können wir so über 10 Milliarden Euro jährlich einnehmen und sie für die Finan-

zierung von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit einsetzen. Für die Ausgaben des Bundes

streben wir eine Klimaquote an, die schrittweise steigen soll. Zur Finanzierung dieser nach-

haltigen Ausgaben setzen wir auf grüne Anleihen. Mit Gender-Budgeting erreichen wir eine

47

konsequente Berücksichtigung und Einbeziehung von Gleichstellungsaspekten bei finanz- und

haushaltspolitischen Entscheidungen. Das macht den Haushalt gerechter.

Sorgsamer Umgang mit Steuergeld

In den vergangenen Jahren wurde im großen Umfang Geld im Bundeshaushalt verschwendet.

Die Pkw-Maut war ein Desaster mit Ansage. Das Verteidigungsministerium hat Millionen in

teure Beraterverträge versenkt. Schlecht gemachte öffentlich-private Partnerschaften haben

sich für die privaten Unternehmen als lukrativ und für die Steuerzahler\*innen als teuer er-

wiesen. Wir werden sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler\*innen umgehen. Wir werden künf-

tig Transparenz herstellen und ÖPP-Verträge veröffentlichen. Infrastruktur wird die öffentliche

Hand künftig wieder selbst finanzieren und kann so auf ÖPP-Verträge verzichten. Im Straßen-

bau wollen wir ÖPP-Projekte gesetzlich ausschließen. Die Kontrolle bei Bauvorhaben und gro-

ßen öffentlichen Beschaffungen wird verbessert.

Schuldenbremse reformieren, Investitionsregel einführen

Deutschland verfügt auch nach der Corona-Krise über tragfähige Staatsfinanzen. Die Zinsen

sind historisch niedrig, das Vertrauen in deutsche Staatsanleihen ist hoch. Wir haben aber ein

Zukunftsproblem. Die Erde erhitzt sich, die Schulen verfallen und Deutschland gehört beim

schnellen Internet zu den Schlusslichtern der EU. Wir investieren zu wenig in unser Land. Das

sind Schulden, die nicht in den Büchern stehen, aber unseren Wohlstand gefährden. Wir wollen

die Schuldenbremse im Grundgesetz zeitgemäß gestalten – um die so dringenden Investitio-

nen zu ermöglichen. Bei konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den derzeitigen strikten Regelun-

gen; bei Investitionen, die neues öffentliches Vermögen schaffen, erlauben wir eine begrenzte

Kreditaufnahme. So schaffen wir öffentliches Vermögen, das uns allen gehört, denn die Rendite

öffentlicher Investitionen ist hoch, während der Bund keine Zinsen für seine Kredite bezahlt.

Das schafft ein hohes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das sicherstellt, dass unsere

Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftskraft weiter abnehmen. Die kluge Unternehmerin spart

nicht, sie investiert. Der kluge Staat tut es ihr gleich.

Mehr Steuergerechtigkeit schaffen

Steuern sind die Grundlage für die Finanzierung unseres Gemeinwesens. Angesichts der Coro-

na-Krise wird die öffentliche Haushaltslage in den kommenden Jahren sehr angespannt sein.

Daher müssen alle Veränderungen im Steuerrecht mindestens aufkommensneutral sein. Ziel

ist, dass alle einen fairen Beitrag leisten. Heute aber tragen die obersten 10 Prozent der Ein-

kommen über Steuern und Abgaben relativ weniger bei als die mittleren Einkommen. Das än-

dern wir, indem wir den Grundfreibetrag der Einkommensteuer erhöhen, um kleine und mittle-

re Einkommen zu entlasten. Im Gegenzug wollen wir den Spitzensteuersatz moderat anheben.

Ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro für Paare wird

eine neue Stufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent eingeführt. Ab einem Einkommen von

48

250.000 bzw. 500.000 Euro folgt eine weitere Stufe mit einem Spitzensteuersatz von 48 Pro-

zent. Zusätzlich werden hohe Managergehälter oberhalb von 500.000 Euro nicht mehr zum

Abzug als Betriebsausgaben zugelassen. Die Abgeltungsteuer für Kapitalerträge schaffen wir

ab und besteuern diese Einkommen wieder progressiv. Damit zahlen diejenigen mit hohen

Zinseinkommen und Spekulationsgewinnen höhere Steuern, Aktienkleinanleger\*innen wer-

den entlastet. Mit der immer stärker steigenden Ungleichheit finden wir uns nicht ab, sondern

wollen große Vermögen nach der Corona-Krise wieder besteuern. Dafür gibt es verschiedene

Instrumente. Die Einführung einer neuen Vermögensteuer für die Länder ist unser bevorzugtes

Instrument. Die Länder sollten die Einnahmen dieser Steuer für die Finanzierung der wach-

senden Bildungsaufgaben einsetzen. Die Vermögensteuer sollte für Vermögen oberhalb von

2 Millionen Euro pro Person gelten und jährlich 1 Prozent betragen. Begünstigungen für Be-

triebsvermögen werden wir im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen

Umfang einführen. Dabei streben wir Lösungen an, die zusätzliche Anreize für Investitionen

schaffen und die besondere Rolle und Verantwortung von mittelständischen und Familien-

unternehmen berücksichtigen.

Konsequent gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung

vorgehen

Jedes Jahr verlieren die Steuerzahler\*innen hohe Milliardenbeträge durch Steuerhinterziehung

und aggressive Steuervermeidung. Wir wollen mit einer umfassenden Strategie dagegen vor-

gehen. Die europäische Anzeigepflicht für Steuergestaltungen muss um eine Verpflichtung für

rein nationale Gestaltungen ergänzt werden. Zusätzlich zur bestehenden Steuerpflicht nach

dem Wohnsitz wird eine Steuerpflicht auch nach der Nationalität eingeführt, um rein steuer-

lich motivierte Wohnsitzwechsel zu verhindern. Wir werden regelmäßig die Steuerlücke schät-

zen lassen. Die Steuerverwaltung muss deutlich gestärkt werden. Um Vollzugsdefizite bei der

Bekämpfung von Steuervermeidung großer Konzerne und reicher Bürger\*innen zu beheben,

schaffen wir eine Spezialeinheit auf Bundesebene. Steuerhinterziehung ahnden wir härter, die

Umgehung der Grunderwerbsteuer mit Share-Deals muss endlich unterbunden werden. Cum-

ex- und Cum-cum-Geschäfte beenden wir, wo sie immer noch möglich sind.

Konzerne angemessen besteuern

Durch Buchungstricks verschieben große Konzerne ihre Gewinne in Steuersümpfe. So fehlen

Milliarden für unsere Infrastruktur, und die Firmen verschaffen sich unfaire Wettbewerbsvor-

teile gegenüber kleineren Unternehmen. Wir wollen dafür sorgen, dass Konzerne ihre Gewinne,

Umsätze und Steuerzahlungen nach Ländern umfänglich öffentlich machen müssen, und set-

zen uns für eine ambitionierte Ausgestaltung eines solchen Country-by-Country-Reportings

auf europäischer Ebene ein. In Europa führen wir eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für

die Unternehmenssteuern und einen Mindeststeuersatz von mittelfristig 25 Prozent ohne Aus-

nahmen ein. Google, Facebook und Co. werden mit einer Digitalkonzernsteuer endlich ange-

messen besteuert. Banken und Steuerberater\*innen verbieten wir, Geschäfte in Steuersümpfen

49

zu tätigen oder dorthin zu vermitteln. Wir setzen uns dafür ein, auch in Steuerfragen zu Mehr-

heitsentscheidungen in der EU überzugehen. Soweit europäische Einigungen nicht gelingen,

gehen wir voran, in verstärkter Zusammenarbeit oder gemeinsam mit einzelnen Staaten. Natio-

nal gehen wir gegen Gewinnverschiebungen mit einer verschärften Zins- und Lizenzschranke

und mit Quellensteuern vor.

50Kapitel 3

SOLIDARITÄT

SICHERN

Die Pandemie hat uns gezeigt, was eine Gesellschaft stark macht – dass man sich unterhakt und

einander vertraut. Sie hat uns spüren lassen, wie kostbar Gemeinsamkeit für unser individuelles

Glück ist, wie sehr wir andere Menschen brauchen und wie groß die Gefahr ist, wenn eine Ge-

sellschaft auseinanderdriftet. Diese alte und doch noch mal neu erlebte Erfahrung ist Auftrag,

Solidarität und Schutz in konkrete, bessere Politik zu übersetzen. Wir wollen alles dafür tun, die

Bedingungen für ein gutes Leben – von Kindesbeinen an – zu verbessern: materielle Sicherheit,

Chancen und Teilhabe zu garantieren und ein Sicherheitsversprechen zu geben, das umso stär-

ker ist, je mehr Unterstützung gebraucht wird. Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen,

wenn die sozialen Voraussetzun¬gen dafür nicht für alle gewährleistet werden. Gesellschaften

ohne existenzielle Not sind krisenfester, solidarische und gleichberechtigte Gesellschaften stär-

ker.

Corona hat uns schonungslos die Stärken und Schwächen unseres Sozialstaates vor Augen ge-

führt: wie wichtig ein robustes Gesundheitssystem für alle ist. Wie zentral eine Wirtschaftskraft

ist, die für gesellschaftlichen Wohlstand und damit einen Sozialstaat sorgt, der Menschen bei Job-

verlust oder Wirtschaftseinbruch vor Obdachlosigkeit bewahrt. Sie hat aber zugleich bestehende

Ungleichheiten verschärft. Wer arm ist, wird schneller krank. Frauen tragen eine besondere Last

in den systemrelevanten Berufen der Pflege, der Erziehung und im Einzelhandel, sind aber deut-

lich schlechter bezahlt und in Entscheidungsprozessen weniger repräsentiert. Selbständige, die

ohnehin schon größere Risiken eingehen, stürzen ohne Verdienst in Existenzangst oder -not. Wer

die Kinder allein erzieht, ist durch Kinderbetreuung, Homeschooling und Homeoffice noch mal

mehr gefordert. Die Pandemie hat uns auf unsere individuellen Lebensumstände zurückgewor-

fen. Wenn die Wohnung eng ist, der Garten fehlt, aber die Schwimmhalle dicht ist, ist es dreifach

schwer. Einsamkeit wird größer.

Jetzt ist die Zeit, die richtigen Lehren zu ziehen. Der Weg aus der Pandemie muss zu einem neuen

sozialen Sicherheitsversprechen führen. Wir wollen Schritt für Schritt die sozialen Systeme so

verändern, dass sie allen Menschen Sicherheit und Halt geben, auch in Zeiten persönlicher und

gesellschaftlicher Umbrüche, und ihnen Teilhabe ermöglichen. Unsere Bibliotheken und Bolz-

plätze, Sport- und Musikvereine, Theater und Jugendzentren – kurz, unsere öffentlichen und so-

zialen Orte – sollten zu den schönsten und stärksten Räumen des Miteinanders werden.

Glück und Chancen dürfen nicht davon abhängen, ob man im Norden oder Süden, Osten oder

51

Westen, in der Stadt oder auf dem Land lebt, entsprechend sind gleichwertige Lebensverhältnis-

se Verfassungsgrundsatz. Wir setzen alles daran, aus diesem oftmals noch unerfüllten Anspruch

Realität zu machen. Wer auf dem Land wohnt, braucht genauso einen Zugang zu Ärzt\*innen,

schnellem Internet, öffentlicher Daseinsvorsorge wie Städter\*innen. Und wer in der Stadt lebt,

muss auch dort guten und bezahlbaren Wohnraum finden können. Wohnen ist die soziale Frage

unserer Zeit und für viele Menschen, viele Familien bis weit in die Mittelschicht hinein eine der

Existenz.

Unser Gesundheitssystem soll allen eine gleichwertige Gesundheitsversorgung garantieren, aber

es klaffen Lücken: Gesundheitsämter wurden kaputtgespart, in Krankenhäusern und der Verwal-

tung fehlt Personal, die, die da sind, arbeiten am Anschlag. Wir wollen die Vorzeichen ändern und

Vorsorge zum Leitprinzip machen: Kliniken sollen ihrem gesellschaftlichen Auftrag entsprechend

finanziert werden, auch auf dem Land braucht es Zugang zu Geburtshilfe und Notfallhilfen. In

der Pflege setzen wir uns ein für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Personal, Sicherheit für

Menschen, die Pflege benötigen, und für diejenigen, die Angehörige oder Freund\*innen pflegen.

Digitalisierung, globaler Wettbewerb und der nötige Umbau der Wirtschaft bedeuten für viele

Menschen große Veränderungen, die mit der Angst vor Verlusten einhergehen. Aber Angst lähmt

und macht mürbe. Menschen benötigen auch im Übergang Sicherheit. Es gilt die Risiken abzusi-

chern und Perspektiven zu geben, etwa durch eine Arbeitsversicherung und durch Weiterbildung.

Starke Tarifpartner, starke Gewerkschaften und demokratische Mitbestimmung können ebenfalls

dazu beitragen, die großen Herausforderungen beim Übergang in eine sozial-ökologische Markt-

wirtschaft gemeinsam zu bewältigen. Wir werden zeigen, dass Transformation und Digitalisie-

rung hin zu einem klimagerechten Wohlstand zukunftsfähige Jobs schaffen, mit guten Arbeits-

bedingungen und gerecht verteilter Arbeit.

52

Wir fördern Kinder, Jugendliche und

Familien

Kinder in den Mittelpunkt

Kinder müssen sich bestmöglich und frei entfalten können. Dabei haben sie ein Recht auf be-

sonderen Schutz, Förderung und Beteiligung. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, sondern

haben ganz eigene Bedürfnisse, die bei Entscheidungen angehört, mitgedacht und abgewogen

werden müssen. Wir werden deshalb sicherstellen, dass das Wohl von Kindern bei staatlichen

Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommt. Deshalb müssen starke Kinderrechte entlang

der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz. Mit einem Nationalen Ak-

tionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und Ju-

gendlichen über ihre Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen Hintergrund,

altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können. Die Jugendarbeit spielt hierbei

eine wichtige Rolle, darum wollen wir die Jugendverbände mit einem Verbandsklagerecht ge-

genüber Kommunen stärken. Werdende Demokrat\*innen brauchen Mitmach- und Medienkompe-

tenz sowie politische Bildung, die wir als Querschnittsaufgaben in Kitas, Schulen und Jugendhilfe

konzeptionell und finanziell stärken. Beim Aufbau oder der Auswahl von Angeboten im Sozial-

raum, bei allen Bau- und Wohnumfeldmaßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, werden

wir sie beteiligen, ihr Wohl sichern und dies im Baugesetzbuch berücksichtigen.

Eine Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut

In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut aufwachsen – doch vor allem

bei Alleinerziehenden oder Geringverdienenden mit Kindern reicht das Geld oft vorn und hinten

nicht. Jedes Kind verdient unsere Unterstützung. Daher wollen wir Familien stärken mit einer

einfachen und gerechten Kinder- und Familienförderung: der Kindergrundsicherung. Unser Vor-

schlag: Kindergeld, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder und die Bedarfe für Bildung und

Teilhabe in eine neue eigenständige Leistung zusammenzufassen. Mit der Kindergrundsicherung

bekommt jedes Kind einen festen Garantie-Betrag, Kinder in Familien mit geringen oder gar kei-

nem Einkommen bekommen zusätzlich noch einen GarantiePlus-Betrag. Je niedriger das Fami-

lieneinkommen, desto höher der GarantiePlus-Betrag. Nach einmaliger Beantragung bei Geburt

wird die Höhe der Kindergrundsicherung automatisch berechnet und ausgezahlt. So kommt die

Kindergrundsicherung garantiert bei jedem Kind an und Schritt für Schritt beenden wir Kinder-

armut. Sie ist gerecht, denn Kinder, die mehr brauchen, bekommen auch mehr. Die Kindergrund-

sicherung verbinden wir mit einer Neuermittlung dessen, was Kinder zum Leben brauchen.

Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder

Ob Kita, Hortbetreuung, Familienberatung, Hilfen zur Erziehung oder Angebote der Jugendar-

beit – die Kinder- und Jugendhilfe begleitet Familien beim Aufwachsen der Kinder. Sozialarbei-

53

ter\*innen und Pädagog\*innen leisten dabei unter hohem Zeit- und Arbeitsdruck Enormes. Durch

gesetzliche Vorgaben zur Personalplanung wollen wir für besser ausgestattete Jugendämter

und Entlastung der Fachkräfte sorgen. Leistungsansprüche von Kindern und Jugendlichen mit

körperlichen und geistigen Behinderungen werden bisher in einem eigenen Sozialgesetzbuch

für Menschen mit Behinderungen geregelt. Das grenzt aus. Mit einem Bundesinklusionsgesetz

soll sichergestellt werden, dass alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe künftig so ausge-

staltet sind, dass sie sich auch an Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre Eltern

richten. Wir wollen auf dem eingeschlagenen Weg hin zu einem inklusiven SGB VIII zügiger vo-

ranschreiten. Daher werden wir die Länder und Kommunen, die bereits vor Umsetzung des Bun-

desinklusionsgesetzes alle Kinder unter dem Dach der Jugendhilfe vereinen wollen, mit einem

Bundesmodellprogramm unterstützen. So können wertvolle Anregungen für den bundesweiten

Umstrukturierungsprozess gewonnen werden.

Teilhabe und Schutz in der digitalen Welt

Kinder und Jugendliche wachsen als Digital Natives auf, sie sollen sicher und selbstbe-

stimmt mit Tablets, Smartphones und Co. umgehen können. Wir stärken die digitale Bildung

als Gemeinschaftsaufgabe von Eltern, Kitas, Schulen und der Jugendhilfe, mit Fortbildungen

für Fachkräfte und Unterstützungsangeboten für Eltern. Alle sollen digitale Kompetenzen

erwerben können, das geht nur mit entsprechender Hardware: Kinder in Familien im Hartz-

IV- oder Kinderzuschlags-Bezug sollen für die Schule einen Laptop erhalten, wenn sie die-

sen benötigen. Kinder und Jugendliche brauchen im Netz besonderen Schutz vor Straftaten

wie Hassrede, Cybergrooming oder sexualisierter Gewalt, dem Mobbing im Netz wollen wir

einen Riegel vorschieben. Dafür setzen wir auf eine Präventionsstrategie, mit verpflichten-

den sicheren Voreinstellungen für Plattformen und leicht auffindbaren Beschwerdemög-

lichkeiten. Vor kommerziellem Sammeln ihrer Daten durch private Anbieter werden wir Kin-

der schützen.

Kinder vor sexualisierter Gewalt schützen

Für viele Kinder und Jugendliche ist sexualisierte Gewalt leidvoller Alltag. Dagegen gehen

wir hart vor – mit starker Prävention, konsequenter Strafverfolgung und einem Maßnah-

menpaket zur Qualitätssicherung und zum Kinderschutz in familiengerichtlichen Verfahren.

Das oberste Ziel ist es, Taten zu verhindern. Dafür braucht es Aufklärung, Qualifizierung und

gelebte Schutzkonzepte überall dort, wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten und betreut

werden. Basiswissen über Kinderrechte, insbesondere Beteiligung, Schutz bei Kindeswohl-

gefährdung und Missbrauch gehören in die Curricula für Jura, Medizin, Pädagogik und Poli-

zei. Die Fortbildungspflicht für Familienrichter\*innen und die Anforderungen an die Quali-

fikation von Verfahrensbeiständen sind klar gesetzlich zu regeln. Die wichtige Arbeit des

Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs werden wir auf

eine gesetzliche Grundlage stellen und damit dauerhaft absichern. Wir werden bundesweit

spezialisierte Fachberatungsstellen und telefonische sowie Online-Beratungsangebote fi-

nanziell absichern.

54

Mehr Zeit für Familien

Den Kopf frei haben für die Familie, die Kinder, auch wenn sie krank sind, das ist unser Ziel.

Mit der KinderZeit Plus wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: pro Elternteil

je acht Monate, weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt werden. Wird

die KinderZeit Plus Teilzeit in Anspruch genommen, verlängert dies entsprechend den Bezugs-

zeitraum. Sie kann bis zum 14. Geburtstag des Kindes genommen werden, denn auch bei äl-

teren Kindern kann mehr Aufmerksamkeit nötig sein. Wir unterstützen Eltern dabei, Familie

und Arbeit mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen Vollzeitkorridor in eine aus-

gewogene Balance zu bringen, Familienarbeit partnerschaftlich zu teilen und Teilzeitfallen zu

vermeiden. Niemand soll sich zwischen Kind und Job entscheiden müssen, darum soll der An-

spruch auf ein Kinderkrankengeld auf 15 Tage im Jahr pro Kind und Elternteil steigen, Allein-

erziehende bekommen 30 Tage. Weil gerade in den ersten beiden Lebensjahren viele Infek-

te mitgenommen werden, sollte es in dieser Zeit einen zusätzlichen erhöhten Anspruch auf

Kinderkrankengeld geben. Die Altersgrenze wollen wir auch hier auf 14 Jahre anheben, ein

ärztliches Attest wird erst ab dem vierten Erkrankungstag des Kindes verpflichtend. Für die be-

sondere Zeit direkt nach der Geburt wollen wir neben dem Mutterschutz auch für den zweiten

Elternteil eine 14-tägige Freistellung einrichten.

Alleinerziehenden den Rücken stärken

Alleinerziehende leisten enorm viel und sind dennoch besonders oft von Armut bedroht. Mit

der Kindergrundsicherung helfen wir mehrfach: Mit der Neuermittlung der Mindestbedarfe

von Kindern steigt auch der Mindestunterhalt. Und anders als beim heutigen Kindergeld soll

nur die Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden. Nach einer Trennung soll es

bei der Betreuung nicht zusätzlich knirschen, darum werden Mehrkosten für die Ausübung des

Umgangs, egal nach welchem Modell, angemessen berücksichtigt. Für Eltern im Grundsiche-

rungsbezug wollen wir einen Umgangsmehrbedarf einführen. Ob wichtiger Abendtermin im

Job, ein Beratungsgespräch oder Arztbesuch – Kinder können und sollten nicht immer dabei

sein. Es gilt, familienunterstützende Dienstleistungen zu fördern, zum Beispiel für ergänzende

Kinderbetreuung oder haushaltsnahe Dienstleistungen. Das gilt besonders im Krankheitsfall,

denn Kinder und Haushalt müssen trotzdem versorgt sein.

Absicherung für alle Familienformen

Ob Patchwork-, Stief- oder Regenbogenfamilie – Familien sind vielfältig und diese Vielfalt muss

ein modernes Familienrecht auch abbilden. Soziale Eltern übernehmen innerhalb der Familie

oft Verantwortung und sind wichtige Wegbegleiter. Rechtlich gesehen sind sie aber auch nach

Jahren Außenstehende für ihr Kind: Im Kindergarten, in der Schule oder bei Ärzt\*innen ist es

nicht vorgesehen, dass sie Entscheidungen für ihre Kinder treffen. Mit der Weiterentwicklung des

„kleinen Sorgerechts“ hin zu einer elterlichen Mitverantwortung, die auf Antrag beim Jugendamt

auf bis zu zwei weitere Erwachsene übertragen werden kann, geben wir allen Beteiligten mehr

55

Sicherheit. Zwei-Mütter-Familien sollen nicht mehr durch das langwierige Stiefkindadoptions-

verfahren müssen, darum streben wir an, das Abstammungsrecht zu reformieren, sodass die Co-

Mutter analog zu Vätern in heterosexuellen Ehen automatisch als zweites rechtliches Elternteil

gilt. Bei Kinderwunsch sollen auch nichteheliche Lebensgemeinschaften und lesbische Paare die

Möglichkeit einer Kostenerstattung für die künstliche Befruchtung erhalten. Verantwortung wird

nicht nur da füreinander übernommen, wo Kinder sind. Mit dem Pakt für das Zusammenleben

werden wir eine neue Rechtsform schaffen, die das Zusammenleben zweier Menschen, die für-

einander Verantwortung übernehmen, unabhängig von der Ehe rechtlich absichert.

Wir sorgen für gute Arbeit und faire

Löhne

Mindestlohn anheben

Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Und die Menschen brauchen gute Arbeitsbedingungen.

Aber in unserem reichen Land arbeiten noch immer Millionen Menschen im Niedriglohnsektor

mit schlechten Löhnen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Besonders oft sind davon

Frauen betroffen. Das wollen wir ändern. Den gesetzlichen Mindestlohn werden wir sofort auf

12 Euro anheben. Für weitere Erhöhungen soll die Mindestlohnkommission den Auftrag be-

kommen, dass der Mindestlohn wirksam vor Armut schützen und mindestens der Entwicklung

der Tariflöhne entsprechen muss. Leiharbeiter\*innen sollen vom ersten Tag an den gleichen

Lohn für gleiche Arbeit bekommen wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie. Ohne

sachlichen Grund dürfen Arbeitsverträge nicht mehr befristet werden. Gegen den vielfachen

Missbrauch von Werkverträgen und die Abwälzung unternehmerischer Verantwortung mittels

Subunternehmerketten gehen wir ordnungspolitisch vor. Wir wollen den Arbeitsschutz stärken,

damit er wirksam vor Stress, Burn-out und Entgrenzung der Arbeit schützt. Mobbing und Dis-

kriminierung am Arbeitsplatz nehmen wir ernst und wollen besser davor schützen.

Vollbeschäftigung schaffen

Wir wollen allen Menschen ermöglichen, am Arbeitsleben teilzuhaben, denn ein guter Arbeits-

platz ist eine wichtige Quelle für Einkommen, Anerkennung und Selbstverwirklichung. Dazu müs-

sen wir gute und sichere Jobs schaffen. Wir wollen die Beschäftigung weiter erhöhen und damit

auch verhindern, dass Corona langfristige Spuren am Arbeitsmarkt hinterlässt. Mit dauerhaft hö-

heren öffentlichen Investitionen, mehr Gründungsgeist und Forschung sowie Innovation wollen

wir ein Umfeld für viele neue Jobs schaffen. Der deutsche Arbeitsmarkt war dabei in den letz-

56

ten Jahren gespalten: Fachkräftemangel und deutliche Lohnsteigerungen für Hochqualifizierte

in einigen Branchen, prekäre Beschäftigung, unfreiwillige Teilzeit und stagnierende Reallöhne

in anderen. Dem wollen wir mit einer sozial gerechten Arbeitspolitik entgegentreten. Damit sor-

gen wir für gute Löhne und trocknen den Niedriglohnsektor mittelfristig aus. Langzeitarbeitslose

brauchen eine besonders intensive Betreuung durch die Arbeitsagentur, für Menschen ohne Pers-

pektiven am ersten Arbeitsmarkt schaffen wir einen dauerhaften sozialen Arbeitsmarkt.

Sozialpartnerschaft stärken, Tarifbindung erhöhen

Die Sozialpartnerschaft, Tarifverträge und Mitbestimmung sind Eckpfeiler der sozialen Markt-

wirtschaft. Sie haben unser Land stark gemacht. Da, wo sie gelten, sorgen sie meistens für

anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen, dass Tarifverträge und starke Mit-

bestimmung wieder für mehr anstatt für immer weniger Beschäftigte und Betriebe gelten. Bei

der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum

Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen wir auf

ein Bundestariftreuegesetz. Zudem wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für allgemein-

verbindlich zu erklären, damit sie für alle in einer Branche gelten. Betriebsräte, die sich für

Mitarbeiter\*innen einsetzen, brauchen auch selbst mehr Schutz. Gleiches gilt auch für die Be-

schäftigten, die erstmals einen Betriebsrat gründen wollen. Die Mitbestimmungsrechte wollen

wir ausbauen und modernisieren, wenn es um die Personalentwicklung, die Stärkung von Frau-

en und die Verbesserung der Klimabilanz im Unternehmen geht. Der Wandel der Arbeitswelt,

den Digitalisierung und ökologische Transformation mit sich bringen, muss gemeinsam mit

den Beschäftigten im Betrieb gestaltet werden.

Selbstbestimmter arbeiten, digitale Chancen nutzen

Wir wollen Beschäftigte dabei unterstützen, ihre Arbeit besser an ihr Familien- und Privatleben

anzupassen. Eine moderne Arbeitswelt bedeutet für uns auch mehr Mitsprache bei Ort, Lage

und Umfang der Arbeit. In der Corona-Krise wurde das Arbeiten von zu Hause zu einer weit

verbreiteten Erfahrung, für viele verbunden mit mehr Eigenständigkeit und weniger Stress,

wenn etwa das lange Pendeln wegfiel. Für andere aber auch zur echten Belastungsprobe –

wenn zu Hause Arbeitszimmer, Arbeitsschutz und auch Kolleg\*innen fehlen. Homeoffice kann

zudem auch zur Entgrenzung von Arbeit und zum Abbau des bisherigen Arbeitsortes außerhalb

der eigenen vier Wände führen. Die Möglichkeit zur Selbstbestimmung im Arbeitsleben wollen

wir daher erhalten und stärken, indem wir ein Recht auf Homeoffice einführen – mit Blick auf

betriebliche Möglichkeiten, aber auch mit strikten Schutzkriterien versehen. Ein Arbeitsplatz

im Unternehmen muss aber ebenfalls allen zur Verfügung stehen.

Mehr Freiraum bei der Arbeitszeit

Ob im Büro, in der Pflege oder auf Montage – für viele Menschen ist der körperliche oder psy-

chische Druck durch Arbeit gewachsen. Gleichzeitig ist Zeit zu haben – für sich selbst oder die

57

Familie – für viele Menschen ein immer größerer Wert. Kürzere Arbeitszeiten, wie beispiels-

weise die IG Metall sie als Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels in der Automobilbran-

che vorgeschlagen hat, können eine Chance sein, Arbeit gerechter zu verteilen, Arbeitsplätze zu

sichern und Arbeitnehmer\*innen zu entlasten. Wir wollen Beschäftigte in der Pflege, in der die

Belastung besonders hoch ist, mit besseren Arbeitsbedingungen unterstützen und deshalb die

35-Stunden-Woche einführen. Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeiten aller Arbeitneh-

mer\*innen, selbst flexibler über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen – gerade um die Verein-

barkeit von Familie und Beruf zu erleichtern –, verbessern. Dafür wollen wir die starre Vollzeit

zu einer Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40 Stunden bei flexiblem Arbeitszeitkorridor um-

gestalten. Versuche, das Arbeitszeitgesetz zum Nachteil der Arbeitnehmer\*innen aufzuweichen,

lehnen wir ab. Die europäische Arbeitszeitrichtlinie wollen wir konsequent umsetzen.

Arbeitsversicherung stärkt Chancen

Wir wollen die Arbeitsmarktpolitik auf die Zukunft ausrichten und die Arbeitslosenversicherung

zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Zentral dafür ist ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung

und die Stärkung der beruflichen Qualifikation. In einer Welt, in der häufige Berufswechsel für

viele Menschen Normalität sind und man nicht mehr automatisch 40 Jahre im gleichen Betrieb

arbeitet, brauchen alle Menschen Anlaufstellen und Unterstützung, um ihr Berufsleben selbst-

bestimmt zu gestalten. Überall dort, wo es eine Arbeitsagentur gibt, sollen Bildungsagenturen

zentrale Anlaufstellen werden und Menschen bei der Neuorientierung unterstützen, Weiter-

bildungsberatung und -förderung sollen damit vereinfacht werden. Den Zugang zur Arbeitsver-

sicherung werden wir deutlich erleichtern und bereits ab vier Monaten sozialversicherungs-

pflichtiger Beschäftigung einen Anspruch auf Arbeitslosengeld einführen. Auch selbständige

Berufstätigkeit muss sozial besser abgesichert werden. Dafür vereinfachen wir den Zugang zur

freiwilligen Arbeitslosenversicherung und schaffen eine Zugangsmöglichkeit für alle Selbstän-

digen auch mit Wahltarifen. Wir wollen Gründungen aus Phasen der Arbeitslosigkeit heraus

besser fördern und durch die Krise zurückgeworfene junge Berufsanfänger\*innen mit einem

Einstiegszuschuss eine Brücke in den Arbeitsmarkt bauen.

Besserer Schutz bei online vermittelter Arbeit

Vom Handwerkerdienst über Software-Entwicklung bis zur Reinigung – immer mehr Dienst-

leistungen werden über Online-Plattformen vermittelt (Gig-Working) oder finden sogar orts-

unabhängig in der Cloud statt (Crowd-Working). Die Digitalisierung von Tätigkeiten und die di-

gitale Vermittlung von Arbeit bergen viele neue Chancen. Aber Arbeitsrecht und Arbeitsschutz

müssen an die Onlinewelt angepasst werden, damit daraus nicht neue Formen von Ausbeu-

tung und Abhängigkeiten entstehen. Wir wollen Scheinselbständigkeit verhindern, indem wir

bei der Abgrenzung zwischen selbständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung für mehr

Rechts- und Planungssicherheit sorgen. Wenn der/die Auftragnehmer\*in einer Plattform an-

gibt, einen Arbeitnehmerstatus zu haben, soll künftig der/die Auftraggeber\*in beweisen, dass

dem nicht so ist. Unfaires Preis-Dumping gilt es durch ein Mindesthonorar für zeitbasierte

58

Dienstleistungen zu unterbinden. Arbeitnehmerähnliche Personen und Solo-Selbständige, die

für Plattformen tätig werden, sollen sich künftig leichter tariflich organisieren können, und

branchenspezifisch sollen weitere verbindliche Honoraruntergrenzen vereinbart werden kön-

nen, die auch für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Plattformbetreiber tragen eine

Verantwortung für ihre Auftragnehmer\*innen. Wir wollen mit klaren Mindeststandards beim

Arbeits- und Datenschutz und bei den allgemeinen Geschäftsbedingungen für Fairplay bei der

Plattformökonomie sorgen.

Faire Arbeitsbedingungen für Beschäftigte aus europäischen

Nachbarstaaten

In jedem europäischen Nachbarland arbeiten zu können, das ist eine der großen Errungen-

schaften unseres vereinten Europas. Was in hochqualifizierten Berufen viel Freiheit gebracht

hat, führte in manchen Dienstleistungsbereichen zu ausbeuterischen Arbeitsrealitäten. Miss-

stände in den deutschen Schlachthöfen haben das schlaglichtartig gezeigt. Doch auch anders-

wo, zum Beispiel auf dem Bau oder in der Pflege, herrschen vielfach ausbeuterische Verhältnis-

se. Wir wollen, dass alle Beschäftigten – egal, wie lange sie hier arbeiten – genauso gut bezahlt

und abgesichert sind wie ihre deutschen Kolleg\*innen. Dafür braucht es ein wirksames Vorge-

hen gegen Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit, ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaf-

ten, eine europäische Sozialversicherungsnummer, höhere Mindeststandards für Unterkünfte

von entsandten Beschäftigten, eine bessere Regulierung der Vermittlungsagenturen und mehr

Kontrolle durch eine gestärkte Europäische Arbeitsbehörde. Arbeitnehmer\*innen aus anderen

EU-Staaten müssen besser über ihre Rechte informiert werden.

Wir schaffen Gerechtigkeit zwischen

den Geschlechtern

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, von dieser Selbstverständlichkeit sind wir immer noch

weit entfernt. Durchschnittlich verdienen Frauen im gesamten Erwerbsleben etwa nur halb so

viel wie Männer, was sich auch in ihrer ungenügenden Alterssicherung bemerkbar macht. Wir

werden ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz einführen, das auch für kleine Betriebe gilt und

die Unternehmen verpflichtet, von sich aus über die Bezahlung von Frauen und Männern und

über ihre Maßnahmen zum Schließen des eigenen Pay-Gaps zu berichten. Dieses Gesetz muss

auch ein wirksames Verbandsklagerecht enthalten, damit bei strukturellen Benachteiligungen

59

auch Verbände die Klage übernehmen können und die Betroffenen nicht auf sich allein ge-

stellt sind. Lohncheckverfahren können Diskriminierungen aufdecken. Deshalb werden wir Ta-

rifpartner\*innen und Unternehmen verpflichten, alle Lohnstrukturen auf Diskriminierung zu

überprüfen. Wir setzen uns dafür ein, dass Berufe, die vor allem von Frauen ausgeübt werden,

eine höhere Wertschätzung erfahren als bisher, zum Beispiel in Form besserer Arbeitsbedin-

gungen, besserer Bezahlung oder besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen stärken

Um das eigene Leben selbst gestalten zu können, ist es vielen Frauen wichtig, wirtschaft-

lich unabhängig zu sein. Deshalb müssen Steine, die dies behindern, aus dem Weg geräumt

werden. Wir wollen für eine eigenständige Absicherung in allen Lebensphasen sorgen – von

der Berufswahl bis zur Rente. Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler\*innen und

Rentner\*innen, wollen wir in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen und Re-

gelungen für haushaltsnahe Dienstleistungen schaffen. Das durch enge Rollenerwartungen

eingeschränkte Berufswahlverhalten von Mädchen und Jungen wollen wir durch eine gender-

sensible Berufsberatung erweitern. Die gläserne Decke, die Frauen am Aufstieg hindert, wollen

wir aufbrechen. Dies gelingt auch durch eine kluge Zeitpolitik, die es auch Partner\*innen er-

leichtert, Verantwortung in der Familie zu übernehmen und Arbeit geschlechtergerecht aufzu-

teilen. Diskriminierungen am Arbeitsmarkt begegnen wir mit einem Verbandsklagerecht, das

die Einzelne stärkt, und durch ein echtes Recht auf die Rückkehr in Vollzeit, das auch für klei-

nere Betriebe gilt.

Gleichberechtigung auch bei der Steuer

Das deutsche Steuerrecht steckt noch im letzten Jahrhundert fest. Während sich viele Paare Fa-

milien- und Erwerbsarbeit gleichberechtigter aufteilen, als es noch vor Jahren der Fall war, gilt

bei der Steuer nach wie vor das Modell eines männlichen Ernährers und einer Frau, die höchs-

tens zuverdient und sich hauptsächlich um Haushalt und Kinder kümmert. Dieses Modell ist

ungerecht, weil es Ehen privilegiert, Alleinerziehende und nicht verheiratete Paare außen vor

lässt, die Erwerbstätigkeit von Frauen hemmt und Frauen gleichzeitig nicht wirklich absichert.

In Krisen bekommen vor allem Frauen die Nachteile zu spüren, zum Beispiel durch weniger

Kurzarbeits- oder Arbeitslosengeld. Im Zusammenspiel mit Minijobs und der kostenlosen Mit-

versicherung wirken sich diese Maßnahmen negativ auf die Erwerbstätigkeit von Frauen aus.

Deshalb wollen wir für neu geschlossene Ehen eine individuelle Besteuerung mit übertrag-

barem Grundfreibetrag einführen. Bei der Lohnsteuer soll die/der heute über Gebühr belastete

Zweitverdiener\*in entlastet werden, indem das Faktorverfahren zur Regel und die Steuerklasse

5 für Zuverdiener\*innen abgeschafft wird. So sorgen wir dafür, dass gleichberechtigte Lebens-

entwürfe nicht länger benachteiligt werden. Paare, die bereits verheiratet sind, können sich

entscheiden, ob sie sich einzeln veranlagen oder weiterhin das Ehegattensplitting nutzen wol-

len. Zugleich stärken wir mit der Kindergrundsicherung Familien. Alleinerziehende, die heute

am stärksten von Armut betroffen sind, entlasten wir mit einer Steuergutschrift.

60

Wir sichern die sozialen Netze

Garantiesicherung statt Hartz IV

Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne Existenz-

angst. Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine Garantie-

sicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle Exis-

tenzminimum. Sie stärkt so Menschen in Zeiten des Wandels und kann angesichts großer

Veränderungen der Arbeitswelt Sicherheit geben und Chancen und Perspektiven für ein

selbstbestimmtes Leben eröffnen. Die grüne Garantiesicherung ist eine Mindestsicherung, die

nicht stigmatisiert und die einfach und auf Augenhöhe gewährt wird. Sie schafft durch die

Abschaffung der bürokratischen Sanktionen Raum und Zeit in den Jobcentern für wirkliche

Arbeitsvermittlung und Begleitung. Dafür wollen wir die Regelsätze schrittweise anheben,

sodass sie das soziokulturelle Existenzminimum verlässlich sicherstellen. Die Leistungen der

Garantiesicherung wollen wir schrittweise individualisieren. Die Anrechnung von Einkommen

werden wir attraktiver gestalten, sodass zusätzliche Erwerbstätigkeit auch in Teilzeit zu einem

spürbar höheren Einkommen führt. Vermögen werden künftig unbürokratischer und mit Hilfe

einer Selbstauskunft geprüft.

Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe für

Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen haben ein Recht darauf, gleichberechtigt wohnen, lernen und

arbeiten zu können und die Unterstützung zu wählen, die sie dafür brauchen. Leistungen zur

Teilhabe müssen in jeder Phase allgemeiner, beruflicher und hochschulischer Bildung gewährt

werden. Wir wollen einen inklusiven Arbeitsmarkt schaffen und dafür Arbeitgeber\*innen, die

Menschen mit Behinderungen beschäftigen, besser unterstützen, den Wechsel von Werkstätten

in den allgemeinen Arbeitsmarkt fördern und Menschen, die das Budget für Arbeit nutzen, in

der Arbeitslosenversicherung absichern. Ziel ist, das Bundesteilhabegesetz weiterzuentwickeln

und Teilhabe zu garantieren – kein Poolen von Leistungen gegen den Willen der Betroffenen,

echtes Wunsch- und Wahlrecht, Leistungen zur Teilhabe unabhängig von Einkommen und Ver-

mögen der Leistungsberechtigten. Anträge auf Teilhabeleistungen sollen einfach sein und Ent-

scheidungen im Sinne der behinderten Menschen schnell erfolgen.

Gemeinsame soziale Mindeststandards in der EU

Wir treten ein für eine Europäische Union, die soziale Absicherung und Mindeststandards eu-

ropaweit garantiert. Soziale Rechte müssen den gleichen Stellenwert erhalten wie die wirt-

schaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts. Dafür sind gemeinsame europäische Arbeits- und

Sozialstandards essenziell. Wir machen uns für eine europäische Grundsicherungsrichtlinie

61

stark, die soziale Mindeststandards für jedes Land festlegt, angepasst an die jeweilige öko-

nomische Situation. Länderspezifische Mindestlöhne sollen überall in Europa dafür sorgen,

dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen die Europäischen Betriebsräte stär-

ken und die paritätische Mitbestimmung in den Kontroll- und Leitungsorganen europäischer

Unternehmen ausbauen, die mehr als 1.000 Beschäftigte haben. Unser langfristiges Ziel ist,

dass die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen Rechte als Grundrechte

gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar sind.

Eine verlässliche Alterssicherung für alle

Die langfristige Sicherung des Rentenniveaus bei 48 Prozent hat für uns hohe Priorität. Bei

einem weiteren Absinken wären immer mehr Menschen auf Grundrente angewiesen und die

Akzeptanz der gesetzlichen Rente wäre gefährdet. Um das Rentenniveau zu sichern, wollen

wir die Frauenerwerbstätigkeit unter anderem durch ein Rückkehrrecht in Vollzeit erhöhen,

ein echtes Einwanderungsgesetz schaffen und die Beschäftigungssituation älterer Arbeitneh-

mer\*innen verbessern. Um die Belastungen der Versicherten und der Arbeitgeber\*innen zu be-

grenzen, sollen bei Bedarf die Steuerzuschüsse erhöht werden. Prekäre Beschäftigung muss

überwunden werden, denn nur gute Löhne führen auch zu einer guten Rente. In einem ers-

ten Schritt zu einer Bürgerversicherung sorgen wir dafür, dass anderweitig nicht abgesicherte

Selbständige, denen sonst Altersarmut droht, und Abgeordnete in die gesetzliche Rentenver-

sicherung aufgenommen werden. Um Altersarmut zu verhindern, werden wir die Grundrente

reparieren und zu einer echten Garantierente weiterentwickeln. Grundsätzlich halten wir an

der Rente mit 67 fest. Wir wollen es Menschen aber leichter machen, selbst darüber zu ent-

scheiden, wann sie in Rente gehen wollen.

Ein Bürgerfonds für die Rente

Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge kann das Umlagesystem sinnvoll ergänzen. Die Riester-

Rente hat sich aber als ein völliger Fehlschlag herausgestellt. Die Produkte sind teuer und un-

durchschaubar und haben zum Teil eine geringere Rendite als Omas Sparstrumpf. Profitabel

sind sie oft nur für die Versicherungswirtschaft oder dank der öffentlichen Förderung. Des-

wegen haben bei weitem nicht alle davon Gebrauch gemacht. Wir wollen die Riester-Rente

durch einen öffentlich verwalteten Bürgerfonds ersetzen und in diesen überführen. Durch den

Bürgerfonds profitieren die Menschen am Wertezuwachs der Wirtschaft. Der Fonds kann lang-

fristig orientiertes Eigenkapital für die Wirtschaft bereitstellen. In den Bürgerfonds zahlen

alle ein, die nicht aktiv widersprechen. So wird ein Volumen geschaffen, das die Verwaltungs-

kosten gering hält, die Risiken breit streut und auf teure Garantien verzichten kann. Der Bür-

gerfonds wird politisch unabhängig verwaltet und investiert nachhaltig. Er investiert lang-

fristig und hilft so, die Kurzfristorientierung der Märkte zu überwinden. Für Kleinsparer\*innen

gewährleistet er eine attraktive Rendite bei überschaubarem Risiko. Alle Arbeitgeber\*innen

sollen künftig eine betriebliche Altersvorsorge anbieten und können den Bürgerfonds als

Standard dafür nutzen.

62

Wir geben Gesundheit und Pflege

einen neuen Wert

Vorsorge als Leitprinzip

Wir wollen den Zugang zu guter Gesundheitsversorgung sicherstellen – aber gute Gesund-

heitspolitik setzt schon vorher an. Wer in der Fleischindustrie unter prekären Bedingungen

arbeitet, in einer schimmeligen Wohnung oder an der vielbefahrenen Straße wohnt oder mit

Hartz IV in Armut lebt, kann seine Gesundheit nur schwer schützen, hat eine höhere Wahr-

scheinlichkeit zu erkranken und oft einen schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung. Für

eine gesunde Gesellschaft braucht es eine Politik, die vorsorgt, die die Ursachen von Krankhei-

ten bekämpft und vorausschauend handelt. Statt nur auf die nächste Krise zu reagieren, sollen

in Zukunft durch gemeinsame Gesundheitsziele und eine Ausweitung der Gesundheitsbericht-

erstattung Krankheitsursachen und der Stand der gesundheitlichen Versorgung in den Blick

genommen werden. Prävention, Gesundheitsförderung und gesundheitliche Versorgung wollen

wir grundsätzlich als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen verfolgen. Um uns gegen

klimawandelbedingte Hitzewellen zu wappnen, werden wir einen Sonderfonds zur Umsetzung

von Hitzeaktionsplänen etablieren.

Für Pandemien gewappnet sein

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass unser Gesundheitssystem für künftige Pandemien besser

gewappnet sein muss. Spätestens jetzt ist der Moment, die Krankenhaus- und Notfallversor-

gung zu reformieren und die Digitalisierung, insbesondere in den Gesundheitsämtern, beherzt

voranzutreiben. Um Pandemien zukünftig effektiv und nachvollziehbar zu bekämpfen, sollen

Stufen zur Eindämmung von Pandemien im Infektionsschutzgesetz definiert, Pandemieschutz-

pläne aktualisiert und soll ein unabhängiger und interdisziplinärer Pandemierat eingerichtet

werden. Wir investieren in Gesundheitsforschung, zum Beispiel bei Medikamenten oder der

Entwicklung neuer Testverfahren. Auch die Produktion von Medikamenten und Medizinpro-

dukten soll – in europäischer Kooperation – vorangetrieben werden, die Versorgung, zum Bei-

spiel mit Atemschutzmasken, durch eigene Produktionsstandorte sichergestellt werden. Auf

europäischer Ebene braucht es mehr gemeinsame Strategie und Koordinierung, etwa durch

die gemeinsame Planung und Nutzung medizinischer Notfallkapazitäten oder durch ein euro-

päisches Frühwarnsystem. Daher setzen wir uns für den zügigen Aufbau von HERA ein, einer

europäischen Behörde, die künftig staatliche und privatwirtschaftliche Aktivitäten besser ko-

ordinieren soll. Das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten

wollen wir stärken und uns für eine engere Kooperation mit nationalen Gesundheitsbehörden

einsetzen.

63

Gesundheitsämter stärken

Nicht erst in der Corona-Pandemie wird sichtbar, dass wir als Gesellschaft größere Anstrengungen

unternehmen müssen, um die öffentliche Gesundheit zu stärken und Menschen ein gutes Leben

zu ermöglichen. Ob der Besuch bei der mobilen Zahnärzt\*in in der Schule oder die Impfaktion

im Pflegeheim – für Gesundheitsförderung, die Menschen unkompliziert erreicht, braucht es eine

Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Unser Ziel ist es, im Zusammenspiel zwischen

den Gesundheitsämtern, universitären Strukturen der öffentlichen Gesundheitsfürsorge und

einem neu zu schaffenden Bundesinstitut für Gesundheit gemeinsam eine starke Säule der öf-

fentlichen Gesundheitsfürsorge aufzubauen. Das Institut soll gemeinsame Gesundheitsziele und

Qualitätsvorgaben für die Verbesserung der Versorgung entwickeln und bestehende Strukturen

des Bundes zur Förderung der Gesundheit bündeln. Bisher sind die Gesundheitsämter chronisch

unterfinanziert und unterbesetzt, die personelle und technische Ausstattung muss dauerhaft ver-

bessert werden. Wir wollen deshalb, dass Bund und Länder gemeinsam dafür sorgen, dass künftig

1 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben in den Öffentlichen Gesundheitsdienst fließt. Amt-

särzt\*innen müssen besser bezahlt werden. Auch pflegerische Fachkompetenz soll stärker einge-

bunden werden – als sogenannte Community Health Nurses oder in der Schulgesundheitspflege.

Gute gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land

Gesundheit ist Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass Menschen im ganzen Land gut und verlässlich

versorgt werden. Wenn mancherorts der Weg zur Hebamme kaum zu bewältigen ist, die Kinder-

stationen Patient\*innen abweisen müssen oder Hausarztpraxen auf dem Land wegen fehlen-

dem/-r Nachfolger\*in schließen müssen, gefährdet das die gesundheitliche Versorgung. Um die

Versorgung in Stadt und Land zu stärken, wollen wir, dass ambulante und stationäre Angebote

in Zukunft übergreifend geplant werden und Gesundheitsregionen mit enger Anbindung an die

Kommunen gefördert werden. Perspektivisch soll es eine gemeinsame Abrechnungssystematik

für ambulante und stationäre Leistungen geben. Gleichzeitig wollen wir die interdisziplinäre Zu-

sammenarbeit zwischen den Gesundheitsberufen stärken. Denn die Versorgung muss von den Pa-

tient\*innen aus gedacht werden. Dafür wollen wir insbesondere die Einrichtung von kommunalen

Gesundheitszentren unterstützen, in denen alle Gesundheitsberufe auf Augenhöhe zusammen-

arbeiten. Die Aufgabenverteilung im Gesundheitswesen werden wir so reformieren, dass Gesund-

heits- und Pflegeberufe mehr Tätigkeiten eigenverantwortlich übernehmen können. Die Arbeits-

bedingungen in und die Vergütung von Therapieberufen müssen dringend ihrer wichtigen Rolle

im Gesundheitswesen angepasst, das Schulgeld für diese Ausbildungen muss abgeschafft werden.

Krankenhäuser nach gesellschaftlichem Auftrag finanzieren

In Krankenhäusern sollen alle die Versorgung erhalten, die sie benötigen. Doch falsche politi-

sche Weichenstellungen und der daraus folgende ökonomische Druck haben zu Fehlanreizen

zu Lasten des Patient\*innenwohls und zu Kosteneinsparungen zu Lasten des Personals ge-

führt. Kliniken sollen deshalb in Zukunft nicht mehr nur nach Fallzahl, sondern auch nach

64

ihrem gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Dafür braucht es ein neues Finanzierungs-

system. Wir werden eine Säule der Strukturfinanzierung einführen und den verbleibenden fall-

zahlabhängigen Vergütungsteil reformieren. Vielfach herrscht Stillstand bei den Investitionen

in die Krankenhäuser. Das wollen wir ändern, indem Bund und Länder die Investitionskosten in

Zukunft gemeinsam tragen. Der Bund soll dafür die Möglichkeit haben, gemeinsame bundes-

weite Grundsätze in der Krankenhausplanung zu definieren. Welche Angebote es vor Ort gibt,

darf nicht davon abhängen, was sich rentiert, sondern soll sich danach richten, was nötig ist.

Die beste Qualität kann zumeist durch Spezialisierung sichergestellt werden. Krankenhäuser,

die durch fehlende Auslastung die nötige Qualität in einigen Bereichen nicht gewährleisten

können, sollen nicht einfach aufgegeben, sondern zu leistungsfähigen lokalen Notfall-, Ge-

sundheits- und Pflegezentren weiterentwickelt werden.

Notfallversorgung reformieren

Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeig sich oft erst im Notfall – und dann wird es

häufig ernst. Damit die Notfallversorgung in Deutschland besser funktioniert, muss sich eini-

ges ändern. Das fängt beim Rettungsdienst an, der Menschen in Not heute umfassend medizi-

nisch behandeln kann und deshalb wie die übrige Gesundheitsversorgung im Gesetz geregelt

werden muss. Die Notrufleitstellen der Nummern 112 und 116117 müssen organisatorisch

zusammengeführt werden, damit es im Zweifelsfall keine Rolle spielt, wo Menschen anrufen,

sondern sie immer die passende Hilfe bekommen. Auch wollen wir, dass Notaufnahmen gerade

nachts und am Wochenende beispielsweise durch kompetente Hausärztinnen und Hausärzte

so unterstützt werden, dass auch weniger ernste Fälle gut versorgt werden können. Durch ein-

heitliche Stufen und Vorgaben zur Notfallversorgung wollen wir sicherstellen, dass Menschen

in Not, in der Stadt und auf dem Land, stets die erwartbare Hilfe auch verlässlich vorfinden.

Psychotherapieplätze schaffen

Starke Prävention und angemessene Versorgung – für beides wollen wir die Weichen stel-

len, denn psychische Gesundheit ist Fundament für Lebensqualität und soziale Teilhabe. Es

ist nicht zumutbar, dass viele Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf therapeu-

tische Hilfe warten müssen. Wer eine psychische Erkrankung hat, braucht schnelle und leicht

zugängliche Hilfen, damit das Leid sich nicht verschlimmert. Wir wollen deshalb ambulante

Psychotherapieplätze durch mehr Kassenzulassungen von Psychotherapeut\*innen schaffen. Es

braucht eine gemeindenahe und personenzentrierte Versorgung und eine verbesserte sektor-

übergreifende Zusammenarbeit. Dabei müssen auch die Besonderheiten der Versorgung von

Kindern und Jugendlichen sowie von Frauen, die von Gewalt betroffen sind, berücksichtigt wer-

den. Hilfsangebote zwischen ambulanter und stationärer Behandlung müssen flexibler werden

und die verschiedenen Berufsgruppen im Team eine miteinander abgestimmte Behandlung

übernehmen können. Bei der unzureichenden Reform der Psychotherapie-Ausbildung muss

nachgebessert werden, sodass angehende Psychotherapeut\*innen endlich unter guten Bedin-

gungen ausgebildet werden.

65

Geburtshilfe verbessern, Gesundheit von Frauen stärken

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sind Verbesserungen bei der Geburtshilfe

und eine Unterstützung freiberuflicher Hebammen durch eine Reform der Haftpflicht für Ge-

sundheitsberufe nötig. Wir wollen das Gesundheitssystem geschlechtergerecht machen. Ge-

schlechtsspezifische Aspekte in Forschung und Ausbildung und in der medizinischen Praxis

werden nicht ausreichend berücksichtigt, etwa bei der Medikamentenforschung. Das gefährdet

die Gesundheit von Frauen wie auch von Trans\*- und Inter\*-Menschen. Die Forschung zu ge-

schlechtsspezifischer Medizin und Pflege sowie Frauengesundheit muss gestärkt und in der

medizinischen und pflegerischen Praxis umgesetzt werden. Mit Hilfe einer Frauenquote für

Führungspositionen im Gesundheitswesen und besseren Arbeitsbedingungen holen wir mehr

Frauen in die Führungsgremien unseres Gesundheitswesens.

Zugang zum Gesundheitssystem sichern, Diskriminierung

beenden

Auch im Gesundheitswesen wollen wir Diskriminierung bekämpfen. Beispielsweise erhalten

Menschen mit Behinderungen häufig nicht alle dringend benötigten Gesundheitsleistungen,

Hilfsmittel oder häusliche Pflege und werden so in ihrer Teilhabe beschränkt. Deshalb wol-

len wir mit einem ressortübergreifenden Inklusionsplan diese Hürden umfassend abbauen, die

Gesundheitsleistungen auf die jeweiligen Bedarfe gezielt ausrichten und bürokratische Vor-

gänge so weit wie möglich reduzieren. Das umfasst auch verpflichtende Vorgaben zur Barriere-

freiheit bei der Bedarfsplanung und eine Reform der Heilmittelversorgung. Auch für LSBTIQ\*

muss diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung gesichert sein. Dafür werden wir den An-

spruch auf medizinische Maßnahmen für trans- und intergeschlechtliche Menschen gesetzlich

verankern. Die bestehenden Lücken beim Verbot sogenannter „Konversionstherapien“ werden

wir schließen. Die Blutspende gestalten wir diskriminierungsfrei. Menschen, die ohne Papiere

in Deutschland leben, müssen ebenfalls Zugang zu guter gesundheitlicher Versorgung haben,

etwa durch einen anonymen Krankenschein, die Abschaffung der Mitteilungs- und Unterrich-

tungspflichten an öffentlichen Stellen oder die Stärkung von Beratungsnetzwerken für Men-

schen ohne Papiere.

Auf dem Weg zur Bürgerversicherung für Gesundheit und

Pflege

Gesetzlich Versicherte warten länger auf Termine bei Fachärzt\*innen, und viele privat Versi-

cherte können sich die hohen Prämien nicht mehr leisten. Von dieser Zwei-Klassen-Medizin

profitieren wenige, zum Nachteil vieler. Unser Ziel ist eine solidarisch finanzierte Bürgerver-

sicherung, in der jede\*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung bekommt, die er oder

sie braucht. Die Bürgerversicherung bezieht alle in die Finanzierung eines leistungsstarken

Versicherungssystems ein. Auch Beamte, Selbständige, Unternehmer\*innen und Abgeordnete

beteiligen sich mit einkommensabhängigen Beiträgen. Neben Löhnen und Gehältern sol-

66

len Beiträge auf Kapitaleinkommen erhoben werden. Als ersten Schritt verbessern wir die

Versorgung gesetzlich Versicherter – zum Beispiel bei der Erstattung von Brillen. Außerdem

wollen wir die Benachteiligung gesetzlich versicherter Beamt\*innen durch einen beihilfefä-

higen Tarif beenden und privat Versicherte, die sich nur den Basistarif leisten können, besser

absichern.

Digitalisierung verbessert Gesundheitsversorgung

Wir wollen die Chancen der Digitalisierung – ob Robotik zur Unterstützung in der Pflege, Tele-

medizin oder die elektronische Patientenakte – nutzen, um das Gesundheitssystem zukunftsfä-

hig zu machen. Per App sollen Patient\*innen sicher auf den digitalen Impfpass, Gesundheitsin-

formationen wie die eigene Blutgruppe, die Krankheitsgeschichte oder die neuesten Blutwerte

zugreifen können. Damit sie den Patient\*innen wirklich nützt, muss die digitale Patientenakte

weiterentwickelt werden. Dabei sind unter anderem Patient\*innenorganisationen stärker ein-

zubinden. Gesundheitsdaten sollen anonymisiert der Forschung zur Verfügung gestellt werden,

um die Gesundheitsversorgung in Deutschland zu verbessern. Eine Weitergabe der Daten er-

folgt dabei nicht gegen den Willen der Patient\*innen. Ihre eigenen Gesundheitsdaten müssen

für Patient\*innen möglichst barrierefrei und sicher zugänglich sein. Die ärztliche Schweige-

pflicht und das Patient\*innengeheimnis müssen auch für digitalisierte Gesundheitsdaten je-

derzeit gewahrt bleiben. Um administrativen Aufwand für medizinisches und pflegerisches

Personal zu verringern und Innovationen anzureizen, sollen Hersteller von Medizinprodukten

und Software offene Schnittstellen anbieten.

Ambulante Pflege stärken

Wer pflegebedürftig wird, hat die bestmögliche Pflege und Unterstützung für ein selbstbe-

stimmtes und würdevolles Leben verdient. Gerade in einer alternden Gesellschaft braucht es

dafür überall vielfältige, auf den Bedarf vor Ort angepasste pflegerische Angebote. Statt wei-

terer Großeinrichtungen sind mehr ambulante Wohn- und Pflegeformen nötig – eingebettet

in ein Umfeld, das ältere Menschen dabei unterstützt, aktiv am gesellschaftlichen Leben teil-

zuhaben. So wird die Pflege auch für Angehörige einfacher. Dafür wollen wir die rechtlichen

Rahmenbedingungen für Quartierspflege schaffen und den Kommunen ermöglichen, eine ver-

bindliche Pflegebedarfsplanung vorzunehmen, um das Angebot an Pflege vor Ort zu gestal-

ten. Ein Bundesprogramm soll eine Anschubfinanzierung für Kommunen bereitstellen, die sich

hier auf den Weg machen. Jemanden zu pflegen verdient unsere Anerkennung und die Unter-

stützung der Gesellschaft. Deshalb wollen wir Menschen, die Verantwortung für Angehörige,

Nachbar\*innen oder Freund\*innen übernehmen, mit der PflegeZeit Plus besonders unterstüt-

zen. Wir ermöglichen damit allen Erwerbstätigen eine bis zu dreimonatige Freistellung sowie

eine Lohnersatzleistung, die befristet auch anschließende Arbeitszeitreduzierungen finanziell

abfedert.

67

Eine doppelte Pflegegarantie

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen immer mehr eigenes Geld für ihre Versorgung

aufbringen. Wir wollen, dass Pflegebedürftige die für sie notwendigen Pflegeleistungen er-

halten, ohne von Armut bedroht zu sein. Mit einer doppelten Pflegegarantie wollen wir die

Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln. So garantieren wir, dass die selbst aufzu-

bringenden Kosten verlässlich planbar werden. Die Pflegeversicherung soll alle über diesen

Betrag hinausgehenden Kosten für eine bedarfsgerechte Pflege tragen. Mit einer solidarischen

Pflege-Bürgerversicherung wollen wir dafür sorgen, dass sich alle mit einkommensabhängigen

Beiträgen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen.

Pflege aus dem Notstand führen, Arbeitsbedingungen im

Gesundheitswesen verbessern

Pflegekräfte leisten einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Menschen, die im

Alter oder bei Krankheit Unterstützung brauchen, wünschen sich zu Recht Pflegekräfte, die sich

mit Sorgfalt um sie kümmern können. Dafür brauchen Pflegekräfte Zeit für die Patient\*innen

und gute Arbeitsbedingungen. Das geht nur mit mehr Kolleg\*innen. Wir wollen durch verbind-

liche Personalbemessung – auch in der Langzeitpflege –, die bessere Vereinbarkeit von Be-

ruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit von Fachkräften und die Einführung der

35-Stunden-Woche in der Pflege Arbeitsbedingungen schaffen, unter denen viele Menschen

– ganz neu, weiter oder wieder – gerne in der Pflege arbeiten. Die Ausnahmen im Arbeitszeit-

gesetz für den Gesundheitsbereich wollen wir beschränken, um Überlastung zu verhindern und

den Personalverlust in Krankenhäusern einzudämmen. Doch Wertschätzung braucht auch Löh-

ne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge. Wir wollen die gesetzliche Pflegever-

sicherung verpflichten, nur noch mit Anbietern zusammenzuarbeiten, die nach Tarif bezahlen.

Die Selbstorganisation und die Einflussmöglichkeiten der professionellen Pflege wollen wir

durch den Aufbau einer Bundespflegekammer unterstützen.

Ein Cannabiskontrollgesetz

Wir stellen Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt der Drogenpolitik. Doch auf

dem Schwarzmarkt gilt kein Jugendschutz, stattdessen schafft er zusätzliche gesundheitliche

Gefahren. Das Verbot von Cannabis richtet mehr Schaden an, als dass es nützt. Wir setzen auf

wirksame Prävention, auf Entkriminalisierung und Selbstbestimmung. Deshalb werden wir mit

einem Cannabiskontrollgesetz das bestehende Cannabisverbot aufheben und einen kontrol-

lierten und legalen Verkauf von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften ermöglichen. Darüber

hinaus wollen wir niedrigschwelliges Drugchecking für psychoaktive Substanzen und andere

Maßnahmen zur Schadensminimierung wie die Ausgabe sauberer Spritzen bundesweit ermög-

lichen, damit Konsument\*innen nicht durch gefährliche Inhaltsstoffe oder schmutzige Spritzen

zusätzlich gefährdet werden. Das heutige Betäubungsmittelrecht evaluieren wir auf seine Wir-

kungen hin.

68

Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum

Ein Recht auf Wohnen ins Grundgesetz

Alle Menschen brauchen angemessenen Wohnraum. Wohnen ist ein Recht. Aber es wird immer

schwieriger, überhaupt Wohnungen zu finden. Und die Mieten und Immobilienpreise steigen

vielerorts immer noch weiter. Großstädte teilen sich immer stärker in Einkommensstadttei-

le auf, Innenstädten geht das Leben verloren. Deshalb gilt es zu handeln, damit gerade auch

Familien und Alleinerziehende, Studierende, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen

oder Geringverdiener\*innen nicht in Bedrängnis geraten, sondern weiter gut und sicher woh-

nen können. Wir wollen das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen. Knapp 700.000

Menschen sind derzeit wohnungslos in Deutschland, mehr und mehr Familien. Um diesen Zu-

stand zu beenden, wollen wir ein Nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und Bewälti-

gung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit auflegen.

Krisenbedingte Wohnungsverluste verhindern

Wir wollen Mieter\*innen entlasten und vor einem krisenbedingten Verlust der eigenen Woh-

nung bewahren. Die Möglichkeit, die Miete nachzuzahlen, soll Zwangsräumungen verhindern.

Bei krisenbedingten Einkommensausfällen soll ein Programm der KfW Bank („Sicher-Woh-

nen-Fonds“) eine finanzielle Unterstützung von Mieter\*innen sicherstellen. Vermieter\*innen,

die auf diese Mietzahlungen angewiesen sind, sollten dann eine staatliche Unterstützung er-

halten.

Neue Gemeinnützigkeit für sozialen Wohnraum

Wir wollen neuen Wohnraum schaffen – und zwar vor allem familiengerecht, öffentlich und

gemeinwohlorientiert. Stattdessen gehen immer noch viele weitere Sozialwohnungen ver-

loren – rund 100 jeden Tag. Unser Vorbild ist die Stadt Wien, die mit ihrem großen Anteil

an gemeinnützigem und für breite Schichten bezahlbarem Wohnraum eine ausgewogene Mi-

schung sicherstellt. Wir werden deshalb die Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich

erhöhen und verstetigen, statt sie zu kürzen. Wir werden die Kommunen unterstützen, ihre

bestehenden Wohnungsgesellschaften zu stärken und neue zu gründen. Dazu wollen wir mit

einem Bundesprogramm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ für eine Million zusätzliche, günstige

Mietwohnungen in den Ballungsräumen sorgen, sicher und auf Dauer. Die noch vorhandenen

bundeseigenen Bestände sollen nicht mehr an private Investor\*innen veräußert, sondern aus-

schließlich verbilligt an Kommunen mit einer dauerhaften Sozialbindung abgegeben werden.

So wollen wir in den nächsten zehn Jahren den Bestand an Sozialwohnungen um eine Million

erhöhen.

69

Starke Mieter\*innen, faire Mieten

Viele Menschen geben einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für ihre Wohnung aus,

viele können sich ihre Mieten nicht mehr leisten. Unser Ziel sind deshalb faire und bezahlbare

Mieten und starke Rechte für Mieter\*innen. Konkret wollen wir Mietobergrenzen im Bestand

mit einem Bundesgesetz ermöglichen und die Mietpreisbremse entfristen und nachschärfen.

Reguläre Mieterhöhungen sollen auf 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des Mietspiegels begrenzt

werden. Dazu wollen wir qualifizierte Mietspiegel stärken, verbreiten und rechtssicher aus-

gestalten. Zur Berechnung sollen die Mietverträge der letzten 20 Jahre herangezogen werden.

Wir streben an, die Modernisierungsumlage weiter abzusenken und auf maximal 1,50 Euro pro

Quadratmeter zu begrenzen, damit energetische Sanierungen perspektivisch warmmietenneu-

tral möglich sind. Außerdem wollen wir es Mieter\*innen erleichtern, ihre Wohnungen samt den

bestehenden Verträgen zu tauschen. Das Umwandlungsverbot im Baugesetzbuch und den Mi-

lieuschutz auszuweiten sind weitere Instrumente. Dazu stärken wir das kommunale Vorkaufs-

recht, und Mietwucher muss – nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz – auch tatsächlich geahndet

werden.

Spekulation mit Bauland und Geldwäsche am

Wohnungsmarkt beenden

Wohnen ist ein soziales Grundrecht und der Wohnungsmarkt kein Ort für Spekulant\*innen. Zu

häufig werden Immobilien zur Geldwäsche genutzt, das gilt es zu beenden. Ein entscheidender

Hebel ist Transparenz. Deshalb planen wir, ein Immobilienregister der Eigentümer\*innen ein-

zuführen, die Grundbücher bei begründetem Interesse kostenfrei zugänglich zu machen und

Bargeld beim Immobilienverkauf zu verbieten. Außerdem wollen wir den Missbrauch von so-

genannten „Share Deals“ zur Steuerumgehung beenden und setzen auf eine anteilige Besteue-

rung des Immobilienbesitzes bei Unternehmensverkäufen. Die Spekulation mit Bauland soll

unterbunden werden. Wenn in Kommunen große Wohnungsnot herrscht, kann sich daraus eine

Pflicht für Eigentümer\*innen ergeben, Grundstücke zu bebauen, statt auf höhere Preise zu spe-

kulieren. Auch gegen Fehlnutzungen und spekulativen Leerstand von Wohnraum werden wir

vorgehen.

Grund und Boden gemeinwohlorientiert

Boden unterscheidet sich von anderen Gütern, weil er prinzipiell nicht vermehrbar ist. Bei

Fehlentwicklungen ergibt sich hieraus eine besondere Verpflichtung, staatlich einzugreifen.

Knappheit von und Spekulation mit Boden führt zu steigenden Preisen und Mieten. Wir wollen

erreichen, dass die öffentliche Hand wieder eine strategische Bodenpolitik betreibt. Der Bund

soll seine eigenen Immobilien nicht länger meistbietend verkaufen, sondern gezielt die Schaf-

fung von bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum fördern. Dafür wollen wir die Bundes-

anstalt für Immobilienaufgaben in einen gemeinnützigen Bodenfonds umwandeln. Der Fonds

kauft neue Flächen strategisch zu und überträgt sie an gemeinwohlorientierte Träger. Die Flä-

70

chen sollen bevorzugt in Erbpacht vergeben werden, um Sozialwohnungen dauerhaft sichern

zu können. Werden sie veräußert, sollen Kommunen und kommunale Wohnungsgesellschaften

ein Erstzugriffsrecht erhalten. Die Einnahmen des Fonds fließen nicht in den Haushalt, son-

dern werden für den Zukauf weiterer Flächen verwendet.

Erwerb von Wohneigentum erleichtern

Wohneigentum ist für viele Menschen ein Lebenstraum, der wegen explodierender Immobi-

lienpreise in den meisten Regionen des Landes immer schwerer zu erfüllen ist. Wir wollen

den Erwerb von Wohneigentum erleichtern. Deshalb soll das Prinzip „wer den Makler bestellt,

bezahlt“ genauso für Immobilienkäufe eingeführt werden, so wie es für Maklerprovisionen bei

Vermietungen bereits gilt. Wir streben an, die Courtage auf 2 Prozent zu begrenzen, damit sie

nicht auf verstecktem Weg zu noch höheren Kaufpreisen führt. Dazu wollen wir die Kaufne-

benkosten weiter senken, indem wir es den Ländern ermöglichen, den Steuersatz der Grund-

erwerbssteuer beispielsweise für große Wohnungsunternehmen zu erhöhen und für private

Käufer\*innen zu senken. Wir wollen Mietkauf für selbstgenutztes Wohneigentum über die Län-

der und Kommunen fördern, auch den Kauf und die Modernisierung leerstehender Wohnungen

und Ausbauten zu günstigem Wohnraum unterstützen wir. Beteiligungen an Genossenschaften

und den gemeinschaftlichen Erwerb durch Mieter\*innen wollen wir unterstützen, zum Beispiel

indem wir günstige Kredite oder Bürgschaften gewähren.

Ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen vorantreiben

Wir können die Klimaziele nur mit einer Bauwende hin zu ressourcenschonendem und nach-

haltigem Bauen erreichen. Bei Städtebau und Gebäudeplanung sind Stoff- und Energiever-

brauch bei Herstellung und Betrieb sowie das spätere Recycling durchgängig für alle Gebäude

zu berücksichtigen. Konkret setzen wir auf ein Gebäude-Ressourcen-Gesetz und eine Holzbau-

strategie, damit wir mit mehr nachwachsenden Rohstoffen bauen können. Wir fördern außer-

dem die Digitalisierung der Planung am Bau. Um den Flächenverbrauch zu reduzieren, setzen

wir auf behutsame Nachverdichtung und unterstützen die Kommunen dabei mit Förderpro-

grammen.

71

Wir investieren in lebenswerte

Dörfer und Städte

Regionale Daseinsvorsorge stärken

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind eine Voraussetzung für gutes, selbstbestimmtes Leben

überall im Land. Einschränkungen gibt es vielerorts, häufig unterscheiden sie sich von Region

zu Region: Hier fehlt ein Zentrum im Dorf, dort schließen in der Kleinstadt die Schwimmbäder,

und auf dem Land ist das Internet zu langsam. Unser Ziel ist es, dass individuelle Entfaltung,

demokratische Teilhabe und gesellschaftliches Engagement überall im Land möglich sind,

auch in strukturschwachen Regionen. Hier brauchen wir gute Infrastruktur und den Zugang

zu öffentlichen Gütern in den Kommunen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit Bund und Län-

dern eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz einfüh-

ren. Regionen, die heute mit großen Versorgungsproblemen zu kämpfen haben, sollen wieder

investieren und gestalten können. Ziel ist, anhand von regionalen Indikatoren in allen Bun-

desländern Förderregionen auszuwählen und die Zusammenarbeit der Kommunen in diesen

Regionen zu unterstützen. Mit Regionalbudgets geben wir Bürger\*innen und Akteur\*innen vor

Ort die Möglichkeit, ihre Entwicklungsstrategien und Ziele selbst zu bestimmen. Für zentrale

Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität und Breitband wollen wir nötige Mindeststan-

dards formulieren. Eine inklusive und solidarische Gesellschaft braucht Orte des Miteinanders,

Orte gegen die Einsamkeit, Orte des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das kann ein Markt-

platz sein oder ein Familienzentrum, die Stadtteilbibliothek, der Skatepark, der Kulturbahnhof.

Wir wollen eine Bundesstrategie „Orte des Zusammenhalts“ auf den Weg bringen. Mit der ge-

zielten Ansiedelung von neuen Forschungsinstituten und Bundeseinrichtungen, vor allem in

Ostdeutschland, können wir strukturschwachen Regionen wichtige Impulse geben. Außerdem

unterstützen wir die Idee der Errichtung eines „Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und

Europäische Transformation“.

Solide Finanzausstattung für Kommunen

Für eine starke kommunale Selbstverwaltung und eine belastbare öffentliche Daseinsvorsorge

braucht es eine solide Finanzausstattung. Viele Kommunen schaffen es jedoch nicht einmal

mehr, den ihnen übertragenen Pflichtaufgaben wie etwa der Reparatur von Gemeindestra-

ßen oder der Schulsanierung nachzukommen. Sie waren bereits vor der Corona-Krise finanz-

schwach oder verschuldet und ihr Handlungsspielraum verkleinert sich zunehmend. Das spü-

ren die Menschen vor Ort unmittelbar. Wenn keine Finanzmittel für freiwillige Leistungen wie

Sport- oder Kultureinrichtungen und deren Erhaltung übrig ist, hat das Auswirkungen auf das

gemeinschaftliche Leben in den Kommunen und auf das Vertrauen in den Staat. Wir wollen die

Gemeindefinanzen besser und krisenfester aufstellen. Dazu gehört eine faire Unterstützung

bei den kommunalen Altschulden und bei gemeindlichen Corona-bedingten Steuerausfällen.

72

Wir wollen mehr kommunale Investitionen ermöglichen, beispielsweise in Klimaschutz, die

Verkehrswende und Kultureinrichtungen. Dafür soll der Zugang zu Fördermitteln einfacher und

unbürokratischer werden und sollen die Hürden für die Teilnahme besonders für finanzschwa-

che Kommunen gesenkt werden. Wir wollen, dass Bund und Länder den Kommunen mit einer

gemeinsamen Kompetenzagentur für Förderpolitik und Investitionen mit Rat und Tat zur Seite

stehen und die Umsetzung von Projekten ermöglichen.

Innenstädte retten

Innenstädte und Ortskerne, die man gerne besucht, in denen man verweilt und andere Men-

schen trifft, tragen enorm zu unserer Lebensqualität bei. Sie bieten kulturellen Austausch

und geben dem Leben in Stadt und Land eine Bühne. Wir wollen Stadtzentren und Ortskerne

lebenswerter und attraktiver machen. Eine kluge Stadtentwicklungspolitik, nachhaltige Ver-

kehrskonzepte und ein Städtebaunotfallfonds sind die besten Voraussetzungen, dass auch der

Einzelhandel dort eine Zukunft hat. Dafür wollen wir die Städtebauförderung neu ausrichten:

für schönere Städte, mehr Stadtgrün und Wasserflächen, damit man auch in Zeiten immer hei-

ßerer Sommer gut in der Stadt leben kann. Mit zusätzlichen Mitteln für Smart-City-Projek-

te unterstützen wir den Aufbau unabhängiger digitaler Plattformen, mit denen der örtliche

Einzelhandel attraktivere Angebote machen kann. Dazu arbeiten wir gegen Verdrängung und

Leerstand an. Eine Million neue gemeinnützige Wohnungen sollen in den nächsten Jahren

in unseren Städten entstehen. Kleineren Gewerben, sozialen und Kulturprojekten, Clubs und

Handwerker\*innen wollen wir mit einem Gewerbemietrecht und über das Baurecht eine zent-

rale Lage in den Städten ermöglichen. Bundeseigene Immobilien sollen zukünftig nur noch an

gemeinnützige, öffentliche oder am Gemeinwohl orientierte Träger abgegeben werden.

Ländlich leben, digital arbeiten

Das Leben auf dem Land und im Dorf hat viel zu bieten. Gründer\*innen, Familien oder Frei-

schaffende – alle brauchen schnelles Internet für ihr Leben. Eine ausreichend schnelle Breit-

band- und Mobilfunkversorgung gehört zur Daseinsvorsorge, deshalb werden wir einen

Rechtsanspruch darauf einführen. Wir schaffen Ankommens- und Bleibeperspektiven für Jung

und Alt. Über die Gemeinschaftsaufgabe für Agrar- und Küstenschutz fördern wir Wohnprojek-

te für alle Generationen, Co-Working, die Aktivierung von Leerstand sowie gemeinschaftliche

und genossenschaftliche Wohnformen. Bahnhofsgebäude wollen wir als gemeinwohlorientier-

te Räume zu einladenden Mobilitätsknotenpunkten weiterentwickeln und attraktiver machen.

Damit verknüpfen wir die Bahn mit den Ortschaften. Wir unterstützen die Landesprogramme

zu Markttreffs: wenn zum Beispiel Supermärkte ihre Flächen so umbauen, dass sie Café, Bank-

und Postfiliale integrieren. Kommunen sollen Zuschüsse bekommen, wenn sie öffentliche Ein-

richtungen, Sporthalle, Bibliothek, Spielplatz, Working-Space oder Kino unter dem Dach eines

Kulturzentrums zusammenfassen.

73

Schnelles Internet überall

Mit weniger als zwei Millionen aktiven Glasfaser-Anschlüssen steht Deutschland im OECD-

Vergleich sehr schlecht da. Egal ob Stadt oder Land, ob mobiles Arbeiten oder Heimunterricht

– schnelles Internet ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und gleichwertige

Lebensverhältnisse. Mit einem Breitband-Universaldienst wollen wir einen Rechtsanspruch

auf schnelles Internet für alle schaffen, der sich nicht am Minimalstandard, sondern an den

Nutzungsgewohnheiten der Mehrheit orientiert. Wir sorgen dafür, dass Blockaden bei der Ab-

rufung der Fördergelder für den Netzausbau abgebaut werden und dann auch zügig gebaut

wird. Und wir machen Schluss mit der Bandbreiten-Schummelei: Wenn Telekommunikations-

unternehmen nicht die versprochenen Download-Geschwindigkeiten liefern, soll es unkom-

plizierten pauschalierten Schadenersatz und hohe Bußgelder geben. Beim Mobilfunkausbau

gilt es eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen, egal in welchem Netz man surft. Wo

die Anbieter keine Kooperationsvereinbarungen schließen, um Funklöcher zu schließen, muss

notfalls lokales Roaming angeordnet werden, natürlich mit entsprechender Vergütung. Bei zu-

künftigen Frequenzversteigerungen sollen die Versorgungsauflagen für die Fläche so ange-

passt werden, dass sie mit dem steigenden Bedarf Schritt halten – insbesondere entlang von

Bahnstrecken und Straßen.

Selbstbestimmt im Alter, in Stadt und Land

Wir wollen Selbstbestimmung auch im Alter ermöglichen. Wir wollen den Abbau von Barrieren

in Wohnungen und im Wohnumfeld stärker finanziell fördern und somit älteren Menschen er-

möglichen, länger als bisher in ihrem vertrauten Quartier selbstbestimmt wohnen zu bleiben.

Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht Selbstbestimmung. Das wollen wir mit einem Programm

fördern, bei dem Ansprechstellen und Gemeindezentren über altersgerechtes Wohnen, Weiter-

bildungsangebote, Pflege und soziale Sicherung sowie Möglichkeiten, sich im Dorf oder im

Stadtteil zu engagieren, informieren. Zur Selbstbestimmung gehört auch, den eigenen Bedürf-

nissen entsprechend mobil zu sein, unabhängig vom eigenen Pkw. Dafür muss das Nahver-

kehrsangebot in den Städten ausgebaut und auf dem Land erhalten bzw. intelligent vernetzt

werden. Es braucht flächendeckend barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen Verkehrsmit-

teln, und die Wege zu ÖPNV und Nahversorgung sollen mit genügend Möglichkeiten zum Aus-

ruhen und „Kräftesammeln“ ausgestattet werden.

74Kapitel 4

BILDUNG UND FORSCHUNG

ERMÖGLICHEN

Bildung ermöglicht. Von Anfang an gibt sie Kindern, jungen Menschen und Erwachsenen bis ins

hohe Alter die Möglichkeit, sich zu entfalten und über sich hinauszuwachsen, Altes zu hinter-

fragen und Neues zu entdecken. Bildung und Inklusion schaffen die Grundlagen, seinen eigenen

Weg im Leben selbstbestimmt gehen zu können. In guter Bildungspolitik, Aus- und Weiterbildung,

in visionärer Forschung und kluger Wissenschaftspolitik liegen unendlich viel Potenzial, um die-

ses Land gerechter, moderner und krisenfester zu machen.

Ein gutes Bildungssystem ist ein Schlüssel für gleiche Lebenschancen und Zusammenhalt in ei-

ner vielfältigen Gesellschaft. Aber viel zu sehr hängt der Lebenslauf in Deutschland noch von der

Familie, dem Nachnamen oder dem Wohnort ab statt von den eigenen Fähigkeiten. Und die Pan-

demie verschärft die ohnehin zu große soziale Ungleichheit: Wo Kinder auf wenig Förderung von

zu Hause hoffen können, wo der Zugang zu Laptops oder Smartphones fehlt und kein Elternteil

Zeit hat, beim Lernen zu helfen, drohen sie dauerhaft abgehängt zu werden. Die Kinder, die am

stärksten von der Krise getroffen wurden, benötigen daher die meiste Unterstützung. Doch auch

insgesamt führten die Schulschließungen zu einer Bildungslücke quer durch alle Jahrgänge, es

fehlten das gemeinsame Lernen, die Gespräche, das Spielen auf dem Pausenhof, was sich bei

Kindern auch auf die kognitive und soziale Entwicklung auswirken kann. Kinder und Jugendliche

haben in der Pandemie Unglaubliches für die gesamte Gesellschaft geleistet. Wir sind es ihnen

schuldig, sie endlich in den Mittelpunkt von Politik zu stellen. Sie sind die Staatsbürger\*innen

und die Demokrat\*innen von morgen.

Gleiche Lebenschancen heißt, unterschiedlich zu fördern. Wo mehr benötigt wird, muss mehr

investiert werden. Wir wollen Kitas und Schulen, in die Kinder und Jugendliche, aber auch Erzie-

her\*innen und Lehrer\*innen gleichermaßen gerne gehen. Und zwar egal ob auf dem Land oder

in der Stadt, ob in ärmeren oder reicheren Vierteln. Erzieher\*innen und Lehrer\*innen sind jeder-

zeit systemrelevant, diese Wertschätzung sollte sich in ihrer Arbeit, ihrer Bezahlung und in der

Ausstattung widerspiegeln. Schulen sollten die besten Orte im Land sein, mit schnellem Internet

und sauberen Toiletten, mit multiprofessionellen Teams, die dank guter Aus- und Weiterbildung,

sicheren Berufswegen und einem guten Lohn Kinder in ihren unterschiedlichen Bedürfnissen

75bestmögliche Unterstützung geben. Da die Weichen am Anfang gestellt werden, müssen dort

auch die meisten Ressourcen reinfließen. Vor allem für Kitas und den Primarbereich werden wir

die Investitionen deutlich erhöhen.

Bildung ist ein Recht für jedes Alter und jeden Lebensweg. Ein Lebenslauf lässt sich nicht am

Reißbrett planen, darum müssen unsere Bildungswege flexibel und durchlässig sein. Abitur auf

dem zweiten Bildungsweg, die Tischler\*innenlehre mit Mitte 30 oder der erste Studienabschluss

überhaupt in der Familie – das alles muss möglich sein und darf nicht davon abhängen, ob es

von zu Hause finanzielle Unterstützung gibt. Ob Ganztags- oder Abendschule, ob duale Berufs-

bildung, Weiterbildung oder Studium, ganz gleich, ob als Handwerker\*in am Bau, als Angestellte\*r

im Büro oder selbständig im eigenen Betrieb: Wir unterstützen die vielfältigen Lebensbahnen

und die dazu passenden Bildungsverläufe.

Die Auszubildenden und Student\*innen leiden unter den Auswirkungen der Pandemie. Sicher ge-

glaubte Ausbildungsplätze sind weggefallen, manche Studierende haben noch nie einen Hörsaal

von innen gesehen. Gerade weil dies eine entscheidende Lebensphase der Neuorientierung ist,

stehen wir in besonderer Pflicht, Sicherheit und Perspektiven zu schaffen. Für alle, die eine Aus-

bildung anstreben, wollen wir einen guten Ausbildungsplatz garantieren. Es darf keine verlorene

Generation Corona geben.

Um die großen Krisen einzudämmen – die Klimakrise, Pandemien –, ist alle Kreativität und jeder

Forschungsgeist gefragt. Ein gutes Leben wird auch künftig möglich sein, weil Wissenschaft-

ler\*innen und Forscher\*innen in Betrieben, Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen

permanent und mit Leidenschaft an neuen Ideen arbeiten, an Antworten auf Fragen, die wir noch

gar nicht gestellt haben. Aber sie können neuartige Impf- oder alternative Antriebsstoffe nur

dann entwickeln, wenn sie eine gut ausgestattete Forschungsumgebung haben und sie Neues

mit ungewissem Ausgang erforschen und ausprobieren können. Sie brauchen für ihre Arbeit opti-

male und verlässliche Bedingungen, unnötige bürokratische Hürden sollten wir abbauen.

Wissenschaft zeigt immer wieder neue Denkhorizonte und Möglichkeiten auf und ändert so den

Lauf der Dinge. Sie gibt eine zentrale Orientierung für politisches Handeln, das zeigen Klimakrise

und Pandemie. Aber in Zeiten von Informationsfilterblasen und Verschwörungsideologien wer-

den wissenschaftliche Erkenntnisse öffentlich in Zweifel gezogen. Nötig ist ein verständlicher

Wissenschaftsdialog, der Wissenschaft und Gesellschaft näher zusammenbringt – durch partizi-

pative Formate und Förderung der Wissenschaftskommunikation.

76

Wir fördern gute Bildung von Anfang an

Für jedes Kind einen Kitaplatz in einer guten Kita

Egal, aus welcher Ecke Deutschlands und aus welchem Elternhaus, alle Kinder brauchen die

Chance auf ein gutes und geborgenes Aufwachsen. Kitas haben einen entscheidenden Anteil

daran. Sie schaffen Halt, wecken Neugier, vermitteln Freude am Zusammensein mit Gleichalt-

rigen und begleiten beim Großwerden. Mit einem Bundesqualitätsgesetz sorgen wir dafür, dass

Spitzenqualität in die Einrichtungen kommt, denen wir unsere Kleinsten anvertrauen. Die Zeit,

die Fachkräfte für die Kinder haben, ist entscheidend dafür, dass sich Kinder wohlfühlen und

individuell gefördert werden können. Deshalb wollen wir mit Mindeststandards sicherstel-

len, dass sich eine Erzieherin oder ein Erzieher um höchstens vier unter Dreijährige und neun

über Dreijährige gleichzeitig kümmern. Darüber hinaus müssen sie genügend Zeit für Vor- und

Nachbereitung, Elterngespräche und Fortbildungen haben. Den Fachkräften in den Kitas stär-

ken wir den Rücken mit Fachberatung und Mentoring-Programmen, Lernortkooperationen und

Unterstützung für berufliche Weiterentwicklung innerhalb des Kita-Systems. Damit alle Kinder,

auch Kinder mit Behinderungen, einen Platz in einer guten Kita bekommen können, wollen wir

das Engagement des Bundes beim Platzausbau weiterführen.

Mehr Fachkräfte in Kitas, Horten und Schulen

Die pädagogischen Fachkräfte in Kitas, Horten oder Schulen tragen eine hohe Verantwortung,

denn sie prägen den Lebensweg von Kindern bereits in sehr frühen Jahren entscheidend mit.

Doch diese Verantwortung spiegelt sich noch nicht ausreichend in der Bezahlung der Fach-

kräfte wider. Für die wichtige Arbeit, die Erzieher\*innen leisten, brauchen sie einen guten Lohn.

Mit einer wirkungsvollen Fachkräfteoffensive wollen wir zudem für faire Ausbildungsvergü-

tungen, Weiterentwicklungsmöglichkeiten und gute Arbeitsbedingungen sorgen, dabei darf die

Ausbildung zum Erzieher\*innenberuf nicht am Schulgeld scheitern. Um den Lehrkräftemangel

mit gut qualifiziertem Personal nachhaltig bewältigen zu können, wollen wir mit einem Bund-

Länder-Programm hochwertige Quereinstiegsbildung fördern und gemeinsame Qualitätsstan-

dards sichern.

Recht auf einen Ganztagsplatz für jedes Grundschulkind

Schulen sollen starke Orte der Bildung, der Begegnung und der Inspiration sein. Dafür brau-

chen sie motivierte Fachkräfte, gut ausgestattete Räume und Zeit. Zeit für gemeinsames Lernen

und Spielen, Forschen und Entdecken, gemeinsame kulturelle, soziale und demokratische Er-

fahrungen, Sprach- und Bewegungsförderung, individuelle Betreuung und Hausaufgabenhilfe.

Dafür sind Ganztagsplätze in einer Grundschule oder einem Hort wichtig. Unser Ziel ist, einen

individuellen Rechtsanspruch für jedes Grundschulkind auf Ganztagsbildung und -betreuung

77

umzusetzen – mit genügend Fachkräften in multiprofessionellen Teams, anregenden Räumen

und Schulhöfen, einem gesunden Mittagessen und einer breit gefächerten Zusammenarbeit

mit Sportvereinen, Musikschulen und anderen Akteuren vor Ort. Dafür wollen wir einen finan-

ziellen Anreiz schaffen. Es gilt, Ganztag für alle Kinder zu ermöglichen, ob mit Behinderungen

oder ohne. Der Anspruch auf Integrationshelfer\*innen muss überall gelten – gleich ob in der

Ganztagsschule oder bei Hortangeboten durch die Jugendhilfe. Eltern von Kindern mit Behin-

derungen dürfen keine zusätzlichen Kosten entstehen. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs

wird ein gesamtdeutscher Kraftakt. Das muss sich bei der Beteiligung des Bundes an den Kos-

ten widerspiegeln. Um alle Grundschulen auf ihrem Weg zu inklusiven Orten der Ganztagsbil-

dung zu unterstützen, werden wir ein Begleitprogramm zur Förderung von Schulentwicklungs-

prozessen auf den Weg bringen und damit Koordinierungsstellen fördern.

Corona-Rettungsschirm für Kinder

Die Pandemie droht die soziale Ungleichheit in der Bildung dramatisch zu verschärfen. Gerade

Kinder mit schlechteren Startchancen wurden nur noch schwer oder gar nicht mehr von Bil-

dungsangeboten erreicht. Rund ein Fünftel der Kinder kehrt mit einer großen Bildungslücke

zurück in die Schule. Bund, Länder und die Spitzenverbände der Kommunen müssen an einen

Tisch, um einen umfassenden bundesweiten Bildungsrettungsschirm für zusätzliche Lernför-

derung aufzulegen. Damit jedes Kind den Anschluss behält, sowohl bei den Lehrinhalten als

auch bei kognitiven und sozialen Entwicklungen, wollen wir über ein Bund-Länder-Modell-

Programm jede Schule mit Budgets ausstatten, die sie selbstverantwortet flexibel einsetzen

können, um für Kinder mit besonderem Bedarf gezielt Lernförderung anzubieten. Daneben soll

Studierenden, angehenden Absolvent\*innen aus der akademischen und beruflichen Bildung

sowie pensionierten Lehrkräften ermöglicht werden, Schulen als kompetente Bildungslots\*in-

nen zu unterstützen.

Programm für Schulen in benachteiligten Regionen und

Quartieren

Bildungschancen sind Zukunftschancen. Jedes Kind hat ein Recht auf eine gute Schule, egal, wo

es lebt. Der Alltag sieht aber anders aus. Wir schlagen ein Bundesmodellprogramm für mehr

Bildungsgerechtigkeit vor, um Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf zu stärken. Wir

fördern multiprofessionelle Teams, in denen sich Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter\*innen und Er-

zieher\*innen gegenseitig ergänzen und mit unterschiedlichen Perspektiven bereichern, um die

Schüler\*innen ideal unterstützen zu können. Dazu gehört es, systematische Präventions- und

Interventionsarbeit zu leisten, Lernlücken zu schließen und deutsche wie auch muttersprachli-

che Sprachfertigkeiten zu fördern. Alle Akteur\*innen kooperieren auf Augenhöhe. So wird auch

die Elternarbeit verbessert und Schulen werden zu Unterstützungsorten für die ganze Familie.

Schüler\*innen sollen sich wohlfühlen können und keine Angst vor der Schultoilette haben. Da-

rum wollen wir in bessere Räume und eine bessere Lernumgebung investieren.

78

Digitale Bildung auf die Höhe der Zeit bringen

Digitale Bildung ist viel mehr als Wissensvermittlung, sie ist ein Schlüssel für Zukunftskompe-

tenzen. Das geht über das Whiteboard oder Coden hinaus: Die Digitalisierung hat unsere Art zu

leben verändert, also muss sich auch unsere Art, Schule zu denken, wandeln. Mit Lehrer\*innen,

die Spaß an neuer Didaktik haben, Schüler\*innen, die sich spielerisch, zum Beispiel durch Ga-

mification, neue Inhalte erschließen, und Schulen, die dafür technisch optimal aufgestellt sind.

Allerdings hat die Pandemie gezeigt, dass es schon an den Grundlagen fehlt, auch im Vergleich

mit anderen Ländern. Das wollen wir ändern: mit einer zeitgemäßen digitalen Ausstattung und

mit Strukturen, die die Schulen beim digitalen Lehren und Lernen wirkungsvoll unterstützen

– mit Fort- und Weiterbildungsangeboten für das pädagogische Fachpersonal sowie einem

zentralen Ort der Beratung und des Austauschs zur Bildung in einer digitalen Welt. Wir wollen,

dass Tablet oder Laptop genauso selbstverständliches Lernmittel sind wie früher Atlas oder

Englischbuch. Unser Ziel ist es, allen Schüler\*innen neue Arten des Lernens zu ermöglichen

und sie auch auf eine selbstbestimmte Teilhabe in einer digitalisierten Welt vorzubereiten.

Zukunftskompetenzen wie Kooperation, Kommunikation, Kreativität und kritisches Denken in

der digitalen Welt werden immer relevanter. Um das alles umzusetzen, wollen wir auch den

DigitalPakt zu einem echten gemeinsamen Vorhaben weiterentwickeln – mit klaren Zielen und

Zeithorizonten, die gemeinsam im Rahmen der jeweiligen Verantwortung von Bund, Ländern

und Kommunen erreicht werden sollen.

Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern

Unser Ziel ist ein Bildungssystem, das überall gute Ausgangsbedingungen sichert und unab-

hängig von Geschlecht, Herkunft, Aufenthaltstitel oder Behinderungen gleiche und gerech-

te Chancen garantiert. Für notwendige Maßnahmen braucht es einerseits eine ausreichende

finanzielle Ausstattung der Länder, andererseits wollen wir die Kooperationsmöglichkeiten

zwischen Bund, Ländern und Kommunen verfassungsrechtlich abgesichert stärken. So sollen

Schulen zu Orten werden, die – verankert in der Nachbarschaft – auf die Entwicklung der je-

weiligen Potenziale der Kinder ausgerichtet sind. Schulen brauchen dafür eigene Entschei-

dungsspielräume. Die derzeitigen Regelungen zwischen Bund und Ländern beschränken die

Möglichkeiten, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam auf neue Heraus-

forderungen zu reagieren. Mit einer „Ermöglichungsklausel“ für die Bildungszusammenarbeit

im Grundgesetz wäre gemeinsames Handeln dort möglich, wo es notwendig ist. Grundlage all

dessen ist jedoch eine auskömmliche Bildungsfinanzierung, vor allem in den Grundschulen

und Kitas, da hier die Basis gelegt wird.

79

Wir stärken Ausbildung und Studium

Sichere Ausbildungsperspektiven

Trotz enormen Fachkräftemangels sinkt die Zahl der jungen Menschen, die eine Berufsausbil-

dung beginnen. Gleichzeitig landen immer mehr in den Warteschleifen des Übergangssystems.

Die duale Ausbildung muss auf sichere Beine gestellt werden. Wir wollen mit der Ausbildungs-

garantie allen jungen Menschen den Beginn einer Ausbildung ermöglichen. Dafür fördern wir

verstärkt Verbundausbildungen und nutzen, wo notwendig, auch außerbetriebliche Ausbildun-

gen. Unternehmen, die ausbilden wollen, unterstützen wir über eine Umlagefinanzierung. Mit

dem Ausbau der assistierten Ausbildung und ausbildungsbegleitender Hilfen wollen wir mehr

Jugendliche in ihrer Ausbildung unterstützen. Wichtig ist, dass in der Bildung auch einzelne

Ausbildungsbausteine als Teilqualifikationen zertifiziert und anerkannt werden, damit keine

Leistung auf dem Weg zum Berufsabschluss verloren geht. Damit alle Jugendlichen am Über-

gang von der Schule in den Beruf gute Beratung aus einer Hand und unter einem Dach erhal-

ten, unterstützen wir den Ausbau flächendeckender Jugendberufsagenturen.

Berufliche und akademische Bildung sind gleich viel wert

In Deutschland gibt es hochwertige Ausbildungswege, sowohl an Hochschulen als auch im du-

alen Berufsbildungssystem. Wir wollen, dass berufliche und akademische Bildung gleichwerti-

ge Chancen auf ein erfolgreiches Arbeitsleben bieten und so eine echte Wahlfreiheit für junge

Menschen besteht. Dafür müssen alle Berufsschulen gut ausgestattet sein und muss allen Aus-

zubildenden ein eigenständiges Leben ermöglicht werden – durch eine Mindestausbildungs-

vergütung von mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergü-

tungen. Abschlussvoraussetzungen für die Eingruppierung in Entgeltgruppen des öffentlichen

Dienstes im gehobenen und höheren Dienst wollen wir im Bund flexibilisieren und die Gleich-

wertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung bei Ausschreibungen der Bundesbehör-

den stärken. Daneben sind Talentscouting-Programme genauso wie die Begabtenförderung

unabhängig vom Bildungsgang auszubauen. Und mindestens 10 Prozent der Auszubildenden

sollen schnellstmöglich einen Auslandsaufenthalt antreten können. So internationalisieren wir

neben der akademischen auch die berufliche Bildung.

Eine Grundsicherung in Ausbildung und Studium

Wir wollen, dass sich jede\*r eine schulische Ausbildung oder ein Studium leisten kann und

dafür den Kopf frei hat. Dafür wollen wir als ersten Schritt das BAföG neu aufsetzen und zu

einer Grundsicherung für Studierende und Auszubildende umbauen. Diese beinhaltet einen

Garantiebetrag für alle Student\*innen und Auszubildenden und einen Bedarfszuschuss für jene

aus einkommensarmen Elternhäusern. Der Garantiebetrag ersetzt das Kindergeld und wird di-

80

rekt an die Studierenden oder Auszubildenden überwiesen. Der zweite Baustein, der Bedarfs-

zuschuss, wird bedarfsabhängig gezahlt. Die Höhe richtet sich nach Einkommens- und Vermö-

genssituation der Eltern sowie der Studierenden und Auszubildenden und wird auch direkt an

die Empfänger\*innen überwiesen. Die maximale Höhe des Bedarfszuschusses richtet sich nach

den Regelsätzen für Erwachsene, die wir im Rahmen der grünen Garantiesicherung anheben

wollen. Da nicht jeder Bildungsweg linear oder zum Teil berufsbegleitend verläuft, wollen wir

die Bildungsfinanzierung noch stärker eltern- und perspektivisch altersunabhängig konzipie-

ren. Ein Schritt in diese Richtung ist die Einführung eines Weiterbildungs-BAföGs. Studienge-

bühren lehnen wir ab.

Wir ermöglichen lebensbegleitendes

Lernen

Ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung

Die Möglichkeit zur beruflichen Neuorientierung und der Freiraum, Neues zu lernen, sind in

einer modernen Wissensgesellschaft und Arbeitswelt im Umbruch unerlässlich. Auch durch

die Corona-Pandemie ist bei vielen die Notwendigkeit entstanden, sich neue Arbeitsfelder zu

erschließen. Wir wollen, dass jede\*r, egal ob arbeitslos, selbständig oder angestellt, künftig

selbstbestimmt neue berufliche Perspektiven entwickeln kann. Wir treten daher für einen indi-

viduellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung ein. Zur sozialen Absicherung ist für arbeitsmarkt-

bedingte Weiterbildungen ein auskömmliches Weiterbildungsgeld nötig, für alle anderen, die

sich beruflich entwickeln oder neuorientieren wollen, ein Weiterbildungs-BAföG. So profitieren

auch diejenigen, die bei der beruflichen Weiterbildung bislang das Nachsehen haben, etwa

Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und alle prekär Beschäftigten. Um abhängig Be-

schäftigten die Zeit für eine berufliche Qualifizierung einzuräumen, wollen wir einen Freistel-

lungsanspruch mit Rückkehrrecht auf den vorherigen Stundenumfang einführen. Daneben wer-

den wir für eine verbesserte und gebündelte Beratung und Unterstützung Bildungsagenturen

aufbauen. Dort sollen sich die relevanten regionalen Träger von Weiterbildung vernetzen. Eine

zentrale Online-Plattform, die unabhängig und öffentlich finanziert ist, soll außerdem alle An-

gebote bündeln. Zudem wollen wir die Volkshochschulen bei ihren Aufgaben unterstützen.

Alphabetisierung vorantreiben

In Deutschland gelten gut sechs Millionen Menschen ab 18 Jahren als „funktionale Analpha-

bet\*innen“. Sie haben also Schwierigkeiten, ganze Texte zu verstehen. Die große Mehrheit von

81

ihnen hat einen Schulabschluss. Diese Zahlen sind 100 Jahre nach Einführung der allgemeinen

Schulpflicht und in einer der reichsten Industrienationen der Welt nicht hinnehmbar. Wir wol-

len Geld und Kurskapazitäten bereitstellen – für Erwachsene, aber auch für Kinder. Denn die

Ursachen liegen oft schon im Vorschulalter. Wir wollen konkrete Reduktionsziele für Analpha-

betismus festlegen und evaluieren.

Wir verbessern die Bedingungen für

Wissenschaft und Forschung

Mehr Raum für große Ideen

Die großen Herausforderungen unserer Zeit wie die Klimakrise, Pandemien oder auch eine ef-

fizientere Nutzung von Rohstoffen können wir nur mit der Hilfe von innovativen Lösungen und

Fortschritt bewältigen. Der Markt kann vieles allein, aber bei der Lösung solcher großen Auf-

gaben muss der Staat ein wichtiger Innovationstreiber werden. Er soll klare Zielvorgaben ma-

chen, Kooperationen von Unternehmen, Hochschulen und Zivilgesellschaft organisieren und

mit gezielter Forschungsförderung und strategischer Industrie- und Beschaffungspolitik Dy-

namik entfachen. Große Probleme können nur umfassend gelöst werden. Wir wollen deshalb

die Förderpolitik des Bundes an den VN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) ausrichten. Technische,

soziale und ökologische Innovationen sind deshalb gleichwertig. Die „Agentur für Sprungin-

novation“ (SprinD) sollte flexibler ausgestaltet werden, damit sie sich auf ihre Kernaufgaben

konzentrieren kann. Insgesamt wollen wir die Kompetenz für Wissenschaft und Forschung in

allen Ministerien sowie den zentralen, obersten Bundesbehörden stärken und die ressortüber-

greifende Zusammenarbeit bei den großen Forschungsherausforderungen verbessern. Unsere

Behörden sollen nachhaltigen Wandel ermöglichen und nicht bremsen.

Forschungsfinanzierung aufstocken und vereinfachen

Als Wissensgesellschaft trägt Deutschland die Verantwortung, beste Bedingungen für For-

schung und Innovation zu schaffen. Wir wollen erreichen, dass bis 2025 Staat und Unterneh-

men insgesamt mindestens 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung

investieren. So ermöglichen wir mehr Kreativität, Freiräume und internationale Vernetzung und

schaffen Planbarkeit in unserer Forschungslandschaft. Außerdem brauchen wir eine auskömm-

liche Grundfinanzierung in der Wissenschaft, um die Abhängigkeit von den in den letzten Jah-

ren stark gestiegenen Drittmitteln wieder einzudämmen. Im Wettbewerb vergebene Drittmittel

können zwar durchaus zusätzliche Dynamiken freisetzen, doch häufig sind ihre Laufzeiten zu

82

kurz. Daher wollen wir einen größeren Teil der öffentlichen Drittmittelförderung länger als die

üblichen drei Jahre aufsetzen. Eine weitere Dynamik wollen wir entfachen, indem wir die Mit-

telbereitstellung vereinfachen. Das erhöht auch in zukünftigen Krisen die Reaktionsfähigkeit

des Wissenschaftssystems. Denn die Zukunft unseres Landes hängt auch davon ab, wie flexibel

und frei unsere Forschungslandschaft ist.

Wissenschaft für alle

In Zeiten von Informationsfilterblasen und Verschwörungsideologien einerseits und epocha-

len neuen Herausforderungen andererseits ist wissenschaftliche Beratung wichtiger für die

demokratische Debatte denn je. Eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft, ein sicherer

Zugang zu Informationen für alle sowie die verständliche Vermittlung wissenschaftlicher Er-

kenntnisse sind Voraussetzungen für ein konstruktives, sich gegenseitig stimulierendes Ver-

hältnis von Wissenschaft und Gesellschaft. Wir wollen interdisziplinäre wissenschaftliche

Expertise frühzeitiger – etwa durch Gesetzgebungslabore – in die Politikentwicklung einbe-

ziehen. Die Technikfolgenabschätzung und das Monitoring der gesellschaftlichen Folgen poli-

tischer Maßnahmen sollten ausgebaut werden, um Entscheidungsträger\*innen zu unterstützen.

Außerdem wollen wir die Wissenschaftskommunikation stärken und die Aus- und Weiterbil-

dung von Wissenschaftler\*innen in diesem Bereich fördern. Durch mehr partizipative Formate

wie Reallabore, Citizen-Science oder Experimentierräume kann die Gesellschaft besser an For-

schungsvorhaben teilhaben. Das bringt weitere Perspektiven ein und hilft, reale Veränderungs-

prozesse wissenschaftlich zu begleiten.

Hochschule fit machen

Den Hochschulen fehlt es an Investitionsmitteln für die digitale Infrastruktur und die IT-Si-

cherheit. Wir werden deshalb über eine Digitalisierungspauschale die IT-Infrastruktur an Hoch-

schulen stärken, Aus- und Weiterbildung der Lehrenden ausbauen und digitale Beratungs- und

Betreuungsangebote für Studierende ausweiten. Der Zugang zu Forschungsdaten soll erleich-

tert werden, indem wir Open Access zum Standard erklären und als wissenschaftliche Leitidee

etablieren. Die dadurch anstehende Reform der Finanzierung wissenschaftlicher Publikationen

darf nicht zu Lasten der Forscher\*innen gehen. Wir wollen die nationale Forschungsdatenin-

frastruktur stärken und die Chancen der europäischen Cloud für Wissenschaft und Forschung

ergreifen. Zu einer zukunftsfesten Infrastruktur an den Hochschulen gehören auch moderne

Bibliotheken und Lehr- und Lernräume sowie die klimafreundliche Sanierung von in die Jahre

gekommenen Hochschulbauten.

Bessere Arbeitsbedingungen und sichere Berufswege

Sichere Arbeitsbedingungen und gleiche Karrierechancen für alle sind die Voraussetzungen

für eine lebendige und innovative Wissenschaftslandschaft, die auch für Wissenschaftler\*in-

nen aus dem Ausland attraktiv ist. Für Nachwuchswissenschaftler\*innen gibt es vor allem an

83

Hochschulen jedoch kaum planbare und sichere Berufswege. Das gefährdet den Forschergeist

und verschleudert Potenziale bei Innovation, Leistung und Qualität. Und es ist für die Betrof-

fenen eine Zumutung. Dem begegnen wir mit dem Ausbau der Tenure-Track-Professuren und

der substanziellen Reduzierung befristeter Mitarbeiter\*innen-Stellen. Zudem wollen wir unbe-

fristete Berufswege neben der Professur schaffen und ausweiten. Daueraufgaben sollen auch

mit Dauerstellen gesichert sein. Die Wissenschafts- und Hochschullandschaft ist immer noch

vorwiegend männlich, weiß, westdeutsch und von Menschen aus akademischen Elternhäusern

geprägt. Das wollen wir ändern und Anreize für wirkungsvolle Diversitätsstrategien in Wissen-

schaft und Forschung schaffen. Gerade Frauen kehren in der Postdoc-Phase der Wissenschaft

den Rücken, sodass nur ein Viertel aller Professuren in Deutschland von ihnen besetzt ist.

Wir wollen einen Frauenanteil von 40 Prozent auf allen Ebenen durch die Einführung konkre-

ter Zielquoten, eine Strategie für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Wissen-

schaftsbereich, die Einführung des Kaskadenmodells sowie den Ausbau des Professorinnen-

programms erreichen.

Wissenschaftsfreiheit verteidigen

Politisches Handeln in der geistigen Tradition der Aufklärung sowie die Orientierung an den

Erkenntnissen der Wissenschaft stehen immer stärker unter Druck, auch in Deutschland. Doch

es braucht freie Wissenschaft, um mit Erkenntnis und Innovation gesellschaftliche Entwick-

lung zu ermöglichen und Menschheitsprobleme zu lösen. Wir wollen weltweit verfolgte Wis-

senschaftler\*innen und Studierende besser schützen, etwa durch einen europäischen Fonds. Es

muss wirksamen Schutz gegen Anfeindungen geben, wie sie mittlerweile auch Forscher\*innen

und auch ausländische Studierende häufig erleben. Die Anerkennung von ausländischen Be-

rufsabschlüssen und die Visavergabe sollen vereinfacht werden. Konsequent werden wir An-

griffen auf die Wissenschaftsfreiheit in anderen Staaten der EU, etwa in Ungarn, widersprechen

und uns für die Sanktionierung im Rahmen des Rechtsstaatsmechanismus einsetzen. Die Ver-

teidigung der Wissenschaftsfreiheit muss zentraler Aspekt der Außenpolitik sein.

84Kapitel 5

ZUSAMMEN

LEBEN

Unsere vielfältige Gesellschaft ist stark. Weil Menschen sich engagieren, auf Fußballplätzen, bei

der freiwilligen Feuerwehr, in Musikschulen oder am Sorgentelefon, Junge für Alte, Alte für Jun-

ge. Weil es ein breites Kulturangebot gibt, eine vielfältige Medienlandschaft. Weil die Jugend

sich einmischt, weil Menschen in Kommunalparlamenten Verantwortung übernehmen, sich Bür-

ger\*innen in Foren einbringen und das Schicksal ihrer Orte in die Hand nehmen.

Aber Demokratie ist nie fertig. Unser demokratisches Zusammenleben in Deutschland und Euro-

pa ist ein Versprechen, das wir immer wieder neu erfüllen müssen. Es verspricht gleiche Ent-

faltungsmöglichkeiten und Rechte für alle, die hier leben. Es ist oft anstrengend, teils eine Zu-

mutung, wenn andere Ansichten und Werthaltungen akzeptiert und respektiert werden müssen,

wenn es den einen zu schnell und den anderen zu langsam vorangeht. Aber vor allem ist es eine

Stärke: zuhören, den Dialog suchen, inhaltlich ringen. So haben wir als demokratische Gesell-

schaft die Herausforderungen der letzten Jahrzehnte gemeistert. Nun gilt es mit voller Gleich-

berechtigung und mehr Beteiligung unsere liberale Demokratie zu stärken, in Deutschland und

in Europa, auf den Straßen, in den Parlamenten, und unsere Institutionen fit zu machen für die

Aufgaben dieses Jahrzehnts.

Menschen sind unterschiedlich, aber gleich in ihrer Würde und ihren Rechten. Nur wenn Würde

und gleiche Rechte vor der Klammer stehen, wenn alle Menschen in unserer Gesellschaft, in un-

serem Europa gleichen Schutz und gleiche Chancen haben und ihre Rechte in Anspruch nehmen

können, kommen Freiheit und Sicherheit – individuelle und gesellschaftliche – heraus und wird

Gerechtigkeit befördert. Dieser Anspruch ist jedoch noch nicht voll verwirklicht. Wenn mit Frauen

die Hälfte der Bevölkerung nicht gleichberechtigt beteiligt, repräsentiert und bezahlt wird, ist die

Demokratie nicht vollkommen. Viele Menschen erleben noch immer Ausgrenzung und Diskrimi-

nierung. Nötig sind mehr Zugänge, mehr Teilhabe und mehr Repräsentanz, zum Beispiel für Men-

schen aus Ostdeutschland oder mit Migrationsgeschichte. Eine gleichberechtigte Gesellschaft

braucht Politik, die Strukturen verändert.

Rassismus trifft uns nicht alle, aber er geht uns alle an. Wenn wir als Gesellschaft lernen, Viel-

falt als Reichtum zu begreifen, schützen wir uns gegenseitig vor Gewalt, Hetze, Ausgrenzung,

Frauenhass und Rassismus. Aber das reicht noch nicht. Wir wissen, dass aus diskriminierenden

Worten Taten werden. Die Angriffe von Extremist\*innen, insbesondere von rechts, treffen unsere

demokratische Gesellschaft bis ins Mark. Sie zielen auf Menschen beim Beten, beim ausgelas-

85

senen Beisammensein oder in den Institutionen des Staates. Unsere Demokratie muss wehrhaft

dagegenhalten, mit einer starken Zivilgesellschaft, selbstbewussten Parlamenten, einer gut aus-

gestatteten und bürger\*innennahen Polizei und handlungsfähigen, starken Justiz. Es ist Aufgabe

der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Wie wir unser Zusammenleben gestalten, hängt stark vom Zusammenspiel zwischen Bürger\*in-

nen und dem Staat ab. Wenn Menschen beteiligt und gehört werden, geht Planung schneller.

Wenn Jugend mitentscheidet, werden Entscheidungen besser und zukunftsfester. Wenn Gleichbe-

rechtigung und Vielfalt herrschen, werden sie ausgewogener und nachhaltiger. Wir wollen des-

halb mehr Möglichkeiten schaffen, damit Menschen sich einbringen können.

Immer mehr Herausforderungen sind europäisch und global. Sie bewältigen wir nur in einer

starken Europäischen Union, die Handlungswillen und Handlungsfähigkeit zusammenbringt und

die von ihren Bürger\*innen aktiv mitgestaltet wird. Darum denken wir unsere Demokratie kon-

sequent europäisch, wollen diese vertiefen, lähmende Blockaden strukturell überwinden – und

so Zukunftsfragen beherzt angehen. Unser Fixstern für die Weiterentwicklung der Europäischen

Union ist die Föderale Europäische Republik.

Gleichzeitig gilt es unseren demokratischen Staat auf die Höhe der Zeit zu bringen. Alte Faxge-

räte, fehlendes Personal und überbordende Bürokratie nerven und verhindern, dass es vorangeht.

Unser Ziel ist ein gut funktionierender Staat, pragmatisch und den Menschen zugewandt. Ein

Staat, der mit einer effizienten, zugänglichen Verwaltung in der Lage ist, Krisen zu bewältigen,

und das Land voranbringt, der es Menschen leicht macht, ihren Alltag zu bewältigen und ihre

Rechte in Anspruch zu nehmen. Und wir wollen mit Anstand und Transparenz regieren, bauend

auf Gleichberechtigung und kooperativ. Für Zusammenhalt in Vielfalt, in einem bürger\*innenna-

hen Staat.

86

Wir machen den Staat effektiver und

bürger\*innennäher

Planungs- und Investitionsbeschleunigung

Deutschland braucht im nächsten Jahr eine Modernisierungsoffensive. Die Schieneninfrastruk-

tur, erneuerbare Energien und die Energienetze müssen ausgebaut, Schulen, Straßen und Brü-

cken saniert, digitale Infrastrukturen aufgebaut werden. Doch derzeit dauert es oft viel zu lan-

ge, solche Projekte zu realisieren, Investitionsmittel fließen nicht ab. Das wollen wir ändern.

Wir verschlanken die Verfahren durch Bündelung und schaffen öffentliche Planungskapazitä-

ten. Wir stärken auf allen Ebenen die Planungsbehörden und zuständigen Gerichte. Besonders

wichtige Projekte sollten durch eine Einbeziehung des Parlaments beschleunigt werden. . Auch

die frühzeitige Einbindung der Bürger\*innen vor Ort führt in der Regel dazu, dass Projekte

schneller und besser abgeschlossen werden können. Ziel ist, alle Planungszeiten zu halbieren.

Digitale Ämter – serviceorientiert, schnell und zuvorkommend

Jeden Tag tun gut ausgebildete Fachleute in den Behörden ihre Arbeit, um das Land am Laufen

zu halten. Dennoch ist für viele Menschen der Kontakt zu deutschen Behörden unkomfortabel

und unzeitgemäß. Ein Grund dafür sind unzureichende Technik und veraltete und überkommene

Abläufe. Mit mehr barrierefreien E-Government-Dienstleistungen, sicheren digitalen Beteiligungs-

formaten im Planungsrecht und Open Government wollen wir unsere Verwaltung modernisieren

und unnötige Bürokratie wie Schriftformerfordernisse abbauen. Verwaltungsverfahren sollen stets

digital gedacht und gestaltet werden, vor allem auch in der Zusammenarbeit mit Unternehmen.

Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die Türen des Staates auch für den persönlichen Kon-

takt mit den Bürgerinnen und Bürgern geöffnet bleiben und durch mobile Angebote ergänzt wer-

den. Die Nutzung der digitalen Verwaltungsleistungen soll über einen zentralen Zugang erfolgen.

Der Austausch von Unterlagen unter den Behörden muss nach Zustimmung und unter Beachtung

des Datenschutzes möglich sein. Damit die Verwaltung all dies leisten kann, muss sie selbst di-

gitalisiert werden. Wir setzen uns gemeinsam mit den Ländern dafür ein, dass die Verwaltung

flächendeckend mit der modernsten Technik ausgestattet wird, vom Gesundheits- bis zum Bürger-

amt. Digitalisierung wird das Verhältnis von Staat und Bürger\*innen auf eine neue Basis stellen

und auch zum Motor für einen modernen Sozialstaat werden. In diesem werden Leistungen des

Staates ohne komplizierte Anträge geprüft und automatisch den Berechtigten bereitgestellt.

Der Personalausweis auf dem Smartphone

Sichere und geschützte digitale Identitäten sind (häufig) das fehlende Puzzlestück für moder-

ne staatliche Dienstleistungen und die vertrauensvolle Nutzung privater Dienste. Wir wollen

87

auch bei digitalen Verwaltungsleistungen vorankommen und den Sprung zu sicheren mobilen

digitalen Identitäten per Smartphone (Wallet-Lösungen) ermöglichen – wie es zum Beispiel in

skandinavischen Ländern schon Praxis ist. Mit dem mobilen Personalausweis auf dem Smart-

phone sollen Bürger\*innen beispielsweise Behördengänge oder die Steuererklärungen abwi-

ckeln können. Mit einer staatlich abgesicherten ID-Wallet, die den höchsten Datenschutz- und

IT-Sicherheitsstandards entspricht, sollen Bürger\*innen ihren Personalausweis, ihren Führer-

schein oder ihre Krankenkassenkarte, aber auch Zahlungsdaten und Mitgliedschaften sicher

auf dem Smartphone verwahren können und nicht auf private Anbieter angewiesen sein müs-

sen. Diese digitalen Identitäten können dann auch für die sichere Nutzung von privaten Diens-

ten wie Online-Versandhandel genutzt werden. Dafür schaffen wir die gesetzliche Grundlage,

fördern die öffentliche Entwicklung und Zertifizierung. Europa und Deutschland müssen bei

hoheitlichen digitalen Identitäten Vorreiter sein und Vertrauen durch Souveränität schaffen.

Transparenz-Gesetz für Open Data

Der Zugang zu staatlichen Datenbeständen ermöglicht innovative, elektronische Dienstleistun-

gen sowie neue demokratische Beteiligungsmöglichkeiten. Auch für neue technologische Anwen-

dungen ist der geregelte Zugang zu offenen Daten aus staatlichen Beständen wichtig. Wir heben

den Schatz von mit öffentlichen Mitteln erwirtschafteten nicht personenbeziehbaren Daten und

wollen diesen zeitnah, kosten- und lizenzfrei zur Verfügung stellen. Das bestehende Datenportal

GovData wollen wir zu einem zentralen und nutzerfreundlichen Open- und E-Government-Portal

ausbauen. Auch offene Software, offene Standards und offene Schnittstellen fördern wir, indem

wir sie als Standard in die Vergabe- und Vertragsordnungen für öffentliche Gelder aufnehmen.

Bessere Daten für die Forschung – bessere

Entscheidungsgrundlagen für die Politik

Auch die Corona-Krise hat wieder einmal gezeigt, dass Deutschland bei Forschungsdaten weit

hinter vergleichbaren Ländern zurückliegt. Während in den USA viele Daten quasi in Echtzeit

vorlagen und politische Maßnahmen zeitnah evaluiert werden konnten, fehlen bei uns hin-

reichende und schnell verfügbare Daten. Wir wollen das ändern und zeitnah Daten der For-

schung und den politischen Entscheidungsträger\*innen zur Verfügung stellen. Dafür richten

wir ein Forschungsdatenzentrum beim Statistischen Bundesamt ein, mit einem gesetzlichen

Forschungsauftrag und einem eigenen Forschungsinstitut. Wir werden auch Unsicherheiten

bei der Datenverknüpfung beseitigen und ein Datentreuhandzentrum einrichten, das, unter Da-

tenschutzauflagen, Daten aus unterschiedlichen öffentlichen Statistiken verknüpfen darf.

Klimaneutrale Bundesverwaltung

Klimaschutz braucht Vorreiter und Vorbilder. Wir wollen, dass die Bundesverwaltung endlich

beides wird. Die Bundesverwaltung muss klimaneutral werden. Das umfasst sowohl die Ver-

sorgung mit Ökostrom und den Fuhrpark der Bundesbehörden als auch die Gebäude des Bun-

88

des, die mit erneuerbaren Heiz- und Kühlsystemen ausgestattet und umfassend energetisch

modernisiert werden. Mit der Einführung eines Solarstandards über Neubauten hinaus werden

die Dächer der Bundesbehörden zu Kraftwerken. Zudem sorgen wir dafür, dass der Bund seine

Beschaffung sofort an ökologischen und sozialen Kriterien orientiert. So geht die Politik mit

gutem Beispiel voran.

Der lernende Staat

Corona- und Klimakrise führen uns vor Augen, mit welch großen Herausforderungen Regierung

und Verwaltung heute umgehen müssen. Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung in die

Lage versetzt wird, vorausschauend zu handeln und sich zugleich zügig und konsequent an

ihre jeweiligen Aufgaben anzupassen. Dafür braucht es eine Kultur behördlicher Zusammen-

arbeit sowie innovative und flexible Arbeitsstrukturen. Innovationseinheiten in den Behörden

sollen eng und transparent mit Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden zusammenarbeiten,

sich untereinander vernetzen sowie neue Ideen testen und eine positive Fehlerkultur etablie-

ren. Mitarbeiter\*innen und Beamt\*innen der öffentlichen Verwaltung sollen außerdem in ihrer

Expertise und Kreativität gefördert und gestärkt werden. Wir setzen uns zudem für mehr Ko-

operation der Ministerien bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele ein.

Justiz entlasten und digitalisieren

Strafverfolgungsbehörden und Gerichte haben mit einer hohen Arbeitsbelastung zu kämpfen.

Verfahren dauern zu lang. Hier braucht es dringend Entlastung durch mehr Personal, durch

die Entkriminalisierung von Bagatelldelikten und durch eine flächendeckende Ausstattung der

Justiz mit der nötigen Technik. Die Digitalisierung der Justiz wie auch ihren Personalbedarf

werden wir durch einen Bund-Länder-Digitalpakt Justiz in Fortsetzung und Konkretisierung

des Ende 2021 auslaufenden Pakts für den Rechtsstaat mit ausreichender Finanzierung um-

setzen. Polizei und Staatsanwaltschaft müssen digital zusammenarbeiten können, wozu es ein-

heitliche Programme und zureichende Bandbreiten braucht. Wir fördern und vereinfachen die

elektronische Kommunikation zwischen Bürger\*innen und Justiz. Dazu gehört der leichte Zu-

gang zum Recht durch schnelle Online-Verfahren für einfache Rechtssachen.

Den öffentlichen Dienst stärken und modernisieren

Der öffentliche Dienst, die Millionen Menschen, die in Verwaltungen, Ministerien und Behörden

arbeiten, sind ein Rückgrat unserer Demokratie und das Fundament unseres Gemeinwesens.

Doch in den letzten Jahrzehnten wurde zu oft am öffentlichen Dienst gespart und gekürzt –

die Konsequenzen spüren wir heute alle. Damit unser Staat mit den großen Herausforderun-

gen Schritt halten kann, müssen die Mitarbeiter\*innen unseres Gemeinwesens in die Lage dazu

versetzt werden. Wir wollen deshalb den öffentlichen Dienst wieder stärken und ihn zugleich

modernisieren. Mehr Stellen, gerade im IT- und Planungsbereich, gute Bezahlung, flexible Lauf-

bahnen, mehr Durchlässigkeit machen den öffentlichen Dienst fit für das 21. Jahrhundert. Dazu

89

starten wir eine große Fortbildungsoffensive für die öffentliche Verwaltung und werden die

Digitalisierung zum Schwerpunkt einer jeden Verwaltungsausbildung machen.

Vielfalt in der Verwaltung

Die Vielfalt Deutschlands sollte sich auch in seiner Verwaltung widerspiegeln, denn das trägt

zu Vertrauen und Bürger\*innennähe bei. Eine diverse Verwaltung entsteht aber nicht von

selbst, sondern benötigt Mittel, Strukturen und gezielte Förderung. Im Bereich des öffentli-

chen Dienstes und der Unternehmen mit Bundesbeteiligung hat der Staat die Möglichkeit,

als gutes Beispiel in Sachen Vielfalt voranzugehen, so beispielsweise Mehrsprachigkeit in der

Verwaltung zu fördern und bei der Einstellungs- und Beförderungspraxis nicht nur die Gleich-

stellung der Geschlechter, sondern auch die gesellschaftliche Vielfalt zu beachten und in den

Unternehmensleitbildern das Ziel der Gleichberechtigung und der Repräsentanz diskriminier-

ter Gruppen zu verankern. Ganz besonders gilt dies für die im Bewerbungsprozess besonders

relevanten Einheiten wie die Personalabteilung oder Einstellungskommissionen, die so weit

wie möglich geschlechtergerecht und vielfältig zu besetzen sind. Wir werden verbindliche

Zielvorgaben zur Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund einführen.

Das „Diversity-Budgeting“, also den Einsatz und die Evaluierung von Haushaltsmitteln in einer

Vielfalt besonders fördernden Weise, wollen wir voranbringen.

Wir treten ein für Vielfalt, Anerkennung

und gleiche Rechte

Einheit in Vielfalt

Wir alle sind unterschiedlich, aber an Rechten und Würde gleich. Zusammenhalt in Vielfalt

setzt voraus, respektiert und gehört zu werden, gleichberechtigt mitgestalten und teilhaben

zu können, ohne Angst frei zu leben und sich als Gleiche zu begegnen, das Gemeinsame neben

den Unterschieden zu sehen. Damit die Perspektive und Expertise derjenigen, die von Diskri-

minierung betroffen sind, gehört werden, sie als Gleiche die Möglichkeit zur vollen Teilhabe

erhalten, wollen wir einen Partizipationsrat, ähnlich dem Deutschen Ethikrat, als ein gesetzlich

verankertes und unabhängiges Gremium einführen, mit Vertreter\*innen aus der (post)migranti-

schen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Forschung. Um den gesellschaftlichen Zusammen-

halt zu fördern, wollen wir die verschiedenen gesellschaftlichen Themen, die die Teilhabe an

der offenen und vielfältigen Einwanderungsgesellschaft betreffen, bei einem Ministerium bün-

deln und diese Themen aus dem Innenministerium herauslösen. Für mehr Repräsentanz und

90

Teilhabe werden wir ein Partizipations- und Teilhabegesetz vorlegen und das Bundesgremien-

gesetz reformieren. Alle, die dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt hier haben, sollen ein kommu-

nales Wahlrecht erhalten.

Konsequent gegen Rassismus

Rassismus ist Realität im Alltag, auf der Straße, im Netz, in Institutionen. Er betrifft nicht alle

von uns gleichermaßen, aber er geht uns alle gleichermaßen an. Rassismus und alle Formen

von Diskriminierungen stellen nicht nur eine große Gefahr für die betroffenen Menschen dar,

sondern bedrohen auch das gleichberechtigte und friedliche Zusammenleben. Wir wollen den

Schutz vor und die Beseitigung von Diskriminierungen und strukturellem Rassismus mit einem

staatlichen Gewährleistungsanspruch in der Verfassung verankern, ergänzend zur überfälligen

Ersetzung des Begriffs „Rasse“ sowie der expliziten Benennung von Diskriminierung aufgrund

sexueller Identität. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) muss unabhängiger und

wirkmächtiger werden – mit mehr Personal, Budget und Kompetenzen. Zudem wollen wir ei-

ne\*n weisungsunabhängige\*n und finanziell gut ausgestattete\*n Antirassismusbeauftragte\*n

einsetzen. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz soll zu einem echten Bundesantidiskrimi-

nierungsgesetz weiterentwickelt werden. Das Netz zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen soll

flächendeckend ausgebaut und in den Institutionen sollen Anlaufstellen geschaffen werden.

Wir werden die Forschung zu Diskriminierung und Rassismus ausbauen, insbesondere Anti-

diskriminierungs- und Gleichstellungsdaten erheben und unabhängige wissenschaftliche Stu-

dien in Bezug auf staatliche Institutionen durchführen. Antirassismus, Antidiskriminierung und

Postkolonialismus wollen wir in Lehrplänen verankern.

Unterstützung und Sicherheit für Juden und Jüdinnen in

Deutschland

Jüdisches Leben in seiner Vielfalt und seiner Selbstentfaltung in Deutschland werden wir kon-

sequent fördern und sichtbar machen. Wir unterstützen Projekte und Initiativen, die jüdisches

religiöses Leben, Kultur und Bildung stärken. Wir wollen politische und kulturelle Bildungs-

angebote für alle Bürger\*innen zugänglich machen, um Wissen über das jüdische Leben so-

wie Kontakte und Erfahrungen mit jüdischen Menschen und Einrichtungen zu vermitteln, auch

über schulische und universitäre Curricula. Dafür müssen sich jüdische Menschen in Deutsch-

land sicher fühlen können. Sicherheit von Jüdinnen und Juden und den Schutz jüdischer Ein-

richtungen und Gemeinden müssen wir umfassend gewährleisten. Antisemitische Anschläge

in der Gegenwart, allen voran der von Halle, erinnern uns daran, wie stark der Antisemitismus

noch immer in Deutschland verbreitet ist. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, Antise-

mitismus, auch im Alltäglichen, mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten. Dafür braucht es

bessere Analysekapazitäten und eine entschlossene Ahndung und Dokumentation antisemiti-

scher Vorfälle. Antisemitische Narrative und verschwörungsideologische Erzählungen – auch

im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen – müssen entlarvt wer-

den. Präventionsmaßnahmen und sensibilisierende Aus- und Fortbildungen, allen voran der

91

Mitarbeiter\*innen von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie der Gerichte, wollen

wir gezielt ausbauen. Antisemitismus soll auch abseits des Geschichtsunterrichts in den Lehr-

plänen verankert werden.

Muslim\*innen schützen und stärken

Der Islam gehört zu Deutschland, jedoch sind Muslim\*innen überproportional von struktureller

Diskriminierung, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, sowie von gewalttätigen Übergriffen be-

troffen. Der Anschlag von Hanau, die fortdauernden Bedrohungen muslimischer Einrichtungen

zeigen, wie dringend nötig umfassende Schutzkonzepte sowie Präventionsprogramme sind.

Opfer müssen geschützt, beraten und gestärkt, die Ursachen der Muslim\*innenfeindlichkeit

verstärkt in den Blick genommen werden. Tatsächliche Gleichstellung setzt rechtliche Gleich-

stellung voraus. Im Bereich der religiösen Pluralität stellt das deutsche Religionsverfassungs-

recht eine gute Grundlage dar, um die Vielfalt auch in einer modernen Einwanderungsgesell-

schaft zu gewährleisten. Der Staat darf keine Religion diskriminieren oder ungerechtfertigt

bevorzugen. Wir unterstützen Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften, die in

keiner strukturellen Abhängigkeit zu einem Staat, einer Partei oder politischen Bewegung und

deren oder dessen jeweiliger Regierungspolitik stehen und sich religiös selbst bestimmen. Für

die eigenständige und selbstbewusste Religionsausübung von Muslim\*innen ist eine Imam-

Ausbildung in Deutschland dringend notwendig. Dafür wollen wir islamisch-theologische und

praxisorientierte Aus- und Weiterbildungsprogramme für Imame und islamische Religionsbe-

dienstete in Kooperation mit den Instituten für islamische Theologie bundesweit etablieren

und unterstützen.

Antiziganismus entschlossen bekämpfen

Immer noch leiden Menschen mit Romani-Hintergrund in Deutschland an einem tiefsitzenden

Antiziganismus, der bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Immer noch werden Angehörige

der größten Minderheit in der Europäischen Union beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Woh-

nen und Arbeit benachteiligt. Wir wollen deshalb die neue EU-Roma-Rahmenstrategie (Post-

2020) umsetzen. Dafür braucht es eine mit ausreichend finanziellen Mitteln und Befugnissen

ausgestattete „Nationale Koordinierungsstelle“, die die Umsetzung und das Monitoring der

deutschen Strategie in Abstimmung mit den Bundesländern, Verwaltungen und Selbstorga-

nisationen übernimmt. Der Erhalt von Sprache und Kulturen von Sinti\*zze und Rom\*nja muss

aktiv gefördert sowie eine unabhängige, zivilgesellschaftliche Monitoring- und Informations-

stelle zur Dokumentation und Aufarbeitung antiziganistischer Vorfälle und zur Unterstützung

der Betroffenen eingerichtet werden.

Ein Barrierefreiheits-Gesetz

Wir treten für eine inklusive Gesellschaft ein. Für behinderte und ältere Menschen, Eltern mit

Kinderwagen oder Verletzte mit Gipsbein sind jedoch Stufen, zu enge Türen oder schwer lesba-

92

re Webseiten oft im Weg, es ist mühsam, manchmal unmöglich, Angebote zu nutzen, die für an-

dere selbstverständlich sind. Wir wollen Barrierefreiheit schaffen, damit Menschen mit Behin-

derungen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben und selbstbestimmt, gemeinsam

mit nichtbehinderten Menschen leben, lernen und arbeiten können. Das wollen wir mit einem

„Barrierefreiheits-Gesetz“ erreichen. Durch eine Erhöhung der Bundesförderung soll mehr bar-

rierefreier Wohnraum entstehen. Den Abbau von Barrieren in Städten und Dörfern werden wir

im Rahmen der Städtebauförderung unterstützen.

Verhältnis Kirche und Staat reformieren

Die christlichen Kirchen und Gemeinden sind eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft. Sie

sind zuverlässige Partner, wenn es um gesellschaftlichen Zusammenhalt geht. Die Betreuung

von Pflegebedürftigen, Menschen mit Behinderungen und Kindern wäre ohne die Vielfalt auch

der kirchlichen Träger nicht möglich. Ihre tatkräftige Unterstützung, wenn es um Seenotret-

tung und die Integration von Geflüchteten geht, ist ein wichtiger gesellschaftlicher Beitrag.

Das Grundrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit wollen wir, auch weltweit, weiter

stärken. Gleichzeitig wahren wir das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften,

suchen die Kooperation und den Dialog mit allen unabhängigen Religions- und Weltanschau-

ungen, die das Grundgesetz achten, und stehen dabei stets zum säkularen Staat und seinem

Neutralitätsprinzip. Die besondere Beziehung zwischen Staat und den christlichen Kirchen

wollen wir erhalten und wo nötig der gesellschaftlichen Realität anpassen. So wollen wir, dass

beispielsweise das kirchliche Arbeitsrecht reformiert wird. Außerdem wollen wir die Vollen-

dung des Verfassungsauftrags zur Ablösung der Staatsleistungen umsetzen.

Wir erneuern das demokratische

Fundament

Für eine saubere Politik

Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger\*innen. Grundlage sind klare Regeln und die Hal-

tung der Menschen, die sie vertreten. Wir wollen Vertrauen ermöglichen und das Primat der

Politik gegenüber intransparenter Einflussnahme schützen. Seit Jahren drängen wir darauf,

dass politische Interessensvertretung transparent, nachvollziehbar und fair ist. Bereits bei der

Entstehung von Gesetzen muss sichtbar sein, wer Einfluss genommen und welche Akteur\*in-

nen mitgewirkt haben. Dafür wollen wir mit einem gesetzlichen Lobbyregister wirkungsvoll

den Einfluss organisierter Interessensgruppen und von Lobbyist\*innen bei Bundesregierung

93

und Bundestag offenlegen. Interessenskonflikte wollen wir verhindern und Abgeordneten eine

entgeltliche Lobbytätigkeit neben ihrem Mandat untersagen und die gesetzliche Regelung zur

Abgeordnetenbestechung klarer fassen. Wir wollen, dass der Wechsel aus Regierungsämtern in

die Wirtschaft für eine Karenzzeit von zwei Jahren nach Ausscheiden auf Interessenskonflik-

te geprüft wird. Einkünfte von Abgeordneten aus Nebentätigkeiten sollen auf Euro und Cent

veröffentlicht werden, für Unternehmensbeteiligungen und Aktienoptionen von Abgeordneten

braucht es striktere Regeln. Die Annahme von Direktspenden durch parteigebundene Abge-

ordnete sollte verboten werden. Spenden an Parteien müssen transparenter gemacht werden,

deshalb wollen wir striktere Veröffentlichungsregeln. Parteispenden sollen auf natürliche Per-

sonen beschränkt und auf einen jährlichen Höchstbetrag gedeckelt werden. Solange es keine

gesetzliche Regelung gibt, wollen wir uns im politischen Wettbewerb nicht schlechterstellen

als die politische Konkurrenz. Für das Parteiensponsoring wollen wir eine gesetzliche Rege-

lung und eine Veröffentlichung ab dem ersten Euro einführen. Das Parteiengesetz und die un-

abhängige Kontrolle werden wir stärken.

Parlament stärken, Wahlrecht reformieren

Der Bundestag ist der zentrale Ort für öffentliche Debatten, Rede und Gegenrede und Ent-

scheidungen unserer Demokratie. Für gute Gesetzgebung braucht es ausreichende Beratung

und eine Stärkung der Kontrollrechte des Parlaments. Wir wollen die Rolle des Bundestages

bei der Gesetzgebung ausbauen. Seine Arbeitsfähigkeit ist zu garantieren und zu stärken. Des-

halb setzen wir uns für eine Wahlrechtsreform ein, die das Parlament kleiner macht, fair und

verfassungsgemäß ist und bei der jede Stimme gleich viel wert ist. Die Sitzungen der Fach-

ausschüsse sollen in der Regel öffentlich stattfinden und gestreamt werden. Die Abgeordneten

sollen in ihren Kontrollrechten gegenüber der Regierung mit einem Akteneinsichtsrecht ge-

stärkt werden.

Macht fair teilen, auch in den Parlamenten

Es ist höchste Zeit für eine faire Verteilung von Macht. Unsere repräsentative Demokratie

muss diverser werden, unsere Parlamente brauchen die Vielfalt der Herkunft und Lebens-

wege, die Debatten brauchen die Perspektiven, die daraus entstehen. Das bedeutet auch, dass

es dringend mehr Frauen im Parlament braucht. Frauen sollten überall gleichberechtigt ver-

treten sein, wo Entscheidungen getroffen werden, die uns alle betreffen. Gleichberechtigung

ist ein historischer und verfassungsrechtlicher Auftrag für uns alle. Dass Parität per Gesetz

wirksam und angemessen ist, zeigen Beispiele aus dem europäischen Ausland. Dass verfas-

sungsrechtlich hohe Hürden bestehen, haben Urteile von Verfassungsgerichten aus Bund und

Ländern aufgezeigt. Wir wollen die Parität vorantreiben und entsprechende Gesetzesände-

rungen auf den Weg bringen. Um Frauen das politische Engagement zu erleichtern, braucht

es auch Maßnahmen und Angebote, die Frauen den Einstieg in und die Gestaltung von Politik

erleichtern.

94

Mit 16 wählen

Demokratie lebt von der Gestaltung und dem Engagement aller Bürger\*innen, vom Kindes- bis

ins hohe Alter. Viele politische Entscheidungen von heute sind entscheidend für die Zukunft

junger Menschen, und viele junge Menschen übernehmen früh Verantwortung für die Gesell-

schaft. Wenn Jugendliche in ihrem Lebensalltag demokratische Erfahrungen machen und ihre

Rechte wahrnehmen können, stärkt das die Demokratie und macht sie zukunftssicherer. Darum

werden wir uns dafür einsetzen, das Wahlalter für Bundestags- und Europawahlen auf 16 Jahre

abzusenken.

Bürger\*innenräte für mehr Beteiligung

Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die Demokratie und stärken die Repräsentanz.

Mit Bürger\*innenräten schaffen wir die Möglichkeit, bei ausgewählten Themen die Alltagsex-

pertise von Bürger\*innen direkter in die Gesetzgebung einfließen zu lassen. Auf Initiative der

Regierung, des Parlaments oder eines Bürger\*innenbegehrens beraten zufällig ausgewählte

Bürger\*innen in einem festgelegten Zeitraum über eine konkrete Fragestellung. Sie erarbeiten

Handlungsempfehlungen und geben Impulse für die öffentliche Auseinandersetzung und die

parlamentarische Entscheidung. Eine freie, gleiche und faire Beratung muss sichergestellt wer-

den. Regierung und Parlament müssen sich mit den Ergebnissen auseinandersetzen. Außerdem

werden wir ein digitales Portal, wie es zum Beispiel in Baden-Württemberg schon erfolgreich

angewendet wird, für die aktive Beteiligung an der Gesetzgebung einführen und das Petitions-

recht zu einem leicht zugänglichen Instrument für bessere Mitwirkung am demokratischen

Prozess ausbauen.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk für alle und eine

vielfältige Medienlandschaft

Kritischer und unabhängiger Journalismus ist eine Säule unserer Demokratie. Wir haben in

Deutschland eine vielfältige Medienlandschaft aus öffentlich-rechtlichen, privaten und Non-Pro-

fit-Angeboten. Wir stehen zu einem pluralistischen, kritischen und staatsfernen öffentlich-recht-

lichen Rundfunk für alle und arbeiten dafür, dass er stark und zukunftsfest aufgestellt ist. Dazu

zählen auch eine ausreichende Finanzierung und ein Programmauftrag, der alle gesellschaft-

lichen Bereiche umfasst. Aus der besonderen Stellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und

dem Anspruch, dass er die Lebenswelt und Interessen aller angemessen abbildet, ergeben sich

auch Reformbedarfe. Hierfür wollen wir gemeinsam mit den Ländern eine Initiative auf den Weg

bringen und in der Breite der Gesellschaft eine Debatte darüber führen, wie öffentlich-rechtliche

Medien im 21. Jahrhundert aussehen sollen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rundfunkräte die

Vielfalt und unterschiedlichen Perspektiven unserer heutigen Gesellschaft besser abbilden, dass

sie durchsetzungsstärker sowie sender- und staatsferner werden. Die Mediatheken der öffent-

lich-rechtlichen Sender wollen wir zu gemeinsamen Plattformen weiterentwickeln, die europä-

isch verzahnt werden können, um so die europäische Demokratie zu stärken.

95

Hasskriminalität im Netz bekämpfen

Digitale Plattformen und Anwendungen müssen den Menschen dienen und nicht umgekehrt.

Uns geht es darum, Nutzer\*innenrechte zu stärken und dabei die Balance zwischen Persönlich-

keitsschutz und Meinungsfreiheit zu wahren. Wir wollen Hasskriminalität im Netz wirksamer

bekämpfen und dafür einen effektiven Gesetzesrahmen entwickeln. Betroffene müssen sich

schnell und effektiv gegen Angriffe im Netz wehren können. Das wollen wir durch die ambi-

tionierte Ausgestaltung und dann zügige Umsetzung des europäischen Digital Services Act er-

reichen. Wir treten für einen effektiven Umgang mit Nutzer\*innenbeschwerden, eine Verbesse-

rung der Strafverfolgung und zivilrechtlicher Durchsetzung ein. Dafür brauchen wir personell

wie technisch bestmöglich aufgestellte Strafverfolgungsbehörden. Diese müssen, gut geschult,

auf Grundlage klarer Rechtsvorgaben arbeiten können. Plattformbetreiber müssen ihrer gro-

ßen Verantwortung gerecht werden. Sie dürfen bestehende Rechte nicht aushöhlen, sind für

eigene Inhalte haftbar und müssen beim Moderieren von Inhalten die Grundrechte wahren.

Große Anbieter sollen sich durch eine Abgabe an den unabhängigen Beratungsangeboten für

Betroffene von Hass und Hetze beteiligen. Dies wollen wir bündeln in ein Gesetz für digitalen

Gewaltschutz, das die Möglichkeit beinhaltet, gegen Accounts vorzugehen, wenn keine Täter\*in

festgestellt wird. Für den Umgang mit Desinformation, aber auch für die Rechtskontrolle der

Anbieter insgesamt wollen wir die Aufsicht national wie auch europäisch besser strukturieren,

unter anderem mit einer gemeinsamen Medienanstalt der Länder. Eine Verpflichtung zum Ein-

satz von Uploadfiltern lehnen wir ab.

Software für die Allgemeinheit

Unser Alltag wird immer häufiger von Teilhabe an und Zugang zu Software geprägt. Freie und

offene Software bildet dabei eine Grundlage unzähliger Anwendungen, seien es digitale Lern-

plattformen, sichere Anwendungen für die Heimarbeit, Stärkung der IT-Sicherheit mit guter

Verschlüsselung oder sichere und einfache Abstimmungsmöglichkeiten in der Vereins- und

Parteiarbeit. Sie spielt in immer mehr gesellschaftlich relevanten Bereichen eine entschei-

dende Rolle und ist Grundlage für unsere Anforderungen in Bezug auf Offenheit, Teilhabe und

Sicherheit. Doch oftmals fehlt es den Entwickler\*innen an Unterstützung, diese dauerhaft auf

dem neusten Stand der Technik zu halten und anwendungsfreundlich zu gestalten. Wir treten

daher dafür ein, eine eigenständige öffentliche Förderstiftung zu schaffen, die gesellschaftlich

relevante freie und offene Software fördert, deren Ergebnisse Gesellschaft, Wissenschaft, Schu-

len, Wirtschaft und Verwaltung zur Verfügung stehen.

Demokratiefördergesetz für eine starke Zivilgesellschaft

Eine lebendige Zivilgesellschaft ist elementar für die politische Auseinandersetzung in unse-

rer Demokratie. Engagierte Menschen, vor allem Ehrenamtler\*innen in Initiativen, Verbänden,

Vereinen oder NGOs, stärken den Zusammenhalt, tragen dazu bei, wichtige Anliegen auf die

öffentliche Tagesordnung zu setzen und leisten ihren Beitrag zur Willensbildung. Wir machen

96

uns dafür stark, dass sie ihrer Arbeit in Zukunft gut abgesichert, ohne Einschüchterung und

Kriminalisierung nachgehen können. Mit einem Demokratiefördergesetz werden wir ihr Enga-

gement nachhaltig, projektunabhängig und unbürokratisch finanziell absichern. Die Arbeit der

politischen Stiftungen wollen wir verbindlicher und transparenter regeln, auch in ihrem Ver-

hältnis zu den Parteien, und dafür eine eigenständige gesetzliche Grundlage schaffen.

Gemeinnützigkeit reformieren

Alle Bürger\*innen sollen gleichberechtigt an der Willensbildung unserer Gesellschaft teilha-

ben können. Die Gemeinnützigkeit ist dafür ein wichtiger Status, der an vielen Stellen über-

haupt erst Zugänge öffnet. Damit Initiativen und Verbände eigenständig bleiben, sorgen wir

deshalb für Klarheit und Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht. Ihre gemeinnützigen

Ziele sollen sie auch durch politische Aktivitäten wie Studien und Demonstrationen verwirkli-

chen dürfen. Nicht nur die Förderung des demokratischen Staatswesens, sondern auch die För-

derung tragender Grundsätze sollte klar gemeinnützig sein. Die Gemeinnützigkeit zusätzlicher

Zwecke wie des Friedens, der Durchsetzung der nationalen und internationalen Grund- und

Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Durchsetzung des Sozialstaatsgebotes und all-

gemein der gleichberechtigten Teilhabe und der Bekämpfung von Diskriminierung wollen wir

anerkennen und stärken. Auch der E-Sport soll gemeinnützig werden. Mit der Einführung einer

Demokratieklausel stellen wir sicher, dass sich Vereine aktiv an gesellschaftlichen Debatten

beteiligen können. Für mehr Transparenz sorgen wir mit einem Gemeinnützigkeitsregister und

einfach handhabbaren Transparenzpflichten sowie mit Regeln zur Offenlegung der Spenden-

struktur.

Freiwilligendienst ausbauen und für alle ermöglichen

Ehrenamt und freiwilliges Engagement sind vielfältig, Millionen Menschen stärken damit den

Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir wollen den Bundesfreiwilligendienst auf 200.000 Plätze

im Jahr erweitern und machen uns für eine rechtliche Garantie für einen Platz stark. Die Frei-

willigendienste sollen besser ausfinanziert werden, damit sich junge Menschen unabhängig

vom Einkommen ihrer Eltern engagieren können. Auch für Ältere und Menschen mit Behin-

derungen sollen die Rahmenbedingungen attraktiver und inklusiver werden. Zusammen mit

Ländern und Kommunen wollen wir eine Engagementkarte für Vergünstigungen einführen,

beispielsweise für Schwimmbäder oder Theater, und erkennen die Leistung der vielen Enga-

gierten mehr an.

97

Wir gestalten die vielfältige

Einwanderungsgesellschaft

Einbürgerung erleichtern

Die Staatsangehörigkeit stellt ein dauerhaftes Band rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und Zugehö-

rigkeit sicher. Wer in Deutschland geboren wird, soll die Möglichkeit erhalten, deutsche\*r Staats-

bürger\*in zu werden, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutsch-

land hat. Für Menschen, die hier jahrelang leben und Teil dieser Gesellschaft geworden sind,

sollen Einbürgerungen früher möglich werden. Nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland sollen

alle einen Antrag auf Einbürgerung stellen können. Den Optionszwang im Staatsangehörigkeits-

recht wollen wir abschaffen und Mehrstaatigkeit anerkennen. Die vorgenommenen Aushöhlungen

des Staatsangehörigkeitsrechts wollen wir zurücknehmen. Hindernisse bei der Identitätsklärung,

die nicht in der Hand der Einzubürgernden liegen, dürfen ihnen nicht angelastet werden.

Ein modernes Einwanderungsgesetz für eine vielfältige

Einwanderungsgesellschaft

Deutschland ist ein Einwanderungsland, doch bis heute fehlen eine aktive Einwanderungspoli-

tik und ein Einwanderungsrecht, das Einwanderung tatsächlich fördert und nicht komplizierter

macht. Wir wollen ein modernes Einwanderungsgesetz beschließen, das neue Zugangswege

für Bildungs- und Arbeitsmigration schafft – auch im gering- und unqualifizierten Bereich –,

das transparente, unbürokratische und faire Verfahren bietet, das globale und regionale Not-

wendigkeiten berücksichtigt und flexibel auf die Bedarfe des Arbeitsmarktes reagiert. Dafür

soll auf Basis des jährlichen Arbeitskräftebedarfs eine punktebasierte Talentkarte eingeführt

werden. Wir erleichtern die Bildungsmigration über Stipendien und Ausbildungsvisa, genau-

so wie die Voraussetzungen für eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und die Anerkennung

von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen. Außerdem beenden wir den automatischen

Verlust der Aufenthaltserlaubnis nach einem sechsmonatigen Aufenthalt im Ausland. Für Men-

schen, die sich ohne sicheren Aufenthaltstitel in Deutschland befinden, jedoch in den Arbeits-

markt integriert sind oder deren Qualifizierung in den Arbeitskräftebedarf passt, soll es die

Möglichkeit zum echten Spurwechsel geben. Gut funktionierende Konzepte der Arbeitsmigra-

tion, wie die Westbalkanregelung, bauen wir aus und verstetigen sie.

Integration gelingt nur mittendrin – Sprache, Zugang,

Teilhabe von Anfang an

Integration ist in einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft der erste Schritt auf dem Weg zu

gleichen Teilhabechancen in zentralen Bereichen des Lebens. Sie ist ein wechselseitiger Prozess

98

und stellt sowohl Anforderungen an die, die zu uns kommen, als auch an alle, die schon länger

hier leben. Für das Zusammenleben sind die Werte des Grundgesetzes die Grundlage. Wir treten

dafür ein, dass alle neu ankommenden Migrant\*innen und Geflüchteten von Anfang an ein Recht

auf einen kostenfreien Zugang zu passgenauen und gut erreichbaren Sprach- und Integrations-

kursen haben. Denn derzeit ist das für viele Personen im Asylverfahren, Geduldete und EU-Bür-

ger\*innen nur schwer und kostenpflichtig möglich. Zudem wollen wir die nach 2015 ausgebauten

Angebote an weiterführenden Sprachkursen aufrechterhalten. Genauso wichtig für eine gelin-

gende Integration sind die möglichst dezentrale Unterbringung, ein breites Beratungsangebot

gerade auch für Familien sowie der unterschiedslose Zugang zu Wohnraum, Gesundheits- und

Sozialleistungen sowie zu Kitas, Bildungseinrichtungen, Ausbildung und Arbeit. Gezielte Unter-

stützung ermöglicht Teilhabe und stärkt den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wol-

len auf europäischer Ebene einen kommunalen Integrationsfonds auflegen, um europaweit das

Ankommen in den Kommunen direkt zu unterstützen. Damit sollen unter anderem Migrationsbe-

ratungsstellen gestärkt und aufgebaut, zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen gefördert

und strukturelle Entlastungen der Kommunen, die sich zur Aufnahme von Geflüchteten bereit

erklären, in der EU gesichert werden. Betriebe, die Geflüchteten eine Chance auf Ausbildung oder

Beschäftigung geben, brauchen entsprechende Unterstützung und Förderung.

Asylverfahren rechtssicher und transparent

Wir wollen, dass Asylverfahren in Deutschland rechtssicher, fair und transparent gestaltet sind.

Wir wollen dafür sorgen, dass es zügig zu einer Entscheidung über den Aufenthaltstitel kommt,

damit Menschen früh verbindliche Gewissheit haben, ob sie bleiben können oder nicht. Eine

nichtstaatliche unabhängige Asylverfahrensberatung für alle Asylsuchenden, von der Ankunft bis

zum Abschluss des Asylverfahrens, wollen wir sicherstellen und die verlängerte Verweildauer

von Geflüchteten in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf mögliche 18 Monate rückgängig ma-

chen auf wieder 6 Monate. Die dezentrale Unterbringung sollte immer Vorrang haben. Wir wollen

das Recht von Kindern, unabhängig von der Bleibeperspektive, auf Zugang zu Bildungsangeboten

garantieren. Wir beenden die flächendeckenden und anlasslosen Widerrufsprüfungen durch das

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und optimieren so das Asylprozessrecht. Wir

wollen das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen und damit eine verfassungsrechtlich nicht

gerechtfertigte Ungleichbehandlung von Geflüchteten, die ein echtes Ankommen und Teilha-

be erschwert. Integrationsfeindliche gesetzliche Regelungen wie Arbeitsverbot und pauschale

Wohnsitzauflage schaffen wir ab. Die in den vergangenen Jahren vorgenommenen Aushöhlun-

gen des Asylrechts wollen wir zurücknehmen. Die Ausrufung „sicherer“ Herkunfts- oder Drittstaa-

ten lehnen wir ab – auch auf europäischer Ebene.

Raus aus der Duldung

Mehr als 200.000 Menschen – darunter viele Kinder und Jugendliche – leben über viele Jahre

in einem Zustand der Perspektivlosigkeit und Rechtsunsicherheit in Deutschland, weil sie nur

geduldet sind. Das ist weder für die Betroffenen noch für das gesellschaftliche Zusammenle-

99

ben gut. Nicht zu wissen, ob Deutschland wirklich Heimat wird, erschwert die Integration mas-

siv. Wir wollen die Anzahl der Menschen, die sich von Duldung zu Duldung hangeln müssen,

deshalb möglichst auf null reduzieren. Für diese Menschen braucht es nach fünf Jahren Auf-

enthalt ein sicheres Bleiberecht. Heranwachsende, Jugendliche und Familien mit minderjähri-

gen Kindern sollen nach drei Jahren einen Aufenthaltstitel bekommen. Durch die Umwandlung

der Ausbildungsduldung in ein Ausbildungsbleiberecht verschaffen wir den Menschen einen

verlässlichen Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt und sorgen für die Betriebe für Pla-

nungssicherheit. Menschen, die nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen

sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsschutzmöglichkeiten kein Asyl bekommen und in ihrem

Herkunftsland nicht gefährdet sind, müssen zügig wieder ausreisen. Wir wollen dies durch

schnelle und wirksame Unterstützung und Beratung erleichtern. Abschiebungen, zum Beispiel

über Rückübernahmeabkommen, sind das letzte Mittel, wenn die Rückkehr verweigert wird,

freiwillige Ausreisen haben immer Vorrang. Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer wollen

wir beenden, den Abschiebestopp nach Syrien und Afghanistan wieder einsetzen.

Wir rücken Feminismus, Queerpolitik

und Geschlechtergerechtigkeit in den

Fokus

Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen

Feminismus nimmt alle in den Blick und schafft Selbstbestimmung, Teilhabe und Gerechtigkeit.

Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle unabhängig vom Geschlecht selbstbestimmt leben und auch

Frauen überall gleichberechtigt mitgestalten können – von der Arbeitswelt bis in die Parlamente.

Das ist eine Aufgabe für alle Geschlechter. Dafür braucht es auch Männer, die für eine Gesellschaft

einstehen, in der Macht, Möglichkeiten und Verantwortung gerecht geteilt werden. Geschlechter-

gerechtigkeit ist eine Querschnittsaufgabe. Mit einem Gender-Check wollen wir prüfen, ob eine

Maßnahme oder ein Gesetz die Gleichberechtigung der Geschlechter voranbringt, und dort, wo es

ihr entgegensteht, dementsprechend eingreifen. Die neu geschaffene Bundesstiftung Gleichstel-

lung werden wir zu einer effektiven Institution ausbauen, die gesichertes Wissen zu den Lebens-

lagen aller Geschlechter bereitstellt und wirksame Maßnahmen für Gleichberechtigung entwi-

ckelt, bündelt und für Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit zugänglich macht. Hierfür leisten die

Sozialwissenschaften und die Genderstudies einen unverzichtbaren Beitrag. Wir brauchen eine

Gleichberechtigungsstrategie, die alle Lebens- und Politikbereiche umfasst, ressortübergreifend

arbeitet und die Erkenntnisse in umsetzbare Ziele übersetzt. Es wird Zeit für eine feministische

Regierung, in der Frauen und Männer gleichermaßen für Geschlechtergerechtigkeit eintreten.

100

Geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen

Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, die vor allem Frauen betrifft, ist eine gesellschaft-

liche Gemeinschaftsaufgabe. Gewalt im häuslichen und persönlichen Nahbereich wird oft

verharmlost, sowohl in der medialen Darstellung als auch in der Rechtsprechung. Mit der Is-

tanbul-Konvention haben wir ein Instrument an der Hand, das die notwendigen Maßnahmen

beschreibt. Dazu gehört auch eine Reform der Kriminalstatistik, damit das ganze Ausmaß der

in Deutschland verübten Verbrechen, die aus Frauenhass begangen werden, differenziert er-

fasst wird und diese Taten systematisch als Hassverbrechen eingestuft werden. Gewaltbetrof-

fene Frauen, deren Aufenthaltsstatus von dem Aufenthaltsstatus ihres Ehemanns oder Partners

abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können. Polizei und Justiz müs-

sen im Umgang mit Betroffenen sexualisierter Gewalt umfassend geschult und sensibilisiert

sein. Opfer von Vergewaltigungen brauchen eine qualifizierte Notfallversorgung einschließlich

anonymer Spurensicherung und der Pille danach. Wir werden Monitoringstellen einrichten und

die getroffenen Maßnahmen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit prüfen.

Frauenhäuser absichern

Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Es ist die Pflicht des Staates,

Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen. Frauenhäusern kommt hierbei eine

Schlüsselrolle zu. Denn jede von Gewalt betroffene Frau, ob mit oder ohne Kinder, braucht eine

Anlaufstelle und Schutz – unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status, ihrer Wohnsi-

tuation oder davon, ob sie eine Beeinträchtigung hat. Mit einem gesetzlichen Rechtsanspruch

auf Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt sichern wir über eine Geldleistung des Bundes

Betroffene ab und verbessern den Zugang zu Schutzeinrichtungen und deren Angeboten für

alle Frauen. Länder und Kommunen müssen weiterhin ihrerseits ihrer Finanzierungsverant-

wortung nachkommen. Für die Aufenthaltszeit in einem Frauenhaus sollen Betroffene, die So-

zialleistungen erhalten, nicht schlechtergestellt werden. Wir brauchen Frauenhäuser, in denen

Kinder, auch wenn sie älter sind, mit aufgenommen werden können. Zudem müssen intersekt-

ionale Schutzkonzepte und Zufluchtsräume, insbesondere auch für queere, trans- und interge-

schlechtliche Menschen, entwickelt und bereitgestellt werden.

Vor Zwang schützen

Menschen, die in der Prostitution arbeiten, brauchen Rechte und Schutz. Dazu sollen Prosti-

tutionsstätten strenger kontrolliert werden und in Zukunft einer Erlaubnispflicht unterliegen.

Außerdem wollen wir Beratungsangebote ausbauen und finanziell unterstützen. Menschen-

handel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist ein abscheuliches Verbrechen, das wir mit den

Mitteln des Strafrechts, aber auch durch ein gemeinsames europäisches Vorgehen, Information

sowie Schutz und Hilfe für die Opfer konsequent bekämpfen werden. Opfer von Menschenhan-

del einfach abzuschieben ist falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft

durch ein dauerhaftes Bleiberecht erhöht und die Strafverfolgung der Täter\*innen würde er-

101

leichtert. Zwangsverheiratungen sind Menschenrechtsverletzungen. Frauen und Männer, die

davon bedroht sind, brauchen Hilfe und Schutz und gute Beratung durch verlässlich finanzier-

te Beratungsstellen. Weibliche Genitalverstümmelung ist eine massive Verletzung der körper-

lichen Integrität. Es ist entscheidend, dass wir den Betroffenen helfen und sie schützen, auch

durch internationale Aufklärungs- und Hilfekampagnen. Doch auch in Deutschland brauchen

wir eine Strategie dagegen. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich in diesem Bereich

engagieren, wollen wir besser unterstützen, die Kontaktpersonen der Mädchen sowie pädago-

gisches Personal und Jugendämter sollen geschult und sensibilisiert werden.

Selbstbestimmung durch Gesundheitsversorgung

Alle Menschen, auch Mädchen und Frauen, sollen selbst über ihren Körper und ihr Leben ent-

scheiden können. Eine gute Gesundheitsversorgung inklusive eines gesicherten Zugangs und um-

fassender Informationen zum Schwangerschaftsabbruch sind dafür notwendig. Die Entscheidung,

ob eine Frau eine Schwangerschaft abbricht oder nicht, gehört mit zu den schwersten im Leben.

Gerade deshalb ist es so wichtig, dass diese Frauen gut beraten und medizinisch professionell

versorgt werden. Wir streiten für eine ausreichende und wohnortnahe Versorgung mit Ärzt\*in-

nen, Praxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Das Thema muss in die Aus-

bildung von Ärzt\*innen nach international anerkannten Standards integriert werden. Familien-

planungs- und Beratungsstellen werden wir absichern und die freiwilligen Beratungsangebote

ausbauen. Um die Versorgung für Frauen dauerhaft zu gewährleisten, braucht es eine Entstigma-

tisierung und Entkriminalisierung von selbstbestimmten Abbrüchen sowie eine generelle Kosten-

übernahme. Frauen, die sich für einen Abbruch entscheiden, und Ärzt\*innen, die einen solchen

ausführen, müssen etwa durch die Einrichtung von Schutzzonen vor Anfeindungen und Gehsteig-

belästigungen geschützt werden. Ungewollt Schwangere brauchen den bestmöglichen Zugang zu

Informationen. Um diesen zu gewährleisten und Ärzt\*innen zu schützen, gilt es den § 219 a aus

dem Strafgesetzbuch zu streichen. Die Kosten für ärztlich verordnete Mittel zur Empfängnisverhü-

tung müssen für Empfängerinnen von staatlichen Transferleistungen übernommen werden.

Homo- und Transfeindlichkeit bekämpfen

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\*-, Inter\*- und queere Menschen (LSBTIQ\*) sollen selbstbe-

stimmt und diskriminierungsfrei ihr Leben leben können. Dafür und gegen gesetzliche Diskrimi-

nierungen sowie Benachteiligungen und Anfeindungen im Alltag werden wir ein starkes Signal

setzen und den Begriff „sexuelle Identität“ in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes ergänzen. Wir

werden einen bundesweiten ressortübergreifenden Aktionsplan „Vielfalt leben!“ für die Akzep-

tanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vorlegen mit dem Ziel, LSBTIQ\* gleichberechtigte

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu garantieren und Vielfalt und Akzeptanz zu fördern. Dazu

gehören auch Maßnahmen zur LSBTIQ\*-inklusiven Gesellschaftspolitik sowie eine langfristige

Strukturförderung der LSBTIQ\*-Verbände. Gegen LSBTIQ\* gerichtete Hasskriminalität werden wir

entschieden bekämpfen. Das diskriminierende Blutspendeverbot für homosexuelle Männer wol-

len wir aufheben. Um queere Jugendliche zu schützen und zu stärken, wollen wir mit einer bun-

102

desweiten Aufklärungskampagne für junge Menschen über die Vielfalt sexueller Orientierungen

und geschlechtlicher Identitäten informieren und bezüglich Homo- und Transphobie sensibili-

sieren. Wir werden uns gemeinsam mit den Ländern dafür einsetzen, dass sich geschlechtliche

Vielfalt und Diversität in den Lehr- und Bildungsplänen wiederfinden.

Selbstbestimmung garantieren, Transsexuellengesetz

aufheben

Mit einem Selbstbestimmungsgesetz werden wir dafür sorgen, dass das überholte Transsexu-

ellengesetz endlich aufgehoben wird. Eine Änderung der Geschlechtsangabe auf Antrag der

betroffenen Person werden wir ermöglichen und das Offenbarungsverbot konkretisieren. Wir

schreiben fest, dass nicht notwendige Operationen und Behandlungen an intergeschlechtli-

chen Kindern verboten werden. Bei Gesundheitsleistungen sowie geschlechtsangleichenden

Operationen und Hormontherapien muss das Selbstbestimmungsrecht gesichert sein. Den

Anspruch auf medizinische körperangleichende Maßnahmen wollen wir gesetzlich verankern

und dafür sorgen, dass die Kostenübernahme durch das Gesundheitssystem gewährleistet wird.

Wir stärken Sicherheit und

Bürger\*innenrechte

Eine gut ausgestattete und bürger\*innennahe Polizei

Deutschland ist ein sicheres Land. Das liegt auch an einer gut arbeitenden Polizei. Wir wollen,

dass das so bleibt. Dennoch: Diebstahl, Einbrüche, Gewalttaten, Hassverbrechen oder organisierte

Kriminalität belasten Opfer und ihre Angehörigen schwer. Für ihre Aufgaben wie Prävention, Auf-

klärung und Strafverfolgung wollen wir die Polizei stärken, in der Stadt und auf dem Land, ana-

log und digital. Den früheren Personalabbau bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt wollen

wir durch eine Offensive bei der Besetzung offener Stellen beheben. Die Polizist\*innen verdie-

nen unsere Wertschätzung, genauso wie gute Arbeitsverhältnisse und leistungsfähige Strukturen

innerhalb der Behörden. Sichere und leistungsfähige Datenverarbeitung, kombiniert mit mobiler

IT, ist dabei eine Grundvoraussetzung moderner Polizeiarbeit, die wir unterstützen wollen.

Die besondere Verantwortung der Polizei

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle frei und sicher leben können. Sicherheit muss überall

gleichermaßen garantiert sein. Damit die Polizei dieser Aufgabe nachkommen kann, muss sie

103

auf das Vertrauen der gesamten Bevölkerung bauen können. Als ausführendes Organ des staat-

lichen Gewaltmonopols hat die Polizei dabei eine ganz besondere Verantwortung. Dem dient

die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für die Bundespolizei sowie einer/eines Bundes-

polizeibeauftragten, an die/den sich sowohl Polizist\*innen wie auch Bürger\*innen wenden

können, um in der Polizeiarbeit auftretende Missstände zu bearbeiten. Polizist\*innen sollten

sich auch nach der Ausbildung verpflichtend fortbilden können und müssen. Wichtige Fort-

bildungsbereiche sind beispielsweise der Umgang mit psychisch Kranken sowie Antidiskrimi-

nierung und die Gefahr von Racial Profiling. Längst überfällig sind wissenschaftliche Studien

zu Rechtsextremismus und Rassismus in den Sicherheitsorganen. Rationale Sicherheitspolitik

setzt eine solide Faktenlage und klare Zuständigkeiten voraus. Deshalb werden wir den Perio-

dischen Sicherheitsbericht wieder einführen, dessen Aussagekraft sich in der Vergangenheit

bewährt hat.

Europäisches Kriminalamt schaffen, organisierte

Kriminalität verfolgen

Zahlreiche Straftaten wie Einbrüche oder Diebstähle finden grenzüberschreitend statt. Auch

die organisierte Kriminalität und islamistische oder rechtsextreme Terrornetzwerke machen

nicht an Landesgrenzen halt. Zum Schutz der Bürger\*innen und zur Verteidigung unserer Frei-

heit brauchen wir eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Jus-

tiz: durch gemeinsame europäische Polizeiteams, durch die Aufwertung von Europol zu einem

Europäischen Kriminalamt sowie durch eine engere justizielle Zusammenarbeit der Mitglied-

staaten, auch mit Hilfe von Eurojust und der Europäischen Staatsanwaltschaft. Wegen der zu-

nehmenden Vernetzung von europäischen Datenbanken sind hohe Datenschutzstandards und

eine Verbesserung des grenzüberschreitenden Rechtsschutzes unabdingbar. Diese Zusammen-

arbeit braucht eine unabhängige Justiz und faire Strafverfahren in allen EU-Mitgliedstaaten.

Verfassungsschutz neu ordnen

Der Verfassungsschutz hat in der Vergangenheit viel Vertrauen verspielt, als er sich auf dem

rechten Auge blind zeigte. Hier sind Veränderungen, insbesondere durch einen personellen

Neuanfang, zu beobachten, nun muss ein struktureller Neustart folgen, mit dem die Analyse-

fähigkeit des Verfassungsschutzes verbessert wird. Die in Wissenschaft und Zivilgesellschaft

schon heute vorhandene Expertise über verfassungsfeindliche Bestrebungen muss systema-

tischer genutzt werden. Wir wollen den Verfassungsschutz deshalb strukturell neu aufstellen:

zum einen mit einem unabhängigen, wissenschaftlich und unter Einbeziehung der Zivilgesell-

schaft aus öffentlichen Quellen arbeitenden Institut zum Schutz der Verfassung. Zum ande-

ren mit einem verkleinerten Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr, das mit

rechtsstaatskonformen nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Auf-

gaben arbeitet.

104

Rechtsextremismus bekämpfen, Netzwerke zerschlagen

Es gibt mehr als 32.000 Rechtsextremist\*innen in Deutschland, die sich immer stärker vernetzen.

Die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen – auch innerhalb der Sicherheitsbehörden

– muss Priorität für alle Sicherheitsorgane haben. Dazu braucht es ein Bündel aus Prävention,

Schutz- und Sanktionsmaßnahmen. Durch eine bundesweit vernetzte Präventionsstrategie wol-

len wir die Präventionsarbeit massiv ausbauen. Die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechts-

extremismus soll strukturell und langfristig durch ein Demokratiefördergesetz gefördert werden.

Wir werden unabhängige wissenschaftliche Studien zu Rassismus und Rechtsextremismus in den

verschiedenen Sicherheitsbehörden initiieren, Hassgewalt erfassen und konsequent verfolgen.

Die Mordserie des rechtsterroristischen NSU sowie andere rassistische und rechtsextremistische

Terrorakte in Deutschland sind nach wie vor nicht vollständig aufgearbeitet. Deshalb richten wir

nach dem Vorbild der Stasi-Unterlagen-Behörde ein NSU-Archiv ein, in dem auch die Ergebnis-

se der 13 parlamentarischen Untersuchungsausschüsse ausgewertet werden und langfristig für

Wissenschaftler\*innen, Journalist\*innen und die Zivilgesellschaft zugänglich sind.

Vor Terrorismus schützen

Jede Form politisch motivierter Gewalt gefährdet unseren Rechtsstaat. Insbesondere durch

Terrorismus von gewaltbereiten Rechtsextremist\*innen und Islamist\*innen ist die innere Si-

cherheit in Deutschland bedroht. Um die offene Gesellschaft, unsere Demokratie und die Men-

schen zu schützen, müssen wir Terror entschieden bekämpfen – durch Prävention, bessere

Vernetzung der Sicherheitsbehörden und eine konsequente Überwachung von sogenannten

Gefährder\*innen. Dazu braucht es eine europäisch abgestimmte Definition des Gefährderbe-

griffs. Gefährder\*innen müssen engmaschig überwacht werden. Ziel ist, dass gegenüber Ge-

fährder\*innen offene Haftbefehle konsequent vollstreckt und laufende Verfahren über Länder-

grenzen hinweg zusammengezogen werden. Die Kooperation und Kommunikation zwischen

den Sicherheitsbehörden auch über Ländergrenzen muss reformiert werden, wozu die Schaf-

fung rechtlicher Grundlagen für die Terrorabwehrzentren GTAZ und GETZ gehört. Aussteiger-

programme für Menschen aus rechtsextremistischen und islamistischen Szene werden wir

ausbauen. Es braucht ein bundeseinheitliches, professionalisiertes Präventions- und Deradi-

kalisierungsnetzwerk analog zu den zivilgesellschaftlichen Trägern, die sich bereits besser als

die politischen Ebenen in Bund und Ländern vernetzt haben. Prävention und Deradikalisierung

in Haftanstalten wollen wir stärken. Um Attentate zu erschweren, werden wir illegalen Waffen-

handel, auch und gerade auf Online-Marktplätzen, verstärkt verfolgen. Den privaten Waffenbe-

sitz tödlicher Schusswaffen wollen wir weitestgehend beenden.

Schutz für Whistleblower

Abgasmanipulationen, Missstände in Pflegeeinrichtungen, der Verkauf von Facebook-Nutzer-

daten – kaum einer der großen Wirtschaftsskandale der vergangenen Jahre wäre ohne die

Hinweise aus den Unternehmen überhaupt an die Öffentlichkeit gelangt. Missstände bis hin

105

zu kriminellen Aktivitäten in Unternehmen und Behörden brauchen mutige Menschen, die sie

ans Licht bringen. Diese „Whistleblower“ müssen im Interesse von uns allen besser vor Repres-

salien und gesundheitlichen, finanziellen und sozialen Folgen ihrer Meldung geschützt wer-

den. Das werden wir mit einem Hinweisgeberschutzgesetz, das die EU-Whistleblower-Richtli-

nie ambitioniert und umfassend in nationales Recht umsetzt, erreichen. Darin festgeschrieben

sind ein zweistufiges Meldeverfahren sowie ein Entschädigungsfonds, mit dem das persönli-

che Risiko minimiert wird. Die Furcht vor einem ökonomischen und persönlichen Schaden als

Hemmnis für eine Hinweisgabe soll so abgebaut und potenzielle Hinweisgeber\*innen sollen

ermutigt werden.

Zielgerichtete Abwehr konkreter Gefahren

Ein starker, demokratischer Rechtsstaat kann gleichzeitig Sicherheit gewährleisten und Frei-

heit bewahren. Wir stehen für eine rationale Sicherheits- und Kriminalpolitik, die konkrete Ge-

fahren anlassbezogen und zielgerichtet abwehrt, statt die Bevölkerung mit pauschaler Mas-

senüberwachung unter Generalverdacht zu stellen. Zukünftige Sicherheitsgesetze müssen auf

valider Empirie beruhen und verfassungsrechtliche Vorgaben zwingend beachten. Statt pau-

schaler, anlassloser Vorratsdatenspeicherung und genereller Backdoors für Sicherheitsbehör-

den oder Staatstrojaner für Geheimdienste wollen wir es der Polizei ermöglichen, technische

Geräte anhand einer rechtsstaatlich ausgestalteten Quellen-TKÜ zielgerichtet zu infiltrieren.

Zudem soll eine Meldepflicht für Sicherheitslücken eingeführt werden.

Wir garantieren den Rechtsstaat und

stärken den Verbraucherschutz

Konsequent gegen Korruption

Korruption, Steuerhinterziehung, Geldwäsche oder Manipulationen im Finanzmarkt sind

Rechtsverstöße, die verheerende Auswirkungen auf den Wettbewerb und den freien Markt,

für Umwelt und Menschen(rechte) haben können. Wirtschaftsstraftaten machen einen Groß-

teil der polizeilich erfassten finanziellen Schädigungen aus. Bei Rechtsverstößen werden wir

Unternehmen deshalb künftig wirksamer zur Rechenschaft ziehen. Ziel ist, die bereits verstreut

bestehenden Regelungen in einem eigenständigen Gesetz gegen Wirtschaftskriminalität zu-

sammenzufassen und zu ergänzen. Um zu verhindern, dass Rechtsverstöße von Unternehmen

wegen organisierter Unverantwortlichkeit nicht geahndet werden können, soll künftig auch

an das Organisationsverschulden angeknüpft werden können. Die Pflicht zum Nachweis der

106

legalen Herkunft großer Zahlungen wollen wir verstärken. Sanktionen müssen gemäß den EU-

Vorgaben wirksam, angemessen und abschreckend sein, zum Beispiel indem unrechtmäßiger

Gewinn bei der Abschöpfung geschätzt werden darf. Den Sanktionskatalog wollen wir um wei-

tere Maßnahmen wie den Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge, die Schadenswie-

dergutmachung sowie verpflichtende Vorkehrungen für Unternehmen zur Verhinderung von

Straftaten erweitern und ein öffentliches Sanktionsregister einführen.

Rechtsschutz für jeden, Sammelklagen einführen

Menschen müssen ihr Recht auch gegenüber wirtschaftlich Stärkeren wirksam durchsetzen

können, zum Beispiel in Fällen wie dem Diesel-Abgas-Betrug. Dazu führen wir die Sammel-

klage (Gruppenklage) ein, damit Menschen auch bei kleineren, aber massenhaft auftretenden

Schäden effektiv zu ihrem Recht kommen und zum Beispiel Schadensersatz bekommen. Die

bisher eingeführten kollektiven Klageverfahren wie die Musterfeststellungsklage, die nur Ver-

braucher\*innen zusteht, und das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz sind unzureichend.

Die immer beliebtere Rechtsdurchsetzung durch Legal-Tech-Unternehmen stellt andererseits

eine Belastung für die Justiz dar, da alle Fälle einzeln entschieden werden. Den kollektiven

Rechtsschutz wollen wir deshalb verallgemeinert und vereinheitlicht in die Zivilprozessord-

nung integrieren und die Bündelung individueller Ansprüche im Rahmen einer Gruppenklage

ermöglichen. Für eine bessere Durchsetzung des Rechts sollen die Zugangsschranken gesenkt

und die Verfahren vereinfacht werden. Die Verbandsklage-Richtlinie der EU setzen wir zügig in

nationales Recht um.

Kinderschutz vor Gericht verbessern

In familienrechtlichen Verfahren werden Entscheidungen getroffen, die erhebliche Auswirkun-

gen auf das weitere Leben von Kindern und ihre Familien haben können. Es gilt den Kinder-

schutz vor Gericht zu stärken. Wir machen einerseits die Fortbildungen für Familienrichter\*in-

nen verbindlich und werden diese andererseits bei ihrem Arbeitspensum berücksichtigen.

Auch in Kindschaftssachen wollen wir die Rechtsbeschwerdemöglichkeit zum Bundesgerichts-

hof herstellen. In Strafverfahren wollen wir die Opferrechte von Kindern weiter stärken. Mehr-

fache Vernehmungen müssen vermieden und die Befragungen kindgerecht ausgestaltet sein.

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder muss konsequent aufgeklärt und verfolgt werden, vor allem

durch mehr – insbesondere auch auf Internetkriminalität spezialisiertes – Personal bei Polizei

und Staatsanwaltschaften.

Online-Kündigung mit nur einem Klick

Online-Verträge kann man mit einem Klick abschließen, während man für die Kündigung häu-

fig zu Telefon oder Briefbogen greifen muss. Auch lange Mindestlaufzeiten und automatische

Vertragsverlängerungen um ein Jahr sind alles andere als verbraucherfreundlich. Wir wollen

107

Verbraucher\*innen vor Vertragsfallen schützen und durchsetzen, dass die Online-Kündigung

so einfach ist wie die Online-Bestellung. So wie es einen Bestellbutton gibt, muss es auch

einen Kündigungsbutton geben sowie eine verpflichtende Eingangsbestätigung für Online-

/E-Mail-Kündigungen. Vertragslaufzeiten und automatische Verlängerungen müssen verkürzt

werden – zugunsten des Verbraucherschutzes und des Wettbewerbs. Wir wollen die maximale

Mindestlaufzeit von Verträgen von zwei Jahren halbieren und die stillschweigende Vertrags-

verlängerung von einem Jahr auf einen Monat verkürzen.

Ein Recht auf Reparatur

Von der Waschmaschine bis zum Handy – viele Geräte landen schon nach kurzer Zeit auf dem

Müll, weil sie schnell kaputtgehen, nicht reparierbar sind oder keine Software-Updates mehr

angeboten werden. Das ärgert die Verbraucher\*innen, es verschwendet wertvolle Ressourcen

und verursacht Berge von Elektroschrott. Wir setzen stattdessen auf Qualität und Langlebig-

keit. Durch ein Recht auf Reparatur wollen wir Elektroschrott von vornherein vermeiden. Die

Grundlage dafür sind verbindliche Designvorgaben, damit elektronische Geräte so gestaltet

sind, dass sie möglichst langlebig, reparierbar und recyclingfähig sind. Durch die Verdopplung

der Gewährleistungsfristen auf vier Jahre und eine Angabe der vom Hersteller vorgesehenen

Lebensdauer wollen wir erreichen, dass Geräte für eine längere Lebensdauer gebaut werden.

So werden wir die Spielräume der EU-Vorgaben voll ausschöpfen und uns gleichzeitig für mehr

Verbraucherschutz in der EU engagieren.

Finanzberatung im Interesse der Kund\*innen

Häufig werden Kund\*innen Finanzprodukte angedreht, die für sie zu teuer, zu riskant oder

schlicht ungeeignet sind. Diese Produkte sind häufig gut für die Gewinne der Banken und Ver-

sicherungen, aber schlecht für die Kund\*innen. Wir wollen die Finanzberatung vom Kopf auf

die Füße stellen. Dafür schaffen wir ein einheitliches und transparentes Berufsbild für Finanz-

berater\*innen. Alle Vermittler\*innen und Berater\*innen sollen künftig von der BaFin beaufsich-

tigt werden. Wir wollen weg von der Provisionsberatung und schrittweise zu einer unabhän-

gigen Honorarberatung übergehen. Dafür schaffen wir eine gesetzliche Honorarordnung, die

Finanzberater\*innen stärkt und unabhängiger macht. Die Finanzaufsicht soll von der Möglich-

keit, den Vertrieb von schädlichen und irreführenden Finanzprodukten zu untersagen, stärker

als bisher Gebrauch machen. Überhöhte Dispozinsen und Gebühren für das Basiskonto werden

wir begrenzen.

108

Wir fördern die Kultur, die Künste und

den Sport

Krisenfeste Strukturen für die Kultur

Kultur ist frei und muss keinen Zweck erfüllen. Sie ist gleichzeitig von zentraler Bedeutung für

die Selbstreflexion der Gesellschaft, den Zusammenhalt und die Persönlichkeitsbildung der

Einzelnen. Wir wollen, dass die Kulturlandschaft nach der Pandemie mit ihren monatelangen

Schließungen zu neuer Lebendigkeit, Vielfalt und Reichhaltigkeit findet und Kultur und kul-

turelle Bildung endlich selbstverständlicher Teil der Daseinsvorsorge werden. Eine nachhalti-

ge (Wiederaufbau-)Strategie muss die Kommunalfinanzen als eine wichtige Grundlage für das

Kulturleben stärken, das Zuwendungsrecht reformieren, mehr Kooperationen zwischen Bund,

Ländern und Kommunen bei der Finanzierung von Kultureinrichtungen und -projekten ermög-

lichen sowie einen Fonds zum Schutz von Kultureinrichtungen vor Verdrängung und Abriss

einrichten, der Kulturorte langfristig absichert. Die öffentliche Kulturförderung soll künftig

partizipativ, geschlechtergerecht, abgestimmt und nach transparenten Kriterien angelegt sein.

Kulturschaffende und Kreative besser absichern

Die Corona-Krise zeigt, unter welch prekären Bedingungen viele Kultur- und Medienschaffende ar-

beiten. Für eine vielfältige Kulturlandschaft braucht es eine Absicherung, die Freiräume bietet und

künstlerisches und kreatives Schaffen ermöglicht. Kulturschaffende sollen für die Zeit der Corona-

Krise mit einem Existenzgeld von 1.200 Euro im Monat abgesichert werden. Die Künstlersozialkas-

se (KSK) muss finanziell gestärkt, Rechtssicherheit für die Mitgliedschaft in der KSK geschaffen und

die freiwillige Weiterversicherung für Selbständige in der Arbeitslosenversicherung vereinfacht

werden. Bei kulturellen Werken muss für Urheber\*innen eine angemessene Vergütung sicherge-

stellt werden. Eine angemessene Beteiligung insbesondere an den Gewinnen der Vertriebsplatt-

formen sorgt dafür, dass Kultur- und Medienschaffende weiter an ihren Werken verdienen können.

Kultur in der Gesellschaft

Aktives Kulturleben ist die Basis von demokratischen Gesellschaften. Hier findet die Auseinan-

dersetzung darüber statt, wie wir leben wollen. Deshalb muss die Gesellschaft in ihrer ganzen

Vielfalt im Kulturschaffen sichtbar sein. Wir wollen Kultureinrichtungen öffnen und stärken,

damit jede\*r einfachen Zugang zu ihnen hat und ihre Angebote nutzen und gestalten kann. Be-

stehende soziale, finanzielle oder bauliche Hürden müssen dafür abgebaut werden, etwa durch

den kostenlosen Eintritt für Schüler\*innen in staatlichen Museen oder durch die Sonntagsöff-

nung von öffentlichen Bibliotheken. Wir wollen gerade solche Kulturangebote kontinuierlich

und flächendeckend fördern, die die Situation und die Bedürfnisse in ihrer Stadt oder ihrer Ge-

109

meinde mitdenken und das als ihre zentrale Zukunftsaufgabe verstehen. In ländlichen Regio-

nen, aber auch in urbanen Zentren sollen Kultureinrichtungen Knotenpunkte von Begegnun-

gen und zu sogenannten „Dritten Orten“ werden, die auch Menschen einen Zugang zu Kultur

ermöglichen, die davon bislang wenig profitieren. Bei der Besetzung von Intendanzen, bei der

Zusammensetzung von staatlich geförderten Kulturbetrieben, bei der Vergabe von Stipendien

und Werksaufträgen und bei staatlichen Jurys wollen wir eine Quotenregelung einführen, um

Geschlechtergerechtigkeit zu gewährleisten. Zudem muss auf angemessene Repräsentanz der

vielfältigen Gesellschaft geachtet werden. Themen wie Nachhaltigkeit, Diversität und Teilhabe

müssen fester Bestandteil der Ausbildung zu Kulturberufen sein.

Den Kulturbetrieb ökologischer machen

Der Kulturbetrieb und die Künste können eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Klimakri-

se spielen. Auch gibt es viele Initiativen und Akteur\*innen, die mit viel Einsatz versuchen, ressour-

censchonender zu arbeiten und den Kulturbetrieb ökologisch auszurichten. Wir werden das öko-

logische Engagement im Kulturbetrieb nachhaltig unterstützen. Dafür werden wir einen „Green

Culture Fonds“ als Förderinstrument einrichten. Antragsberechtigt sind öffentlich geförderte Ein-

richtungen und Projekte sowie private Akteur\*innen der Kultur- und Kreativwirtschaft und der

freien Szene. Auch beim Film sollen Förderinstitutionen und -maßnahmen künftig klare Anreize

für eine nachhaltige Produktion schaffen. Doch auch gerade Künstler\*innen geben neben Wissen-

schaftler\*innen und Akteur\*innen der Zivilgesellschaft Impulse für die nachhaltige Transformation.

Erinnerungskultur stärken und öffnen

Erinnerungskultur trägt entscheidend zur Selbstverständigung und zum Zusammenhalt bei

und ist eine grundlegende Voraussetzung für den Schutz unserer Demokratie. Doch noch im-

mer gibt es Leerstellen in der Aufarbeitung der deutschen Verbrechensgeschichte. Der Na-

tionalsozialismus muss weiter konsequent aufgearbeitet und bisher wenig beachtete Opfer-

gruppen wie die sogenannten „Asozialen“, „Berufsverbrecher“ und „Euthanasie“-Opfer sollen

durch eine angemessene Entschädigung anerkannt werden. Die finanzielle Förderung von For-

schungsarbeiten, die Weiterentwicklung der pädagogischen und wissenschaftlichen Arbeit der

Gedenkstätten sowie die weitere Aufarbeitung und Rückgabe von NS-Raubkunst stehen dabei

im Mittelpunkt. Auch die DDR-Diktatur soll durch die Fortsetzung der Forschung und der poli-

tischen Bildungsarbeit an den Außenstellen des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

weiter aufgearbeitet werden. Wir werden die Kontinuitäten des Kolonialismus ins Bewusstsein

rücken durch eine zentrale Erinnerungs- und Lernstätte und so eine breite gesellschaftliche

Debatte über unser koloniales Erbe fördern, die sich nicht allein auf die Rückgabe von Kultur-

gütern beschränkt, sondern eine antirassistische Perspektive auf Geschichte und Gesellschaft

ermöglicht. Gleichzeitig muss sich die deutsche Erinnerungskultur für die Erfahrungen und

Geschichten der Menschen öffnen, die nach Deutschland eingewandert sind, und das Gedenk-

stättenkonzept entsprechend weiterentwickelt werden.

110

Ein Entwicklungsplan für den Sport

Im Sport, dem größten Träger der organisierten Zivilgesellschaft und des freiwilligen Enga-

gements, werden täglich demokratische Werte wie Gemeinsamkeit, Toleranz, Integration, In-

klusion, Engagement und Gesundheitsprävention gelebt und vermittelt. Damit übernimmt der

Sport eine herausragende Rolle für das gesellschaftliche Zusammenleben. Dies werden wir

fördern und bessere Rahmenbedingungen schaffen. Wir wollen Ideen und Energien bündeln

und zusammen mit den Sportverbänden, Ländern, Kommunen und der Wissenschaft einen Ent-

wicklungsplan Sport erarbeiten und umsetzen – ähnlich dem Goldenen Plan aus den 1960ern.

Ein besonderer Fokus muss dabei vor allem auf strukturschwachen Regionen, gerade in Ost-

deutschland, liegen, denn die Diskrepanz zwischen Ost und West ist beim Breitensport auch 30

Jahre nach der friedlichen Revolution ein Problem. Ausreichend vorhandene und barrierefreie

Sportstätten und Bewegungsräume zählen in Städten und ländlichen Räumen zur Daseins-

vorsorge, deshalb wollen wir, dass Bewegungs- und Sportflächen in der Wohnungsbaupolitik

und Quartiersplanung fest verankert und die bestehenden saniert werden. Dazu gehören auch

insbesondere Schwimmsportstätten, denn unser Anspruch ist, dass jedes Kind schwimmen ler-

nen kann. Das wollen wir mit einem Bundesprogramm zur Sanierung und Instandsetzung von

Schwimmstätten erreichen. Sportgroßveranstaltungen sollen klimaneutral, sozial und nach-

haltig ermöglicht werden, so dass sie auch einen bleibenden Infrastrukturgewinn für die Bür-

ger\*innen vor Ort schaffen. Dafür braucht es eine bundesweit einheitliche und föderal abge-

stimmte Gesamtstrategie, bei der von Beginn an Bürger\*innenbeteiligung Teil der Planung ist.

Spitzensport braucht Breitensport

Ein starker Breitensport braucht Vorbilder. Im Spitzen- und Profisport muss es um die best-

mögliche Förderung von Talenten gehen, nicht um den größten Gewinn für Funktionär\*innen.

Deshalb wollen wir bei der Förderung des Spitzensports die Bedingungen und Perspektiven

für Leistungssportler\*innen in den Mittelpunkt stellen. Bei der Doping-Prävention und im An-

ti-Doping-Kampf stärken wir die NADA, und auf internationaler Ebene setzen wir uns für eine

Athlet\*innenvertretung bei der WADA ein sowie dafür, dass diese künftig unabhängig vom IOC

finanziert wird. Auch Korruptionsskandale auf höchster Ebene der Sportfunktionär\*innen so-

wie die zunehmende Kommerzialisierung bedrohen den Spitzensport. Gerade beim Fußball

gilt es den Sport den Fans zurückzugeben. Deswegen sollen Transparenz und Good Gover-

nance auch im Sport vorangetrieben werden. Gegen Rechtsextremismus und andere Formen

gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Sport gehen wir mit einem finanziell starken

Bundesprogramm vor, das von einer unabhängigen Stelle beraten wird. Wir schützen die Bür-

ger\*innenrechte von Fans und diese vor ausufernden Datensammlungen und Kollektivstrafen.

111

Wir bauen Europa weiter

Die Zukunft der EU gestalten

Wir sehen Deutschland in einer zentralen Verantwortung für den Zusammenhalt und die Fort-

entwicklung der EU. Zuletzt aber wurde von Berlin aus bestenfalls verwaltet, oftmals gebremst.

Wir wollen die Europapolitik wieder aktiv gestalten – mit klarem Wertekompass, entlang einer

starken deutsch-französischen Zusammenarbeit und im Zusammenspiel mit unseren europäi-

schen Partner\*innen. Unser Ziel ist eine EU, die zusammenhält und voranschreitet. In manchen

Bereichen kommen wir nur mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten voran, aber die verstärk-

te Zusammenarbeit muss stets im Rahmen der Verträge und im Bestreben, dass sich letztlich

alle anschließen, erfolgen. In den kommenden zwei Jahren bietet die „Konferenz zur Zukunft

der EU“ eine große Chance, gemeinschaftlich mit den Bürger\*innen Reformen der EU zu entwi-

ckeln. Wir wollen sie nutzen für die nächste Phase der europäischen Integration auf dem Weg

zur Föderalen Europäischen Republik und um europäische Antworten auf die großen Heraus-

forderungen zu formulieren. Die Ergebnisse der Konferenz sollen im Rahmen der europäischen

Gesetzgebung bis hin zu Vertragsänderungen umgesetzt werden.

Europäisches Parlament stärken

Die Geschichte der EU ist eine Geschichte zunehmender Legitimität der europäischen Insti-

tutionen. Unser Ziel ist, die europäische parlamentarische Demokratie zu stärken: mit einem

Parlament, das in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheidet, ein vollwertiges

Initiativrecht für die Gesetzgebung und ein starkes Haushaltsrecht erhält. Es soll die Kommis-

sion auf Vorschlag des Kommissions-Präsidenten bzw. der Kommissions-Präsidentin wählen

sowie durch ein konstruktives Misstrauensvotum entlassen können. Für die Wahlen zum Euro-

päischen Parlament setzen wir uns dafür ein, dass die Bürger\*innen mit ihrer Stimme für einen

Spitzenkandidaten bzw. eine Spitzenkandidatin der Parteien auch die/den nächste\*n Präsi-

dent\*in der EU-Kommission bestimmen. Ein Teil der Abgeordneten soll zukünftig nicht mehr

über viele nationale Listen ins Europaparlament einziehen, sondern über wirklich europäische,

transnationale Listen.

Ein europäisches Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht

Zum europäischen Gemeinwesen gehört das Zusammenwachsen der Zivilgesellschaften. Des-

halb setzen wir uns für ein europäisches Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht ein. Ein euro-

päischer Vereinsstatus mit klaren Regeln zu Gründung, Gemeinnützigkeit und Auflösung würde

europäische Vereine dem Schutz der EU unterstellen und nationaler Willkür entziehen. Zu-

dem wollen wir die Europäische Bürgerinitiative als zentrales Instrument der Teilhabe der Bür-

ger\*innen und der Zivilgesellschaft stärken. So sollen Bürger\*innen auch eine Reform der Ver-

112

träge oder die Einberufung eines Bürger\*innenrates fordern können. Ist eine Bürgerinitiative

erfolgreich, sollte spätestens nach einem Jahr und einer Prüfung auf Vereinbarkeit mit den

EU-Grundrechten ein Gesetzesvorschlag folgen und im Europaparlament eine Plenumsabstim-

mung über das Ziel der Initiative stattfinden.

Mit Mehrheitsentscheidungen Blockaden auflösen

Europa braucht mehr Handlungsfähigkeit, um auf Augenhöhe mit den heutigen Herausforde-

rungen voranzukommen. Blockaden durch einzelne Staaten in Bereichen wie der Außen- und

Sicherheitspolitik und in Steuerfragen oder auch bei Energie und Sozialem können wir uns

nicht länger leisten. Solange nationale Einzelinteressen das europäische Gemeinwohl aus-

bremsen können, wird die EU keine aktivere Rolle etwa für mehr Steuergerechtigkeit oder

mehr Verantwortung für Demokratie und Menschenrechte in der Welt übernehmen können.

Darum setzen wir uns dafür ein, für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch im

Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen in Mitentscheidung des

Europäischen Parlaments einzuführen. Das ist auch deshalb wichtig, um bei weiteren Erwei-

terungsrunden der EU deren Handlungsfähigkeit zu sichern. Unser langfristiges Ziel ist es, die

europäischen Institutionen zu einem Zweikammersystem weiterzuentwickeln.

Einflussnahme auf EU-Gesetzgebung transparent machen

Mehr Transparenz stärkt die europäische Demokratie und das Vertrauen der Bürger\*innen in

Politik. Um nachvollziehbar zu machen, wofür die Regierungen der Mitgliedstaaten in Brüs-

sel eintreten, setzen wir uns für Fristen im Rahmen der Gesetzgebung ein, bis zu denen eine

öffentliche Debatte im Rat stattgefunden haben muss. Dabei müssen alle Regierungen ihre

aktuelle Position zum Vorschlag der Ratspräsidentschaft vorlegen. Auch den Zugang zu EU-

Dokumenten wollen wir substanziell weiterentwickeln. Die EU arbeitet bei Interessensvertre-

ter\*innen bereits transparenter als der Bundestag. Wir wollen weitere Schritte gehen – mit

einem verbindlichen Lobbyregister für alle EU-Institutionen, strikteren Karenzzeiten beim

Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft und einem „legislativen Fußabdruck“, durch den die

Einflussnahme auf Gesetzgebung überprüfbarer wird, kontrolliert durch eine unabhängige

Ethikbehörde, die Sanktionen verhängen kann.

Europäische Grundrechte einklagbar machen

Die EU ist eine Gemeinschaft der Werte und des Rechts. Wir wollen die EU-Grundrechtecharta

langfristig gegenüber den Nationalstaaten einklagbar machen, um so alle EU-Bürger\*innen in

ihren Rechten zu stärken. Mit dem EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und

Grundrechte setzen wir uns für ein stärkeres Instrument ein, um Verstöße autoritärer Mitglied-

staaten zu sanktionieren. Aus dem jährlichen Rechtsstaatlichkeitsbericht sollen konkrete Maß-

nahmen bis hin zu Vertragsverletzungsverfahren und der Nichtauszahlung von Subventionen

folgen. Kommunen und Regionen sowie Nichtregierungsorganisationen sollen dann direkt von

113

der EU gefördert werden. Bei den Artikel-7-Verfahren zur Rechtsstaatlichkeit braucht es subs-

tanzielle Fortschritte. Alle Mitgliedstaaten sollen sich der Europäischen Staatsanwaltschaft

anschließen, wenn sie neue EU-Gelder erhalten wollen.

Eine öffentlich-rechtliche Medienplattform in Europa

Ein zusammenwachsendes Europa braucht eigene, öffentliche Orte, an denen seine Bürger\*in-

nen zusammenkommen können, um sich zu informieren, zu partizipieren, sich zu unterhalten

und politisch zu diskutieren. Wenn überhaupt, kommen dafür bislang nur kommerziell betrie-

bene, digitale Plattformen in Frage. Als zeitgemäße Antwort setzen wir uns darum für eine eu-

ropäische, digitale Plattform in öffentlicher Hand ein. Sie bündelt europaweit qualitativ hoch-

wertige Inhalte – werbefrei, offen und multilingual. Unter hohen Datenschutzstandards soll

sie darüber hinaus als Kommunikationsplattform dienen. Die Grundlage bildet ein öffentlich-

rechtlicher Auftrag, sie arbeitet zusammen mit den nationalen öffentlichen Rundfunkanstalten

und frei von politischer Einflussnahme.

Europa der Kommunen und Regionen

Eine demokratische, vielfältige und bürger\*innennahe EU lebt von der Stärke der Kommunen

und Regionen. Getreu dem Subsidiaritätsprinzip soll Europa da unterstützen, wo Kommunen

an ihre Grenzen stoßen – aber nicht jeden Lebensbereich regulieren. Die Wettbewerbsregeln

des Binnenmarkts dürfen Kommunen nicht zur Privatisierung öffentlicher Güter zwingen. In

EU-Handelsabkommen braucht es Ausnahmen für die kommunale Daseinsvorsorge sowie für

öffentliche und soziale Dienstleistungen. Für mehr europaweite Kooperation wollen wir Städ-

tepartnerschaften stärken, INTERREG-Programme für grenzüberschreitende Zusammenarbeit

ausweiten und Euregios und Eurodistrikte durch weniger Bürokratie und mehr Flexibilität för-

dern. Kommunen und Regionen brauchen mehr Mitsprache auf europäischer Ebene, unter an-

derem über einen gestärkten Ausschuss der Regionen. Bei Gestaltung und Vergabe von Förder-

programmen setzen wir auf das Partnerschaftsprinzip.

114Kapitel 6

INTERNATIONAL

ZUSAMMENARBEITEN

Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global: Pandemien, die Klimakrise, Hunger, Mig-

ration und die sozial-ökologische Transformation als besondere Aufgabe. Wir können sie nur ge-

meinsam meistern. Jahrelang hat Deutschland in Europa und der Welt aber allenfalls moderiert,

oft gezögert, ist abgetaucht. Es ist Zeit, wieder eine aktive Außenpolitik zu betreiben und als ge-

staltende Kraft voranzugehen im Sinne einer multilateralen und vorsorgenden, einer kohärenten

und wertegeleiteten Politik – stets europäisch und entlang einer verlässlichen deutsch-französi-

schen Zusammenarbeit, transatlantisch und im Rahmen der Vereinten Nationen.

Gestützt auf die Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, das Pariser Kli-

maabkommen und die rechtebasierte internationale Ordnung setzen wir uns für eine globale

Strukturpolitik ein, die den Schutz öffentlicher Güter, eine gerechte Ressourcenverteilung sowie

Entwicklungschancen für alle als beste Vorsorge gegen Konflikte, Gewalt oder das unermessliche

Leid von Flucht und Vertreibung begreift.

Ausgangspunkt unserer Politik ist eine gestärkte und handlungsfähige Europäische Union. Die

Werte, auf denen sie gründet, wollen wir nach innen verteidigen und nach außen beherzt vertre-

ten: Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Die EU als Friedensmacht ist

nicht nur Antwort auf eine lange und schmerzvolle Geschichte von Kriegen und Feindseligkeiten

auf unserem Kontinent, exportiert in die ganze Welt, sondern vor allem ein Zukunftsversprechen,

das es einzulösen gilt. Sie ist unser schützenswertes und einmaliges Zuhause. Gerade weil wir

überzeugte Europäer\*innen sind, streiten wir für ihre stetige Fortentwicklung. Wir arbeiten für

eine europäische Wertegemeinschaft, die ihre Abhängigkeit von Dritten in kritischen Bereichen

ab- und ihre strategische Souveränität ausbaut – in einem Gleichgewicht von Kooperation, wo

möglich, und Eigenständigkeit, wo nötig. Nur eine handlungsfähige und krisenfeste EU ist in der

Lage, kritische Infrastruktur und öffentliche Güter zu schützen, global für das Völkerrecht und die

universalen Menschenrechte einzustehen. Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU

wirtschaftlich erheblichen Einfluss. Diesen Hebel wollen wir nutzen, um die globale Transforma-

tion gerecht zu gestalten und ambitionierte Standards zu setzen.

Der erheblichen Widerstände und Dilemmata, die das bedeutet, sind wir uns bewusst. Das autori-

täre Hegemonialstreben einer chinesischen Regierung, das Menschen- und Bürger\*innenrechte

systematisch aushebelt, zwingt Staaten nicht nur in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit,

sondern spaltet auch Europa. Zugleich wird eine globale sozial-ökologische Transformation ohne

115China, auch ohne Russland oder Brasilien, nicht möglich sein. Das allein zeigt: Der Systemwett-

bewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen ist real, lässt bisweilen nur die Wahl zwischen

Regen oder Traufe – und stellt uns vor derart beachtliche Aufgaben, dass jede Form des Allein-

gangs zum Scheitern verurteilt wäre.

Wir können die vielen Widersprüche und Grenzen außen-, entwicklungs- und sicherheitspoliti-

schen Handelns nicht auflösen. Die Verteidigung von Menschenrechten, Demokratie und das kla-

re Bekenntnis zu Freiheitsbewegungen führen an die Grenzen politischer Handlungsfähigkeit.

Wir können uns aber dieser Verantwortung nicht entziehen. Umso zentraler ist europäische Ko-

härenz und sind politische Bündnisse mit allen anderen Staaten, aber gerade auch Regionen und

zivilgesellschaftlichen oder zwischenstaatlichen Akteuren, für die der Wert von Kooperation und

die Stärke des Rechts ebenfalls Grundlage internationaler Beziehungen sind. Diese Bündnisse

wollen wir selbstbewusst mitgestalten. Souverän sind wir nur gemeinsam.

Wir setzen auf den ehrlichen Interessensausgleich, die Achtung der Rechte marginalisierter

Gruppen, auf Zusammenarbeit und Rechtsstaatlichkeit, auf Konfliktprävention und regelbasierte

Konfliktbearbeitung in einer eng vernetzten Welt. Unser Ziel ist eine Weltordnung, in der Kon-

flikte nicht über das Recht des Stärkeren, sondern am Verhandlungstisch gelöst werden. Und wir

reichen allen die Hand, die daran teilhaben wollen. All das tun wir im Wissen um Deutschlands

Verantwortung in der Welt und im Bewusstsein um die Verbrechen des Nationalsozialismus.

Als hochentwickelter und exportorientierter Industriestaat gehört Deutschland zu den Haupt-

verursachern globaler Erwärmung und agiert als entscheidender Player einer Globalisierung, die

eben nicht nur Wohlstand und Entwicklung bedeutet, sondern auch zu Ausbeutung von Mensch

und Umwelt führt. Diese Verantwortung verstehen wir als Antrieb für ambitionierte Veränderung

und entschiedenes Handeln mit dem Ziel globaler Gerechtigkeit und setzen dafür bei uns selbst

an.

Das bedeutet auch: Wir fordern die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte nicht nur

von anderen ein, sondern messen uns selbst daran. Menschenrechte sind völkerrechtliche Pflicht

und unverrückbare Grundlage einer wertegeleiteten internationalen Politik. „Alle Menschen sind

frei und gleich an Würde und Rechten geboren“: Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Men-

schenrechte ist Leitbild unseres Engagements – auch in der europäischen Flüchtlingspolitik. Sie

ist das große Versagen Europas. In keinem anderen Bereich scheitern die europäischen Regierun-

gen derart an den eigenen Ansprüchen von Moral, Menschenrechten und internationalem Recht.

Das Versagen ist zugleich global: Nirgends auf der Welt wird Flucht angemessen und nach klaren,

menschenrechtsbasierten Prinzipien begegnet. Diese Regeln aber gibt es, ebenso wie es immer

wieder Momente in unserer Geschichte gab, da nach ihnen gehandelt wurde. Hier wollen wir an-

knüpfen und – wenn nicht gesamteuropäisch, dann in einer humanitären Koalition der Willigen

innerhalb und außerhalb der EU – einen Paradigmenwechsel hin zur konsequenten Vorbeugung

gegen Fluchtursachen und zu einem menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten vorantreiben.

Wir setzen auf Rationalität und Handlungswillen, auf Humanität und Verantwortung – und auf

den unerlässlichen Pragmatismus der Nothilfe.

Die Größe und Komplexität der internationalen Herausforderungen, die da vor uns liegen, sollte

Messlatte unseres außenpolitischen Handelns sein. Die globalen Aufgaben sind erheblich. Wa-

gen wir die entsprechenden Antworten.

116

Wir treiben die sozial-ökologische

Transformation voran

Schubkraft für globale Transformation

Mehr denn je bedrohen Klimaveränderungen und der Verlust von Artenvielfalt menschliche

Sicherheit und Freiheit sowie die nachhaltige Entwicklung – überall auf der Welt. Die Zeit

drängt. Darum braucht es in den nächsten Jahren einen energischen Schub für eine sozial-öko-

logische Transformation. Die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 und des Kli-

maabkommens von Paris waren ein Aufbruch. Alle Länder sind seitdem verpflichtet, bei sich

zu Hause anzufangen und ihren Beitrag für die gemeinsame Aufgabe zu leisten – schließlich

sind es unsere Entscheidungen in Wirtschaft und Handel, bei Agrar- oder Rüstungsexporten,

die sich weltweit stark auf Klima, Artenschutz und globale Gerechtigkeit auswirken. Wir wollen

alle Politikbereiche in Deutschland auf die Transformation ausrichten und einen Nachhaltig-

keits- und Menschenrechts-TÜV einführen. Es gilt unsere internationalen Zusagen einzuhalten

und die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der ODA-Quote

sowie der internationalen Klimafinanzierung und Biodiversität zu erfüllen. Auch internatio-

nal wollen wir neuen Schwung in die sozial-ökologische Transformation bringen, indem wir

auf eine verbindliche Transformationsquote hinwirken. Wir bündeln die Ausgaben für Entwick-

lungszusammenarbeit, internationale Klimafinanzierung und Teile der humanitären Hilfe, um

eine globale Transformation entlang den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen und

den Pariser Klimazielen zu finanzieren. Deutschlands Beitrag soll die ODA-Quote erfüllen und

bis 2025 8 Milliarden Euro zur internationalen Klimafinanzierung bereitstellen.

Klimaaußenpolitik

Wir verfolgen eine ambitionierte, nachhaltige und menschenrechtskonforme Klimaaußenpoli-

tik. Sie ist klimapolitisch notwendig, kann nachhaltige Entwicklung fördern, Ressourcenkon-

flikten vorbeugen und Frieden sichern. Klimaaußenpolitik kann zu einer Win-win-Situation für

Europa, seine Nachbarn und die Länder des globalen Sonnengürtels führen. Sie bedeutet zum

einen, dass wir Europäer\*innen unseren Bedarf an grüner Energie durch Klimapartnerschaften

decken helfen: grüner Wasserstoff statt Öl- und Gasimporte. Andererseits werden wir so end-

lich unserer historischen Verantwortung gerecht, indem wir Elektrifizierung und Technologie-

transfers insbesondere in afrikanischen Ländern vorantreiben und den massiven Ausbau der

erneuerbaren Energien in diesen Ländern unterstützen. Nur so können wir es schaffen, global

auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Wir stärken die bestehenden Fonds für Klimaanpassung

und Klimaschutz („Adaptation and Mitigation“) und setzen uns dafür ein, dass es auch einen

Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten („Loss and Damage“) gibt. Daraus können

zum Beispiel Klimarisikoversicherungen finanziert werden. Entwicklungs- und Investitionsban-

ken wie die Weltbank sollten zu Transformationsbanken umgebaut werden.

117

Klima- und Umweltschutz schützt Menschenrechte

Der Schutz der Menschenrechte verpflichtet zum Klima- und Umweltschutz, umgekehrt schützt

Klima- und Umweltschutz Menschenrechte. Wir treten für verbindliche Mechanismen zum

Schutz von Menschen ein, die aufgrund von Extremwetterereignissen oder schleichender Um-

weltveränderung ihre Heimat verlassen müssen. Regionale Ansätze, die den Betroffenen eine

selbstbestimmte und würdevolle Migration ermöglichen, unterstützen wir. Zugleich wollen wir

jene Staaten in die Pflicht nehmen, die historisch am meisten zur Erderwärmung beigetragen

haben. Die „Task Force on Displacement“ wollen wir strukturell stärken und setzen uns dafür

ein, dass ihre Empfehlungen ebenso umgesetzt werden wie der Globale Pakt für eine sichere,

geordnete und reguläre Migration sowie der Globale Pakt für Flüchtlinge. Initiativen zur Stär-

kung des Rechtswegs und das Instrument der Klimaklagen unterstützen wir. Die französische

Initiative, das Umweltvölkerrecht zu kodifizieren und zu konsolidieren, greifen wir auf und ma-

chen uns dafür stark, in einem ersten Schritt das Recht auf saubere Umwelt in einer Resolution

der VN-Generalversammlung zu verbriefen.

Armut weltweit bekämpfen

Durch die Corona-Pandemie ist die Armut weltweit dramatisch angestiegen. Armutsbekämp-

fung ist zentrales Ziel unseres internationalen Engagements. Darum setzen wir uns dafür ein,

dass Menschen weltweit sozial abgesichert werden und wollen – gemeinsam mit lokalen Or-

ganisationen und Expert\*innen – zum Aufbau und einer nachhaltigen Stärkung von sozialen

Sicherungssystemen beitragen. In einem ersten Schritt können Menschen in besonders von

Armut betroffenen Regionen durch finanzielle Direkthilfen („social cash transfers“) im Rahmen

der ODA-Mittel abgesichert werden. Grundsätzlich wollen wir, dass soziale Sicherungspro-

gramme die vulnerabelsten Gruppen erreichen – und Geschlechtergerechtigkeit und sozialen

Zusammenhalt fördern.

Wir stärken die multilaterale

Zusammenarbeit

Vereinte Nationen reformieren

Ohne die Vereinten Nationen ist die multilaterale Zusammenarbeit an der sozial-ökologischen

Transformation nicht zu meistern. Ihre Institutionen versorgen überall auf der Welt Millionen

von Geflüchteten, stellen Bildung, Nahrung und Gesundheit zur Verfügung. Sie vermitteln in

118

unzähligen Kriegen und Konflikten und sind der Rahmen, in dem die beiden wichtigsten multi-

lateralen Abkommen der vergangenen Jahre ausgehandelt worden sind: die 2030-Agenda für

nachhaltige Entwicklung und das Pariser Klimaschutzabkommen. Das Engagement Deutsch-

lands und der EU für die Vereinten Nationen werden wir finanziell, personell und diplomatisch

substanziell verstärken, besser koordinieren und internationale Vereinbarungen konsequent in

nationale und europäische Politik umsetzen. So schaffen wir die Voraussetzungen für notwen-

dige Reformen des VN-Systems. Der Sicherheitsrat und andere Organe der Vereinten Nationen

sollten an die Realitäten des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Dabei geht es um eine ge-

rechtere Repräsentation der Regionen im Sicherheitsrat. Das Konzept der Vetomächte ist nicht

mehr zeitgemäß. Wir zielen darauf, dass das Vetorecht langfristig abgeschafft wird. Als Zwi-

schenschritt sollte im Falle von schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein Veto im

Sicherheitsrat mit einer Begründung und einem Alternativvorschlag versehen werden. Wenn

der Sicherheitsrat im Falle von schwersten Menschenrechtsverletzungen anhaltend blockiert

ist, soll die Generalversammlung an seiner Stelle über friedenserzwingende Maßnahmen mit

qualifizierter Mehrheit beschließen.

Resilienz gegen Epidemien erhöhen – WHO stärken

Zum Schutz vor neuen und zur Bekämpfung der alten Krankheiten setzen wir auf verstärkte

internationale Zusammenarbeit und Solidarität unter dem Dach der zu reformierenden Welt-

gesundheitsorganisation als Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Wir wollen die WHO

in ihrer Ausstattung mit deutlich höheren Beiträgen und einem klaren Mandat als koordinie-

rende Organisation der globalen Gesundheit stärken. In der Gruppe der G20 werden wir uns

dafür einsetzen, ihr einen formellen Sitz einzuräumen. Medikamente und Impfstoffe müssen

in allen Ländern erschwinglich und zugänglich sein, das Patentrecht muss entsprechend fle-

xibel sein. Monopole auf geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den

Zugang zu überlebenswichtigen Schutzmaterialien, Impfstoffen und Arzneimitteln nicht ver-

sperren.

50 Prozent Frauen in internationalen Verhandlungen

Wir wollen dem Multilateralismus neue Impulse für mehr Zusammenarbeit geben. Transfor-

mation gelingt nur mit Kooperation, und die gelingt nur durch Einbeziehung der betroffenen

gesellschaftlichen Gruppen. Nach wie vor ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen der

stärkste Indikator dafür. Wir wollen schrittweise für Deutschland und Europa eine 50-Pro-

zent-Quote in allen diplomatischen und multilateralen Verhandlungen, für die Entsendung

in internationale Organisationen sowie auf den Umsetzungsebenen durchsetzen. Um das zu

ermöglichen, ist eine 50-Prozent-Quote für Frauen im Auswahlverfahren für das Personal in

internationalen Einsätzen, in den international arbeitenden Ministerien sowie im gehobenen

und höheren Europäischen Auswärtigen Dienst notwendig. Es braucht vergleichbare Kriterien,

Standards, Indikatoren und Zeitrahmen für die Gleichstellungspläne der Ministerien, vergleich-

bar mit dem „Gender Equality Plan“ nach dem Vorbild der schwedischen Regierung.

119

Wir arbeiten an guten Beziehungen

in einer multipolaren Welt

Für eine aktive europäische Nachbarschaftspolitik

Die EU muss vor allem in ihrer direkten Nachbarschaft mehr Verantwortung übernehmen. Die

EU-Erweiterungspolitik ist dabei eine Erfolgsgeschichte, die wir fortschreiben wollen. Deshalb

treten wir für konkrete Fortschritte bei der europäischen Integration des westlichen Balkans

und eine Aufnahme der Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien auf Grundlage

der Kopenhagener Kriterien ein. In Osteuropa streiten viele mutige Menschen in Ländern wie

Armenien, Georgien, der Ukraine oder Belarus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Men-

schenrechte. Wir unterstützen die demokratische Zivilgesellschaft und unabhängige Medien

in den östlichen Nachbarländern, wollen mehr Austausch zwischen Ost und West ermöglichen

und über die Östliche Partnerschaft der EU Justizreformen vorantreiben. Den EU-assoziierten

Ländern der Östlichen Partnerschaft wollen wir den Weg zu einem EU-Beitritt offenhalten. Im

Süden braucht es eine neue Mittelmeerpolitik, die gemeinsam Entwicklungspotenziale für die

Region realisiert und sich zugleich den enormen Herausforderungen stellt: Terrorismus, autori-

täre Regime, Staatszerfall. Gemeinsam wollen wir im Rahmen ambitionierter Energiepartner-

schaften den Mittelmeerraum zu einer Plus-Energie-Region machen. Derweil hat zu unserem

großen Bedauern mit Großbritannien erstmals ein Land das gemeinsame Haus der EU ver-

lassen. Es ist gut, dass mit dem Handels- und Kooperationsabkommen die Grundlage für einen

Neubeginn geschaffen wurde. Es bedarf aber weiterer Anstrengungen, um zu verhindern, dass

europäische Standards ausgehöhlt werden. Der Frieden auf der irischen Insel ohne harte Gren-

ze hat weiter Priorität.

USA

Die transatlantische Partnerschaft bleibt ein Stützpfeiler der deutschen Außenpolitik, jedoch

muss sie erneuert, europäisch gefasst, multilateral und an klaren gemeinsamen Werten und

demokratischen Zielen ausgerichtet werden. Als Kern einer erneuerten transatlantischen

Agenda der EU schlagen wir vor, einen gemeinsamen starken Impuls für die weltweite Klima-

politik, ausgehend von den Pariser Klimazielen, zu geben. Wir setzen auch bei Digitalisierung,

der Stärkung des Multilateralismus, in Handelsfragen sowie bei der Gesundheit auf eine gute

Kooperation mit den USA. Wir wollen uns gemeinsam für den weltweiten Menschenrechts-

schutz und eine regelbasierte Weltordnung einsetzen. Das schließt eine Verständigung über

den Umgang mit autoritären Staaten wie China und Russland mit ein. Der sicherheitspolitische

Fokus der USA wird sich auch mit der neuen US-Regierung nicht wieder zuvorderst auf Europa

richten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen selbst mehr außen- und sicherheitspolitische

Verantwortung übernehmen. Das gilt insbesondere für die Sicherheit der östlichen Nachbar-

120

länder der EU wie auch der baltischen Staaten und Polens. Wir wollen die transatlantische

Debatte auf vielen Ebenen führen, auch auf den jeweiligen föderalen und lokalen, und damit

nachhaltige, diverse gesellschaftliche Netzwerke knüpfen.

China

China ist Europas Wettbewerber, Partner, systemischer Rivale. Wir verlangen von China ein

Ende seiner eklatanten Menschenrechtsverletzungen etwa in Xinjiang und Tibet und zuneh-

mend auch in Hongkong. Es braucht dennoch einen konstruktiven Klima-Dialog mit China und

wir streben gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen zur Be-

kämpfung der Klimakrise an. Die Kooperation mit China darf nicht zu Lasten von Drittstaaten

oder von Menschen- und Bürger\*innenrechten gehen. Wir halten uns an Europas „Ein-China-

Politik“ und betonen, dass Chinas Vereinigung nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans

erzwungen werden darf. Unsere Handelsbeziehungen mit China wollen wir nutzen, um fairen

Marktzugang für ausländische Investitionen, Rechtssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedin-

gungen einzufordern. Wir erwarten, dass China die entscheidenden Kernnormen der Interna-

tionalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert und die Zwangsarbeit beendet. Das europäische

Lieferkettengesetz muss angesichts der Menschenrechtsverletzung – etwa in Xinjiang – Waren

aus Zwangsarbeit den Zugang zum Binnenmarkt ebenso verwehren, wie es Unternehmen für

ihre Produkte in Haftung nimmt. Wir werden an einer engen europäischen und transatlanti-

schen Koordinierung gegenüber China arbeiten, besonders auch in den Bereichen 5G-Ausbau

und Schutz kritischer Infrastruktur.

Russland

Russland hat sich zunehmend in einen autoritären Staat gewandelt und untergräbt immer of-

fensiver Demokratie und Stabilität in der EU und in der gemeinsamen Nachbarschaft. Gleich-

zeitig erstarkt die Demokratiebewegung in Russland. Die mutige Zivilgesellschaft, die der im-

mer härteren Repression durch den Kreml die Stirn bietet und für Menschenrechte, Demokratie

und Rechtsstaatlichkeit kämpft, wollen wir unterstützen und den Austausch mit ihr intensi-

vieren. Für eine Lockerung der Sanktionen, die wegen der völkerrechtswidrigen Annexion der

Krim und des militärischen Vorgehens gegen die Ukraine gegen Russland verhängt wurden,

hat die EU klare Bedingungen formuliert. An diesen werden wir festhalten und die Sanktio-

nen bei Bedarf verschärfen. Wir verlangen, dass die russische Regierung ihre Zusagen aus dem

Minsker Abkommen umsetzt. Das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 ist nicht nur klima- und ener-

giepolitisch, sondern auch geostrategisch schädlich – insbesondere für die Situation der Ukrai-

ne – und muss daher gestoppt werden.

Türkei

Wir stehen an der Seite all derer, die in der Türkei für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und

Menschenrechte kämpfen. Wir verurteilen die Menschenrechts- und Rechtsstaatsverletzungen,

121

fordern eine Freilassung aller politischen Gefangenen und die Rückkehr zu einem politischen

Dialog- und Friedensprozess in der kurdischen Frage. Wir weisen die aggressive Außenpoli-

tik der türkischen Regierung entschieden zurück und fordern sie auf, zu einer multilateralen

Außen- und Sicherheitspolitik zurückzukehren – das gilt es auch in der NATO zu thematisieren.

Die Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt kann es erst geben, wenn die Türkei

eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Der bestehende EU-

Türkei-Deal untergräbt internationales Asylrecht, ist gescheitert und muss daher beendet wer-

den. Dafür braucht es ein neues, völkerrechts- und rechtsstaatskonformes Abkommen, das aus

den Fehlern der Vergangenheit lernt, die notwendige finanzielle und logistische Unterstüt-

zung vor Ort garantiert und eine verbindliche Kontingentzusage zur Umsiedlung besonders

schutzbedürftiger Geflüchteter in die EU enthält. Wir lehnen es entschieden ab, dass Menschen

in Deutschland mit familiären Bindungen in die Türkei von der türkischen Regierung politisch

und religiös instrumentalisiert werden, unter anderem durch in Deutschland tätige Vereine

und Staatsmedien.

Israel und Palästina

Deutschland hat eine historische Verantwortung gegenüber Israel. Die Existenz und die Sicher-

heit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit gleichen Rechten für all seine

Bürger\*innen sind unverhandelbar. Die Fortsetzung der engen Beziehungen sowie Frieden und

Stabilität im Nahen Osten sind ein zentrales Anliegen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.

Die zunehmende Bedrohung Israels in seiner Nachbarschaft verurteilen wir. Die Sicherheits-

lage in der Region ist fragil und darf nicht weiter eskaliert werden. Einseitige Maßnahmen

wie eine Annexion von besetzten Gebieten oder der fortschreitende völkerrechtswidrige Sied-

lungsbau laufen dem Ziel einer friedlichen und politischen Lösung des Konflikts entgegen. Für

Frieden und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung mit zwei souveränen, lebensfähi-

gen und demokratischen Staaten für Israelis und Palästinenser\*innen. Die angekündigten Wah-

len in den palästinensischen Gebieten sind ein positives Zeichen. Die Chance der politischen

und wirtschaftlichen Abkommen Israels mit arabischen Staaten wollen wir nutzen, um einen

multilateralen Friedensprozess wieder aufleben zu lassen und einen langfristigen Frieden in

der Region zu schaffen. Europa soll sich hierfür eng mit der neuen US-Regierung koordinieren.

Nachbarschaft und Partnerschaft mit Afrika

Die afrikanischen Staaten und die Europäische Union sind regional wie historisch eng ver-

bunden und teilen gemeinsame Interessen. Die afrikanischen Gesellschaften sind divers und

vielfältig mit über 3.000 Sprachen in 54 Staaten. In den Beziehungen mit den afrikanischen

Staaten setzen wir uns – auf Basis einer gemeinsamen, globalen Verantwortung für Frieden,

nachhaltige Entwicklung und Gerechtigkeit – für eine in der Bundesregierung und der EU ab-

gestimmte und differenzierte Politik ein. Die Zukunft liegt in einer Afrikapolitik, die sich von

kolonialen und patriarchalen Denkmustern freimacht und gleichzeitig die europäische Ver-

antwortung gegenüber dem Kontinent ernst nimmt. Die Fortsetzung einer einseitigen Politik,

122

die in weiten Teilen auf Fluchtabwehr, unfairen Handelsbeziehungen und der Ausbeutung von

Rohstoffen fußt, lehnen wir ab. Anstatt für sich ewig konterkarierende Ansätze machen wir uns

für eine gemeinsame und kohärente EU-Afrika-Strategie stark, die Zukunftsthemen wie Klima-

schutz und Digitalisierung ebenso ins Zentrum rückt wie die globale sozial-ökologische Trans-

formation und zivile Krisenprävention. Der Afrikanischen Union stehen wir bei der Umsetzung

ihrer Agenda 2063 und der regionalen Entwicklungsagenden nach Kräften zur Seite.

Wir verteidigen die Menschenrechte

Menschenrechtsverteidiger\*innen schützen

Menschenrechtsverteidiger\*innen sind Held\*innen. Sie verteidigen überall auf der Welt oft un-

ter Lebensgefahr für sich und ihre Familien die Einhaltung der Menschenrechte an vorderster

Front. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer Solidarität und aktiven Unterstützung – auf allen

Ebenen. An den besonders betroffenen deutschen Auslandsvertretungen sollten deshalb Men-

schenrechtsreferent\*innen als extra Anlaufstelle etabliert und sollte eine ressortübergreifende

systematische Berichterstattung über die Menschenrechtslage im Land eingeführt werden. Für

Menschenrechtsverteidiger\*innen, die nicht in ihrem Land bleiben können, weil sie dort akut

gefährdet sind, wollen wir schneller und häufiger als bisher humanitäre Visa bereitstellen und

die neu eingerichtete Elisabeth-Selbert-Initiative zu ihrer temporären Aufnahme ausbauen.

Auf internationaler Ebene setzen wir uns für den Ausbau von Förderungsmöglichkeiten für

zivilgesellschaftliche Initiativen und die finanzielle Stärkung der entsprechenden Schutzinst-

rumente und Institutionen, wie beispielsweise Sonderberichterstatter\*innen, ein.

Kriegsverbrecher\*innen zur Rechenschaft ziehen

Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Kriegsverbrechen dürfen nicht unge-

straft bleiben – als Zeichen der Gerechtigkeit an die Opfer, als Signal der Abschreckung, als

Voraussetzung für Frieden und Versöhnung. Das deutsche Völkerstrafrecht bietet die Möglich-

keit der Verurteilung auch hier in Deutschland. Dazu werden wir die Kapazitäten beim Bun-

deskriminalamt und der Generalbundesanwaltschaft ausbauen. Die Ermittlungen in Fällen

sexualisierter Gewalt sollten verbessert und die Strafprozessordnung sollte dort reformiert

werden, wo sie den Besonderheiten von Völkerstrafrechtsverfahren noch nicht Rechnung trägt.

International setzen wir uns für die Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofes und des

Mechanismus der Vereinten Nationen für die Untersuchung und Verfolgung von schwersten

Kriegsverbrechen in Syrien (IIIM) ein – politisch wie finanziell. Gerade Kinder und Jugendliche,

die sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt, Entführungen, Rekrutierung als Kindersol-

123

dat\*innen erlebt haben, leiden unter schweren Traumata. Wird dieses Leid nicht aufgearbeitet,

beeinträchtigt es das Leben dieser Menschen und ihrer Familien sowie den gesellschaftlichen

Zusammenhalt über Generationen. Die individuelle Traumabearbeitung wollen wir durch mehr

qualifiziertes Personal und sichere Traumazentren vor Ort auch mit unseren internationalen

Partnern und in Deutschland deutlich ausbauen.

Keine Überwachungstechnologie für Diktaturen

Verschlüsselte Kommunikation rettet tagtäglich Menschenleben. In den sozialen Medien wer-

den Menschenrechtsverletzungen, die ansonsten unentdeckt geblieben wären, für alle sicht-

bar. Und ohne Satellitenbilder ließe sich etwa die Vertreibung ganzer Dorfgemeinschaften in

Kriegsgebieten gar nicht erst nachvollziehen. Zugleich sind es oft europäische Überwachungs-

tools, die es autokratischen Regierungen ermöglichen, unliebsame Aktivist\*innen zu verfolgen.

Wir zielen auf ein europäisches Moratorium für die Ausfuhr, den Verkauf und die Weitergabe

von Überwachungsinstrumenten an repressive Regime. Entsprechende Schutzklauseln wollen

wir in der deutschen wie europäischen Exportkontrolle verankern. Wir fördern die Entkrimi-

nalisierung verschlüsselter Kommunikation und stärken die Multi-Stakeholder-Governance

des Internets auf internationaler Ebene. Im Rahmen unserer internationalen Zusammenarbeit

setzen wir uns für den Zugang aller zu digitaler Technologie ein. Den freien Zugang zu Infor-

mationen als einem globalen öffentlichen Gut gilt es zu fördern und zu schützen. Durch die

Unterstützung von Trainings stärken wir die sichere digitale Vernetzung zivilgesellschaftlicher

Organisationen weltweit.

Für Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen weltweit

Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Menschenrecht. Ohne Geschlechtergerechtigkeit

kann auch Armut nicht wirksam bekämpft werden. In vielen der ärmsten oder konfliktgebeu-

telten Länder sind Frauen und Mädchen besonders von Armut, Hunger und Gewalt betroffen.

Wir setzen uns konsequent für die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit ein, für ein selbst-

bestimmtes Leben. Bildung und Gesundheit sind dafür die Schlüssel. Wir engagieren uns dafür,

Frauen und Mädchen den uneingeschränkten Zugang zu gleichwertiger Bildung zu sichern so-

wie ihre sexuellen und reproduktiven Rechte zu schützen. Es braucht innovative Bildungsan-

gebote wie kompakte nachholende Grundbildung für Frauen oder Berufsbildung in Krisen- und

Post-Konfliktkontexten. Unsere internationale Zusammenarbeit werden wir darum finanziell

und konzeptionell auf diese Aufgabe hin ausrichten, die Erreichung der Geschlechtergerech-

tigkeit als Querschnittsaufgabe sowie reproduktive Gesundheit und das Recht auf Bildung in

allen Projekten verankern.

Menschenrechtskonventionen umsetzen, Institutionen stärken

Um Menschenrechte tatsächlich und rechtlich durchsetzen zu können, müssen internationale

Menschenrechtskonventionen ratifiziert und Menschenrechtsinstitutionen gestärkt werden. Es

124

gilt insbesondere die ILO-Konvention für die Rechte indigener Völker, das Fakultativprotokoll

zum Sozialpakt und die Wanderarbeiterkonvention der Vereinten Nationen zu ratifizieren. Das

ist für Deutschland seit vielen Jahren überfällig. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die

Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ein. Das Instrument

der gezielten EU-Sanktionen gegen Menschenrechtsverbrecher\*innen befürworten wir. Die Be-

auftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, die Nationale

Stelle zur Verhütung von Folter und das Deutsche Institut für Menschenrechte wollen wir bes-

ser ausstatten, damit sie ihre Aufgaben planbar erfüllen können. Menschenrechte und Demo-

kratieförderung sind Grundpfeiler unserer entwicklungspolitischen Arbeit.

Rechte von Minderheiten schützen

Der Umgang mit Minderheiten ist der Gradmesser für den Menschenrechtsschutz in einer Ge-

sellschaft. Wir setzen uns dafür ein, die Rechte von Minderheiten auf internationaler Ebene

zu stärken – auch innerhalb der EU. Nach wie vor setzen die einzelnen Staaten den durch die

Vereinten Nationen vorgegebenen Minderheitenschutz in nationales Recht um, ohne dass ein-

heitlich kontrolliert wird, ob das umfassend genug ist. Damit ist der Schutz lückenhaft. Wir

werden außenpolitisch für die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien zum Schutz

von LSBTIQ\* eintreten. In der Entwicklungspolitik wollen wir hier einen neuen Fokus setzen

und unser Engagement deutlich steigern. Selbst innerhalb der EU gibt es große Unterschiede:

Es existieren keine gemeinsamen EU-Mindeststandards, kein einheitlicher Rechtsrahmen, der

den Schutz und die Förderung von Minderheiten gewährt. Das wollen wir ändern. In der EU

werden wir uns für die Verabschiedung der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie einsetzen, damit

international anerkannte Menschenrechte in der EU eine Rechtsgrundlage erhalten und die

VN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf europäischer Ebene

rechtlich umgesetzt wird. Den EU-Aktionsplan gegen Rassismus treiben wir national und inter-

national voran.

Wir schützen Geflüchtete

Eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik in Europa umsetzen

Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre Verantwortung, das Grundrecht

auf Asyl und die Notwendigkeit, Verfahren nach völkerrechtlichen Standards fair und zügig

durchzuführen, zusammenbringt. So schwer das derzeit in der EU der 27 auch ist. Zustände

wie in den Lagern auf den griechischen Inseln oder an der Grenze zu Kroatien bedeuten einen

Bruch mit europäischen Werten und Menschenrechten. Der Blockade einer gemeinsamen und

125

humanen Flüchtlingspolitik zwischen den Mitgliedstaaten begegnen wir mit folgendem Plan:

In gemeinschaftlichen von den europäischen Partnern geführten Einrichtungen innerhalb der

EU an den rechtsstaatlich und europäisch kontrollierten EU-Außengrenzen sollen die Geflüch-

teten registriert werden und einen ersten Sicherheitscheck durchlaufen. So wissen wir, wer zu

uns kommt, und werden zugleich unserer humanitären Verantwortung gerecht. Die Menschen,

die nach Europa kommen, müssen medizinisch und psychologisch erstversorgt und menschen-

würdig untergebracht werden. Unter Berücksichtigung persönlicher Umstände wie familiärer

Bindungen oder der Sprachkenntnisse bestimmt die EU-Agentur für Asylfragen den Aufnah-

me-Mitgliedstaat. Der zugrunde liegende Verteilmechanismus stützt sich zunächst auf die Be-

reitschaft von Regionen und Städten, Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. Wer das tut, erhält

Hilfe aus einem EU-Integrationsfonds. Reichen die Aufnahmeplätze nicht aus, weiten alle Mit-

gliedstaaten im Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt und Bevölkerungsgröße verpflichtend ihr

Angebot aus oder leisten einen mindestens gleichwertigen Beitrag zu den Gesamtkosten. Das

Asylverfahren findet im aufnehmenden Mitgliedstaat statt. Die Kommission stellt sicher, dass

die gemeinsamen Regeln und Mindeststandards eingehalten werden. Wir werden mit hand-

lungswilligen Ländern und Regionen vorangehen, um die derzeitige katastrophale Situation

an den Außengrenzen zu beenden. Geschlossene Lager, Transitzonen oder europäische Außen-

lager in Drittstaaten lehnen wir ab.

Familien zusammenführen

Niemand sollte für das völkerrechtlich verbriefte Recht, um Asyl zu ersuchen, das eigene Leben

oder das der Familie riskieren müssen. Genau das ist aber bittere Realität: Immer noch reichen

die Möglichkeiten für sichere Zugangswege bei weitem nicht aus und Geflüchtete sind deshalb

gezwungen, auf lebensgefährliche Routen durch die Wüste oder über das Meer auszuweichen. Wir

wollen sichere und geordnete Zugangswege schaffen – und so verhindern, dass Schlepper aus

der Not und dem Leid der Geflüchteten Profit schlagen können. Dabei sind wir dem besonderen

Schutz der Familie gemäß Grundgesetz, VN-Kinderrechtskonvention und Europäischer Menschen-

rechtskonvention verpflichtet und treten dafür ein, die Einschränkungen beim Familiennachzug

wieder aufzuheben. Familien gehören zusammen und das Kindeswohl hat oberste Priorität. Auch

Menschen mit subsidiärem Schutzstatus müssen deshalb ihre Kernfamilien ohne die bisherigen

Einschränkungen nachholen können und mit Geflüchteten gleichgestellt werden. Wir wollen den

Geschwisternachzug wieder ermöglichen. An deutschen und europäischen Botschaften braucht es

mehr Personal und die Möglichkeit, digital Anträge zu stellen, um die Wartezeiten für Visa von Fa-

milienangehörigen zu verkürzen. Auch mit humanitären Visa möchten wir Schutzbedürftigen die

Möglichkeit geben, sicher nach Europa zu kommen und hier um Asyl zu ersuchen.

Sichere Zugangswege durch humanitäre

Aufnahmepartnerschaft

Im Rahmen des Resettlement-Programms des UNHCR werden durch die Vereinten Nationen

anerkannte, besonders schutzbedürftige Geflüchtete solidarisch und geordnet auf die Aufnah-

126

meländer verteilt, statt sie ihrem Schicksal auf gefährlichen Fluchtrouten zu überlassen. Das

rettet Leben, nimmt Schleppern die Geschäftsgrundlage und folgt einem bewährten, planbaren

Verfahren. Im Globalen Pakt für Flüchtlinge ist die Weltgemeinschaft übereingekommen, das

Resettlement zu verstärken. Doch faktisch sinkt die Zahl der Aufnahmeplätze seit Jahren. Wir

schlagen vor, zusammen mit der neuen US-Administration und Kanada sowie anderen in einer

globalen humanitären Partnerschaft die Aufnahme besonders schutzbedürftiger Geflüchteter

aus dem Resettlement-Programm deutlich auszubauen. So stärken wir die Vereinten Nationen,

schaffen Planbarkeit auf allen Seiten, gehen mit gutem Beispiel voran und regen andere Staa-

ten an, dem internationalen Bündnis beizutreten. Das individuelle Asylrecht bleibt durch das

Resettlement unangetastet.

Landesaufnahmeprogramme ermöglichen

Mehrere Bundesländer und über 200 Kommunen in Deutschland sind bereit, mehr Geflüchtete

als von der Bundesregierung zugesagt bei sich aufzunehmen. Dass diese weiteren Aufnahme-

plätze dringend gebraucht werden, ist angesichts der elenden Zustände in den Lagern an den

EU-Außengrenzen, etwa auf den griechischen Inseln oder an der bosnisch-kroatischen Grenze,

offensichtlich. Wir wollen eine humanitäre Aufnahmepolitik, bei der der Bund und die Länder

kooperativ zusammenarbeiten und die die Aufnahmebereitschaft von Kommunen und Ländern

nicht mehr ignoriert. Länder und Kommunen sollen mehr Mitsprache- und Gestaltungsmög-

lichkeiten erhalten, wenn es um die humanitäre Aufnahme Geflüchteter geht. Mit einer Än-

derung der Zustimmungsregel zwischen dem Bundesinnenministerium und den Ländern von

Einvernehmen in Benehmen wollen wir klarstellen, dass sich Bundesländer künftig über den

Königsteiner Schlüssel hinaus selbständig und frei für die Aufnahme von Geflüchteten ent-

scheiden können. Der Bund soll weiter die finanziellen und infrastrukturellen Aufgaben er-

füllen.

Menschenrechte einhalten, Außengrenzen sichern

Ein gemeinsamer Raum der Freizügigkeit und ohne Binnengrenzen braucht kontrollierte Au-

ßengrenzen. Eine Außengrenze muss aber auch legale Zugangswege haben. Dass tausende

Menschen jährlich im Mittelmeer ertrinken, weil europäische Regierungen ihnen nicht aus-

reichend sichere Zugangswege ermöglichen und auch die Rettung aus Seenot verweigern, ist

eine Schande. Wir streiten weiter für eine zivile und flächendeckende, europäisch koordinierte

und finanzierte Seenotrettung. Da ein gemeinsames Vorgehen aller europäischen Mitglied-

staaten derzeit nicht möglich erscheint, wollen wir mit jenen vorangehen, die die Seenotret-

tung als völkerrechtliche Pflicht ernst nehmen: Gerettete müssen zum nächsten sicheren Ha-

fen gebracht werden. Wir stehen fest an der Seite zivilgesellschaftlicher Rettungsinitiativen

und treten dafür ein, dass die Kriminalisierung und behördliche Behinderung ihrer Arbeit be-

endet wird. Wir wollen, dass die Seenotrettung explizit ins Aufgabenprofil von Frontex aufge-

nommen wird, und setzen auf eine europäische Grenzkontrolle, die den gemeinsamen Schutz

der Menschenrechte zur Grundlage hat und wichtige grenzpolizeiliche Aufgaben wahrnimmt,

127

ohne sie zur Fluchtabwehr zu missbrauchen. Das moderne Asylrecht beruht auf der Einzelfall-

prüfung, das völker- und europarechtlich verbriefte Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und

überall. Die Genfer Flüchtlingskonvention gilt uneingeschränkt. Ihre Aushöhlung führt weder

zu mehr Sicherheit noch zu mehr europäischer Handlungsfähigkeit in der Flüchtlingspolitik.

Völkerrechtswidrige Pushbacks, von nationalen Grenzpolizeien oder Frontex begangen, müs-

sen geahndet werden. Das entsprechende Monitoring durch die EU-Grundrechteagentur wol-

len wir ausbauen. Es bedarf einer engen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-Einsätzen

sowie einer systematischen Menschenrechtsbeobachtung vor Ort.

Aufnahme- und Transitländer unterstützen

Die humanitäre Versorgung von Geflüchteten außerhalb der Europäischen Union ist Bestand-

teil unserer globalen Verantwortung. Wir wollen die finanzielle und logistische Unterstützung

von Erstaufnahme- und Transitländern wie der Türkei, dem Libanon, dem Sudan, Pakistan oder

Uganda sowie der dort tätigen Hilfsorganisationen ausbauen. Die deutsche und europäische

Zusammenarbeit mit Drittstaaten muss stets so erfolgen, dass Menschen- und Grundrechte

sowie internationale Asylstandards eingehalten werden. „Migrationspartnerschaften“ mit re-

pressiven Regimen lehnen wir ab, genauso wie die Kooperation mit der libyschen Küsten-

wache. Statt „sichere Herkunftsländer“ zu definieren, brauchen wir für Rückführungen men-

schenrechtskonforme Rückübernahmeabkommen. Wir wollen denjenigen Ländern, die ihren

Staatsbürger\*innen nach einer Rückkehr Sicherheit garantieren, im Gegenzug über Visaerleich-

terungen oder Ausbildungspartnerschaften verlässliche Aussicht auf eine geordnete Migration

eröffnen. Rückübernahmeabkommen dürfen aber nicht zur Bedingung in anderen Politikberei-

chen, etwa entwicklungspolitischer oder rechtsstaatlicher Unterstützung, gemacht werden und

nicht für Drittstaatsangehörige gelten.

Fluchtursachen strukturell angehen

Wir wollen verhindern, dass Menschen überhaupt fliehen und ihre bisherige Heimat unfrei-

willig verlassen müssen. Deshalb rücken wir die strukturellen Ursachen von Vertreibung und

unsere dahingehende Verantwortung ins Zentrum unserer Politik. Denn viele politische Ent-

scheidungen, die wir in Deutschland und Europa treffen, haben direkte Auswirkungen auf die

Lebensbedingungen in anderen Weltregionen. Wir machen uns stark für zivile Krisenpräventi-

on und wollen mit einer restriktiven Ausfuhrkontrolle europäische Rüstungsexporte in Kriegs-

und Krisengebiete sowie an Autokraten beenden. Wir setzen uns für ein gerechtes Handelssys-

tem ein, das auch den Interessen des globalen Südens dient. Wir treiben die sozial-ökologische

Transformation unserer Wirtschaft voran. Uns ist bewusst: Nicht alle Ursachen von Vertreibung

können wir beeinflussen. Viele Menschen fliehen, weil sie verfolgt oder ihnen grundlegende

Rechte vorenthalten werden. Umso entscheidender ist konsequentes Handeln überall dort, wo

auch unser Wirtschaften und Konsumieren andernorts zu Ausbeutung oder Perspektivlosigkeit

führen.

128

Wir streiten für eine gerechte

Weltwirtschaftsordnung

Globale Krisenprävention

Die Corona-Krise führt in vielen Entwicklungsländern zu Kapitalflucht und Währungskrisen

und offenbart so die Schwächen der Währungsordnung. Unser Ziel bleibt langfristig der Auf-

bau eines kooperativen Weltwährungssystems. Der IWF muss in Krisensituationen sehr viel

mehr Liquidität unkonditioniert bereitstellen können. Dafür werden wir uns für eine deutliche

Aufstockung der Sonderziehungsrechte einsetzen. Deutschland und Europa könnten vorange-

hen und nicht genutzte Sonderziehungsrechte Entwicklungsländern zur Verfügung stellen, wie

Kanada es bereits getan hat. Der IWF sollte Entwicklungsländern auch bei der Einführung und

Durchführung von Kapitalverkehrskontrollen helfen und dafür mit den Staaten mit globalen

Finanzzentren zusammenarbeiten. Das Stimmengewicht muss sich zugunsten von Entwick-

lungsländern verschieben. Die EU-Staaten sollten ihre Stimmrechte zusammenlegen.

Entwicklung ermöglichen, Schulden streichen

Viele Entwicklungsländer sind überschuldet. Beispielsweise gibt Pakistan 40 Prozent seines

Etats für den Schuldendienst, aber nur 2 Prozent für Gesundheit aus. Das derzeitige Schulden-

moratorium ist richtig, verschiebt das Problem aber in die Zukunft. Wir brauchen einen echten

Schuldenerlass. Dafür muss ein international transparentes und unabhängiges Staateninsol-

venzverfahren für die Länder geschaffen werden, die nicht in ihrer eigenen Währung verschul-

det sind. Private Gläubiger müssen rechtlich dazu verpflichtet werden, an einem Insolvenz-

verfahren teilzunehmen. So können wir den Zustand beenden, dass einzelne Gläubiger eine

Entschuldung blockieren, und verhindern, dass einzelne private Gläubiger wie Geierfonds auf

Kosten anderer profitieren. Damit wollen wir den zu hoch verschuldeten Staaten im globalen

Süden auch ermöglichen, ihre Gesundheitssysteme zu verbessen, sie für alle zugänglich zu ma-

chen sowie Ansätze zum Schutz von Wasser-, Sanitärversorgung und Hygiene voranzutreiben.

Schuldenerlasse und -umwandlungen soll es für Maßnahmen im Gesundheitsbereich sowie im

Kampf gegen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise geben. Zudem werden

wir uns für ein langfristiges globales Corona-Hilfspaket für strukturschwache Länder, Krisen-

regionen sowie Flüchtlingslager engagieren.

Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten

Nahrungsmittelpreise sind oft starken Schwankungen unterworfen. Verantwortlich dafür sind

nicht nur Wetter und Ernten, sondern auch skrupellose Spekulant\*innen, die fette Profite ma-

chen, wenn Menschen hungern. Wir werden uns in der EU für striktere Regulierungen einset-

129

zen, um Nahrungsmittelspekulation zu unterbinden. Dafür braucht es strenge Berichtspflichten

für Händler\*innen. Konsequente Preis- und Positionslimits müssen an allen europäischen Bör-

sen eingeführt werden. Ziel ist es, dass Derivate nur noch zur Absicherung bestehender Risiken

und nicht mehr spekulativ eingesetzt werden können.

Wir treten ein für Frieden und Sicherheit

Vorausschauend für den Frieden

Unsere Außen- und Sicherheitspolitik zielt darauf, Konflikte zu verhindern, und setzt deshalb

auf Vorausschau gemäß der VN-Agenda für nachhaltige Entwicklung. Wir ergänzen den tradi-

tionellen Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und rücken damit die Bedürfnisse

von Menschen in den Fokus. Den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und die Gemeinsame

Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gilt es zu stärken. Die personellen und finanziellen Mittel

für zivile Krisenprävention sollten gezielt erhöht und langfristig planbarer werden. Wir wollen

eine permanente und schnell einsatzbereite Reserve an EU-Mediator\*innen und Expert\*innen

für Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und Mediation aufbauen. Die Bereiche Polizei,

Justiz und Friedensförderung wollen wir mit 1.000 Fachkräften ausstatten. Wir setzen uns da-

für ein, die Deutsche Stiftung Friedensforschung, den neu eingerichteten Fachbereich an der

Deutschen Hochschule der Polizei und andere wissenschaftliche Einrichtungen zu stärken und

die Bedeutung von Friedensarbeit gesamtgesellschaftlich noch sichtbarer zu machen. Die fi-

nanzielle Förderung des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) wollen wir deutlich erhöhen und den

kontinuierlichen Ausbau bedarfsgerecht fördern. Darüber hinaus ist ein ressortgemeinsamer

Fonds „Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung“ nötig, der angemessen

ausgestattet sein muss. Es gilt Instrumente der Krisenfrüherkennung und Analysekapazitäten

zu stärken, um auch die langfristigen Folgen der Pandemie abwenden zu können.

Internationale Politik feministisch gestalten

Wir gestalten unsere Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik feministisch. Frauen, Mäd-

chen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von Kriegen, Konflikten und

Armut betroffen. Die Wahrung ihrer Rechte und ihrer Rolle als Gestalter\*innen in der inter-

nationalen Politik fördert Frieden, Entwicklung, Stabilität und Sicherheit. Es geht darum, die

Perspektiven von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen zu stärken, zu schützen und

bei allen bi- oder multilateralen Verhandlungen immer mindestens gleichberechtigt einzube-

ziehen. Dazu braucht es auch Genderanalysen für einzelne Länderkontexte in regelmäßigen

130

Abständen und bedarfsgerechte Strategien und Genderbudgeting. Es gilt die Umsetzung der

VN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ voranzutreiben, sexualisierte und genderba-

sierte Gewalt entschieden einzudämmen, die reproduktiven Rechte von Frauen zu schützen

und die Sicherheit und Partizipation von Frauen und Mädchen in der Prävention, bei der Trans-

formation von Konflikten und in Stabilisierungsprozessen in den Fokus zu nehmen.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken

Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Autoritarismus und der weltweiten Angriffe

auf Kunst- und Wissenschaftsfreiheit wollen wir die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

stärken. Sie sichert Zugänge zur Zivilgesellschaft vor allem in Krisenzeiten, stärkt demokra-

tischen Austausch und baut neue Partnerschaften auf. Auch die Aufarbeitung der Verbrechen

des Nationalsozialismus werden wir durch internationale Kultur- und Jugendbegegnungen und

durch zivilgesellschaftlichen Austausch stärken. Die Verantwortung für die koloniale Vergan-

genheit Deutschlands wollen wir zum Beispiel in gemeinsamen Geschichtsbuchkommissionen

mit ehemaligen kolonialisierten Staaten aufarbeiten. Kulturmittlerorganisationen, wie etwa

Goethe-Institute, und die deutschen Schulen im Ausland sollen finanziell besser ausgestattet

und digital fit gemacht werden, die Programme für verfolgte Künstler\*innen und Wissenschaft-

ler\*innen sowie Maßnahmen gegen Desinformationskampagnen wollen wir verstärken.

Europarat und OSZE stärken

Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in der EU. Damit die Vi-

sion einer friedlichen Zukunft für alle Europäer\*innen Wirklichkeit werden kann, wollen wir die

gemeinsamen, über die EU hinausreichenden europäischen Institutionen wie den Europarat

und die OSZE stärken und weiterentwickeln, um alle europäischen Staaten einzubinden. Nur

so können wir tatsächlich ein effektives und starkes System kollektiver Sicherheit in ganz Eu-

ropa schaffen. Es bleibt unser Ziel, die östlichen Nachbarn Europas auf der Basis gemeinsamer

Werte für eine solche Perspektive zu gewinnen, was gerade angesichts der nationalistischen

und rückwärtsgewandten Politik Russlands, die Europas Sicherheit und die Selbstbestimmung

der Nachbarn Russlands untergräbt, nötig ist.

Neuer Schub für Abrüstung

Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Unser Anspruch

ist noch immer nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt. Nach der Aufkündigung des

Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) zwischen den USA und Russland

ist eine neue Vertragsinitiative nötig. Wir wollen den transatlantischen Neustart nach der US-

Präsidentschaftswahl und das Wiederbeleben des New-START-Vertrags nutzen, um mit den

USA über Barack Obamas „Global Zero“ ins Gespräch zu kommen. Eine Welt ohne Atomwaf-

fen gibt es nur über Zwischenschritte: internationale Initiativen zur Reduzierung der Zahl von

Atomwaffen, einen Verzicht der NATO auf jeden Erstschlag und eine breite öffentliche Debatte

131

über veraltete Abschreckungsdoktrinen des Kalten Krieges. Dazu gehören ein Deutschland frei

von Atomwaffen und ein Beitritt Deutschlands zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag. Wir wissen,

dass dafür zahlreiche Gespräche im Bündnis notwendig sind, auch mit unseren europäischen

Partnerstaaten, und vor allem die Stärkung der Sicherheit und Rückversicherung unserer pol-

nischen und baltischen Bündnispartner.

Keine deutschen Waffen in Kriegsgebiete und Diktaturen

Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren, menschenrechtsverachtende Re-

gime und in Kriegsgebiete verbieten sich. Für die Reduktion von Rüstungsexporten wollen wir

eine gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit einklagbaren strengen Re-

geln und Sanktionsmöglichkeiten. Kooperationen mit dem Sicherheitssektor anderer Staaten

müssen an die Einhaltung demokratischer, rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Kriterien

geknüpft werden. Für Deutschland werden wir ein Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen und

ein Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen das neue Gesetz einführen und für eine wirksame

Endverbleibskontrolle sorgen. Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte darf es nicht geben.

Den Einsatz von Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten wollen wir streng regulieren

und private Militärfirmen verbieten.

Autonome tödliche Waffensysteme international ächten

Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner wirksamen Steuerung mehr durch den Men-

schen bei Auswahl und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare Be-

drohung dar. Im Sinne von Frieden und Stabilität wollen wir Autonomie in Waffensystemen in-

ternational verbindlich regulieren und Anwendungen, die gegen ethische und völkerrechtliche

Grundsätze verstoßen, ächten und verbieten. Das gilt auch für digitale Waffen wie Angriffs- und

Spionagesoftware. Hierbei müssen Deutschland und die EU eine globale Führungsrolle ein-

nehmen. Um eine Militarisierung des Weltraumes zu verhindern, wollen wir weiterentwickelte,

international verbindliche Regeln auf den Weg bringen.

Sicherheit im Cyber-Raum schaffen

Digitalisierung und neue Technologien verändern die moderne Kriegsführung. Wir wollen den

Einsatz von militärischen Cyberfähigkeiten durch die Bundeswehr ausnahmslos der parlamen-

tarischen Kontrolle des Deutschen Bundestages unterstellen. Es braucht Leitlinien für das Vor-

gehen der Bundeswehr im Cyberraum. Gleichzeitig muss die Bundeswehr kontinuierlich an

der Stärkung ihres Eigenschutzes arbeiten, ohne ihr defensives Selbstverständnis aufzugeben.

Es braucht dringend eine internationale Initiative, um Rüstungskontrolle zu regulieren, und

vertrauensbildende Maßnahmen für den Cyberraum. Wir setzen uns für weltweit anerkannte

Regeln im Cyberraum sowie eine Selbstverpflichtung ein, zivile Infrastruktur nicht militärisch

anzugreifen. Auch sollte die europäische Zusammenarbeit im Bereich Cyberabwehr ausgebaut

werden, wozu Deutschland einen Beitrag leisten sollte.

132

Internationale Schutzverantwortung wahrnehmen

Es ist wichtig, frühzeitig auf Konflikte einzuwirken und zu verhindern, dass sie zu bewaffne-

ten Auseinandersetzungen eskalieren. Uns leitet das Konzept der Responsibility to Prepare,

Protect and Rebuild der Vereinten Nationen, das die Staatengemeinschaft verpflichtet, Men-

schen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit

und Völkermord zu schützen. Die Staaten sind gleichermaßen verpflichtet, ihre Instrumente für

Prävention, Krisenreaktion und Nachsorge bzw. Wiederaufbau kriegszerstörter Gesellschaften

auszubauen. Wir bekennen uns zu internationalen Friedenseinsätzen im Rahmen der Verein-

ten Nationen, die zu Stabilität, Sicherheit und Frieden beitragen. Die Anwendung militärischer

Gewalt als Ultima Ratio kann in manchen Situationen nötig sein, um Völkermord zu verhindern

und die Möglichkeit für eine politische Lösung eines Konflikts zu schaffen. Ein Militäreinsatz

braucht einen klaren und erfüllbaren Auftrag, ausgewogene zivile und militärische Fähigkeiten

und unabhängige (Zwischen)Evaluierungen. Bewaffnete Einsätze der Bundeswehr im Ausland

sind in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit – das heißt nicht in verfassungswidrige

Koalitionen der Willigen – und in ein politisches Gesamtkonzept einzubetten, basierend auf

dem Grundgesetz und dem Völkerrecht. Bei Eingriffen in die Souveränität eines Staates oder

dort, wo staatliche Souveränität fehlt, braucht es ein Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das

Vetorecht im Sicherheitsrat missbraucht wird, um schwerste Verbrechen gegen die Menschlich-

keit zu decken, steht die Weltgemeinschaft vor einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso

Menschenrechte und Völkerrecht schädigt wie Handeln.

Moderne Bundeswehr

Der Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr müssen sich an den realen und strategisch

bedeutsamen Herausforderungen für Sicherheit und Friedenssicherung orientieren. Wir wol-

len die Bundeswehr entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben personell und materiell

sicher ausstatten. Dass Soldat\*innen mit nicht ausreichender Schutzausrüstung in Einsätze

gehen, ist nicht hinnehmbar. Deutschland soll sich auf seine Bündnispartner verlassen kön-

nen und genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen können. Die Ge-

samtverantwortung für den Einsatz muss begründet, Informationen über alle Operationen im

Einsatz der Verbündeten müssen vollständig zugänglich sein. Die Bundeswehr soll die Viel-

falt unserer Gesellschaft abbilden. Menschenfeindliche Ideologien und rechtsextremistische

Strukturen in der Bundeswehr werden wir konsequent verfolgen und zerschlagen. Neben der

umfassenden Aufklärung ist die Prävention entscheidend. Präventive Maßnahmen wie ver-

antwortungsbewusste Personalgewinnung und zeitgemäße politische Bildung sind überfällig.

Den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab.

NATO strategisch neu ausrichten

Die NATO leidet unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der Allianz

bis hin zur gegenseitigen militärischen Bedrohung. Ihr fehlt in dieser tiefen Krise eine kla-

133

re strategische Perspektive. Trotzdem bleibt sie aus europäischer Sicht neben der EU unver-

zichtbarer Akteur, der die gemeinsame Sicherheit Europas garantieren kann und der als Staa-

tenbündnis einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik entgegenwirkt. Wir brauchen eine

strategische Neuaufstellung der NATO, eine gemeinsame Bedrohungsanalyse und darauf auf-

bauend eine Debatte über eine faire Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten. Das will-

kürliche NATO-2-Prozent-Ziel, das vor fast 20 Jahren verabschiedet wurde, gibt darauf keine

Antwort und wir lehnen es deshalb ab. Wir setzen uns für eine neue Zielbestimmung ein, die

nicht abstrakt und statisch ist, sondern von den Aufgaben ausgeht, und werden mit den NATO-

Partnern darüber das Gespräch suchen. Durch eine stärkere militärische Zusammenarbeit und

Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen NATO-Partnern wie Großbritannien

und Norwegen wollen wir erreichen, dass strategische Interessen auf Grundlage von europäi-

schen Werten wie Multilateralismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemeinsam entwi-

ckelt und geschlossen und überzeugender vertreten werden.

Die EU-Sicherheitsunion vorantreiben

Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss die Europäische Union ihrer Verantwor-

tung für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die gemeinsame Sicherheits-

und Verteidigungspolitik (GSVP) setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik voraus. Wir wollen

eine EU-Sicherheitsunion etablieren mit einer starken parlamentarischen Kontrolle und einer

gemeinsamen restriktiven Rüstungsexportpolitik. Anstatt immer mehr Geld in nationale, mi-

litärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte

in der EU ausgebaut, sollten militärische Fähigkeiten gebündelt und allgemein anerkannte

Fähigkeitslücken geschlossen werden. Dafür ist eine geeignete Ausstattung, der Ausbau von

EU-Einheiten sowie eine Stärkung und Konsolidierung der gemeinsamen EU-Kommandostruk-

tur nötig. Die Umwidmung ziviler Gelder aus dem EU-Haushalt für militärische Zwecke lehnen

wir ab.

134

REGIEREN AUF AUGENHÖHE

MIT DER ZUKUNFT

Liebe Wählerinnen und Wähler,

wir haben Ihnen in diesem Programm beschrieben, welche Richtung wir mit einer neuen Poli-

tik einschlagen wollen und welche Projekte nach unserer Überzeugung in eine bessere Zukunft

führen. Wenn wir in Zeiten des Umbruchs und der epochalen Aufgaben das Beste ermöglichen

wollen, muss sich aber nicht nur der Inhalt von Politik ändern, sondern auch die Art und Weise,

wie wir Politik machen, wie eine Regierung das Land führt.

In demokratischen Gesellschaften begründet sich Führung durch die Kraft der Überzeugung. Ja,

man kann mit politischen Mehrheiten „durchregieren“ und nach vier Jahren schauen, ob Sie mit

den politischen Entscheidungen einverstanden waren oder nicht. Dieses einfache Prinzip vom

Gewinnen und Verlieren im Vierjahresrhythmus allein hat sich aber als zu schwach erwiesen, um

die gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu stemmen. Demokratische Gesell-

schaften können mehr, indem sie sich vernetzen, voneinander lernen und ihre Kräfte bündeln.

Das Ende der jetzigen politischen Ära kann zugleich der Beginn eines neuen politischen Selbst-

verständnisses und Miteinanders sein.

Wir sind als Politiker\*innen dem Gemeinwohl verpflichtet und damit beauftragt, Ihnen, den Men-

schen in diesem Land, zu dienen. Wir brauchen die lebendige, kontroverse Diskussion und die Be-

reitschaft, Zustände und Konzepte zu hinterfragen und zu lernen, sonst geht es nicht voran. Wer

dagegen mit Unterstellungen arbeitet, bewusst Missverständnisse provoziert, erstickt Debatten.

Wir aber wollen sie ermöglichen.

Wir wissen, dass Sie sich genauso ernsthafte Gedanken über unsere Zukunft als Gesellschaft

machen wie wir. Und deshalb sagen wir: Ja, unsere Vorhaben sind ambitioniert, weil weniger

den Herausforderungen nicht gerecht würde. Und nein, wir können nicht versprechen, dass jedes

einzelne Projekt genau so Wirklichkeit wird. Wir können nicht versprechen, dass niemand durch

Klimaschutz belastet wird. Wir können nicht versprechen, dass nach Corona jedes unserer Pro-

jekte noch finanzierbar ist. Niemand kennt alle Bedingungen der Zukunft. Aber: Sie kennen jetzt

unsere Vorschläge und Ziele, unsere Ansichten und unsere Haltung. Was wir Ihnen versprechen:

Wir haben uns seit vielen Jahren vorbereitet, und wir werden alles daransetzen, so viel zu errei-

chen, wie wir irgend möglich machen können – für Sie, für die Gesellschaft, fürs Land.

Die großen Transformationsaufgaben, der Zusammenhalt unserer Gesellschaft fordern mehr

denn je den Willen zur Kooperation, zum Zusammenführen, zum Kompromiss, der mehr ist als

135

die Summe seiner Teile. Die großen Aufgaben unserer Zeit werden nicht gelingen, wenn eine Re-

gierung denkt, alles allein zu schaffen. Sie können nur gelingen, wenn viele sich verantwortlich

fühlen, wenn so viele wie möglich sich als Teil des Teams begreifen. Wir wollen Verantwortung

übernehmen, aber wir wissen, dass wir Ihre Unterstützung brauchen werden. Wir bitten Sie, sich

einzubringen, einzumischen und laden Sie ein, mit uns voranzugehen. Mit gebündelter Kraft kön-

nen wir gemeinsam vieles schaffen.

Wir möchten dafür das Verhältnis von Regierung, Parlament und Bürger\*innen neu begründen:

starke Parlamente und Abgeordnete, neue Formen der Beteiligung, etwa über Bürger\*innenräte,

die frühe Einbeziehung von Bürger\*innen bei Planungsprozessen, die transparente Einbeziehung

der demokratischen Zivilgesellschaft und wissenschaftlicher Fakten. Regieren heißt nicht Allwis-

senheit, Opposition heißt nicht aus Prinzip dagegen. Oft erkennen die Menschen, die ein Gesetz

direkt betrifft, als Erste seine unbeabsichtigten Wirkungen. Wir wollen zuhören und einbeziehen,

damit unsere Politik eine bessere wird.

Dazu gehört auch ein neuer Stil in der Zusammenarbeit innerhalb einer Regierung. Als Partei

haben wir Teamgeist und Kooperation in den letzten Jahren erfolgreich erprobt und gelebt. Diese

Idee wollen wir nun einbringen – angefangen damit, dass die volle Gleichberechtigung von Frau-

en selbstverständlich ist. Wir wollen eine Koalition führen, die versucht, das Beste aus Gegen-

sätzen zu machen, anstatt sich mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner zufriedenzugeben. Die

anerkennt, dass ein Koalitionspartner Wertvolles an den Tisch bringt und ebenso recht haben

kann. Eine Koalition, die diejenigen einbezieht, die nicht im Koalitionsausschuss sitzen. Nicht alle

Menschen fühlen sich von uns vertreten, das wissen wir. Umso wichtiger ist es, auch auf diejeni-

gen zuzugehen, die uns nicht wählen oder wählen werden.

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie viel unser Staat leistet – und wo es mangelt. Ungleichheit ist

gewachsen, aber ein dichtes soziales Netz hat bisher verhindert, dass sich die Corona-Pandemie

zu einer tiefgreifenden sozialen Krise entwickelt. Ärzt\*innen, Pfleger\*innen und Krankenhäuser

haben Enormes geleistet. Aber die Pandemie hat auch gezeigt, wo unser Staat an seine Grenzen

gerät. Faxgeräte, besetzte Hotlines, Behördenrennerei und Planungen, die wegen Personalman-

gels eine gefühlte Ewigkeit nicht umgesetzt werden, mahnen uns, dass sich etwas ändern muss.

Auch dazu haben wir Ihnen in unserem Programm Vorschläge gemacht. Wir wollen unsere Ver-

waltung modernisieren, sie kreativer, digitaler und innovativer machen und besser ausstatten.

Wir wollen Mut machen, zu experimentieren und eine positive Fehlerkultur zu entwickeln. Un-

sere Staatlichkeit soll bunter und feministischer werden. Wir wollen Spielräume für dringend

notwendige Zukunftsinvestitionen schaffen, mehr Kooperation zwischen Bund, Ländern und

Kommunen ermöglichen und die Nachfragemacht des Staates für Innovation und Nachhaltig-

keit nutzen. Wir planen den Aufbau neuer Behörden und Verwaltungsstrukturen, weil wir einen

starken und effizienten Staat wollen, der zu den Aufgaben passt. Dazu gehört dann auch, dass wir

überprüfen, was es nicht mehr braucht, was zugemacht werden kann, was besser werden muss.

Das wollen wir nach der Wahl anpacken, gemeinsam mit Ihnen und den anderen demokratischen

Parteien, ohne Scheuklappen und Dogmatismus. Ein Zurück in die Gräben von mehr oder weni-

ger Staat, mehr oder weniger Regulierung, mehr oder weniger Föderalismus, das ist der Aufgabe

nicht angemessen. Für die großen Aufgaben des kommenden Jahrzehnts gilt es mehr zu wagen.

Und zu machen.

Jetzt liegt es bei Ihnen. In Wahlen entscheidet eine Gesellschaft darüber, wer sie sein will. Wah-

len sind ein Moment der Freiheit. Nutzen Sie ihn – für die Freiheit.